71. Sitzung

Potsdam, Mittwoch, 17. September 2008

Inhalt

	Seite		Seite
Mitteilungen der Vizepräsidentin	5287	Frage 1890 (Schulbesuche von Mitgliedern der Landesregierung)	
1. Aktuelle Stunde		Minister für Bildung, Jugend und Sport	
Thema:		Rupprecht	5300
Städte und Gemeinden sind das Rückgrat eines erfolgreichen Landes		Frage 1891 (Gefahrguttransporte über die Straße)	
Antrag		Minister für Infrastruktur und Raumordnung	
der Fraktion der SPD	5287	Dellmann	5301
Frau Melior (SPD)	5287	Frage 1892 (Überlastung der Brandenburger Sozialgerichte durch Hartz-IV-Klagen)	
Domres (DIE LINKE)	5288	Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Ziegler	5302
Petke (CDU)	5290	Frage 1893 (Abwanderung von Brandenburger Schülerinnen und Schülern nach Sachsen)	
Claus (DVU)	5292	Minister für Bildung, Jugend und Sport	
Minister der Finanzen Speer	5293	Rupprecht	5303
Schippel (SPD)	5294	Frage 1894 (Beschleunigung der Bauarbeiten auf der Bundesautobahn 12)	
Frau Kaiser (DIE LINKE)	5295	Minister für Infrastruktur und Raumordnung	
Minister des Innern Schönbohm	5296	Dellmann	5304
2. Fragestunde		Frage 1895 (Leiharbeit in Landesbehörden?)	
Drucksache 4/6689	5297	Minister des Innern Schönbohm	5305
Frage 1888 (Handel mit Melderegisterdaten)		Frage 1896 (Einordnung des Tagebaus Welzow-Süd Teilfeld II)	
Minister des Innern Schönbohm	5297	Minister für Infrastruktur und Raumordnung	
Frage 1906 (Sicherung von Gewerkschaftsrechten auf der BBI-Baustelle)		Dellmann	5306
Minister für Wirtschaft Junghanns	5299		

	Seite		Seite
Frage 1897 (Zunahme der Verhaltensstörungen bei Kindern und Jugendlichen) Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht	5306		
3. Brandenburgisches Gaststättengesetz (BbgGastG)		6. Zweites Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Juristenausbildungsgesetzes	
Gesetzentwurf der Landesregierung		Gesetzentwurf der Landesregierung	
Drucksache 4/6415		Drucksache 4/6625	
<u>2. Lesung</u>		<u>1. Lesung</u>	5312
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft		7. Gesetz zur Aufbewahrung von Schriftgut der Justiz des Landes Brandenburg (Brandenburgisches Justiz-Schriftgutaufbewahrungsgesetz - BbgJSchrAufbG)	
Drucksache 4/6702 (Neudruck) einschließlich Korrekturblatt	5307	Gesetzentwurf der Landesregierung	
4. Drittes Gesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg		Drucksache 4/6636	
Gesetzentwurf der Landesregierung		<u>1. Lesung</u>	5312
Drucksache 4/6422		8. Gesetz zur Strukturreform des amtlichen Vermessungswesens	
<u>2. Lesung</u>		Gesetzentwurf der Landesregierung	
Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres		Drucksache 4/6675	
Drucksache 4/6722		<u>1. Lesung</u>	5312
Entschließungsantrag der Fraktion der SPD der Fraktion der CDU		9. Siebtes Gesetz zur Änderung des Landesbeamtenengesetzes	
Drucksache 4/6729	5308	Gesetzentwurf der Landesregierung	
Dr. Scharfenberg (DIE LINKE)	5308	Drucksache 4/6679	
Holzschuher (SPD)	5309	<u>1. Lesung</u>	5313
Claus (DVU)	5309	10. Gesetz zu dem Elften Staatsvertrag vom 12. Juni 2008 zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Elfter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)	
Petke (CDU)	5310	Gesetzentwurf der Landesregierung	
Minister des Innern Schönbohm	5311	Drucksache 4/6626	
5. Gesetz zu dem Staatsvertrag vom 5. Juni 2008 über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung		<u>1. Lesung</u>	5312
Gesetzentwurf der Landesregierung			
Drucksache 4/6559			
<u>1. Lesung</u>	5312		

	Seite		Seite
11. Gesetz über die staatliche Anerkennung und die Weiterbildung in sozialen Berufen im Land Brandenburg (Brandenburgisches Sozialberufsgesetz - BbgSozBerG)		Petke (CDU)	5323
Gesetzentwurf der Landesregierung		Minister des Innern Schönbohm	5324
Drucksache 4/6676		Domres (DIE LINKE)	5326
<u>1. Lesung</u>	5313	15. Konzept zur Verbesserung des Breitbandinternetzugangs für die ländlichen Regionen Brandenburgs (gemäß Beschluss des Landtages vom 04.07.2007 - Drucksache 4/4775-B)	
Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Ziegler	5313	Konzept der Landesregierung	
Frau Bednarsky (DIE LINKE)	5314	Drucksache 4/6501	
Frau Lehmann (SPD)	5315	Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE	
Frau Fechner (DVU)	5315	Drucksache 4/6732	5327
12. Sechstes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Polizeigesetzes		Minister für Wirtschaft Junghanns	5327
Gesetzentwurf der Landesregierung		Frau Meier (DIE LINKE)	5328
Drucksache 4/6677		Frau Hackenschmidt (SPD)	5329
<u>1. Lesung</u>	5315	Frau Hesselbarth (DVU)	5330
Minister des Innern Schönbohm	5315	Karney (CDU)	5331
Dr. Scharfenberg (DIE LINKE)	5317	16. Beschlüsse zu Petitionen	
Frau Stark (SPD)	5317	Übersicht 11 des Petitionsausschusses gemäß § 12 Abs. 2 des Petitionsgesetzes	
Claus (DVU)	5318	Drucksache 4/6641	5332
Petke (CDU)	5319	17. Gewährleistung der Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen	
13. Drittes Gesetz zur Änderung des Landesaufnahmegesetzes		Antrag der Fraktion der DVU	
Gesetzentwurf der Landesregierung		Drucksache 4/6638	5332
Drucksache 4/6678		Schuldt (DVU)	5332
<u>1. Lesung</u>	5319	Frau Richstein (CDU)	5332
14. Kommunale Selbstverwaltung im Land Brandenburg		Görke (DIE LINKE)	5333
Große Anfrage 39 der Fraktion DIE LINKE		Schuldt (DVU)	5333
Drucksache 4/6218		18. Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung	
Antwort der Landesregierung		Antrag der Fraktion der DVU	
Drucksache 4/6596	5319	Drucksache 4/6663	5334
Dr. Scharfenberg (DIE LINKE)	5320	Nonninger (DVU)	5334
Gujjula (SPD)	5321	Schulze (SPD)	5335
Claus (DVU)	5322	Dr. Bernig (DIE LINKE)	5336
		Nonninger (DVU)	5336
		Schulze (SPD)	5337

	Seite		Seite
19. Fortsetzung und Erweiterung des Ganztags- schulprogramms		Schulze (DVU).....	5344
		Helm (CDU).....	5344
Antrag der Fraktion DIE LINKE		Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz Dr. Woidke.....	5345
Drucksache 4/6682 (Neudruck)			
Entschließungsantrag der Fraktion der SPD der Fraktion der CDU			
Drucksache 4/6728.....	5338		
Frau Große (DIE LINKE)	5338		
Frau Siebke (SPD)	5339		
Frau Fechner (DVU).....	5340		
Senftleben (CDU).....	5340		
Staatssekretär im Ministerium für Bildung, Ju- gend und Sport Jungkamp	5341		
20. Sicherung der Brandenburger Interessen und der Stabilität der landwirtschaftlichen Betrie- be mit BVVG-Pachtflächen			
Antrag der Fraktion DIE LINKE			
Drucksache 4/6680.....	5341		
Frau Adolph (DIE LINKE).....	5342		
Folgart (SPD)	5343		
		21. Zustimmung zur Mitgliedschaft im Aufsichts- rat der Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH	
		Antrag der Landesregierung	
		Drucksache 4/6705.....	5346
		Anlagen	
		Gefasste Beschlüsse	5347
		Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu Tagesord- nungspunkt 17 - Gewährleistung der Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen - Antrag der Fraktion der DVU, Drucksache 4/6638	5347
		Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu Tagesord- nungspunkt 18 - Schutz der freiheitlich-demokrati- schen Grundordnung - Antrag der Fraktion der DVU - Drucksache 4/6663	5347
		Schriftliche Antworten der Landesregierung auf mündliche Anfragen in der Fragestunde im Landtag am 17. September 2008.....	5348
		Alle mit einem * gekennzeichneten Redebeiträge sind vom Redner nicht überprüft (lt. § 95 der Geschäftsordnung).	

Beginn der Sitzung: 10.02 Uhr**Vizepräsidentin Stobrawa:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie sehr herzlich zu unserer heutigen Landtagssitzung. Ihnen liegt der Neudruck des Entwurfs der Tagesordnung vor. Gibt es zu dieser Tagesordnung Bemerkungen oder Abänderungsvorschläge? - Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit können wir zur Beschlussfassung kommen. Wer dieser Tagesordnung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Diese gibt es nicht. Damit wurde die Tagesordnung einstimmig beschlossen.

Ich teile Ihnen mit, dass es für den Nachmittag einige Abwesenheitsklärungen gibt. Herr Minister Schönbohm wird ab 17 Uhr von Ministerin Blechinger vertreten. Zudem sind heute einige Abgeordnete entweder für den Nachmittag oder ganztägig entschuldigt.

Nun begrüßen wir sehr herzlich Schülerinnen und Schüler des Immanuel-Kant-Gymnasiums in Teltow. Herzlich willkommen bei uns im Landtag!

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde**Thema:****Städte und Gemeinden sind das Rückgrat eines erfolgreichen Landes**

Antrag
der Fraktion der SPD

Ich eröffne die Aussprache mit dem Redebeitrag der Fraktion der SPD. Frau Abgeordnete Melior erhält das Wort.

Frau Melior (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Werte Gäste! Was erwarten Sie, wenn wir als SPD-Fraktion hier im Landtag das Thema „Städte und Gemeinden sind das Rückgrat eines erfolgreichen Landes“

(Heiterkeit bei der Fraktion DIE LINKE)

elf Tage vor den Kommunalwahlen auf die Tagesordnung setzen? - Ich schaue den Kollegen Scharfenberg freundlich an: Viel Lob

(Dr. Scharfenberg [DIE LINKE]: Nein!)

und die Schilderung einer Erfolgsgeschichte. Das können Sie erwarten, und das ist auch so.

Den brandenburgischen Kommunen geht es gut, und zwar auch deshalb, weil das Land in den Anfangsjahren die größere Last getragen hat. Die Finanzausstattung hat sich in den letzten Jahren deutlich verbessert, und unser Finanzausgleichsgesetz sorgt dafür, dass auch die Schwächeren ihre Aufgaben erledigen können.

Aber keine Bange - ich schaue wieder zur Fraktion DIE LINKE -: Ich möchte nicht schönreden, was nicht schön ist, und werde im Folgenden - neben den wirklich sehr positiven Entwicklungen - auch auf Schwachstellen hinweisen, an denen wir in den nächsten Jahren gemeinsam Veränderungen vornehmen werden.

Das Sprichwort „Nichts ist so gut, dass es nicht noch besser werden könnte!“ trifft auch auf den kommunalen Finanzausgleich in Brandenburg zu. Lassen Sie mich dennoch mit den positiven Daten und Fakten beginnen. Die Einnahmen der Kommunen aus eigenen Steuern sind im Jahr 2007 gegenüber dem Vorjahr um 19,9 % - fast 20 % - angestiegen. Daran hat die Gewerbesteuer einen großen Anteil. Im Jahr 2007 stieg sie gegenüber dem Jahr 2006 um mehr als 22 %. Damit liegt Brandenburg bundesweit an erster Stelle hinsichtlich des Zuwachses bei den Gewerbesteuereinnahmen.

Dieser Trend setzt sich im Jahr 2008 fort. Die Einnahmen im 1. Halbjahr 2008 stiegen gegenüber dem 1. Halbjahr 2007 um 8 %. Zeitgleich sanken die Kassenkredite der gesamten kommunalen Familie um 12,5 % auf 661 Millionen Euro. Am 30.06.2007 waren es noch 756 Millionen Euro. Der Schuldenstand betrug am 30.06.2008 1,6 Milliarden Euro und liegt somit nur leicht unter dem Vorjahreswert.

1 Euro ist mehr als 75 Cent. „Das stimmt!“ werden Sie sagen. Im kommunalen Finanzausgleich bedeutet das Folgendes: 1 Euro selbst verdientes Geld ist für den eigenen Haushalt besser als 75 Cent, die wir über die Schlüsselzuweisungen von Landesseite ausgleichen und womit wir die fehlende eigene Finanzkraft der Städte und Gemeinden auffangen. Aber auch bei dieser banalen Betrachtung sind die Effekte von Jahr zu Jahr verschieden und durch den verzögerten Ausgleich der Mehr- und Mindereinnahmen manchmal fast abenteuerlich.

„Steuerwachstum ohne Effekt für den Etat“ titelte die „Märkische Allgemeine“ am 22. August dieses Jahres in ihrem Regionalteil für Potsdam-Mittelmark und meinte damit die Gemeinde Michendorf. Hier rechnete der Kämmerer vor, dass bei 490 000 Euro Mehreinnahmen aus der Einkommensteuer die Zuweisungen des Landes nach dem FAG im Folgejahr um 113 000 Euro sinken werden und die Kreisumlage um 370 000 Euro steigen wird. Somit stehen den gestiegenen Einnahmen unterm Strich 7 000 Euro gegenüber. Das ist nicht viel, dennoch sagt der Kämmerer:

„Es ist trotzdem besser, zu den Starken zu gehören.“

Das System des horizontalen Finanzausgleichs sei nun einmal so aufgebaut, dass die Stärkeren die Schwachen stützen. - Recht hat er.

Bestätigt wurde unser Ausgleichssystem inzwischen auch von höchstrichterlicher Stelle, dem Landesverfassungsgericht, im sogenannten Uckermark-Urteil. Der Landkreis Uckermark - Sie erinnern sich - führte Klage gegen das Land Brandenburg und beschwerte sich über eine ungenügende Finanzausstattung. Das Urteil wurde auch im Landtag mit Spannung erwartet - wir befanden uns damals gerade in den Haushaltsberatungen - und war in seiner Begründung klar und eindeutig. Ich zitiere:

„Das Verteilungssystem des Finanzausgleichsgesetzes ist verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden. Dem Gesetz-

geber verbleibt bei der Ausgestaltung des kommunalen Finanzausgleichs ein weiter Ermessens-, Gestaltungs- und Prognosespielraum.“

Die Entwicklungen der Landeszuweisungen in den vergangenen Jahren können durchaus positiv betrachtet werden. Die Verbundgrundlage ist aufgrund der verbesserten Steuereinnahmesituation des gesamten Landes Brandenburg gestiegen, und es gibt mehr Gemeinden, die ihre Aufgaben fast vollständig aus eigenen Einnahmen finanzieren können. Beides führt dazu, dass hilfebedürftige Gemeinden über den horizontalen Finanzausgleich größere Zuweisungen vom Land erwarten können.

Mit dem Ausgleichsfonds für hochverschuldete Kommunen haben wir zusätzlich die Möglichkeit, Gemeinden und Städte in besonders schwierigen Situationen zu unterstützen. Seit der Einrichtung des Fonds im Jahr 2001 wurden dafür - mit Stand 31. März dieses Jahres - 119 Millionen Euro ausgereicht.

In diesem Jahr kam das Geld erstmals auch den Landkreisen zugute. Insgesamt wurden knapp 60 Millionen Euro an sieben Landkreise ausgezahlt. Ihre sehr schwierige Finanzsituation ist vor allem auf die dramatisch gestiegenen Sozialausgaben - Bundesgesetzgebung - zurückzuführen. So hatten im Jahr 2006 nur vier Landkreise, nämlich Oberhavel, Barnim, Dahme-Spreewald und das Havelland, einen ausgeglichenen Haushalt.

Die Sonderbedarfsergänzungszuweisungen - eine wichtige zusätzliche Finanzeinnahme auch für die kommunale Familie, wie man immer wieder erwähnen muss - soll, neben dem Schließen der Infrastrukturlücke in den neuen Ländern die unterproportionale Finanzkraft der ostdeutschen Kommunen auffangen. Sie werden vor Ort genutzt, um notwendige Investitionen zu stemmen. So etwas Schönes gibt es in den alten Ländern nicht. Man beneidet uns darum und schaut beim sogenannten Fortschrittsbericht immer ganz genau hin, was wir damit treiben.

Den Solidarpakt III wird es nicht geben. Damit steht fest, dass die Sonderbedarfsergänzungszuweisungen 2019 bei null sind und nicht mehr zur Verfügung stehen werden. Bis dahin muss die unterproportionale Finanzkraft der Landkreise, Städte und Gemeinden im Osten auf eine mindestens durchschnittliche Finanzkraft gestiegen sein, um die stetige Aufgabenerfüllung zu gewährleisten. Das heißt: Investitionen müssen im Verwaltungshaushalt erwirtschaftet werden, eine Vorstellung, die jedem kommunalen Abgeordneten die Sorgenfalten auf die Stirn treibt.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir einen kurzen Blick in die Zukunft. Die Einnahmen der Kommunen steigen, nicht zuletzt auch wegen des gestiegenen Steueraufkommens des Landes, an dem die Kommunen mit 20 % über den kommunalen Finanzausgleich beteiligt sind. Die Mehreinnahmen sind erforderlich, denn die Personalausgaben stiegen im laufenden Haushaltsjahr um über 5 % - ein guter Tarifabschluss, der aber gestemmt werden muss.

Die Aufwendungen für den laufenden Sachaufwand gingen um 4,1 % nach oben. Das zeigt, dass die kommunalen Haushalte auch deutlich von den Preissteigerungen bei Energie und Waren sowie Dienstleistungen betroffen sind.

Die gestiegenen Ausgaben für Personal und für die Bewirtschaftung der Gebäude werden aber gut durch die Mehreinnahmen

kompensiert. Die kommunale Familie gewinnt zunehmend an Finanzkraft. Probleme der Kommunen nehmen in der Summe ab. Das lässt sich auch an der Verringerung der Kassenkredite - ein Barometer für das Wohlergehen von Städten, Gemeinden und Landkreisen - ablesen. Dennoch kann es in Einzelfällen zu einer Verschlechterung der Finanzkraft einer Kommune gekommen sein.

Die Abhängigkeit von schwankenden Einnahmen bei der Gewerbesteuer ist dabei noch immer das Hauptproblem. Das wissen alle Bürgermeister aus leidvoller Erfahrung. Ich erinnere nur an Heckerberg-Brunow: Wenn man eine üppige Finanzausweisung aus der Gewerbesteuer erhalten hat und zwei Jahre zitternd zum Briefkasten geht, ob sie nicht zurückgefordert wird, ist das schon eine große Belastung.

Für das Jahr 2010 ist die nächste Überprüfung der Verteilung nach dem Finanzausgleichsgesetz im Gesetz verankert. Wir werden uns die Ergebnisse genau ansehen und die notwendigen Veränderungen vornehmen.

Es muss vor allem darum gehen, das Auseinanderdriften von stadtnahen und weiter entfernten Regionen aufzuhalten und hier die Stellschrauben noch besser zu justieren. Wir sollten gemeinsam unsere Kraft dort hineinstecken und damit einen Beitrag für das Rückgrat im Land leisten.

Mein Kollege Werner-Siegwart Schippel wird hier zu den Dingen, die kommunales Leben ausmachen, meine Ausführungen ergänzen. Ich wünsche uns allen, dass keine rechten Parteien in die kommunalen Parlamente einziehen.

(Beifall bei der SPD und bei der Fraktion DIE LINKE)

Ich freue mich ganz besonders auf die nächsten Beratungen meines kommunalen Haushalts im Landkreis Potsdam-Mittelmark. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. - Das Wort erhält der Abgeordnete Domres.

Domres (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! In elf Tagen sind die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, neue Kreistage, Stadtverordnetenversammlungen, Gemeindevertretungen und Ortsteilvertretungen zu wählen.

Es ist unübersehbar: Im Land tobt der Kommunalwahlkampf. Mit gut oder weniger gut gelungenen Plakaten wird versucht, die Wählerinnen und Wähler für den Gang zur Wahlurne zu begeistern.

Ich finde, dass manche Plakate schon etwas merkwürdig anmuten und Fragen aufwerfen. Da plakatiert die CDU: „Taten statt Bürokraten!“ Als ich das Plakat das erste Mal sah, habe ich mich gefragt, wer dieses Land seit 1999 regiert und wer die Initiativen der damaligen PDS für ein Standardöffnungsgesetz und für die Einführung von Experimentierklauseln in die Kommunalverfassung abgelehnt hatte. - Das war die CDU.

(Vereinzelt Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Auf einem anderen Plakat ist zu lesen: „CDU macht Schule!“ Oh, dachte ich mir, hätten sie es einmal seit 1999 gemacht!

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Die CDU trägt wie die SPD, die ebenfalls kurz vor der Wahl erkannt hat, dass gute Bildung eine Frage der Gerechtigkeit und eine Frage von mehr Chancengleichheit ist, dafür die Verantwortung, dass seit 1999 307 Schulen in öffentlicher Trägerschaft im Land geschlossen wurden. Somit sind lange Schulwege für die Kinder und erhöhte Kosten für die Eltern vor allem in den ländlichen Regionen zu verzeichnen.

(Bischoff [SPD]: Berlin aber auch!)

Die Linke fordert nach wie vor, von weiteren Schulschließungen Abstand zu nehmen, kleinere Klassen zuzulassen und - damit verbunden - keine weiteren Kürzungen von Lehrerstellen vorzunehmen.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Spätestens mit dieser Aktuellen Stunde ist der Kommunalwahlkampf nun auch im Landtag angekommen. Der Titel der Aktuellen Stunde der SPD verrät es. Die SPD möchte sich kurz vor dem 28. September öffentlichkeitswirksam auf die Schulter klopfen. Das kann man verstehen, sieht doch ihre kommunalpolitische Bilanz nicht so rosig aus, wie sie es den Brandenburgerinnen und Brandenburgern auch mit der Aktuellen Stunde glauben machen möchte: „Städte und Gemeinden sind das Rückgrat eines erfolgreichen Landes“ - so das Thema. Meine Damen und Herren, wer wird Ihnen da widersprechen?

(Schippel [SPD]: Eben!)

Die Linke erkennt die Leistungen der Bürgerinnen und Bürger bei der Gestaltung und Entwicklung ihrer Kommunen an und würdigt diese ausdrücklich.

(Bischoff [SPD]: Na also!)

Gewundert haben wir uns dann doch über das Thema der Aktuellen Stunde, Herr Kollege Bischoff, aus zwei Gründen. Erstens gehen wir davon aus, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD-Fraktion, die Diskussion über die Große Anfrage meiner Fraktion zur kommunalen Selbstverwaltung in Brandenburg geführt haben. Deshalb haben Sie die Aktuelle Stunde beantragt.

(Bischoff [SPD]: Wieso? Sie haben sie doch zurückgezogen!)

Zweitens - das ist der wesentliche Grund - sagen Sie, dass Städte und Gemeinden das Rückgrat eines erfolgreichen Landes sind.

(Zuruf des Abgeordneten Schulze [SPD])

Das Land gliedert sich aber - zumindest steht es so in der Landesverfassung, Herr Schulze - in Gemeinden und Gemeindeverbände. Wichtige Gemeindeverbände sind die Landkreise. Diese kommen aber in Ihrem Antrag, vielleicht aus gutem Grund, kaum vor. Dazu später.

Dass wir die positive Bewertung Ihrer Kommunalpolitik nicht teilen, wird Sie kaum überraschen. Ich möchte dies wie folgt begründen: Sie selbst haben Ihr Ziel, mit der Gemeindereform leistungsstarke Städte und Gemeinden zu schaffen, die ihre Aufgaben wirksamer und wirtschaftlicher wahrnehmen können, durch die seit Jahren andauernde Blockade der Weiterführung der Funktionalreform ad absurdum geführt. Dabei wird eine Gemeinde gerade durch Aufgabenzuwachs gestärkt. Sie lehnen unsere Anträge diesbezüglich seit Jahren ab. Hier gilt wohl nicht einmal mehr Ihre Koalitionsvereinbarung.

In diesem Zusammenhang finde ich Aussagen unseres geschätzten Kollegen Bischoff schon etwas befremdlich. Er sagte, überdimensionierte Verwaltungen der zu kleinen Landkreise seien sozialverträglich auf ein effektives Maß zu reduzieren. Dringend sei eine Kreisgebietsreform. Nein, Herr Bischoff. Die Linke bleibt dabei: Die Weiterführung der Funktionalreform ist dringend und überfällig.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE - Bischoff [SPD]: Ihr habt alles abgelehnt, was wir gemacht haben!)

Meine Damen und Herren, Sie sagen, dass das Finanzausgleichsgesetz den Städten und Gemeinden sowie den Landkreisen verlässliche und planbare Zuweisungen des Landes ermöglicht. Dass Sie das so sehen, kann ich verstehen. Doch sieht die Realität in vielen Kommunen anders aus. Ich frage Sie: Sind Sie wirklich der Meinung, dass mit diesem FAG die chronische Unterfinanzierung der Kommunen beseitigt wird?

(Minister Schönbohm: Ja!)

Sicherlich hat sich die Lage für einige Kommunen verbessert. Das möchte ich nicht bestreiten. Bestreiten möchte ich aber, Herr Minister Schönbohm, dass es Ihr Verdienst ist und dass es für das ganze Land zutrifft. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache.

(Minister Schönbohm: Ja, eben!)

Von insgesamt 416 amts- und kreisangehörigen Gemeinden des Landes haben im Jahr 2008 236 einen ausgeglichenen Haushalt. Das heißt: 180 Gemeinden haben keinen ausgeglichenen Haushalt und sehen ihre Lage mit Sicherheit nicht so entspannt. Ebenso geht es den Landkreisen.

(Schulze [SPD]: Wie viele Einwohner wohnen denn dort?)

Von den 14 Landkreisen und vier kreisfreien Städten, Herr Schulze, haben elf im Jahr 2008 keinen ausgeglichenen Haushalt. Der Gesamtfehlbedarf beläuft sich auf 270 Millionen Euro. Der Kassenkreditbestand beträgt ca. 240 Millionen Euro. Diese Finanzierungslücken werden auch mittelfristig weiter bestehen. Es ist mehr als deutlich, dass der viel beschworene wirtschaftliche Aufschwung mit seinen ach so positiven Effekten für die Entwicklung der öffentlichen Finanzen bisher nicht in den Landkreisen angekommen ist.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Befördert wird diese Entwicklung durch Ihre landespolitischen Fehlentscheidungen.

(Ministerpräsident Platzeck: Sie erzählen ganz schönen Unsinn!)

Ich möchte nur die Entscheidung des Landesverfassungsgerichts zu § 4 Abs. 2 Ausführungsgesetz zum Bundessozialhilfegesetz, SGB XII, nennen und die daraus resultierende Pflicht des Landes, für die Kostenerstattung an die Kommunen einzutreten. Hier müssen wir als Finanzausgleichsgesetzgeber handeln, und derjenige, der darauf verweist, die Landkreise könnten sich ja über die Kreisumlage bei den Gemeinden schadloshalten, ist als Zyniker zu bezeichnen.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Die Linke fordert, dass das Finanzausgleichsgesetz überarbeitet und die Beteiligung der Kommunen an den Steuermehreinnahmen - also auch die Verbundquote - erhöht wird, weil in den Kommunen der soziale Ausgleich für Ihre Bundes- und Landespolitik gestaltet werden muss.

Sehr geehrte Damen und Herren, in der Begründung für die Aktuelle Stunde bemühen Sie das Landesverfassungsgericht und das Gutachten zum kommunalen Finanzausgleich, welche die Verfassungsmäßigkeit des kommunalen Finanzausgleichs und dessen gerechtes Funktionieren darstellen sollen. Sicher lässt das Verfassungsgericht dem Gesetzgeber einen großen Spielraum. Dennoch teile ich Ihre Auffassung nicht. Das von Ihnen bemühte Urteil bezieht sich lediglich auf den Landkreis Uckermark, und darüber, ob der Finanzausgleich gerecht ist, muss ernsthaft diskutiert werden. Es ist eben festzustellen, dass sich die disparitäre Entwicklung der Landkreise und Gemeinden weiter ausgeprägt hat und sich die Schere zwischen armen und reichen Kommunen weiter öffnet. Landkreise und Gemeinden mit einer hohen Wirtschaftskraft weisen deutlich höhere Standards auf. Ein notwendiger Wettbewerb der Regionen miteinander kann nur eingeschränkt stattfinden, da die Ausgangsbedingungen dafür zu verschieden sind. Dies führt zu einer Fragmentierung der öffentlichen Daseinsvorsorge im Land Brandenburg. Die Linke fordert daher eine Neuordnung der Kommunalfinanzierung.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Im Kern geht es also um die Aufrechterhaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge in allen Regionen des Landes, und da kann ich Ihnen Ihre Landesentwicklungsplanung nicht ersparen. Nehmen wir einmal die jetzigen Grundzentren; ich verweise auf die Beeskower Erklärung zur Sicherung der Daseinsvorsorge im Zentrale-Orte-Konzept im ländlichen Raum. Darin machen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker aus Märkisch-Oderland und Oder-Spree ihre Position deutlich. Es geht um nicht weniger als um die Gewährleistung der Daseinsvorsorge, und die ist mit dem FAG und Ihrem Landesentwicklungsplan in Brandenburg in Gefahr. Die Linke fordert deshalb, die Festlegung des Landesentwicklungsplans zu überarbeiten und mit dem Finanzausgleichsgesetz eine aufgabengerechte Finanzausstattung zu gewährleisten.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Die kommunalpolitische Bilanz dieser Koalition ist, wie ich ausführlich dargelegt habe, nicht rosig. Dass die CDU mit ihren unter großem Brimborium verabschiedeten kommunalpolitischen Leitlinien jetzt versucht, sich wieder als „die Kommunalpartei“ darzustellen, ist nur allzu durchschaubar.

(Ministerin Ziegler: Und Sie?)

Die parlamentarischen Aktivitäten sprechen da eine andere Sprache. Sie versuchen, sich wieder einmal aus der Verantwortung zu stehlen, und schuld an der politischen Entwicklung im Land war dann wieder der Koalitionspartner. Aber wie sagte der Ministerpräsident auf die Aussage seines Stellvertreters, die SPD sei „eine unzuverlässige und inakzeptable Kraft“, so trefflich? - Wenn eine Partei in Not ist, sagt sie schon mal dieses und jenes.

(Bischoff [SPD]: Ihre Not muss aber groß sein!)

Vielleicht beschließt sie dann auch auf Parteitag mal dieses und jenes.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Um noch einmal auf die zu Beginn angesprochenen Plakate zurückzukommen: An den Infoständen regen sich viele Menschen über die Plakate der SPD zum Thema Mindestlohn auf. Ich beruhige die Leute dann immer, weil ich froh bin, dass die SPD zumindest immer noch für den Mindestlohn wirbt. Besser wäre es allerdings, Sie würden den Mindestlohn endlich durchsetzen, und das geht nur mit Links. - Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. - Das Wort erhält der Abgeordnete Petke; er spricht für die CDU-Fraktion.

Petke (CDU): *

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde den Versuch unternehmen, zum Thema der Aktuellen Stunde zurückzufinden.

(Toll! bei der Fraktion DIE LINKE)

- Ich freue mich, dass Sie das mit Spannung erwarten.

In den Landkreisen, Städten und Gemeinden, in den Orten unseres Landes, leben die Menschen gern. Wir wissen, dass die Menschen mit ihrem Leben in Brandenburg zufrieden sind. Auch wenn es die Opposition gelegentlich abstreitet, können wir zur Kenntnis nehmen, dass wir in den letzten Jahren für die kommunale Ebene, aber vor allem für das Leben der Menschen viel erreicht haben. Die CDU ist nicht so vermessen, dass sie - wie eine andere Partei - auf einem Parteitag erklärt: Wir waren das! - Nein, nicht die CDU hat mehr Arbeitsplätze geschaffen. Ich glaube, das zu behaupten kann keine Partei für sich in Anspruch nehmen. Das, was wir in den letzten Jahren an positiven Entwicklungen in Brandenburg zu verzeichnen haben, haben Menschen mit eigenem Engagement - ob als Unternehmer, Arbeitnehmer, als jemand, der Besitz hat, oder jemand, der sich ehrenamtlich einbringen will - geschaffen. Dazu gehört eben auch, dass die Menschen gern in ihren Orten leben, dort, wo sie wohnen und arbeiten, wo ihre Kinder zur Schule gehen, wo sie zum Arzt gehen, wo sie kulturelle und soziale Infrastruktur in Anspruch nehmen. Dafür die Grundsteine zu legen ist die Aufgabe der Kommunalpolitik.

Deswegen bin ich dem Koalitionspartner durchaus dankbar, dass er dieses Thema für die Aktuelle Stunde heute auf die Ta-

gesordnung gesetzt hat. Denn die Kommunalpolitik ist nah dran an den Menschen. Die Kommunalpolitik ist vor Ort, sie kann sich nicht zurückziehen in die Landeshauptstadt Potsdam oder in die Bundeshauptstadt Berlin. Nein, ein Kommunalpolitiker muss direkt vor Ort Rede und Antwort stehen für die Entscheidungen, die er in der Gemeindevertretung, der Stadtverordnetenversammlung oder im Kreistag getroffen hat.

Ich möchte in Erinnerung rufen, dass die Linksfraktion - damals hieß sie ja noch PDS - kein Partner war, wenn wir darum gerungen haben, die notwendigen Entscheidungen zu treffen, damit die Kommunen und damit das Land eine gute Zukunft haben.

(Dr. Scharfenberg [DIE LINKE]: Sie erzählen immer den gleichen Quatsch!)

- Herr Dr. Scharfenberg, damals waren Sie noch nicht im Landtag, haben aber im Hintergrund die Fäden gezogen.

(Lachen bei der Fraktion DIE LINKE)

- Danke für die Zustimmung. - Sie waren kein Partner, als wir darum gerungen haben, eine zukunftsfeste Kommunalstruktur einzuführen, als Jörg Schönbohm mit seinen Leitlinien Vorschläge gemacht hat, als viele Kolleginnen und Kollegen aus den Koalitionsfraktionen vor Ort diskutiert - durchaus auch in der eigenen Partei - und überzeugt haben. Vielleicht nicht hier, aber wenn Sie mal eine ruhige Stunde in Ihrem Büro haben, denken Sie mal darüber nach, wo wir vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklungen heute stehen würden, wenn wir dies alles damals nicht durchgesetzt hätten. Wir hätten in weiten Teilen des Landes, in vielen Kommunen eben nicht mehr die Möglichkeit, kommunale Selbstverwaltung zu verwirklichen. Deswegen war es damals richtig, sich über Widerstände hinwegzusetzen. Deswegen war es damals richtig, eine kommunale Gebietsreform, so, wie wir sie verabschiedet haben, durchzusetzen.

Das Gleiche trifft auf den kommunalen Finanzausgleich zu. Auch darüber hat es Diskussionen gegeben und sicherlich auch Gewinner und Verlierer. Aber es war richtig, den kommunalen Finanzausgleich zu verändern und das Gemeindefinanzierungsgesetz durch das FAG abzulösen.

Kollege Domres, falls Sie die Zahlen nicht gelesen haben, will ich sie in Erinnerung rufen: Im Jahr 1993 haben die Schlüsselzuweisungen 1,3 Milliarden Euro betragen, im Jahr 2007 fast 1,6 Milliarden Euro, und das vor dem Hintergrund einer sinkenden Einwohnerzahl. Das will ich in Erinnerung rufen, wenn hier behauptet wird, das Land würde seine Kommunen finanziell im Stich lassen.

Wir haben mit dem FAG vor allen Dingen eines bewirkt: Wir haben der kommunalen Ebene mehr Freiheit bei der Verwendung der Schlüsselzuweisungen im konsumtiven und investiven Bereich gegeben, und das wirkt sich bereits positiv aus.

Natürlich gibt es auch Diskussionen um Aufgabenübertragung und Entbürokratisierung. Aber, Kollege Domres, bevor Sie hier Plakate der CDU zitieren, schauen Sie sich doch einmal an, wo diese Plakate hängen. Entbürokratisierung ist in Potsdam auch deswegen ein Thema, weil eine Beigeordnete, die Ihrer Partei sehr nahe steht und für den Bereich Schule Verantwortung

trägt, in den vergangenen Jahren nicht gemacht hat, was die Menschen von ihr erwarten

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

- das ist keine arme Frau, sie ist recht gut besoldet -, nämlich dass sie eine vernünftige Schulstruktur schafft bzw. vernünftige Entscheidungen für die Schulstruktur trifft. Stattdessen hat sie eine vermehrte Bürokratie ins Leben gerufen. Sie trifft Entscheidungen, die dazu führen, dass die Menschen vor Ort - insbesondere in der Landeshauptstadt - mehr als unzufrieden sind.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Im ganzen Land sind sie unzufrieden!)

Dieses Plakat hängt nicht im ganzen Land. - Ich glaube - Sie sind ja selbst Vater -, dass wir in der Schulpolitik in Brandenburg auf einem guten Weg sind, und ich würde mich freuen, wenn wir noch mehr Partner für diesen guten Weg fänden.

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE: Wir wissen, dass es nicht gut ist!)

- Ja, die SED, die PDS und Die Linke wussten es schon immer besser als die anderen. Ich sage bewusst: Ich glaube.

Meine Damen und Herren, Schulpolitik ist auch ein Thema für die Zukunft. Die CDU möchte den Kommunen mehr Möglichkeiten geben, die Schulpolitik vor Ort mitzubestimmen, sodass der Schulträger Kommune also nicht nur den Hausmeister bezahlt und für die Sauberkeit in den Räumen verantwortlich ist, sondern auch ein größeres Mitsprache- und Entscheidungsrecht hat, wenn es um Stellenbesetzungen, etwa um die Besetzung der Stelle des Schulleiters, geht, dass er mehr Möglichkeiten hat, die Selbstständigkeit der Schule in seiner Gemeinde zu beeinflussen.

Wir haben unter anderem durchaus erfolgreich dafür gekämpft, dass Schulstandorte im Land erhalten bleiben. Mich stört es, wenn Sie sagen, dass diese Landesregierung für das Sterben von mehreren Hundert Schulen verantwortlich ist. Verantwortlich für den Rückgang der Zahl unserer Schulstandorte ist der Geburtenknick. Und der Geburtenknick hat etwas mit dem zu tun, was uns nicht Sie persönlich, Herr Kollege Domres, aber Ihre Partei 1990 hinterlassen hat, was wir mit kommunaler Selbstverwaltung und Demokratie abarbeiten müssen.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Das gehört nicht zum Thema!)

- Das gehört zum Thema. Ihr Kollege hat es hier auf die Tagesordnung gesetzt.

Meine Damen und Herren, ich möchte zwei Punkte benennen, die ebenfalls mit der positiven Entwicklung zu tun haben. Das ist zum einen die Arbeitsmarktreform, die wir Anfang dieses Jahrhunderts auf Bundesebene durchgesetzt haben. Auch damals hat es enorme Widerstände gegeben: Kritik, gerade von Ihrer Partei, und Plakate im Landtagswahlkampf 2004, die kaum von denen der Parteien der Rechtsaußenflanke zu unterscheiden waren. „Armut per Gesetz“ und anderes haben wir gelesen. Die Arbeitsmarktreform hat auch in Brandenburg dazu geführt, dass wir mehr Beschäftigung haben, dass mehr Menschen wie-

der ihr eigenes Geld verdienen und nicht auf staatliche Leistungen angewiesen sind.

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE sowie vereinzelt Beifall bei der CDU)

- Ich schaue mir die Zahlen sehr genau an, und ich weiß, dass die hier eben angeführten Steuermehreinnahmen natürlich auch damit zusammenhängen, dass wir mehr versicherungspflichtige Arbeitsplätze haben. Sie werden heute sicherlich gelesen haben - es steht, glaube ich, sogar im „Neuen Deutschland“ -, dass das Armutsrisiko in Deutschland deutlich gesunken ist. Wäre etwas anderes der Fall, hätten Sie dies schon erklärt.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Gucken Sie sich einmal den Bericht der Bundesregierung an, Herr Petke!)

- Ich gucke mir die Zeitungen von heute an, und da lese ich, dass das Armutsrisiko deutlich gesunken ist.

Meine Damen und Herren, ich habe nur noch eine Minute, um zu diesem Thema zu sprechen. Ich möchte in dieser Minute auf die Herausforderungen eingehen. Wir brauchen den gleichen Mut der ersten 20 Jahre. Wir brauchen den gleichen Mut auf der kommunalen Ebene. Wir brauchen die Kraft, um in der nächsten Legislaturperiode auch über Dinge wie eine neue Strukturreform diskutieren zu können. Wenn wir einmal auf andere Länder schauen, zum Beispiel auf Sachsen, stellen wir fest, dass es ohne Strukturreform nicht gelingen wird, die kommunale Selbstverwaltung aufrechtzuerhalten.

Wir brauchen mehr Mut zur Zusammenarbeit zwischen den Kommunen. Wir brauchen ein Miteinander, was erkennt, dass wir vor dem Hintergrund rückgehender Einwohnerzahlen, rückgehender Zuweisungen aus dem Solidarpakt II natürlich Dinge tun müssen, die auch Widerstände erzeugen werden. Aber wir wissen jetzt, dass wir auf der kommunalen Ebene mehr Partner haben, die das Problem mit uns gemeinsam lösen wollen.

Wenn wir das schaffen, wenn wir eine Politik machen, die das in den Mittelpunkt stellt, worauf es ankommt, und nicht - wie Sie von der LINKEN - das, was ankommt, dann sehe ich eine positive Zukunft für die Kommunen im Land Brandenburg. - Haben Sie vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. - Das Wort erhält der Abgeordnete Claus.

Claus (DVU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Städte und Gemeinden sind das Rückgrat eines erfolgreichen Landes.“ Mit dieser Floskel versucht die SPD kurz vor den Kommunalwahlen, noch einmal Land zu gewinnen.

(Zuruf von der SPD)

- Sie haben es vorhin selbst gesagt, Frau Melior.

Oder versucht sie nur, ihr kommunalpolitisches Versagen zu verschleiern? Oder ist es ihr unangenehm, weil sie auf der

kommunalen Ebene hinter der CDU liegt? In diesem Jahr sind 200 Jahre vergangen, seit in Preußen im Rahmen der Stein-Hardenberg-Reformen die Städteordnung verkündet wurde. Mit dem Ziel, ökonomische Energie freizusetzen und dadurch den Staat zu entlasten, sollte der Bürger an der Verwaltung des Gemeinwesens mitwirken können. Genau hier liegen die historischen Wurzeln der kommunalen Selbstverwaltung in unserer Region.

Die Frage lautet daher: Welche Verdienste hat die SPD-dominierte Regierung in Brandenburg erworben? - Unsere Kommunen sind von der SPD-dominierten Landesregierung mit zusätzlichen Ausgaben belastet worden, die es den Kommunen zunehmend erschweren, ihre Selbstverwaltungsaufgaben zu schultern. Insbesondere der nicht zuletzt von ihr zu verantwortenden unzureichenden Finanzausstattung sowie der wachsenden Zahl von Pflichtaufgaben muss daher unser Augenmerk gelten. Schließlich ist es die von der SPD gestellte Landesregierung, die seit Beginn der Legislaturperiode unseren Kommunen mindestens 150 Millionen Euro an Zuweisungen, die ihnen eigentlich zustanden, vorenthalten hat.

Die nach wie vor geringe Wirtschaftskraft in Brandenburg mit entsprechend niedrigen Gewerbesteuererträgen hat zur Folge, dass trotz der Zuweisungen die kommunalen Einnahmen pro Einwohner erheblich unter denen der alten Bundesländer liegen. Das sind die wahren Zahlen. Den gestiegenen Ausgaben - hier nenne ich zum Beispiel den Bereich der Schülerbeförderung - standen kontinuierlich zunehmend geringere Einnahmen gegenüber. Die Ausgaben liegen insbesondere im Personalbereich, meine Damen und Herren, da Brandenburger Kommunen im großen Umfang Träger kommunaler Einrichtungen sind. Hinzu kamen in der Vergangenheit stetig wachsende Aufgaben wie notwendige Sozialleistungen.

Die Probleme, vor denen die Kommunen stehen, stellen sich heute sehr differenziert dar. Während die Gemeinden im Berliner Speckgürtel längere Zeit vom Entwicklungsboom in der Bundeshauptstadt profitieren konnten, hat der Strukturwandel in der Peripherie des Landes zu einer hohen Arbeitslosenzahl geführt - hier sei bloß die Uckermark erwähnt -, was gerade die Städte und Gemeinden in den strukturschwachen Landkreisen nachhaltig und schwer trifft.

Wenn nun die SPD-Fraktion behauptet, durchschnittlich um knapp 20 % gestiegene Steuereinnahmen seien ihr Verdienst, so stimmt das nicht. Es ist gerade nicht Ihr Verdienst, meine Damen und Herren, sondern ist allein der konjunkturellen Entwicklung der punktuell vorhandenen Wirtschaftssysteme und den Synergieeffekten im Berliner Raum geschuldet.

Eine verantwortungsvolle Kommunalpolitik hat sich nach Auffassung unserer Fraktion vor allem daran zu orientieren, inwieweit in den Kommunen die Lebensbedingungen der Menschen nachhaltig verbessert und der nach wie vor stattfindende Abwanderungsprozess gerade junger und ausgebildeter Menschen gestoppt werden können. Dazu passt nicht, dass die SPD-dominierte Koalition zum Beispiel die Schülerbeförderung weiter durch die landesgesetzgeberische Hintertür auf die Landkreise und kreisfreien Städte abwälzt. Dazu passt auch nicht, dass die SPD-dominierte Koalition durch das Kommunalabgabengesetz die Altanschließer bei Wasserver- und Abwasserentsorgung mit Herstellungsbeiträgen belastet hat.

(Beifall bei der DVU)

Was die Kommunen brauchen ist vielmehr eine Strukturpolitik, die darauf ausgerichtet ist, den Standortfaktor der Städte und Gemeinden so zu verbessern, dass gerade strukturschwache Regionen als Investitionsstandort attraktiv werden und nicht nur wenige sogenannte Wirtschaftskerne, wie es der Landesregierung vorschwebt. Gerade mit der am 28. September in Kraft tretenden Kommunalverfassungsreform steuert die Koalition in die entgegengesetzte Richtung; denn sie verfolgt damit zum Beispiel die Rekommunalisierung der Wirtschaft zulasten des Mittelstandes, sprich der vor Ort ansässigen Gewerbetreibenden und Dienstleistungsunternehmen.

Wenn man böse Gedanken hätte, könnte man fast sagen, dass die Aktuelle Stunde zu einem allzu vordergründigen SPD-Wahlkampf ausartet. Und das, meine Damen und Herren, hat in diesem Parlament wirklich nichts zu suchen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Das Wort erhält Minister Speer. Bitte schön!

Minister der Finanzen Speer:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mit drei Mitteilungen des Amtes für Statistik beginnen. Das ist also nicht unsere Auffassung - dies an die Damen und Herren der LINKEN -, sondern amtlich ermittelt. Am 04.09. heißt es in einer Mitteilung: Die Brandenburger Wirtschaft führte im ersten Halbjahr 2008 Waren im Wert von knapp 6 Milliarden Euro aus. Damit lag das Exportvolumen um 823 Millionen Euro, also 16 %, über dem Vorjahresniveau.

Am 19.08. gab es eine andere Mitteilung: Die Brandenburger Industrie steigerte im Juni 2008 Umsatz und Beschäftigung um über 5 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. - Am 29.08.: Brandenburgs Tourismus hat im ersten Halbjahr 2008 einen Zuwachs von mehr als 3,3 % gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres zu verzeichnen.

All dies sind Entwicklungen in diesem Land, die natürlich in den Kommunen zu Beschäftigung und Einnahmen führen. Wir stellen für 2007 eine deutliche dynamische Entwicklung der Steuereinnahmen fest. Im Vergleich zum Vorjahr gab es in Brandenburg eine Steigerung von 20 %. Der ostdeutsche Durchschnitt lag bei 10,2 %. Es gab also eine deutliche Zunahme der Steuereinnahmen pro Kopf. In Brandenburg waren es 491 Euro. Damit lag Brandenburg im ostdeutschen Ranking auf Platz 2 hinter Sachsen mit 500 Euro. All dies sind Entwicklungen, die in diesem Land stattfinden.

Wir beobachten, dass sich diese Entwicklung 2008 fortsetzt. Im ersten Halbjahr sind es etwa 100 Millionen Euro über dem Vorjahresniveau; das sind 18 % Steigerung. Dies sind die Zahlen, die auf der Grundlage der Abfrage bei den Unternehmen ermittelt wurden.

Wir haben in diesem Haus das Finanzausgleichsgesetz beschlossen. Es ist im Jahr 2005 wirksam geworden, damals noch unter sehr schwierigen strukturellen und finanziellen Bedingungen. Damit ist die Basis dessen, was an die Kommunen geht, um ca. 100 Millionen Euro pro Jahr nicht gesenkt, son-

dern angehoben worden. Die Gemeindegebietsreform hat ihren Anteil daran, dass die Verwaltungsstrukturen verbessert wurden, dass es wirtschafts- und verwaltungsstarke Gemeinden gibt. Darüber hinaus haben wir in der Wirtschaftspolitik unter dem Begriff „Stärken stärken“ umgesteuert.

Wir stellen seit 2005, und zwar dauerhaft, fest, dass die kommunale Familie ein positives Finanzierungssaldo hat. Im Jahr 2007 waren es allein 325 Millionen Euro über Ausgaben, und im ersten Halbjahr 2008 sind es schon 275 Millionen Euro über Ausgaben. Dies ist Grundlage dafür, dass die Kommunen vernünftig wirtschaften können, aber auch dafür, dass wir die strukturellen Probleme, die wir hier und dort haben, abbauen können.

Noch einmal den Vergleich mit 2007: Wir hatten 2007 in keiner kreisfreien Stadt einen ausgeglichenen Haushalt. Wir können feststellen, dass es 2008 zwei kreisfreie Städte gibt, die das schaffen. Bei den kreisangehörigen Gemeinden waren es 2007 315, und 2008 sind es 321. Bei den Kreisen - Herr Domres, hören Sie zu - waren es im Jahr 2007 sechs.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Er hört immer zu!)

- Aber er glaubt es ja immer nicht.

Es waren also im Jahr 2007 sechs Kreise und im Jahr 2008 elf Kreise, die es geschafft haben.

(Domres [DIE LINKE]: Beantworten Sie die Große Anfrage richtig!)

Vor diesem Hintergrund sind Ihre Horrordarstellungen falsch. Die Kommunen sind in der Lage, ihre strukturellen Defizite abzubauen. Manche wissen schon gar nicht mehr, wohin mit dem Geld.

(Widerspruch bei der Fraktion DIE LINKE)

Deswegen müssen wir uns auch das Finanzausgleichsgesetz 2010 unter diesem Gesichtspunkt genau daraufhin anschauen, ob diese Entwicklung, die wir beobachten und die sicherlich mit dem Umstand zu tun hat, dass es einen berlinnahen und einen berlinfernen Raum gibt, nachgesteuert werden muss.

Die Pro-Kopf-Einnahmen der Brandenburger Kommunen insgesamt liegen deutlich über dem Niveau in den Kommunen der finanzschwachen westdeutschen Länder. Das muss immer wieder gesagt werden. Durchschnittlich pro Kopf 2 468 Euro betragen die Einnahmen der Brandenburger Kommunen. Das liegt 24 % über dem Niveau vergleichbarer Kommunen in den finanzschwachen westdeutschen Flächenländern.

Das ist das Ergebnis des Solidarpaktes, des Transfers von Steuereinnahmen, die in den westlichen Kommunen und Ländern eingenommen und in den Osten transferiert werden. Mit diesem Geld muss sehr sorgsam umgegangen werden. Daran muss auch von den Kommunen noch gearbeitet werden. Denn wir stellen fest: Im Ländervergleich liegen die Personalausgaben bei uns höher, auch wenn man die strukturellen Unterschiede herausrechnet. An diesen Stellen haben wir noch Hausaufgaben zu machen.

Aber insgesamt ist festzustellen, dass die Wirkungen des Fi-

nanzausgleichsgesetzes, die Wirkungen anderer Strukturreformen in Deutschland, die rot-grünen Bestrebungen mit der Agenda 2010 etc. dazu führen, dass auch in den Kommunen Brandenburgs ordentlich gewirtschaftet werden kann. Auf diesem Weg wollen wir weiter gehen. Wir werden uns, wie gesagt, das nächste Mal das Finanzausgleichsgesetz 2010 vornehmen müssen, um Entwicklungen, die hier eingetreten sind, entsprechend berücksichtigen zu können. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank, Herr Minister. - Das Wort erhält der Abgeordnete Schippel.

Schippel (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Geld ist nicht alles, aber ohne Geld ist alles nichts.“ Auf diesen Zusammenhang zwischen dem zweiten Teil des Sprichworts - ohne Geld ist alles nichts - und dem Thema unserer Aktuellen Stunde haben meine Kollegin Melior und Finanzminister Speer in, glaube ich, beeindruckender Weise hingewiesen. Nicht grundlos herrschte solche Ruhe auf der linken Seite dieses Hauses.

(Beifall bei der SPD)

Ich beschränke mich auf den ersten Teil des Sprichworts - „Geld ist nicht alles“ - und lenke Ihre Aufmerksamkeit auf die kommunale Selbstverwaltung, die eben auch das Rückgrat jeder Gemeinde und infolgedessen des Landes ist. Geld - das habe ich schon mehrfach in diesem Haus gesagt - ist sicher wichtig für die kommunale Selbstverwaltung. Aber noch wichtiger ist der notwendige Freiraum vor Ort, dieses Geld entsprechend einzusetzen, und das geht nicht ohne kommunale Selbstverwaltung.

Meine Damen und Herren, Ihnen allen ist kommunale Selbstverwaltung als Begriff bekannt. Die Definition desselben gestaltet sich aber schwierig, denn wir haben es mit einem unbestimmten Rechtsberiff zu tun und mit einem dynamischen Prinzip, das ständig neuen Herausforderungen unterliegt. Im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung können die Städte und Gemeinden ihre örtlichen Angelegenheiten in eigener Verantwortung regeln.

An dieser Stelle ein Hinweis an die Linken, die selbsternannten Gralshüter der kommunalen Selbstverwaltung: Regelung der örtlichen Angelegenheiten heißt auch, Entscheidungen kommunaler Gremien, zum Beispiel kommunaler Zweckverbände, zu akzeptieren und nicht Menschen entgegen rechtstaatlich gefällter Urteile in ausweglose Situationen zu manövrieren, Herr Sarrach, um parteipolitischen Populismus zu betreiben.

(Beifall bei der SPD)

Denn das bedeutet nichts anderes, als demokratische Entscheidungen, die auf einem Solidarprinzip beruhen, immer und immer wieder infrage zu stellen. Das ist auf die Dauer eine Gefahr für die Demokratie als Verfassungsprinzip.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, kommunale Selbstverwaltung beruht auf einer guten Kommunalverfassung. Diese haben wir mit der ersten geschaffenen - unter Alwin Ziel als Innenminister - seit 1993, und diese haben wir weiterhin in der Weiterentwicklung durch Jörg Schönbohm als Innenminister; ihr Inkrafttreten steht ja unmittelbar bevor.

Bei der Verabschiedung der novellierten Kommunalverfassung bin ich bereits auf Zielstellungen eingegangen. Entscheidende Punkte waren, die Rechte der Vertretungen zu erhalten bzw. zu erweitern, Verwaltungsabläufe zu optimieren und die Möglichkeiten des bürgerlichen Engagements auszubauen.

Das alles führt letzten Endes dazu, dass kommunale Selbstverwaltung mit Leben erfüllt wird. Das alles führt schließlich dazu, dass sich Bürger vor Ort einbringen, sei es als abstimmende Bürger in einem Bürgerentscheid oder als aktive Kommunalpolitiker. Wir haben in Brandenburg über 11 000 kommunalpolitisch engagierte Ehrenamtliche. Diese Zahl spricht für sich. Und es gibt eine Steigerung der Zahl der Kandidaten für die Kommunalwahlen 2008 um 16,5 %. Wäre denn diese Steigerung - diese Frage müssen Sie sich gefallen lassen - überhaupt möglich, wenn die Kommunen in dem Zustand wären, wie Sie ihn beschreiben, wenn die Rechte eingeschränkt und all die Dinge so wären, wie Sie sie kritisiert haben? Würden sich dann so viele Menschen in ihren Kommunen engagieren, wenn es - nach Ihren Worten - „fast sinnlos“ wäre?

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Auf den kommunalen Finanzausgleich hat der Finanzminister schon hingewiesen. Ein Punkt, den man - wie ich finde - auch nicht vergessen sollte, sind die 47 000 Ehrenamtlichen im Bereich der Feuerwehren, die oft das Gemeindeleben gestalten bzw. eine seiner Grundlagen sind. Es hat auch etwas mit Förderung der Kommunen zu tun, wenn dafür zusätzlich 5 Millionen Euro durch das Innenministerium ausgegeben wurden und - bei mir stand noch: es soll, heute kann ich sagen: es ist - eine weitere Förderung von 2 Millionen Euro pro Jahr mit Unterstützung des Umweltministeriums verabredet und bekannt gegeben worden ist.

Bei dem Wort Feuerwehren haben einige gelächelt. Lassen Sie mich das Stichwort Stützpunktfeuerwehren dafür gebrauchen, zu erklären, dass das ein Beispiel für das ist, was wir im Lande brauchen. Wir brauchen die Zentralisierung bestimmter Strukturen.

Damit habe ich die Überleitung zur Landesplanung und zum Zentrale-Orte-System. Mit dem Prinzip „Stärken stärken“ tragen wir diesen aktuellen Herausforderungen Rechnung. Um eine qualitativ hohe Daseinsvorsorge anzubieten, ist es unabdingbar, dass wir uns auf zentrale Orte konzentrieren. Wenn Sie das alles in der Fläche machen wollen, dann bekommen Sie vor Ort keinen Arzt. Wenn zu weit gestreut wird, bekommen Sie in ländlichen Teilen unseres Landes bestimmte Strukturen nicht hin. Deswegen ist das Prinzip der Zentralisierung richtig. Dass es richtig ist, haben wir mit der erfolgreichen Gemeindegebietsreform und anderen Dingen bewiesen.

Im Übrigen: Sie waren immer dagegegen, da hat Kollege Petke Recht. Sie waren gegen alles. Das heutige Ergebnis gibt Ihnen und Ihrer Panikmache unrecht.

Meine Damen und Herren, starke Gemeinden und Städte sind das Rückgrat unseres Landes. Diese Gesetzmäßigkeit im Auge zu behalten wird auch weiterhin Aufgabe unserer Fraktion sein; denn wir wissen, eine Kette ist nur so stark wie ihr schwächstes Glied. Das Glied „Kommunen“ in Brandenburg ist in den letzten Jahren wesentlich stärker geworden. Darauf bin ich und sind meine Kollegen stolz. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. - Das Wort erhält die Abgeordnete Kaiser.

Ich gebe Herrn Schippel den Hinweis, dass er noch Redezeit hat.

(Schippel [SPD]: Mal schauen, was sie sagt! - Lunacek [CDU]: Jetzt kommt Armut!)

Frau Kaiser (DIE LINKE):

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Lunacek, ich werde Sie nicht enttäuschen. Sehr verehrter Herr Finanzminister, die Zahlen zur finanziellen Lage der Landkreise und Gemeinden, die Herr Domres hier zitierte, waren durchaus korrekt, jedenfalls, wenn wir davon ausgehen dürfen, dass uns in der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage zur kommunalen Selbstverwaltung die Zahlen korrekt gegeben wurden.

(Minister Schönbohm: Von wann?)

Die Große Anfrage haben wir heute auf der Tagesordnung, es dürften also aktuelle Zahlen sein. Insofern danke ich Ihnen für Ihre Interpretation der Statistik.

Darin steht, dass genau sieben Landkreise nach wie vor mit einem Haushaltssicherungskonzept arbeiten. Das ist immerhin die Hälfte. Das belegt die Schere, die durch das Land geht. Wir haben reiche Landkreise, wir haben arme Landkreise.

(Lunacek [CDU]: Und wir haben einen Ausgleichsfonds!)

Hier ist das Land in der Verantwortung, auszugleichen. Sie wissen sehr wohl, dass die Arbeitsmarktreform - sehr geehrte Frau Melior, ich kann Ihnen das nicht ersparen - soziale Belastungen infolge von Bundesentscheidungen gebracht hat. Ihre Partei und auch Sie haben diese Entscheidung hier im Landtag bis heute unterstützt. Diese Gesundheitsbetriebe hilft uns nicht weiter. Harzt IV muss überwunden werden!

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Es ist inzwischen so, dass wir Landkreise haben, die finanzstark sind, die die kostenfreie Schülerbeförderung, das kostenfreie letzte Kita-Jahr bzw. kostenloses Mittagessen garantieren. Andere können das nicht, würden es aber gerne tun. Damit ist für meine Begriffe bei der kommunalen Selbstverwaltung die Verfassungsmäßigkeit im Land Brandenburg nicht mehr gegeben; denn es gibt keine Chancengleichheit mehr in diesem Land. Dafür werden Sie verantwortlich gemacht. Sie sind in der Verantwortung.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Herr Petke, die CDU hat für sich in Anspruch genommen, für Arbeit zu sein und Arbeitsplätze zu schaffen. Zumindest haben Sie 2004 - Sie waren mit Herrn Schönbohm für diese Kampagne verantwortlich - plakatiert: „Arbeit statt PDS“.

(Minister Schönbohm: Genau!)

Wir sagen aber nach wie vor: Es geht nicht nur um Arbeit, sondern auch um die Frage: Was für Arbeit? Die Zunahme existenzsichernder Arbeitsplätze ist eben nicht eingetreten, sondern wir haben wiederum in Größenordnungen eine finanzielle Belastung der Kommunen.

(Minister Schönbohm: Schauen Sie in die Statistik!)

Schauen Sie in die Statistik: Zeitarbeit, prekäre Verhältnisse, Aufstocker. Die Kosten der Unterkunft trägt wer? Die Kommunen.

(Schippel [SPD]: Nicht ausschließlich, Frau Kaiser!)

Es wird Zeit, dass dieses Damoklesschwert von den Kommunen genommen wird.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Sie haben eine Funktionalreform versprochen. Heute ist ganz klar gesagt worden, dass der Landesentwicklungsplan von den Kommunen selbst kritisiert worden ist. Wir haben keinen definierten Aufgabenkatalog. Wir schaffen die Grundzentren ab, sie sind aber Schulträger. Sie nehmen Aufgaben für die Umgebung wahr, und sie haben große finanzielle Einbußen. Hier ist nachzuarbeiten.

Wir bleiben dabei: Wir brauchen auch für die Zentren, die jetzt den Grundzentrenstatus verlieren, weiterhin Zuweisungen. Es geht nicht, dass Sie alles nur verschieben. Wir wissen, die Kreisreform wird verschoben - zum Glück, wir brauchen keine neue Gebietsreform. Aber offensichtlich haben Sie Ihre eigene Koalitionsvereinbarung nicht ernst genommen. Auch die Funktionalreform, über die diese Koalition seit fast zehn Jahren redet, ist verschoben worden. Wir sind sehr gespannt, wann die Regierung endlich ihre Hausaufgaben macht.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Es geht aus unserer Sicht darum, dass die sozialen Auswirkungen, die die Kommunen zu tragen haben, nämlich die Verdoppelung der Zahl der von Kinderarmut Betroffenen, gemildert werden. Herr Petke, es ist ganz klar belegt, dass die Kommunen, in denen die Auswirkungen zu spüren sind, in die Lage versetzt werden müssen, die Daseinsvorsorge tatsächlich zu treffen. Von daher möchte auch ich an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen, den kommunalen Abgeordneten und allen Kandidatinnen und Kandidaten der demokratischen Parteien, die sich zur Wahl stellen, für ihr Engagement zu danken.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Immerhin ist gerade in den Kommunen das möglich, was auf Landes- und Bundesebene gänzlich unvorstellbar ist, nämlich dass Bürgerinitiativen, Einzelbewerber und auch Vertreterinnen und Vertreter von Parteien parteiübergreifend für Dinge eintreten und eben nicht die Fraktionsdisziplin herrscht wie in diesem Landtag.

Wichtig erscheint mir auch, dass es vor Ort geschafft worden ist, Wahlaufrufe der Demokratinnen und Demokraten zu beschließen, die ganz deutlich auffordern, zur Wahl zu gehen und nicht rechtsextreme Parteien zu wählen.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Mir bleibt als Bilanz der heutigen Aktuellen Stunde dennoch der Hinweis: Lassen Sie uns durch eine veränderte Politik, durch eine Überarbeitung der Kommunalfinanzierung genauso wie der kommunalen Aufgaben bitte wirklich durch reale Entscheidungen die Kommunen stärken, und zwar alle Kommunen; denn starke Reden helfen da nicht,

(Frau Lehmann [SPD]: Richtig, Frau Kaiser!)

da muss eine andere Politik gemacht werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. - Das Wort erhält Minister Schönbohm.

Minister des Innern Schönbohm:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Städte und Gemeinden sind das Rückgrat eines erfolgreichen Landes. Herr Domres, Sie haben gesagt, Sie unterschreiben das. Danach begann das Nebelwerfen der Linkspartei. Darum möchte ich einige Grundsätze nennen und nicht meine vorbereitete Rede halten. Ich glaube, einige Grundsätze sind verloren gegangen. Sie sagen, Sie wollen die Kommunalreform fortführen. Wohin wollen Sie die Kommunalreform fortführen?

(Zuruf der Abgeordneten Kaiser [DIE LINKE])

Sind Sie gewillt, die Kommunen zu stärken? Warum waren Sie dann gegen die Gemeindegebietsreform? Wir hatten gerade eine gemeinsame Veranstaltung in Golm. Dort haben sechs Ortsbürgermeister gesagt - vier von ihnen waren damals gegen die Gemeindegebietsreform -: Das war eine gute Entscheidung. Warum haben wir uns damals nicht freiwillig dafür entschieden,

(Zuruf der Abgeordneten Kaiser [DIE LINKE])

dann hätten wir noch etwas herausgeholt? - Bei den Diskussionen war ich im Gegensatz zu Ihnen dabei, Herr Scharfenberg. Wenn ich in einer Diskussion vor Ort nur den Mund aufgemacht habe, wurde gepfiffen, schon bei der Andeutung einer Rede. Diejenigen, die damals gepfiffen haben, sagen heute, dass wir recht hatten. Ich will nur sagen: Sie waren damals ganz woanders. Sie wollten die Kommunen nicht stärken, weil sie meinten, es ginge weiterhin alles von oben aus. Nein, wir sind der Auffassung, es geht von unten aus. Die Basis unseres Landes sind die Kommunen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Dazu möchte ich von Ihnen ein Bekenntnis haben. Ich habe mit 900 Bürgermeistern diskutiert. Sie alle waren nicht dabei. Sie waren dagegen. Schauen Sie doch einmal in den Protokollen nach! Es gab 1 479 politische Gemeinden, als ich Innenminis-

ter wurde. Jetzt haben wir noch 422. Wir haben gesagt, wir wollen die Ortsteilbeiräte stärken, wir wollen alle dafür sorgen, dass wir starke Kommunen und leistungsfähige Ortsteile haben, in die man sich einbringen kann, in die sich die Bürger einbringen, in die Sie sich auch einbringen. Damals waren Sie dagegen. Jetzt wollen Sie das weiter fortführen. Wohin? - In Richtung Großkombinat, oder was? - Ich weiß es nicht.

(Heiterkeit bei der SPD)

Wir sind dafür, dass das Leben unseres Landes von denen gestaltet wird, die es gestalten können, und das ist vor Ort.

(Beifall bei der CDU)

Wir von der Landesregierung müssen dafür die Rahmenbedingungen setzen.

Wir haben die Rahmenbedingungen, zum einen mit dem Reformgesetz für die Kommunen und zum anderen mit der Kommunalverfassung gesetzt. Die wurde ja heftig diskutiert. Dazu gab es eine Menge Anhörungen. Zum Teil waren Sie dagegen. Das macht alles nichts. Aber das ist natürlich eine andere Entscheidung.

Wenn die Entscheidung vor Ort getroffen wird, dann müssen Sie auch akzeptieren, dass sie vor Ort getroffen wird. Und Sie akzeptieren das auch, habe ich verstanden.

Wenn das so ist: Wie verhalten Sie sich dann eigentlich in dem Abwasserstreit, wo Entscheidungen vor Ort getroffen wurden? - Der entscheidende Punkt, den Sie alle vergessen haben, ist: Unser Land ist so vielfältig und so unterschiedlich. Darum wird das, was Sie hier im Landtag zu Kommunalwahlen sagen, gar keinen interessieren. Die Bürger wollen vor Ort gucken: Wer ist mein Kandidat? Wie sind die Bedingungen? Was können wir da machen?

Von daher, Herr Domres, ist das, was Sie gemacht haben, klassisches Nebelwerfen. Aber, okay, in Ordnung. Das werden die Leute ja dann bewerten.

Aber wenn nun vor Ort entschieden worden ist und wenn vor Ort eine Gemeindevertretung entschieden hat, einem kommunalen Abwasserverband beizutreten und das so und so zu machen, dann können die jetzt nicht sagen, die Landesregierung hat das falsch gemacht.

Ich frage einmal - es gibt hier unter uns auch Anwälte, die Prozesse gegen die Kommunalreform, gegen den Beitritt zu Abwasserverbänden beispielsweise geführt haben -: Wie erfolgreich war das eigentlich?

(Zuruf des Abgeordneten Schulze [SPD])

Für die Partei waren Sie vermutlich erfolgreich, aber sonst doch wohl nicht.

Da kommt die Frage: Wie ist denn die gemeinsame Verantwortung? Können Sie dem Bürger nicht auch einmal erklären, wenn er ein Verfahren vor einem obersten Gericht verloren hat: Das scheint jetzt so zu sein? Wenn Sie nun noch den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof wegen der Abwasserproblematik anrufen wollen, fragen Sie sich einmal, wie die Perspektiven sind.

Von daher gesehen habe ich den Eindruck, Sie wollen kommunale Selbstverwaltung nur, indem Sie Geld verteilen und sagen, dann funktioniert es. Wir wollen vielmehr der kommunalen Selbstverwaltung die Rahmenbedingungen schaffen und sagen: Dann geschieht es vor Ort.

Ich will Ihnen zwei Beispiele nennen, weil die Kommunen immer sagen: Wir brauchen Geld. - Das ist im Land sehr unterschiedlich. Es gibt Bürgermeister - ich könnte Ihnen einen Herrn konkret nennen -, die sich in ihrem Ort entschieden haben, nicht alle Fördermittel zum Bau von Bürgersteigen in Anspruch zu nehmen, weil sie es dann nicht gegenfinanzieren müssen, sondern die sagen: Wir geben das Geld, das wir haben, für die Jugendarbeit aus und stellen ein Haus für die Jugend hin. - Dieses Haus wird ehrenamtlich von Jugendlichen selbst betrieben; die haben es selber gebaut und sagen: Donnerwetter, das ist jetzt unser Haus. - Und sie werden von der örtlichen Feuerwehr unterstützt. Das ist auch kommunales Leben und hat nichts mit Steuergeldern zu tun.

(Beifall bei CDU und SPD)

Es hat etwas mit Initiative zu tun. Deshalb ist es so wichtig, dass wir uns darüber klar werden.

Sie kommen immer wieder auf die Funktionalreform zu sprechen. Ich habe Ihnen schon einmal gesagt: In dem Kaugummi ist nichts mehr drin. Wirklich.

(Widerspruch bei der Abgeordneten Kaiser [DIE LINKE])

Sie kauen ständig darauf herum, verspüren aber keinen Pfefferminzgeschmack mehr.

Wir haben eine interministerielle Arbeitsgruppe gebildet, wir haben das mehrfach vorgetragen. Ich sage Ihnen: In der nächsten Legislaturperiode - da werden Sie aus der Opposition weiterhin staunend zusehen, aber das macht ja nichts -

(Heiterkeit bei der Abgeordneten Lehmann [SPD])

wird das dann alles aufgearbeitet werden.

Jetzt zur Kreisgebietsreform! Ich habe heute in einer Zeitung gelesen - Sie vielleicht auch -: Die Kreisgebietsreform wird verschoben.

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

- Das stand doch gar nicht in der Koalitionsvereinbarung, Herr Scharfenberg. Darauf haben wir uns doch gar nicht verständigt. Was nicht steht, kann nicht verschoben werden. Ich bin häufig umgezogen; darum weiß ich das.

Also, wenn wir uns auf die Kreisgebietsreform verständigt hätten, hätte die verschoben werden können. Da wir die nicht verabredet haben, wird sie nicht verschoben. Aber die Diskussion wird im nächsten Jahr stattfinden; da hat Kollege Petke völlig Recht. In der nächsten Legislaturperiode werden Sie sich mit der Frage befassen müssen - ich werde natürlich staunend zuhören -, ob die jetzigen Strukturen auf Dauer so bleiben können oder wie sie verändert werden. Dazu gehört dann die Frage der Aufgabenzuordnung, die Frage E-Government, E-Administration und Dienstleister im Rahmen der EU-Dienstleistungsrichtlinie.

Von daher gesehen gibt es noch viel Arbeit. Wer meint, in der Kommunalreform ist alles fertig, macht den ersten Fehler. - Das haben Sie ja jahrelang, jahrzehntelang gemacht. Wir aber sagen, wir haben erste Schritte gemacht. Die Richtung ist, Verantwortung vor Ort und Hilfe geben, damit die Verantwortung wahrgenommen werden kann, und die Bürger ermuntern, die zu wählen, die es können.

Wenn wir Schwierigkeiten mit Abwasserzweckverbänden haben, überlegen Sie einmal, wie sich die zusammensetzen. - Daran hat die Landesregierung keinen Anteil. Die Landesregierung hat die Rahmenbedingungen gesetzt, und zum Teil ist gegen den Rat der Fachleute - das alles könnten wir dokumentarisch nachweisen - entschieden worden. Aber das ist im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung nun einmal so.

(Zuruf der Abgeordneten Kaiser [DIE LINKE])

Zur kommunalen Selbstverwaltung gehört auch das Recht auf Fehler, und zum Recht auf Fehler gehört, dass man aus den Fehlern lernt - am besten aus den Fehlern anderer, um die Fehler nicht zu wiederholen. Ich empfehle Ihnen: Lernen Sie aus den Fehlern! - Herzlichen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Das Wort erhält nun noch einmal Herr Schippel, wenn er es möchte. - Er schüttelt den Kopf.

(Schippel [SPD]: Frau Kaiser hat so Bewegendes nicht gesagt! - Frau Kaiser [DIE LINKE]: Vielen Dank, Herr Schippel!)

Das ist in Ordnung. Damit können wir die Aktuelle Stunde und den Tagesordnungspunkt 1 schließen.

Wir kommen zum **Tagesordnungspunkt 2:**

Fragestunde

Drucksache 4/6689

Es liegen Ihnen die mündlichen Anfragen vor. Als Erster erhält Herr Dr. Klocksins zur **Frage 1888** (Handel mit Melderegisterdaten) das Wort. Bitte schön, Herr Dr. Klocksins.

Dr. Klocksins (SPD):

Der Datenschutzbeauftragte der Bundesregierung - und ich füge hinzu: nicht nur dieser - hat den Verkauf persönlicher Daten durch Kommunen an professionelle Adresshändler kritisiert.

Ich frage die Landesregierung: Liegen ihr Erkenntnisse über die Praxis in Brandenburger Kommunen vor?

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank für die Frage. - Herr Innenminister, Sie beantworten sie sicherlich.

Minister des Innern Schönbohm:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Klocksins, auch dieses von Ihnen angesprochene Thema war

Gegenstand der Besprechung beim Bundesminister des Innern mit dem Verbraucherschutzminister und dem Wirtschaftsminister, dem Bundesdatenschutzbeauftragten und anderen Fachleuten aus den Ländern. Wir haben das im Zusammenhang mit dieser Diskussion gleich überprüft. Wir haben einen rechtlichen Rahmen, der eingehalten wurde.

Das Melderechtsrahmengesetz des Bundes hat die Voraussetzungen für die Erteilung der einfachen Melderegisterauskunft in § 21 vorgegeben. Daher sind die Voraussetzungen zur Erteilung einfacher Melderegisterauskünfte in den Ländern dem Grunde nach einheitlich geregelt, weil das Bundesgesetz diese Vorgabe macht. In Brandenburg ist das der Fall in § 32 Abs. 1 bzw. § 32 a des Brandenburgischen Meldegesetzes. Die Vorschrift erlaubt den Meldebehörden nur die Auskunft über den Familiennamen, Vornamen, Doktorgrad, die gegenwärtigen Anschriften und den Tod des Einwohners, und zwar auch nur dann, wenn der Antragsteller den Einwohner zweifelsfrei bestimmen kann.

(Unruhe im Saal)

- Soll ich die Frage beantworten, oder soll ich aufhören?

Diese einfache Melderegisterauskunft kann auch erteilt werden, wenn jemand Auskunft über eine Vielzahl namentlich bezeichneter Einwohner, also eine Sammelauskunft, begehrt. Das ist zum Beispiel für Klassentreffen und ähnliche Dinge der Fall.

Es handelt sich insoweit nicht um einen Verkauf oder einen Handel mit Meldedaten, sondern um die Erfüllung einer gesetzlichen Aufgabe durch die kommunalen Meldebehörden.

Die Erteilung einer einfachen Melderegisterauskunft ist als Amtshandlung gebührenpflichtig.

Bei der Prüfung eines Antrags auf Erteilung einer einfachen Melderegisterauskunft hat die Meldebehörde neben dem Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen im Rahmen der Ausübung pflichtgemäßen Ermessens auch zu prüfen, ob durch die Erteilung der Auskunft schutzwürdige Interessen des Betroffenen berührt werden.

Die seit langem praktizierte Übermittlung von Einwohnermeldedaten an Private erfolgt im Rahmen der melderechtlichen Vorschriften zur einfachen Melderegisterauskunft in rechtszulässiger Weise. Uns ist kein Verstoß bekannt.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herr Minister, der Fragesteller hat Nachfragebedarf.

Dr. Klocksin (SPD):

Der Schlusssatz lautete: Ihnen ist kein Verstoß bekannt. - Ich entnehme Ihren Ausführungen, dass aus Ihrer Sicht auch kein Handlungsbedarf besteht, ungeachtet der in der Öffentlichkeit breit diskutierten Vorkommnisse in der Stadt Bielefeld, die zugegebenermaßen außerhalb von Brandenburg liegt, wo Meldedaten verkauft worden sind und die Stadt in ihrem Haushalt einen bestimmten Betrag - ich glaube, in der Größenordnung von über 200 000 Euro - ausweist, der aus dem Verkauf von Einwohnerdaten resultiert. Nun können wir sa-

gen, hier hält sich das alles im Rahmen der gesetzlichen Regelungen.

Könnte es jedoch Sinn machen - erstens -, die Transparenz der Handlungen der Kommune auch gegenüber den Betroffenen, nämlich gegenüber den Inhabern der Daten, zu erhöhen?

Zweitens: Könnte es vielleicht auf Landesebene oder im Konzert mit den anderen Bundesländern angemessen sein, hier bundeseinheitliche Regelungen zur Verschärfung des Datenschutzes vorzusehen?

Minister Schönbohm:

Kollege Klocksin, ich kenne den Vorfall in Bielefeld nicht im Einzelnen. Ich habe darüber gelesen.

Für die Auskunft werden Gebühren erhoben. Wenn jemand eine Auskunft begehrt, gilt ein Gebührensatz, dessen Höhe ich jetzt nicht genau kenne. Diese Gebühren werden in der Stadtkasse vereinnahmt und dann auch entsprechend dokumentiert.

Inwieweit es sich um solche Gebühren handelt, weiß ich nicht. Aber ich hatte ja ausgeführt, dass die Länder auf der Basis des Bundesmeldegesetzes vergleichbare Gesetze haben. Wir haben unter meiner Verantwortung als Vorsitzender der IMK eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die etwa bis zum 20./25. Oktober gemeinsam mit den anderen Ländern überprüft, welche Konsequenzen sich aus zwei Fragestellungen ergeben.

Erstens: Wo liegen im Bundesdatenschutzgesetz Regelungslücken vor? Zweitens: Wo gibt es aus der Sicht der Länder in den übrigen Gesetzen, durch die sie unmittelbar betroffen sind, Veränderungs- bzw. Anpassungsbedarf? Dann kommt die Diskussion über die Frage, in welcher Weise der Bundesdatenschutz organisiert ist, die im Lande geführt wird. Diese Frage kann dort mit behandelt werden. Zurzeit sehe ich aber keine Notwendigkeit, für Brandenburg eine spezielle Regelung vorzusehen.

(Dr. Klocksin [SPD]: Danke schön!)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Schönen Dank für die Antwort. - Wir kommen zur nächsten Frage. Dazu weise ich darauf hin, dass der Abgeordnete Görke sein Fragerecht mit dem der Abgeordneten Tack tauscht. Ich rufe also die **Frage 1906** (Sicherung von Gewerkschaftsrechten auf der BBI-Baustelle) auf, die von der Abgeordneten Tack gestellt wird. Bitte schön.

Frau Tack (DIE LINKE):

Das Milliardenprojekt „Flughafen BBI in Schönefeld“ wird als größtes Infrastrukturprojekt der Region mit öffentlichen Mitteln realisiert. Auf der Baustelle arbeiten mehrere Hundert Bauarbeiter. Die Industriegewerkschaft Bauen - Agrar - Umwelt sowie andere DGB-Gewerkschaften kritisieren, dass ihre Rechte auf Kontrollen und zur Interessenvertretung auf der Großbaustelle stark beschnitten werden. Diese Tatsache widerspricht den im Grundgesetz und in der brandenburgischen Landesverfassung verankerten demokratischen Rechten der Gewerkschaften.

In diesem Zusammenhang frage ich die Landesregierung: Was

hat sie als Gesellschafterin gegenüber der FBS-Geschäftsführung unternommen, damit die Gewerkschaftsvertreter ihre demokratischen Rechte auf der BBI-Baustelle wahrnehmen, die Kolleginnen und Kollegen betreuen und entsprechende Vor-Ort-Gespräche und Kontrollen durchführen können?

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herr Wirtschaftsminister, Sie haben das Wort.

Minister für Wirtschaft Junghanns:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Tack, mit der Beantwortung der Kleinen Anfrage 2532 haben wir dazu Stellung genommen, haben wir das auf den Punkt gebracht. Wir sehen keine Veranlassung, Einfluss zu nehmen, weil solche Fälle des Versagens nicht bekannt sind.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. Herr Minister Junghanns, es gibt Nachfragebedarf. Gehen Sie also bitte noch nicht zurück zu Ihrem Platz. - Bitte, Frau Tack.

Frau Tack (DIE LINKE):

Herr Minister, sowohl Ihre Antwort wie auch Ihre Reaktion verwundern mich ein bisschen; denn Sie haben auf die Kleine Anfrage nur mit den Worten geantwortet: Soweit der Landesregierung bekannt sei, sei das gewährleistet. - Die Gewerkschaftsvertreter haben sich an uns gewandt, um genau die Situation zu thematisieren, weil eben nicht gewährleistet ist, dass die Gewerkschaftsvertreter ungehindert auf die Baustelle können. Deshalb möchte ich zwei Nachfragen stellen:

Erstens: Wie haben Sie sich vor Ort informiert? Welche Gespräche haben Sie mit der Geschäftsführung bzw. mit den Gewerkschaftsvertretern geführt? Wie Sie sicherlich wissen, ist sowohl in der brandenburgischen Landesverfassung als auch in dem Bundesrahmentarifvertrag geregelt, dass die Gewerkschaftsvertreter die betreffenden Rechte wahrnehmen dürfen, und zwar uneingeschränkt.

Meine zweite Frage knüpft daran an: Wie halten Sie es mit der Einhaltung der Landesverfassung, in der das betreffende Recht eindeutig verankert ist? Ich möchte in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass der Landesverband Berlin der SPD dazu einen Parteitagsbeschluss gefasst hat, weil er vernommen hat, dass die Situation so ist, wie ich es geschildert habe, und nicht gesagt hat, dass die Situation nicht so sei. Vor diesem Hintergrund fühle ich mich schon getroffen, wenn hier angenommen wird, ich verbreitete hier Unwahrheiten. Das ist mitnichten der Fall.

Minister Junghanns:

Frau Tack, ich habe nicht gesagt, dass Sie Unwahrheiten verbreiten. Ich habe heute Morgen unten vor dem Tor ja auch mit den Kollegen gesprochen. Sie haben in einem Papier noch einmal formuliert, wie sich das aus ihrer Sicht darstellt.

Dazu möchte ich an dieser Stelle erstens in aller Ruhe klarmachen, dass die Regelung des Zugangs zu der Baustelle, von

welchen Personen auch immer - wobei wir gemeinsam natürlich ein großes Interesse an Ordnung auf dieser Baustelle haben - nicht etwas ist, was irgendwo geheim ausgeheckt worden ist. Vielmehr ist es so, dass das straff organisiert wird, und wir legen großen Wert darauf, dass das so bleibt.

Zweitens: Damit ist auch die Verknüpfung dargestellt, und zwar auch die der gewerkschaftlichen bzw. der betrieblichen Vertretung der Arbeitnehmer innerhalb des Projekts, wobei geregelt ist, wie mit Kollegen umgegangen wird, die - aus welchen Gründen auch immer - von außerhalb dieses Projekts den Zugang zu den Mitarbeitern dort suchen, zum Beispiel zur Überprüfung der Gegebenheiten im sozialen Bereich oder zur Konsultation. Ich habe heute Morgen unten an der Tür gelernt, dass es den Vertretern nicht genügt, angemeldet auf die Baustelle bzw. zu den Kollegen kommen zu können. Das impliziert aber die klare Feststellung, dass es eigentlich eine Zugangsmöglichkeit gibt und dass nur der unangemeldete Zugang, den sie wünschen, nicht gewährleistet wird. Darüber muss man im Einzelnen reden. Da brauchen Sie gar nicht mit der Verfassungskeule zu kommen; denn die Verfassung schließt die von mir geschilderte Regelung nicht aus.

Drittens: Es gibt Begehrligkeiten dahin gehend, für die Bauarbeiter auf der Baustelle eine Chipkarte zu bekommen. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, welcher Personenkreis das sein soll und welche Absicht dahinter steht. Heute Morgen war hier ein Herr, der Mitglied der Großen Tarifkommission im Bereich Bauen ist und der das für sich in Anspruch nehmen möchte, was ich verstehe. Aber lassen Sie uns darüber im Einzelfall diskutieren und hier nicht den Anschein erwecken, als würde Gewerkschaftsvertretern querbeet der Zugang zur Baustelle versagt. Das ist einfach falsch. Bei dem Streit geht es lediglich um die Form der Gewährung des Zugangs.

Zu falschen Auslegungen in diesem Kontext möchte ich ergänzend Folgendes sagen: Mir wird vonseiten der Vertreter gesagt, hier werde nach Wohlverhalten gefragt, und sie befürchteten, dass ihnen dann, wenn sie etwas zu kritisieren hätten, das nächste Mal kein Zugang mehr gewährt werde, weil sie eben kein Wohlverhalten an den Tag legten. Das ist völlig falsch.

(Schulze [SPD]: Dass das bei dem Flughafen völlig falsch ist, kann ich mir nicht vorstellen! - Zuruf der Abgeordneten Tack [DIE LINKE])

- Frau Tack, Herr Schulze, es geht hierbei um eine ganz prinzipielle Frage, die wir mit den Arbeitnehmervertretern in dem Aufsichtsgremium der Flughafengesellschaft intensivst beraten haben. Da geht es um sehr viel.

Nehmen Sie also bitte zur Kenntnis, dass das, was Sie hier sagen, dass Zugang nicht gewährt werde, nicht der Fall ist. Von den Kollegen, die mich heute früh angesprochen haben, nehme ich zur Kenntnis, dass die Form, in der der Zugang gewährt wird, ihnen nicht ausreicht. Darüber wird es eine weitere Diskussion geben; keine Frage. Aber ich möchte hier den Vorwurf ausräumen, dass denjenigen, die Zugang begehren, dies verwehrt wird; denn dies ist einfach falsch. - Danke schön.

(Dr. Klocksin [SPD]: Kennen Sie eine Großbaustelle in der Republik, auf der der Zugang so eingeschränkt gehandhabt wird? Nur in Brandenburg gibt es das! - Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Das war die Antwort.

(Zurufe)

- In der Geschäftsordnung gibt es keine Regelung zu Dialogen während der Fragestunde. Der Fragesteller darf nicht zu Nach-erklärungen eine Frage stellen, sondern muss seine Fragen während des Hauptbeitrags anmelden. Demzufolge ist die Frage jetzt beantwortet.

Wir kommen zur **Frage 1890** (Schulbesuche von Mitgliedern der Landesregierung), die von der Abgeordneten Dr. Funck gestellt wird.

Frau Dr. Funck (CDU):

In einem Rundschreiben an die Lehrer und Schulleiter des Landes Brandenburg vom 18. August 2008 wies das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport auf die gegenwärtig für Unterrichtsbesuche und Veranstaltungen geltende Rechtslage für Mandatsträger und Bewerber für politische Ämter hin. Demnach ist sechs Wochen vor Wahlen von entsprechenden Veranstaltungen und Besuchen abzusehen. Die Minister für Bildung, Jugend und Sport sowie Umwelt, Ländliche Entwicklung und Verbraucherschutz haben - das ist ein Beispiel - am 9. September 2008 in einer Schule in Potsdam Biobrotboxen verteilt. Im Zuge einer Informationsveranstaltung für Schüler zur Aufklärung über die Geschichte der DDR war für Mitte September im Rahmen unserer „Campus-Tour 2008“ eine Filmvorführung „Das Leben der Anderen“ - mit anschließender Zeitzeugendiskussion geplant. Mit dem Verweis auf die geltende Rechtslage kam diese Veranstaltung hingegen nicht zustande.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie das unterschiedliche Vorgehen vor dem Hintergrund der bestehenden Rechtslage und des Gleichbehandlungsgrundsatzes?

Vizepräsidentin Stobrawa:

Schönen Dank für die Frage. - Herr Minister Rupprecht, Sie haben jetzt Gelegenheit, sie zu beantworten.

Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Dr. Funck, lassen Sie mich zunächst ganz kurz etwas zum Hintergrund Ihrer Frage sagen. Im Kern geht es um die Wahrung der parteipolitischen Neutralität unserer Schulen in Wahlkampfzeiten, beispielsweise vor Kommunalwahlen, wie es zurzeit der Fall ist. Geregelt wird das Ganze in den Verwaltungsvorschriften Schulbetrieb. Darin heißt es: Von einer Einbeziehung von Abgeordneten, Bewerbern um ein Mandat sowie sonstigen Vertretern von Parteien, Wählergemeinschaften oder anderen politischen Organisationen in den Unterricht oder in die schulischen Veranstaltungen ist in einem Zeitraum von sechs Wochen vor Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europäischen Parlament abzu-sehen.

Diese Verordnung ist nicht neu. Sie gilt seit 1999. Um auf Nummer sicher zu gehen, dass diese Verordnung nicht in Vergessenheit geraten ist, hat mein Staatssekretär am 18. August ein An-

schreiben an alle Schulen verfasst, in dem an diese Verordnung erinnert wird.

Damit komme ich konkret zu Ihrer Frage und zu den beiden Veranstaltungen. Es handelt sich aus meiner Sicht um zwei völlig unterschiedliche Veranstaltungen. Die „Campus-Tour 2008“, die Sie erwähnt haben, ist deutlich einer Partei, nämlich der CDU, zuzuordnen, wie man schon an der Internetdarstellung relativ leicht erkennen kann.

Den inhaltlichen Ansatz, gemeinsam mit Zeitzeugen die Geschichte der DDR aufzuarbeiten, teile ich. Ich halte den Film „Das Leben der Anderen“ auch für sehr gut geeignet, dieses Thema zu bearbeiten. Aber mit der parteipolitischen Neutralität der Schulen ist diese Veranstaltung so nicht vereinbar, weil sie von einzelnen Abgeordneten, beispielsweise von Ihnen, Frau Dr. Funck, maßgeblich gestaltet wird, auch durch Redebeiträge und Ähnliches. Die von mir zitierte Vorschrift schließt das aber aus. Ich habe einen Tipp - oder sogar Wunsch -: Bitte holen Sie die Veranstaltung nach den Kommunalwahlen nach! Ich finde sie völlig in Ordnung. Sie passt in unsere Schulen.

Bei der zweiten Veranstaltung geht es um etwas völlig anderes, nämlich um die Verteilung von Biobrotboxen im Rahmen einer inzwischen bundesweiten Aktion. Diese dient ganz klar dem Ziel, das Bewusstsein für gesunde Ernährung und für die Gesundheitserziehung unserer Kinder zu stärken. Das ist für mich kein parteipolitisches Ziel. Es ist ausdrücklich erwünscht, dass Prominente, auch Politiker, an der Verteilung teilnehmen bzw. diese unterstützen. Ziel ist es, zu kommunizieren, dass es um eine gute Sache geht. Dafür sind Promis, auch politische Promis, immer sehr gut geeignet.

In dem Schreiben, das der Staatssekretär herausgeschickt hat und das Ihnen offensichtlich nicht bekannt ist, wird ausdrücklich auf diese Aktion hingewiesen, und sie wird aus dem Kontext der politischen Veranstaltungen herausgenommen. Es heißt dort auch, dass Politiker teilnehmen können.

Eine Anmerkung noch zu den beiden Ministern: Frau Dr. Funck, Sie werden nicht bestreiten, dass sowohl für Herrn Dr. Woidke als auch für mich das Thema „gesunde Ernährung“ zu unseren Ressorts und damit zu unseren Fachaufgaben gehört. Es kann einem Fachminister nicht untersagt werden, im Rahmen seiner Ressortzuständigkeit in Schulen für eine gute Sache zu werben. Das haben wir beide getan. Frau Dr. Funck, wenn Sie dabei gewesen wären, hätten auch Sie Boxen verteilen dürfen. Beim nächsten Mal - das verspreche ich Ihnen - sind Sie sehr herzlich eingeladen. - Danke.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Frau Dr. Funck hat trotzdem noch eine Nachfrage. Bitte schön.

Frau Dr. Funck (CDU):

Natürlich widerspricht niemand, dass die gesundheitliche Aufklärung in den Schulen ein sehr wichtiger Punkt ist. Es ist nun einmal so, dass der Schulbeginn auf den 1. September und damit leider in die Sechs-Wochen-Frist vor den Wahlen fällt. Das wird im nächsten Jahr ganz genauso sein.

(Bischoff [SPD]: 1. Klasse!)

Gleiches gilt für die FU-Studie. Sie wurde erst vor kurzem veröffentlicht, weshalb die Tour auch entsprechend geplant wurde. Deswegen meine Frage: Halten Sie die Aufarbeitung der Geschichte der DDR tatsächlich für parteipolitisch dominiert?

(Frau Lehmann [SPD]: Das hat er doch gar nicht gesagt!)

Zum anderen: Die Biobrotboxen waren nur ein Beispiel; es gab auch diverse andere Besuche.

Minister Rupprecht:

Zu Ihrer ersten Frage habe ich mich, wie ich glaube, schon entsprechend geäußert. Ich halte den Ansatz dieser Veranstaltung für sehr gut. Es ist sicherlich parteiübergreifend Konsens hier im Haus, dass die Aufarbeitung der DDR-Geschichte eine wichtige Aufgabe unserer Schulen ist, die man dabei unterstützen sollte. Von meiner Seite gibt es insoweit also kein Problem. So, wie die Veranstaltung angelegt war, war sie aber - erstens - eine politische Veranstaltung, die - zweitens - primär von einer Partei getragen wurde. Das passt nicht zur Einhaltung des Neutralitätsgebots.

Ansonsten bin ich gern bereit, darüber zu reden, ob die Verordnung insgesamt vernünftig ist. Es wird durchaus - auch parteiübergreifend - die Meinung vertreten, das solle man nicht so restriktiv handhaben. Ich bin in diesem Punkt vorsichtiger und will an dieser Stelle hinzufügen: Wenn wir an den Schulen eine gewisse Offenheit in der genannten Frage zulassen, kann das dazu führen, dass genau die Leute, von denen wir alle uns wünschen, dass sie in Schulen nicht auftreten, dort eine geöffnete Tür vorfinden. Davor warne ich. Ich bin aber zu jeder Diskussion gern bereit. Natürlich kann sie nicht mehr vor den Kommunalwahlen geführt werden; da gilt die Verordnung. Sie haben darauf hingewiesen, dass wir im nächsten Jahr wieder Wahlen haben. In deren Vorfeld sollten wir noch einmal darüber reden, wie wir mit dem Thema umgehen.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Es gibt noch eine Nachfrage. Frau Große darf sie stellen.

Frau Große (DIE LINKE):

Herr Minister, meinen Sie nicht auch, dass die Kandidaten für ein Mandat in den Kommunalparlamenten auch gute Werbeträger für die Demokratie in diesem Lande sind und es demzufolge angebracht wäre, die entsprechende Verordnung zu überarbeiten? Sie haben angedeutet, dass Sie dazu bereit sind.

Zweitens: Entsprechend einem Gutachten des Parlamentarischen Dienstes des Bundestages ist es durchaus möglich, dass Vertreter demokratischer Parteien auch vor Wahlen Schulen besuchen. Ist es nicht gerade im Zuge dessen, dass wir den Schulen mehr Selbstständigkeit zumuten und das Vertrauen darin haben, dass sie die Demokratie in diesem Land stärken wollen, angesagt, dass die Schulen selbst entscheiden dürfen, wen sie vor ihren Schülern auftreten lassen?

Minister Rupprecht:

Zur ersten Frage: Es gibt zwei unterschiedliche Interessen. Mein Interesse habe ich schon bekundet. Ich wünsche mir parteipolitische Neutralität der Schulen, gerade in einer so brisanten Phase wie der Vorwahlzeit.

Ich verstehe aber auch das Anliegen der Abgeordneten, die natürlich davon ausgehen können, dass es in der Zeit vor Wahlen ein deutlich höheres Interesse seitens der Schülerinnen und Schüler gibt, sich an der Schule mit politischen Themen zu beschäftigen. Dazu werden die jungen Menschen - auch solche, die sich sonst um Politik nicht weiter kümmern - schon durch die Plakate an den Straßenrändern motiviert.

Ich bekunde noch einmal Interesse und auch Bereitschaft, darüber zu diskutieren - auch mit Ihnen, Frau Große -, wie wir weiter vorgehen. Ich will aber die Warnung nicht wiederholen. Ich halte die Verordnung für nicht schlecht. Es wird schwer sein, mich umzustimmen.

Die zweite Frage bezog sich auf die erhöhte Selbstständigkeit der Schulen. Natürlich traue ich unseren Schulen zu, im Rahmen ihrer Selbstständigkeit und Autonomie mit diesem Thema verantwortungsbewusst umzugehen. Aber es ist nicht ganz einfach, Veranstaltungen im Vorfeld so zu definieren, dass man sicher sein kann, dass nicht innerhalb der Veranstaltung dann doch etwas passiert, was man sich nicht gewünscht hat. Ich möchte einfach die Schulen nicht in Probleme bringen. Es soll hinterher nicht heißen, dass sie missbraucht worden sind. Deshalb meine Skepsis. Ich bitte nicht um Nachsicht, aber doch um Verständnis dafür. - Danke schön.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank für die Beantwortung der Frage. - Das Wort erhält gleich Herr Schulze, damit er **Frage 1891** (Gefahrenguttransporte über die Straße) stellen kann.

Ich möchte aber die Gelegenheit nutzen, die Schülerinnen und Schüler der Immanuel-Kant-Gesamtschule Falkensee bei uns zu begrüßen, die schon eine halbe Stunde lang den Fragen und Antworten lauschen.

(Allgemeiner Beifall)

Herr Norbert Schulze, Sie haben das Wort.

Schulze (DVU):

Am 9. September 2008 ereignete sich auf der BAB 13 zwischen den Anschlussstellen Freiwalde und Duben ein folgenschwerer Zwischenfall mit einem Gefahrenguttransporter für die BASF Schwarzheide. Die Autobahn war in beiden Fahrtrichtungen stundenlang gesperrt, weil aus dem defekten Transporter eine brennende Flüssigkeit ausgelaufen war. Die Reinigungsarbeiten und die dadurch erforderliche Teilspernung dauerten am 10.09. noch an.

Ich frage die Landesregierung: Welche Möglichkeiten sieht sie im Interesse einer vorsorglichen Gefahrenabwehr für Mensch und Natur, bei Vorhandensein von Werksanschlussgleisen eine Verlagerung derartiger Transporte auf die Schiene anzuordnen?

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herr Minister Dellmann steht schon zur Beantwortung der Frage bereit. Bitte schön.

Minister für Infrastruktur und Raumordnung Dellmann:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Schulze, für Ihr

Anliegen gibt es keine gesetzliche Grundlage. Es fehlt auch die Landeszuständigkeit. Die gesamten Gefahrguttransporte richten sich ausschließlich nach europäischem vereinbartem Recht. Ich glaube, es ist allen klar, dass wir in der Europäischen Union einheitliche Regelungen haben, die durch nationales Recht - in diesem Fall: durch Bundesrecht - umzusetzen sind.

Dabei ist es so, dass einzelne Gefahrguttransporte nicht einzeln zu genehmigen sind, sondern: Wenn sie den in der EU-Verordnung enthaltenen Standards entsprechen, dürfen sie auf die Straße gehen. Obwohl ich den Ansatz verstehe, eine Verlagerung der Transporte auf die Schiene vorzunehmen, können wir dem leider nicht nachkommen.

Ich will noch einmal deutlich sagen, dass uns, was besagten Unfall angeht, noch keine konkrete Aussage vorliegt, woran es tatsächlich gelegen hat. Aber nach den mir bisher vorliegenden Informationen liegt die Vermutung nahe, dass es sich um menschliches Versagen und nicht um die Nichteinhaltung einschlägiger europäischer Regelungen gehandelt hat. - Vielen herzlichen Dank.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. - Das Wort erhält Frau Dr. Schröder. Sie stellt **Frage 1892** (Überlastung der Brandenburger Sozialgerichte durch „Hartz-IV“-Klagen). Frau Ziegler antwortet sichtlich darauf.

Frau Dr. Schröder (SPD):

Frau Blechinger antwortet bestimmt, aber das ist egal. - Die vier erstinstanzlichen Sozialgerichte in Brandenburg sind angesichts der „Hartz-IV“-Klagen nach eigenen Angaben vollkommen überlastet. Es gibt verschiedene Wege, dies zu ändern: zum einen durch eine Verbesserung der qualitativen Arbeit der Grundsicherungsträger, zum anderen durch eine Erhöhung der Zahl von Sozialrichtern. Das Justizministerium kündigte für die Brandenburger Sozialgerichte bereits acht bis neun Neueinstellungen an, davon drei bis vier zum Herbst.

Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld II und ihre Anwälte werfen Grundsicherungsträgern immer wieder gravierende Fehler in den Bescheiden vor. Durch eine Verbesserung der Arbeit dieser Einrichtungen könnten die Sozialgerichte ebenfalls erheblich entlastet werden.

Ich frage die Landesregierung: Lässt sich die angespannte Situation sowohl für Richterinnen und Richter als auch für die Hilfebedürftigen im Hinblick auf eine Verbesserung der Qualität der Arbeit der Grundsicherungsträger aus Ihrer Sicht zum Positiven verändern?

Vizepräsidentin Stobrawa:

Frau Dr. Schröder, die Landesregierung legt fest, wer die Antwort gibt. Mir wurde signalisiert, dass Frau Ziegler die Antwort gibt.

Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Ziegler:

Sehr geehrte Frau Präsidentin, ich gebe die Antwort nicht nur für mein Haus, sondern für die Landesregierung insgesamt.

Meine Damen und Herren! Die Fragestellung beinhaltet auch, dass die Belastung der Sozialgerichte zu einem erheblichen Teil auf eine qualitativ schlechte Arbeit der Grundsicherungsstellen zurückzuführen ist. In der Beantwortung mehrerer diesbezüglicher Fragen haben wir klargestellt, dass die hohe Zahl der Klagen aus dem Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende auf verschiedene Ursachen zurückzuführen ist und sich deshalb pauschale Schlussfolgerungen verbieten.

Aus Sicht der sozialrichterlichen Praxis ist das hohe Aufkommen an sozialgerichtlichen Verfahren aus dem Bereich der Grundsicherung nicht in erster Linie auf eine mangelnde Qualität der Bearbeitung im vorgerichtlichen Bereich zurückzuführen, sondern vielmehr darauf, dass das neue Leistungsrecht des SGB II in der Rechtsanwendung eine Fülle von tatsächlichen und rechtlichen Fragen aufwirft, deren Klärung für die Betroffenen von großer Bedeutung ist, und dass die sich verändernden Lebenssachverhalte der Antragsteller auch immer wieder zu neuen Bescheiden führen, die oftmals in Beschwerden und Klagen enden. Das ist eine kausale Kette. Hinzu kommt, dass eine Reihe von Gesetzesänderungen vorgenommen wurden, weshalb auch da neue Fragestellungen aufgeworfen werden.

Zu Ihrer Frage, was das Justizministerium unternimmt, um diesen Berg abzubauen, ist Folgendes zu sagen: Sie sagen, dass das Justizministerium acht bis neun Neueinstellungen - davon drei bis vier bis zum Herbst - ankündige. Das Justizministerium dagegen sagt, dass eine Verstärkung der Sozialgerichtsbarkeit im richterlichen Bereich in folgendem Umfang geplant ist: Es sollen zeitnah vier Proberichterinnen bzw. Proberichter für die Sozialgerichtsbarkeit eingestellt werden. Daneben ist eine weitere Verstärkung im Wege der Abordnung von weiteren vier Richterkräften aus der Arbeits- und Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie durch die Verlängerung von Abordnungen bei zwei Richterkräften aus der Arbeitsgerichtsbarkeit beabsichtigt. Das sind die konkreten Zahlen.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. - Es gibt keinen Nachfragebedarf. Aufgrund dessen erhält Frau Große Gelegenheit, die **Frage 1893** (Abwanderung von Brandenburger Schülerinnen und Schülern nach Sachsen) zu stellen.

Frau Große (DIE LINKE):

Wie den Medien zu entnehmen war, gehen immer mehr Schülerinnen und Schüler aus dem grenznahen Raum im Süden Brandenburgs in Sachsen zur Schule. In diesem Schuljahr besuchen etwa 200 Schülerinnen und Schüler aus Senftenberg und Spremberg die Schulen in Hoyerswerda. Sie nehmen längere Schulwege in Kauf, weil sie sich in Sachsen bessere Bedingungen für den Unterricht erhoffen.

Ich frage die Landesregierung: Wie gedenkt sie, auf diese „Abstimmung mit den Füßen“ zu reagieren?

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herr Bildungsminister, Sie werden darauf die richtige Antwort haben. Bitte.

Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht:

Das hoffe ich, Frau Präsidentin. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Große, zwischen Brandenburg und Sachsen gibt es kein Gastschülerabkommen wie zwischen Berlin und Brandenburg. Aufgrund dessen kann ich die Zahlen, die Sie genannt haben, weder bestätigen noch in Abrede stellen. Es gibt keine statistische Erfassung. Fakt ist - Sie haben es gesagt, und es ist uns auch bekannt -, dass es in den letzten Schuljahren einen verstärkten Wechsel aus zwei Regionen in Brandenburg, und zwar aus Spremberg und Senftenberg, nach Hoyerswerda gab.

Auf der anderen Seite der Landesgrenze befinden sich zwei attraktive Gymnasien, die auch für Brandenburger Schülerinnen und Schüler besonders interessant zu sein scheinen. Das eine ist das Johanneum-Gymnasium in Hoyerswerda - eine evangelische Schule in freier Trägerschaft -, und das andere ist ein öffentliches Gymnasium - das Lessing-Gymnasium - mit einer musikalischen Profilierung. Diese beiden Schulen stellen auch in der Schullandschaft in Sachsen etwas Außergewöhnliches dar, laufen offensichtlich gut und sind für Schülerinnen und Schüler attraktiv.

Schwerpunktmäßig findet der Wechsel, den wir feststellen, nach der 4. Klasse statt. Das ist im unterschiedlichen Schulsystem - in Brandenburg gibt es die sechsjährige Grundschule und in Sachsen die vierjährige - begründet. Es gibt Eltern, die sich wünschen, dass ihr Kind so schnell wie möglich auf das Gymnasium geht. Das stellte bis vor einigen Jahren ein Problem dar. Inzwischen haben wir in der Region aber auch zwei Angebote. In beiden genannten Orten gibt es an den staatlichen brandenburgischen Gymnasien auch Leistungs- und Begabungsklassen. Somit können Kinder nach der 4. Klasse auf das Gymnasium wechseln.

Jedoch gibt es einen Unterschied. In beiden LuBK im Süden Brandenburgs gelten die gleichen Aufnahmebedingungen wie an den anderen 33 Standorten. Das heißt, es werden nur leistungsstarke, motivierte und vor allem geeignete Schüler aufgenommen. Auf der anderen Seite der Landesgrenze ist dies anders. Beim Johanneum-Gymnasium gibt es zum Beispiel keine Leistungsanforderungen bei der Aufnahme. Das ist für Eltern nicht uninteressant und führt bei dem einen oder anderen eventuell auch dazu, diese Schule auszuwählen.

Insgesamt braucht uns diese Entwicklung jedoch nicht zu beunruhigen. Es ist, denke ich, nicht die Wahl bzw. Abwahl eines Systems, sondern vielmehr die individuelle Wahl einer Schule. Da muss man eben akzeptieren, dass es diese beiden gut angewählten Schulen in Sachsen verstanden haben, sich so zu profilieren, dass sie interessant sind und deshalb auch gut ausgewählt werden, unter anderem aus Brandenburg. Ich finde nicht, dass dies eine „Abstimmung mit den Füßen“ ist, wie Sie gesagt haben, sondern eine individuelle Entscheidung für eine spezielle Schule.

Die klare Schlussfolgerung für unsere brandenburgischen Schulen im Süden des Landes ist, ihr Image aufzupolieren und sich nach außen so darzustellen, dass man erkennen kann: Das sind auch sehr gute Schulen, und das Kind muss nicht über die Landesgrenze hinweg zur Schule geschickt werden. Ich bin aber keinem Elternteil böse, das sagt: Ich möchte genau dieses Angebot, dass das Gymnasium in Hoyerswerda bietet, wahrnehmen und schicke deshalb mein Kind dorthin. - Im Unterschied zu anderen Regionen gibt es nämlich auch einen klaren Vorteil, und zwar ist die Verkehrsanbindung sehr gut. Die Kin-

der sind nicht lange unterwegs. Das spricht dafür, die freie Auswahl zu nutzen. Da spielt die Landesgrenze für Eltern offensichtlich keine Rolle.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herr Minister, es gibt Nachfragebedarf. - Zunächst Frau Große und anschließend Herr Senftleben sowie Frau Wöllert. - Bitte, Frau Große.

Frau Große (DIE LINKE):

Ich teile Ihre Sicht hinsichtlich des Wunsches der Eltern, eine Schule mit einem besonderen Profil zu wählen. Die Eltern, die mit uns in Kontakt getreten sind, beklagten jedoch insbesondere die Rahmenbedingungen - vor allem die häufigen Lehrerwechsel - an den Schulen, die von mir genannt wurden.

Herr Minister, ich frage Sie: Teilen Sie auch die Auffassung, dass die Unruhe bezüglich des Personals bei den Eltern dazu geführt haben könnte, eine solche Entscheidung zu treffen?

Minister Rupprecht:

Als Antwort auf diese Frage gebe ich ein uneingeschränktes Ja. Natürlich sind das Rahmenbedingungen, die nicht motivieren, eine staatliche Schule anzuwählen, bei der man zum Zeitpunkt der Bewerbung eventuell noch nicht weiß: Wer wird mit meinem Kind zu tun haben?

In Brandenburg haben wir - das wissen alle - zwei Problemregionen mit einem deutlichen Lehrerüberhang. Das sind die Schulämter Cottbus und Frankfurt (Oder). Durch eine Verteilung im Land müssen wir möglichst gleichmäßige Bedingungen schaffen. Das ist für den Einzelnen sehr schwierig und auch schwer zu verkräften. Im Gesamtsystem ist dies jedoch nicht zu verhindern. Das führt nicht nur bei den abgehenden, sondern auch bei den aufnehmenden Schulen im Schulamtsbereich Brandenburg natürlich zu Unruhen. Dessen bin ich mir zwar bewusst, muss jedoch an der Stelle auch sagen: Bei dieser demografischen Ungleichverteilung im Land Brandenburg ist das eine notwendige Maßnahme, die übrigens auch von außen mit relativ wenig Mitleid beobachtet wird.

Vizepräsident Stobrawa:

Nun erhält Herr Senftleben das Wort.

Senftleben (CDU):

Herr Minister, ich begrüße es, dass Sie die individuelle Schuwahl unterstützen. Aufgrund dessen ist die Frage der vielfältigen Schulmöglichkeiten natürlich auch wichtig.

Meine Frage geht jedoch in folgende Richtung: Seit mehreren Jahren frage ich stets nach, wie viele brandenburgische Schüler in Sachsen zur Schule gehen. Darauf erhalte ich immer die Antwort: Wir können diese Zahl nicht definieren, weil es kein Abkommen gibt.

Aus diesem Grund stelle ich folgende Frage: Kann man - wie mit Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Sachsen-Anhalt - auch mit Sachsen in eine Verhandlung eintreten, um die Zahlen auf den Tisch zu bekommen, wie viele Schüler aus dem Land

Brandenburg im Freistaat Sachsen und wie viele Schüler aus dem Freistaat Sachsen in Brandenburg unterrichtet werden? - Somit kann die Diskussion auch einmal in der Form aufgegriffen werden. Ich glaube, dies ist wichtig, damit sich die Bildungsminister untereinander austauschen können. - Vielen Dank.

Minister Rupprecht:

Vielen Dank für den Hinweis. Bezüglich des Verweises auf Mecklenburg-Vorpommern ist zu sagen, dass wir mit dem nördlichen Nachbarn einige Probleme hatten. Dort ging es um Geld, nämlich um die Bezahlung, damit Schüler aus anderen Bundesländern unterrichtet werden können. Mecklenburg-Vorpommern ist dabei aus einem bundesweiten Konsens ausgeschert. Der Finanzminister hat in dieser Angelegenheit erfolgreich Verhandlungen geführt. Wir werden diesbezüglich eine Lösung finden. Dort gab es erstmalig eine Verrechnung von Zahlen - schließlich ging es um Geld - und damit einen konkreten Auftrag.

Ich nehme den Hinweis mit und sage Ihnen zu, dass wir versuchen werden, die Zahlen zu bekommen. Es ist jedoch nicht so einfach; denn es handelt sich um zwei Schulstatistiken, die nicht unbedingt miteinander kompatibel gestaltet werden können. Dennoch kann ich mit meinen sächsischen Kollegen darüber sprechen und ihnen sagen: Es gibt hier das Bedürfnis, konkrete Zahlen zu bekommen.

Die von Frau Große genannte Zahl von etwa 200 Schülerinnen und Schülern aus Senftenberg und Spremberg, die in diesem Schuljahr in Hoyerswerda zur Schule gehen, habe ich auch der Presse entnommen. Diese kann ich jedoch derzeit weder bestätigen noch in Abrede stellen.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Frau Abgeordnete Wöllert erhält das Wort.

Frau Wöllert (DIE LINKE):

Meine Frage geht in die gleiche Richtung. Ich muss hier mein Unverständnis darüber äußern, dass Sie über kein statistisches Zahlenmaterial verfügen. Ich komme aus Spremberg. In meinem Fachausschuss bei der Stadt Spremberg liegen jedes Jahr regelmäßig Zahlen über die Anzahl der Schülerinnen und Schüler vor, die in Sachsen beschult werden, und zwar betreffend die Übergänge aus der 4. Klasse, aus der 5. Klasse und aus der 6. Klasse. Sie sind in den jeweiligen Kommunen abzufragen. Im Rahmen des Überleitungsverfahrens sind diese statistischen Zahlen vorhanden.

Minister Rupprecht:

Frau Wöllert, ich bin bereit, diese Zahlen künftig zu ermitteln und Ihnen zukommen zu lassen. Das Problem mit Sachsen ist gerade in den letzten Wochen hochgekommen, auch medial. Deshalb steht uns diese Aufgabe für das nächste Mal bevor. Ich bin bereit, mich darum zu kümmern. Wenn Sie mir mit Ihrem Ausschuss behilflich sein können, habe ich überhaupt kein Problem damit. - Danke schön.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Vielen Dank. - Wir kommen zur **Frage 1894** (Beschleunigung

der Bauarbeiten auf der Bundesautobahn 12), die der Abgeordnete Karney stellt. Bitte schön.

Karney (CDU):

Seit mehreren Monaten werden auf der Bundesautobahn 12 zwischen Fürstenwalde und Storkow Bauarbeiten durchgeführt. Diese haben nicht nur immer wieder Staus zur Folge, sondern erschweren auch die Einhaltung von Termingeschäften der in der Region ansässigen Logistikunternehmen. Trotz mehrerer Aufrufe der Betroffenen an die Adresse des Bundesverkehrsministers Tiefensee konnte bislang nicht erreicht werden, dass an diesem Bauabschnitt - ähnlich wie am Autobahndreieck Nuthetal - die Arbeiten auch nachts und an den Wochenenden durchgeführt werden. Eine Beschleunigung der Bauarbeiten würde der regionalen Wirtschaft und den vielen Berufspendlern eine erhebliche Erleichterung bringen.

Ich frage die Landesregierung: Welche Möglichkeiten sieht sie, für den zweiten Bauabschnitt auf der A 12 eine verkürzte Bauphase zu erreichen?

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herr Minister Dellmann, Sie haben sicherlich die richtige Antwort parat.

Minister für Infrastruktur und Raumordnung Dellmann:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Karney, wir sind in der glücklichen Situation, dass Ende des Jahres die zweistreifige Verkehrsführung aufgehoben wird. Die noch weiterhin notwendigen Baumaßnahmen im Zusammenhang mit der A 12 werden ab Anfang kommenden Jahres grundsätzlich in einer „2 + 2“-Verkehrsführung stattfinden. Es ist davon auszugehen, dass dann keine Stauerscheinungen mehr da sein werden, es sei denn, es passiert ein Unfall.

Zum Unfallgeschehen ist anzumerken: Seit dem Zeitpunkt der Grenzöffnung hat der Wegfall der Rückstausituation signifikant dazu beigetragen, dass die Zahl der Unfälle und die Unfallschwere stark zurückgegangen sind. Man muss auch einschätzen, dass die jetzige Verkehrsführung zwar nicht komfortabel, aber akzeptabel ist.

Wir haben Ihre Anregungen bereits vor Monaten durchgespielt. Es wurde allerdings festgestellt, dass die damit verbundenen Mehraufwendungen an dieser Stelle nicht ins Verhältnis zu setzen sind mit den Effekten, die eintreten würden. Wir müssen konstatieren, dass die Baumaßnahme Nuthetal in der Intensität, vor allem in der Intensität des Verkehrs deutlich über der Baumaßnahme auf der A 12 liegt, sodass das dort begründet werden konnte.

Wir sind sehr dankbar dafür, dass der Bund einer Verkürzung der Baumaßnahme bei Nuthetal zugestimmt hat. Das wollen wir auch künftig für bestimmte Baustellen erreichen. Ich bitte aber um Verständnis, dass wir das Geld, das uns der Bund für die Durchführung von Maßnahmen an Bundesfernstraßen und Bundesautobahnen zur Verfügung stellt, nur einmal zur Verfügung haben. Mehrkosten an der einen Stelle führen dazu, dass es an einer anderen Stelle weniger wird oder dass Baumaßnahmen nur mit großer zeitlicher Verzögerung durchgeführt wer-

den können. Seien Sie sicher, ab Ende des Jahres oder Anfang nächsten Jahres wird die A 12 hoffentlich kein Thema mehr hier im Landtag sein. - Vielen Dank.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. - Die **Frage 1895** (Leiharbeit in Landesbehörden?) stellt der Abgeordnete Schulze in Vertretung des Herrn Abgeordneten Bochow, der sich für heute entschuldigt hat.

Schulze (SPD):

Presseberichten unter anderem in „Spiegel Online“ vom 24. Juli 2008 zufolge hat in den Ministerien des Bundes sowie im Bundestag die Anzahl von Leih- und Zeitarbeitskräften in der jüngeren Vergangenheit deutlich zugenommen.

Ich frage die Landesregierung: Welche Rolle spielen Leih- und Zeitarbeitskräfte in der brandenburgischen Landesregierung sowie bei den nachgeordneten Behörden?

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herr Innenminister, ich gehe davon aus, dass Sie die Antwort geben.

Minister des Innern Schönbohm:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Schulze und Herr Kollege Bochow, wir haben innerhalb der Landesregierung eine Abfrage vorgenommen, um festzustellen, wie viele Leih- und Zeitarbeitskräfte hier und in den nachgeordneten Behörden in konkreten Einzelfällen beschäftigt sind. Ich trage Ihnen das Ergebnis vor:

In der Staatskanzlei wurde in der jüngeren Vergangenheit für eine Vertretung im Rahmen einer Elternteilzeit für einen Zeitraum von elf Wochen eine Zeitarbeitskraft eingesetzt.

Im Finanzministerium werden gegenwärtig zwei Leiharbeitskräfte eingesetzt, eine im BLB und eine im Aus- und Fortbildungszentrum der Fachhochschule für Finanzen in Königs Wusterhausen.

Im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur werden derzeit 61 Zeit- und Leiharbeitskräfte beschäftigt. Es handelt sich um Kräfte, die vom Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum - BLADAM ist die Abkürzung - eingesetzt werden, und zwar nahezu ausschließlich für Grabungen im Zusammenhang mit Archäologie und Bodendenkmalpflege.

In diesen Bereichen entsteht im Zusammenhang mit einzelnen Projekten ein kurzfristiger Bedarf an einer hohen Zahl von Arbeitskräften, die aus sogenannten Veranlassungsmitteln finanziert werden. Das Landesamt hat eigene Grabungskräfte. Da aber der Personalbedarf unregelmäßig auftritt und demzufolge schwankend ist, kann es den Veranlassern nicht zugemutet werden, so lange zu warten, bis eigene Kräfte frei sind. Umgekehrt kann man es dem Steuerzahler nicht zumuten, einen großen Stamm festangestellter Grabungsarbeiter zu finanzieren, die nicht ständig benötigt werden. Ein aktuelles Beispiel ist die Erdgasleitung OPAL, für die derzeit ca. 20 Leiharbeiter beschäftigt sind.

Im Technikbereich der Fachhochschule Eberswalde I wird eine Fachkraft über eine Zeitarbeitsfirma eingestellt.

Die Landesbetriebe greifen zum Abbau von Arbeitsspitzen in Einzelfällen auf die Leistung von Zeitarbeitsfirmen zurück. So werden zum Beispiel im LDS zur Bewältigung von Arbeitsspitzen im Bereich der Haushandwerker bei Umzügen Zeitarbeitskräfte eingesetzt. Zurzeit erfolgt keine Inanspruchnahme; das kann aber wieder geschehen.

Im LGB wird derzeit ein Spezialist von einer Zeitarbeitsfirma für sechs Monate für das Projekt „Errichtung eines Geoportals in Brandenburg“ eingesetzt, da Personal mit der erforderlichen Qualifikation im LGB nicht vorhanden ist.

Ich fasse zusammen: Zeitarbeitskräfte werden immer dann eingesetzt, wenn Arbeitsspitzen entstehen, deren Abarbeitung möglichst zeitnah erfolgen muss, und keine eigenen Kräfte zur Verfügung stehen.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. Es gibt eine Nachfrage, Herr Minister. - Bitte schön, Herr Görke.

Görke (DIE LINKE):

Herr Minister Schönbohm, hat die Landesregierung Kenntnis, nach welchen tariflichen Eingruppierungen diese zum Beispiel im Wissenschaftsministerium oder in den nachgeordneten Einrichtungen des Wissenschaftsministeriums tätigen Leiharbeiter bzw. Leiharbeiterinnen beschäftigt werden?

Minister Schönbohm:

Ich habe davon keine Kenntnis, da das im nachgeordneten Bereich ist und das im nachgeordneten Bereich entsprechend den Vorgaben gemacht wird. Ich kann die Frage nicht beantworten.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Das Wort erhält der Abgeordnete Thiel, der die **Frage 1896** (Einordnung des Tagebaus Welzow-Süd Teilfeld II) stellt.

Thiel (DIE LINKE):

Der Landtag ist am 10.07.2008 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen der Beschlussempfehlung des Hauptausschusses - Drucksache 4/6472 - gefolgt, nach der Neuaufschlüsse von Braunkohletagebauen von der Landesregierung nur dann genehmigt werden, wenn die dazugehörigen Kraftwerke zur Braunkohleverstromung mit der CCS-Technologie - also Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid - ausgestattet werden. Diese Technologie steht nach übereinstimmender Meinung aller Experten frühestens 2020 großtechnisch zur Verfügung. Die zu versorgenden Kraftwerksblöcke in den Kraftwerken der Brandenburger Lausitz werden aber entsprechend der Planungen von Vattenfall und der Landesenergiestrategie 2020 bis 2020 und darüber hinaus ohne CCS-Technologien arbeiten.

Ich frage deshalb die Landesregierung: Wie ordnet sie im Zusammenhang mit der jüngsten Beschlussfassung des Landtages das laufende Braunkohleplanverfahren für den Tagebau Welzow-Süd Teilfeld II ein, das nach Maßgabe dafür vorgese-

hener Zeiträume bis spätestens 2014/15 abgeschlossen sein wird?

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herr Minister Dellmann wird die Antwort geben.

Minister für Infrastruktur und Raumordnung Dellmann:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Thiel, sicherlich ist es Ihnen entgangen, dass es sich bei dem Teilabschnitt II, wie der Name Welzow-Süd Teilfeld II schon sagt, nicht um einen Neuaufschluss handelt, sondern um eine Fortsetzung des ersten Teilabschnittes. Sie wissen sicherlich auch - oder es ist Ihnen entfallen -, dass dieser Teilabschnitt II vorrangig dafür da ist, das genehmigte Kraftwerk in Schwarze Pumpe mit Braunkohle zu versorgen, sodass dies voll im Kontext mit der entsprechenden Beschlussfassung des Brandenburgischen Landtags ist. - Vielen Dank.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. - Das Wort erhält Frau Abgeordnete Schier. Sie stellt die **Frage 1897** (Zunahme der Verhaltensstörungen bei Kindern und Jugendlichen).

Frau Schier (CDU):

Experten haben in den zurückliegenden Wochen mehrfach darauf hingewiesen, dass die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die an Verhaltensstörungen leiden, in den letzten Jahren zugenommen hat. Sie machen unter anderem den wachsenden Leistungsdruck und die mangelnde Erziehungskompetenz vieler Eltern dafür verantwortlich. Als problematisch werden auch die Störungen im Sozialverhalten eingeschätzt.

Ich frage die Landesregierung: Welchen Handlungsspielraum sieht sie, um insbesondere die Erziehungskompetenz der Eltern nachhaltig zu verbessern?

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herr Bildungsminister, Sie haben die Chance zu antworten.

Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Schier, wir sind uns einig, es gibt in Brandenburg viel zu viele Familien, die sowohl mit dem Erziehungs- als auch mit dem Bildungsauftrag für ihre Kinder überfordert sind oder zumindest Probleme haben bei der Umsetzung dieses Auftrags. Wie sich die Zahl dieser - ich sage mal - „Problemfamilien“ in den letzten Jahren entwickelt hat oder auch die Frage, wie viele verhaltensauffällige Schüler es im Vergleich zu vergangenen Jahren gibt, ist schwer zu beantworten. Es gibt keine empirischen Forschungen auf diesem Gebiet. Aber Berichte von Beteiligten in den Unterstützungssystemen stützen Ihre Aussage, dass es offensichtlich einen Anstieg gibt.

Für uns ist entscheidend, den betroffenen Elternhäusern zu helfen. Ich glaube, wir haben in Brandenburg inzwischen einiges zu bieten. Ich will einige Beispiele nennen, um auf Ihre Frage zu antworten: Es gibt zunächst das breite Spektrum der Kinder- und Jugendhilfe. Ich nenne einige Stichpunkte; Sie kennen sie:

Familienbildung, Erziehungsberatung, sozialpädagogische Familienhilfe, betreutes Wohnen für junge alleinerziehende Väter oder Mütter usw.

Darüber hinaus gibt es - ein aus meiner Sicht sehr großer Fortschritt - seit Oktober 2005 das Ihnen bekannte Programm für Familien- und Kinderfreundlichkeit. Hierbei geht es um innovative familienpolitische und unterstützende Ansätze, die entwickelt werden. Ein sehr schönes und erfolgreiches Beispiel sind die Eltern-Kind-Zentren, für die pro Jahr 400 000 Euro aus dem Landesjugendplan zur Verfügung stehen. In zwölf Jugendamtsbereichen sind solche Eltern-Kind-Zentren aufgebaut worden. Sie dienen hauptsächlich der Vernetzung aller familienbezogenen Dienstleistungen und damit auch den Betroffenen. Es geht unter anderem um gemeinsame Fortbildungen, aber vor allen Dingen um den täglichen Austausch, damit Probleme möglichst erfolgreich bekämpft werden können. Diese Entwicklungsarbeit - das kann man heute sagen - war sehr erfolgreich. Die Projektstätten sind zu anerkannten Orten in den Gemeinden geworden. Im Jahr 2009 läuft die Förderung aus. Ich kann keine Garantie für alle Zentren geben, aber ich bin sicher, dass die meisten in Eigenregie, also ohne Landesfördermittel, weiter betrieben werden.

Optimistisch stimmt mich das, was ich am Montag auf einer Kreisreise durch Potsdam-Mittelmark erlebt habe. Ich hatte die Freude, mit dem dortigen Landrat in Belzig das dritte Eltern-Kind-Zentrum des Landkreises Potsdam-Mittelmark zu eröffnen. Dieses wird von Anfang an voll vom Kreis und von der Kommune getragen, ohne Zuschuss vom Land.

Ein weiterer Schwerpunkt in unserem Land sind die lokalen Netzwerke „Gesunde Kinder“. Hierbei geht es darum, die Erziehungskompetenz zu verbessern, indem man zwei Probleme zusammen anpackt: zum einen die notwendige gesundheitserzieherische und zum anderen die pädagogische Unterstützung von Familien, die dieser Unterstützung bedürfen.

Wir haben seit dem Jahr 2006 das Modellprojekt lokale Netzwerke „Gesunde Kinder“. Im Jahr 2006 gab es sie an zwei, im Jahr 2007 an drei Standorten, und seit 2008 gibt es sie an sieben Standorten im Land. Das ist eine sehr erfreuliche Entwicklung.

Des Weiteren möchte ich deutlich auf unsere Kindertagesstätten hinweisen. Wir haben ein flächendeckendes Netz an Kindertagesstätten. Denen kommt eine sehr wichtige Aufgabe zu, nämlich den Kontakt speziell zu den Elternhäusern zu knüpfen, die der Unterstützung bedürfen. Das ist im Kindergartenalter der Kinder deutlich leichter möglich als später in der Schule. Die Hemmschwelle, sich auszutauschen und sich bei Problemen an eine Erzieherin zu wenden, ist deutlich niedriger, als später zu einem Lehrer oder einer Lehrerin in der Schule zu gehen. Ich wünsche mir deshalb, dass jede Kita eigentlich ein „verstecktes Eltern-Kind-Zentrum“ ist, ohne den Ansatz in Gänze, den man den Zentren, die ich beschrieben habe, zuordnet. Ich glaube, viele Kitas sind auf einem sehr guten Weg. Ich besuche relativ viele Kitas. Es gibt sogar Kitas, die sich nicht nur um den Kontakt zu den Eltern, sondern auch zu den Großeltern kümmern. Denn sie sind in einer Familie beim Thema Erziehung und Bildung häufig entscheidend beteiligt. Ich meine, das ist ein sehr lobenswerter Ansatz. Ich kann für die Landesregierung sagen: Wir werden uns bemühen, gerade solche unterschwelligen Angebote weiter auszubauen und gemeinsam mit den Kreisen und kreisfreien Städten die Angebotspalette zu erweitern.

Neben den Kitas gilt unser Augenmerk natürlich auch den Schulen. Wir verpflichten die Schulen, auch im Zuge der Entwicklung von Schulprogrammen, die Elternarbeit bei allem, was in der Schule passiert, entsprechend hoch zu werten. Ich denke, diesbezüglich haben viele Schulen durchaus Reserven. Es gilt, Anstrengungen zu unternehmen, damit Schule ihrem Erziehungs- und Bildungsauftrag in Zusammenarbeit mit den Eltern besser gerecht wird.

Wenn wir das alles, was ich beschrieben habe, schaffen, sind wir auf einem guten Weg, und dann werden die Zahlen - so hoffe ich -, die Sie genannt haben - es gibt geschätzte und vermutete - zukünftig erfreulicher ausfallen. - Vielen Dank.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herr Minister, trotz ausführlicher Antwort gibt es Nachfragebedarf. In der Reihenfolge Herr Krause, Frau Große und Frau Fechner können die Fragen gestellt werden.

Krause (DIE LINKE):

Herr Minister, Sie haben eingestanden, dass sich die Defizite bei den Eltern bzw. deren Erziehungskompetenz vergrößert haben. Darauf zielte ja auch die Frage ab. Sie haben Projekte genannt, die sozusagen als „Reparaturbetriebe“ nachwirkend an diesem Problem arbeiten. Meine Fragen an Sie lauten: Was sind - erstens - die Gründe, die zu der Situation führen, dass Eltern Schwierigkeiten haben, ihre Kinder großzuziehen, und - zweitens - wie können wir diese Ursachen von Anfang an bekämpfen, anstatt immer über Projekte zu reden, die im Nachhinein zu reparieren versuchen?

Minister Rupprecht:

Es geht um die gesamtgesellschaftliche Situation. Es gibt Familien, die sich in einer wirtschaftlich schwierigen Lage befinden. Es stellt sich mitunter Frust ein, der auf die Kinder übertragen wird. Die verhalten sich dann adäquat. Das alles soll Schule - gewöhnlich richtet sich dieser Auftrag immer nur an die Schule - auffangen und reparieren, wie Sie es genannt haben. Das heißt, wir müssen es schaffen, die beiden wichtigsten Säulen beim Thema Bildung und Erziehung, nämlich die Familien und die Schulen - ich binde auch die Kitas mit ein - besser zu verzahnen. Dann ist das keine Reparatur, sondern eine beidseitige Anstrengung, die erfolgreich sein kann. Es gilt, so früh wie möglich zu beginnen; nicht erst in der Schule, sondern schon in der Kindertagesstätte. Sie wissen, wir haben eine Betreuungsquote von 97 % im letzten Kita-Jahr. Es sind also fast alle Kinder in dem System der staatlichen Betreuung, in Kitas und in Schulen in freier Trägerschaft integriert. Ich glaube, das ist der richtige Ansatz. Dann haben wir eine Chance, die Probleme - dass wir sie haben, muss ich eingestehen - zu bekämpfen. Mehr kann ich dazu an der Stelle nicht sagen, Herr Krause.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Bitte schön, Frau Große.

Frau Große (DIE LINKE):

Herr Minister, Sie haben den Katalog der Projekte und Maßnahmen zur besseren Zusammenarbeit mit den Eltern zur Stär-

kung deren Erziehungskompetenz aufgelistet, dem wir nur beipflichten können, wobei wir hoffen, dass das endlich Früchte trägt. Die Fragestellerin hat in ihrem Vortext eindeutig darauf hingewiesen, dass die Experten - so lese ich es - auch den wachsenden Leistungsdruck in den Schulen für die Verhaltensauffälligkeiten verantwortlich machen. Ich frage Sie, Herr Minister, welche Maßnahmen und Projekte zur Verhinderung dieses Leistungsdrucks, zur Verhinderung dessen, dass Schule krank macht, von Ihrem Hause geplant sind?

Minister Rupprecht:

Solche Pauschalaussagen sind für die Polarisierung natürlich sehr schön, aber sie bringen uns nicht weiter. Ich glaube nicht, dass Schule in Brandenburg prinzipiell krank macht, weil sie Leistung fordert. Wir leben in einer Leistungsgesellschaft. Dem können sich weder Schule noch Kita entziehen. Wir müssen Kindern klarmachen, dass Leistungen gefordert werden, das heißt, dass wir zwar fördern, aber auch fordern. Dazu gehört auch eine gewisse Leistungsbereitschaft. Da ist es eben schwierig, wenn nur die Schule oder die Kindertagesstätte dazu etwas leisten und die Familie - das ist leider eine bei vielen Familien in Brandenburg ausgeprägte Einstellung - sagt, das sei deren Job und damit habe die Familie nichts zu tun. Sicherlich, Fälle von überzogenem Leistungsdruck an Schulen, die Sie vielleicht im Kopf haben und die wirklich krank machen - nebenbei bemerkt, der Leistungsdruck an Schulen wird teilweise unter den Schülern selbst aufgebaut und ist mitunter nicht so einfach zu steuern, wie sich das manch einer vorstellt, der noch nie als Lehrer an einer Schule gearbeitet hat -, sind nicht zu akzeptieren. Aber dass Schule von Schülern auch Leistungsbereitschaft verlangt, davon können wir nicht abrücken. Ansonsten kommen Sie mir mit der nächsten PISA-Studie, die für Brandenburg wieder nicht gut ausfallen wird, und fragen: Was ist hier los? Die Schulen leisten ja nichts.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Das Wort erhält jetzt Frau Fechner.

(Zuruf der Abgeordneten Fechner [DVU])

- Sie hat ihre Frage zurückgezogen. - Dann herzlichen Dank, Herr Minister.

Damit ist die Fragestunde beendet.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 2 und rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Brandenburgisches Gaststättengesetz (BbgGastG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 4/6415

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Wirtschaft

Drucksache 4/6702
(Neudruck)
einschließlich Korrekturblatt

2. Lesung

Es wurde vereinbart, keine Debatte zu führen, sodass wir sofort zur Abstimmung über den Änderungsantrag in der Drucksache 4/6731, eingebracht von der SPD und der CDU, kommen können. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Einstimmig ist diesem Änderungsantrag zugestimmt.

Wir kommen zweitens zur Beschlussempfehlung in der Drucksache 4/6702, Neudruck, einschließlich Korrekturblatt. Wer dieser Beschlussempfehlung seine Zustimmung gibt, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Auch hier gibt es Einstimmigkeit. Somit ist dieses Gesetz in 2. Lesung verabschiedet.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 3.

Bevor Sie in die Mittagspause gehen, gestatten Sie mir bitte noch einen Hinweis. Wir werden in der Mittagspause Sportlerinnen und Sportler bei uns begrüßen: Frau Chukhrova, Frau Herold, und Frau Wagner sind hier zu Gast auf dem Hof des Landtages. Dazu hat sich eine der erfolgreichsten Olympiateilnehmerin der letzten Jahrzehnte, die Potsdamerin Kathrin Boron, gesellt. Sie werden in einer persönlichen Erklärung zu ihrer zukünftigen ehrenamtlichen Tätigkeit Stellung nehmen und sportliche Aktivitäten ausführen. Wir alle, Sie und die Ministerinnen und Minister, sind zu diesem Event eingeladen. Wir treffen uns hier um 13 Uhr wieder.

(Unterbrechung der Sitzung: 12.03 Uhr)

(Fortsetzung der Sitzung: 13.04 Uhr)

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren! Wir setzen mit dem **Tagesordnungspunkt 4** fort:

Drittes Gesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 4/6422

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Inneres

Drucksache 4/6722

2. Lesung

Außerdem liegt Ihnen ein Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU in der Drucksache 4/6729 vor.

Die Aussprache wird mit dem Beitrag der Fraktion DIE LINKE eröffnet. Es spricht der Abgeordnete Dr. Scharfenberg.

Dr. Scharfenberg (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach einer längeren intensiven und heftigen Diskussion zur Problematik der

Altanschießer steht heute eine erste Entscheidung an. Wir setzen uns dafür ein, dass mit dieser Entscheidung die gegenwärtig gegebenen Möglichkeiten genutzt werden. Mit der Ihnen vorliegenden Empfehlung des Ausschusses für Inneres wird dieser Rahmen jedoch nicht ausgeschöpft. Sollte es nur bei der von der Landesregierung vorgeschlagenen Verlängerung der Verjährungsfrist bleiben, so wäre das eine völlig unbefriedigende und unzureichende Entscheidung, die weit hinter den Erwartungen der zahlreichen Betroffenen zurückbleibt. Die Koalition muss sich dann den Vorwurf gefallen lassen, dass großen Ankündigungen bisher keine wirksamen Schritte gefolgt sind. Zudem liegt der von uns geteilte Verdacht nahe, dass es jetzt nur darum geht, sich über die Kommunalwahl und vielleicht auch über folgende Wahlen zu retten.

Es bleibt dabei, dass die Problematik für viel Unruhe und Unsicherheit im Lande sorgt. Sicher spielt dabei auch die mangelnde Informiertheit eine Rolle. Aber das gilt für Betroffene und Verantwortliche gleichermaßen.

Im Juni 2005, also nach dem Inkrafttreten der KAG-Änderung von Anfang 2004, heißt es in einer Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums für Wasserverbände noch:

„Sofern das Grundstück bereits vor dem 1. Februar 2004 an die Einrichtung oder Anlage angeschlossen oder anschließbar war, ist für die Entstehung der sachlichen Beitragspflicht das Inkrafttreten der ersten (gegebenenfalls nicht wirksamen) Anschlussbeitragssatzung maßgeblich.“

Ich darf Sie auch daran erinnern, dass es Konsens in diesem Parlament war, dass der gegenwärtige Zustand nicht hinnehmbar ist und den Altanschießern geholfen werden muss. Dieser Schritt steht nach wie vor aus. Stattdessen sehen wir ein Zurückrudern von SPD und CDU. Wir sehen Unsicherheit und Hilflosigkeit. Daran ändert auch der heute vorgelegte Entschließungsantrag der Koalition nicht wirklich etwas; denn im Prinzip schreiben Sie den Zustand nur weiter fort.

Die durch Gerichtsentscheidungen in Sachsen-Anhalt geschaffene Lösung einer teilweisen Veranlagung der Altanschießer mit Anschlussbeiträgen ist, wie im Gutachten des Parlamentarischen Dienstes festgestellt wird, mit Risiken behaftet und keinesfalls unmittelbar in Brandenburg anwendbar. Die Verfassungsmäßigkeit ist dabei auch noch nicht endgültig geklärt. Die von den Koalitionsfraktionen ausgesprochenen Prüfaufträge haben gegenwärtig offensichtlich nur eine geringe Erfolgchance. Wir sehen uns damit in unserer Auffassung bestärkt, dass die bloße Verlängerung der Verjährungsfrist mit der Gefahr eines gleitenden Übergangs zur Einbeziehung der Altanschießer in die Erhebung von Herstellungsbeiträgen verbunden ist, und zwar ungeteilt. Deshalb wollen wir mit unseren Änderungsanträgen, die wir bereits in der 1. Lesung eingereicht haben, erreichen, dass die Verjährungsverlängerung an klare Bedingungen gebunden und ein erster konkreter Schritt zur Entlastung der Altanschießer gegangen wird.

Die Linksfraktion hat Anfang September eine öffentliche Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung und zu ihren Änderungsanträgen durchgeführt. Die eingeladenen Experten, darunter Vertreter des BBU, des VDGN, der IHK, des Wasserverbandes und von Abwasserverbänden, haben die unbefriedigende Situation kritisiert und den dringenden gesetzgeberischen Bedarf benannt.

In diesem Zusammenhang hat es auch Zustimmung zu unseren Anträgen gegeben, allerdings auch andere Vorschläge. So drängt zum Beispiel der VDBG darauf, den Zweckverbänden durch eine Kann-Bestimmung die Möglichkeit einzuräumen, selbst zu entscheiden, wie sie vorgehen wollen. Denn immerhin sprechen sich zwei Drittel der Verbände klar gegen die Belastung der Altanschießer aus. Einmal verjährte Festsetzungsfristen sollten verjährt bleiben. Auch dazu äußerten sich die Anzuhörenden positiv.

Die vom Innenministerium in Auftrag gegebene umfangreiche Datenerhebung ist sicher ein richtiger und notwendiger Schritt. Aber warum ist diese Erhebung nicht schon wesentlich früher in Auftrag gegeben worden, zum Beispiel im Zusammenhang mit der KAG-Änderung von 2004? Warum dauert das so lange? Warum geht man nicht Zwischenschritte, um zum Beispiel erst einmal zu erfassen, wie viele Altanschießer eigentlich betroffen sind? Ich verhehle nicht, dass es bei Fachleuten die Vermutung gibt, dass die Landesregierung mit der Vielzahl der geforderten Angaben deutlich mehr Absichten verbindet als die Altanschießerproblematik.

Wir halten klar an unserem Anliegen fest, die Altanschießer von Anschlussbeiträgen zu entlasten. Folgen Sie unseren Anträgen und gehen Sie mit uns einen ersten Schritt in diese Richtung. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Wir setzen die Debatte mit dem Beitrag der SPD-Fraktion fort. Es spricht der Abgeordnete Holzschuher.

Holzschuher (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Mit der heutigen Beschlussempfehlung und der beabsichtigten Verabschiedung gehen wir einen weiteren Schritt in die Richtung, dass Unruhe im Land im Hinblick auf die Frage, wie es zukünftig mit Abwasser- und Trinkwasseranschlüssen weitergeht, beigelegt werden kann. Es ist für uns ein Schritt, aber nicht der Endzustand. Das haben wir mehrfach dargelegt. In der letzten Debatte zu diesem Thema bei der 1. Lesung haben wir es gesagt, wir haben es zwischendurch in vielen Pressemitteilungen gesagt. Aber immer wieder wird behauptet, wir würden es nicht ernst nehmen, wir wollten nur den Zweckverbänden mehr Zeit geben und im Übrigen die Bürger ihrem scheinbar so ungerechten Schicksal überlassen.

Das ist mitnichten so. Weil es nicht so ist, auch wenn die Linke nicht müde wird, das Gegenteil im Lande zu behaupten, haben wir, die Fraktionen von SPD und CDU, einen Entschließungsantrag vorbereitet, in dem wir nochmals diese Position klarstellen. Das mag objektiv nicht erforderlich sein, aber im Hinblick darauf, wie sich gerade die Partei DIE LINKE im Lande verhält, eben dann doch, weil ich meine, die Bürger im Land haben einen Anspruch darauf, endlich Klarheit und Sicherheit zu bekommen und die Wahrheit zu erfahren. Die Wahrheit ist, dass Anschlüsse aus der Zeit vor dem 3. Oktober 1990 nicht mehr in Rechnung gestellt werden können, dürfen und werden. Wir werden es - so ist jedenfalls unsere Absicht im Augenblick - dann noch einmal im Gesetz klarstellen.

Wir wollen aber darüber hinaus weitere Veränderungen an der derzeitigen Rechtslage, Veränderungen im Hinblick darauf, dass im Land in allen Kommunen und Zweckverbänden unterschiedliche Verhältnisse herrschen. Kaum ein Verband gleicht dem anderen, was die Situation vor Ort angeht. Deswegen sagen wir: Wir wollen den Kommunen möglichst große Handlungsspielräume einräumen. Dazu wollen wir eine weitere Möglichkeit schaffen - so ist die Zielstellung - und in Anlehnung an das, was in Sachsen-Anhalt geltendes Recht ist, weitere Differenzierungen ermöglichen. Insbesondere wollen wir erreichen, dass die bloße Erweiterung eines schon zu DDR-Zeiten funktionierenden Netzes nicht dazu führt, dass Kosten auf die umgelegt werden können, die schon zu DDR-Zeiten über eine funktionierende Trink- oder Abwasseranlage verfügten.

(Zuruf der Fraktion DIE LINKE: Das geht am Thema vorbei!)

Das ist unser Ziel mit dem Entschließungsantrag. Ich meine, dass wir mit diesem Weg Gerechtigkeit im Lande schaffen können. Das geht nicht von heute auf morgen, und es setzt insbesondere voraus, dass wir möglichst viele Situationen vor Ort kennenlernen, dass wir die Zweckverbände einbeziehen und dass wir prüfen, was tatsächlich die vernünftigste Lösung im Land ist. Deswegen kann das nicht heute erfolgen, aber es muss schnell erfolgen. Das wissen wir, und deswegen haben wir auch das Ziel, dass spätestens im Januar, möglicherweise auch vorher, ein Gesetzentwurf vorliegt, der Neuregelungen schafft.

Jetzt geht es erst einmal darum, auch dadurch Druck herauszunehmen, dass kein Verband, weil er meint, in diesem Jahr würde er sonst seine Forderungen durch Verjährung der Festsetzungsfrist verlieren, gezwungen ist, diese Ansprüche jetzt schon geltend zu machen. Klar ist: Wir wollen nicht erreichen, dass schon einmal verjährte Forderungen wieder aufleben und festgesetzt werden können. Deswegen ist das auch - vielleicht müssen wir darüber noch einmal diskutieren - im Gesetz aufgeführt. Wir wollen dafür sorgen, dass es Ruhe im Land gibt, dass die Verbände vor Ort entscheiden können, was das Beste ist. Möglicherweise stellt sich auch in dem einen oder anderen Fall heraus, dass gar nichts gemacht werden muss. Das ist dann sicherlich für alle Beteiligten das schönste Ergebnis. Wenn niemand mit der Lage vor Ort unzufrieden ist, kann sie nicht ungerecht sein. Aber da, wo Handlungsbedarf besteht, wollen wir den Verbänden etwas an die Hand geben. Dabei sind wir auf einem guten Weg. Es wäre schön, wenn die Linke das auch endlich einsehen würde. Ich denke, das wäre ein Weg, um hier in diesem Land in Zukunft einmal vernünftig gemeinsam Politik zu machen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Fritsch:

Wir setzen mit dem Beitrag der DVU-Fraktion fort. Der Abgeordnete Claus spricht.

Claus (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn Sie die politischen Probleme aussitzen möchten, dann machen Sie das wenigstens intelligenter, meine Damen und Herren der Landesregierung. Wie ich schon zur 1. Lesung zum vorliegenden Ge-

setzentwurf deutlich zum Ausdruck gebracht habe, ist mit dem Dritten KAG-Änderungsgesetz niemandem geholfen.

Mit dem Urteil vom 12. Dezember 2007 hat das OVG eindeutig klargestellt, dass Altanschießer in jedem Fall zu den Herstellungsbeiträgen heranzuziehen sind. Die umfangreiche Anhörung im Innenausschuss hat gezeigt, dass sich die rot-schwarze Koalition damit in der 3. Legislaturperiode ein Riesenei gelegt hat.

Das abgaberechtliche Fiasko, das von SPD und CDU mit dem Kommunalentlastungsgesetz mit sprichwörtlich heißer Nadel gestrickt wurde, zeigt große Unprofessionalität. Angesichts dessen können wir von der DVU den Unmut der Bevölkerung und die Empörung gerade der Altanlieger gut verstehen. Einige von uns sind auch betroffen.

Schließlich haben wir dieses Gesetz als Einzige auch im Hinblick auf die Veranlagung bereits angeschlossener Grundstückseigentümer abgelehnt. Deshalb haben wir zuletzt auch einen eigenen Antrag in den Landtag eingebracht, um die Landesregierung dazu anzuhalten, endlich ihre Hausaufgaben zu machen und eine Lösung im Sinne der Abgabengerechtigkeit zu schaffen. Wir haben Sie aufgefordert, meine Damen und Herren der Landesregierung, angesichts der berechtigten Empörung bei den Betroffenen eine Regelung zu treffen, die nicht nur die Beitragserhebung bei den Altanschießern beseitigt, sondern mit der auch die Anlagefinanzierung nicht zulasten der Neuanschießer und zulasten allgemein höherer Gebühren erfolgt.

Die von Ihnen nun vorgeschlagene Lösung, nämlich die Festsetzungsfrist des § 169 Abgabenordnung, quasi sondergesetzlich für einschlägige Beiträge zu verlängern, ist jedenfalls der falsche Weg, meine Damen und Herren. Dadurch wird die Lage der betroffenen Bürgerinnen und Bürger im Land nicht verbessert, sondern deutlich verschlechtert; denn diese Regelung ist einzig und allein auf die Beitragssicherung zugunsten der Aufgabenträger orientiert. Kurioserweise sind es aber gerade die Aufgabenträger, die am allerwenigsten an der Veranlagung der Altanlieger interessiert sind. Viele Wasser- und Abwasseranlagen im Land Brandenburg sind bereits seit Langem ausfinanziert. Deswegen sind die Zweckverbände am wenigsten daran interessiert, den Kopf für diese dilettantische Landesgesetzgebung hinzuhalten und vor den Bürgern als Buhmann dazustehen, der die Gelder ja eintreiben muss oder eintreiben soll. Die Landesregierung ist hier offensichtlich unverbesserlich.

Um die Bürger noch weiter zu verärgern, meine Damen und Herren, enthält der Gesetzentwurf noch eine Ermächtigungsgrundlage für die Erhebung von Vorauszahlungen von Steuern im Anwendungsbereich des KAG. Da mit dem vorliegenden Gesetzentwurf niemandem geholfen ist, außer der Landesregierung, der ein nötiger Aufschub bei der Lösung des eigentlichen rechtlichen Problems der Beitragsverlängerung gewährt werden und die zu einem zusätzlichen Ausbau der Eingriffsverwaltung missbraucht werden soll, lehnen wir diesen Gesetzentwurf natürlich ab. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Fritsch:

Bevor der nächste Redner ans Pult tritt, begrüße ich unsere

Gäste vom Paul-Fahlich-Gymnasium in Lübbenau. Ich wünsche euch einen spannenden Nachmittag bei uns!

(Allgemeiner Beifall)

Mit dem Beitrag des Kollegen Petke für die CDU-Fraktion setzen wir die Debatte fort.

Petke (CDU): *

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Scharfenberg, da wird etwas problematisiert, damit Sie möglicherweise im Kommunalwahlkampf einen Vorteil daraus ziehen können.

(Dr. Scharfenberg [DIE LINKE]: Ich habe nichts anderes von Ihnen erwartet!)

Ich hätte schon etwas anderes von Ihnen erwartet; denn Sie sagen in dem einen oder anderen Redebeitrag, wenn man ihn ernst nimmt, dass es Ihnen und Ihrer Fraktion um das Land, um die Menschen geht. Sie tragen mit dazu bei, dass Menschen in Brandenburg denken, dass sie für Arbeiten, die in diesem Bereich Wasser- und Abwasser- und -entsorgung geleistet wurden und die vor dem 3. Oktober 1990 stattgefunden haben, heute, 18 oder 19 Jahre danach, zur Verantwortung gezogen werden.

(Dr. Scharfenberg [DIE LINKE]: Herr Petke, Sie wissen doch gar nicht, wovon Sie reden!)

Dazu tragen Sie bei. Die gezielte Falschinformation ist auch Ihre Absicht, um aus der Verunsicherung dann hier an diesem Platz zu sagen, wir, die Koalition, würden nicht das Notwendige unternehmen.

Worum geht es? Niemand wird für eine Leistung in Anspruch genommen, die vor 1990 erbracht worden ist. Es geht um ein Maß an Gerechtigkeit, um die Aufteilung von Kosten für Dinge, die nach 1990 in den unterschiedlichen Gruppen der Anschließer, ob Neu- oder Altanschießer, entstanden sind. Dieser Hinweis fehlt bei Ihnen. Es geht auch darum, dass dann, wenn heute Altanschießer beteiligt werden, unter Umständen das von ihnen eingenommene Geld dazu führt, dass insgesamt die Belastung derjenigen, die angeschlossen sind, sinkt.

Uns daraus, dass wir das anhand von Fakten diskutieren, dass wir es uns nicht leicht machen und den Leuten keine Schnellschusslösung präsentieren, einen Vorwurf zu machen, Herr Kollege Scharfenberg, ist schlicht unredlich.

Präsident Fritsch:

Haben Sie Lust auf eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Scharfenberg?

Petke (CDU):

Nein.

(Dr. Scharfenberg [DIE LINKE]: Feigling! - Frau Mächtigt [DIE LINKE]: Das kann ich mir vorstellen!)

Nach der Situation in den 90er Jahren, wo von den Verantwort-

lichen zugegebenermaßen Fehler gemacht worden sind, was die Abwassersituation in Brandenburg betrifft - das kann man auch nicht wegdiskutieren -, und zwar sowohl auf der Landesebene als auch auf der kommunalen Ebene, haben wir jetzt eine Situation, mit der wir sachgerecht umgehen. Sachgerecht heißt, wir werden keinen Schnellschuss machen, wir werden die Verjährung hinausschieben, und wir werden dann, und zwar so schnell wie möglich, an einer Lösung arbeiten, die eine Lösung ist, die die Menschen nicht zu 100 % zufriedenstellen wird, die aber den Belangen der Verbände und der Angeschlossenen gerecht wird. Das wird nicht dazu führen, dass da Leute stehen, die jubeln. Aber die Lösung, die Sie vorschlagen, sie an dem, was entstanden ist, gar nicht zu beteiligen, ist weder rechtlich noch tatsächlich praktikabel.

(Dr. Scharfenberg [DIE LINKE]: Sie haben gar keine Lösung!)

Insofern brauchen wir, darum bitte ich, noch ein wenig Zeit. Aber wir brauchen vor allen Dingen eine Versachlichung der Diskussion, die dazu führt, dass man den Menschen nicht irgendeinen Quatsch erzählt, wie Sie es tun, sondern dass man das an der Sache und den Realitäten orientiert ausdiskutiert. Insofern sind dieser Entschließungsantrag und das Gesetzgebungsverfahren notwendig. Wir werden dann in der Folge, ich hoffe, noch Ende dieses Jahres bzw. Anfang des nächsten Jahres, gesetzgeberisch so weit sein, dass wir eine endgültige Lösung für das Land und für diese Problematik haben. - Für Ihre Aufmerksamkeit bedanke ich mich.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Fritsch:

Innenminister Schönbohm spricht für die Landesregierung.

Minister des Innern Schönbohm:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Landtag hat am 29. Mai die Landesregierung beauftragt, noch vor der Sommerpause den dritten Entwurf zur Änderung des Gesetzes zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg einzubringen. Wir haben dies getan. In der Plenarsitzung am 9. Juli haben Sie in 1. Lesung über diesen Gesetzentwurf beraten. So haben wir viele Argumente ausgetauscht. Seit dieser Zeit hat sich nichts grundlegend Neues ergeben, außer dass im Zusammenhang mit dem Kommunalwahlkampf die Emotionalisierung zugenommen hat. Deshalb ist es wichtig, dass man die Sachverhalte erinnert, um die es geht. Kollege Scharfenberg, Sie haben an die Anhörungen im Innenausschuss erinnert. Bei den Anhörungen ist doch sehr deutlich geworden, dass es keine einfache und keine schnelle Lösung gibt. Wenn Sie eine einfache Lösung haben, bei der Sie sagen, das ist die, die die Gerechtigkeit schafft, die wir immer wollten - im Sinne sozialer Gerechtigkeit, oder wie immer Sie das nennen -, dann hätten Sie einen Gesetzentwurf machen können; den hat es nicht gegeben.

Die Sache ist: Das wird zwischen den dort Vortragenden ganz unterschiedlich gesehen, je nachdem, welche Interessen sie vertreten. Daran wird deutlich, dass dies eine recht komplizierte Angelegenheit ist.

Darum haben wir uns zu folgendem Weg entschlossen, den wir

hier auch schon mehrfach vorgetragen haben. Wir haben gesagt, wir wollen Ihnen hier eine Regelung darstellen, mit der die Festsetzungsfrist für die Erhebung von Anschlussbeiträgen in den Bereichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung frühestens am 31. Dezember 2011 endet. Damit wird für das weitere Vorgehen der Landesregierung und auch des Landtags der notwendige Zeithorizont geschaffen und zugleich verhindert, dass sich die kommunalen Aufgabenträger gezwungen sehen, noch in diesem Jahr Beitragserhebungen flächendeckend vorzunehmen.

Die notwendigen Schritte zur Lösung dieser Problematik werden wir in Kürze machen können. Dabei gilt nun eine Sache - das ist doch unsere Lebenserfahrung -: Wir benötigen eine Bestandsaufnahme der Situation der Abwasserzweckverbände. Die Abwasserzweckverbände sind gebeten worden, die zu machen. Im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung sind sie nicht gezwungen, das zu machen, sondern sie haben Fördermittel bekommen, und da muss es Nachweise geben.

Zum Zweiten haben wir gesagt: Wenn diese Daten vorliegen, können wir anhand des Ergebnisses der Bestandsaufnahme eine Bewertung vornehmen und Empfehlungen geben. Die Empfehlungen bewegen sich doch im Bereich der bereits gesammelten Erfahrungen. Da wird immer Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt oder etwas dazwischen genannt.

Dann erfahre ich in letzter Zeit gerade bei den Diskussionen - vielleicht hervorgerufen durch Ihre Informationen; das weiß ich nicht -: Wir, die wir unseren Anschluss mit unserer Hände Arbeit vor 1990 selbst gelegt haben, müssen jetzt noch einmal zahlen. - Es tut mir weh, wenn ich das höre. Wir alle wissen, dass dies nicht der Fall ist.

Das ist mehrfach gesagt worden. Am 3. Oktober 1990 sind die Abwasserzweckverbände sozusagen von allen Schulden freigestellt worden, es gibt keine nachwirkenden Schulden aus dieser Zeit, keine Verbindlichkeiten. Es geht also ausschließlich um die Kosten, die nach 1990 zur Modernisierung der Abwasserorganisation entstanden sind. Dass die modernisiert werden musste, das ist wohl klar. Ich nehme an, dass Sie das nicht bestreiten.

Nun gilt aber auch weiter: Wenn wir dies modernisiert haben - wir haben es heute Morgen schon erörtert -, hat sich ein Teil der kommunalen Selbstverwaltung so oder so entschieden. Die Probleme im Land sind sehr unterschiedlich. Deshalb wollen wir die Sachverhalte klären und dann entscheiden.

Wenn gesagt wird, wir wollen es auf die lange Bank schieben, dann sage ich: Darum geht es nicht. Es geht darum, dass wir eine Entscheidung treffen, und ich glaube, alle hier im Saal wären zufrieden - einige vielleicht nicht -, wenn wir in der Abwasserproblematik die Diskussion endlich beenden könnten. Es gibt noch andere Themen im Land. Das ist doch unsere Aufgabe.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen uns nicht drücken, wir wollen nur solche Vorschläge machen, auf deren Basis die Bürger sagen: Ja, das sehen wir ein. - Dann wird es auch Lösungen geben, mit denen manche nicht einverstanden sind. Natürlich wird das so sein. Das wissen wir doch. Sie können keine Lösung für alle finden; denn

das wäre eine Lösung, die vor dem Verfassungsgericht keinen Bestand hat, weil dann der Gleichbehandlungsgrundsatz verletzt wird. Von daher gesehen möchte ich Sie bitten, es so aufzunehmen, wie es hier vorgetragen wurde und gemeint ist.

Wir haben eine weitere Regelung, nach der den kommunalen Satzungsgebern die Möglichkeit eröffnet wird, satzungsmäßig die Zulässigkeit von Steuervorauszahlungen festzulegen. Sie wissen, das war der Wunsch der verschiedenen Verbände, der auch in den Anhörungen geäußert wurde. Darauf gehen wir ein.

Ich möchte Sie bitten, diesem Gesetzentwurf mit den Maßgaben des Innenausschusses zuzustimmen, weil wir damit die Voraussetzungen dafür schaffen, sachgerecht entscheiden zu können. Für diese Entscheidung, glaube ich, sollten wir gemeinsam wirken. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Schippel [SPD])

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren, da die Koalitionsfraktionen eine 3. Lesung beantragt haben, hat die Fraktion DIE LINKE den Antrag auf namentliche Abstimmung zurückgezogen, und wir haben heute nur über die Beschlussempfehlung abzustimmen. Damit ist das Gesetz noch nicht verabschiedet, sondern es wird morgen nach der Mittagspause zur 3. Lesung aufgerufen.

Wer der Beschlussempfehlung in der Drucksache 4/6422 Folge leisten möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Ohne Stimmenthaltungen ist die Beschlussempfehlung mit knapper Mehrheit angenommen worden.

Das Thema werden wir dann morgen noch einmal aufrufen.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 4 und rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Gesetz zu dem Staatsvertrag vom 5. Juni 2008 über die Errichtung einer gemeinsamen Einrichtung für Hochschulzulassung

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 4/6559

1. Lesung

Es wurde vereinbart, hierüber keine Debatte zu führen.

Das Präsidium empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs an den Hauptausschuss. Darüber hinaus beantragt die Fraktion DIE LINKE die Überweisung des Gesetzentwurfs zur Mitberatung an den Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur. Wer diesen Überweisungsanträgen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen oder Stimmenthaltungen? - Bei einer Gegenstimme und ohne Stimmenthaltungen ...

(Schulze [SPD]: Es geht um die Überweisung!)

- Noch einmal zum Mitschreiben, Herr Schulze?

(Schulze [SPD]: Ja, bitte!)

- Das Präsidium empfiehlt die Überweisung an den Hauptausschuss, die Fraktion DIE LINKE die Überweisung des Gesetzentwurfs zur Mitberatung an den Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur. Diesen beiden Überweisungen ist eben mehrheitlich zugestimmt worden, sodass der Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur zwar nicht federführend, aber mitberatend ist.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 5 und rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Zweites Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Juristenausbildungsgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 4/6625

1. Lesung

Es wurde wiederum vereinbart, keine Debatte zu führen.

Das Präsidium empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs in der Drucksache 4/6625 an den Rechtsausschuss. Wer dem Folge leisten möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen oder Stimmenthaltungen? - Das ist diesmal beides nicht der Fall.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 6 und rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Gesetz zur Aufbewahrung von Schriftgut der Justiz des Landes Brandenburg (Brandenburgisches Justiz-Schriftgutaufbewahrungsgesetz - BbgJSchrAufbG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 4/6636

1. Lesung

Es wurde vereinbart, keine Debatte zu führen.

Das Präsidium empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs in der Drucksache 4/6636 an den Rechtsausschuss. Wer diesem Ansinnen Folge leisten möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen oder Stimmenthaltungen? - Das ist beides nicht der Fall.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 7 und rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Gesetz zur Strukturreform des amtlichen Vermessungswesens

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 4/6675

1. Lesung

Es wurde vereinbart, keine Debatte zu führen.

Das Präsidium empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs

in der Drucksache 4/6675 an den Ausschuss für Inneres. Wer dem Folge leisten möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen oder Stimmenthaltungen? - Beides ist nicht der Fall.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 8, und ich rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Siebtens Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 4/6679

1. Lesung

Es wurde vereinbart, keine Debatte zu führen.

Das Präsidium empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs in der Drucksache 4/6679 an den Ausschuss für Inneres. Wer dem Folge leisten möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Beides ist nicht der Fall.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 9 und rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Gesetz zu dem Elften Staatsvertrag vom 12. Juni 2008 zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Elfter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 4/6626

1. Lesung

Es wurde wiederum vereinbart, keine Debatte zu führen.

Das Präsidium empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs in der Drucksache 4/6626 an den Hauptausschuss. Wer dem Folge leisten möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Drei Gegenstimmen. Gibt es Stimmenthaltungen? - Bei drei Gegenstimmen ohne Enthaltungen so angenommen!

(Frau Fechner [DVU]: Vier Gegenstimmen!)

- Vier Gegenstimmen! Ich korrigiere das also.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 10 und rufe **Tagesordnungspunkt 11** auf:

Gesetz über die staatliche Anerkennung und die Weiterbildung in sozialen Berufen im Land Brandenburg (Brandenburgisches Sozialberufsgesetz - BbgSozBerG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 4/6676

1. Lesung

Diesmal debattieren wir aber. Wir beginnen die Debatte mit dem Beitrag der Landesregierung als Einbringerin. Frau Ministerin Ziegler wird zu uns sprechen.

Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Ziegler:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Sozialberufsgesetz unseres Landes ist seit 15 Jahren in Kraft. Sie werden mir sicherlich darin zustimmen, dass sich seitdem sehr viel getan hat. Auch die sozialen Berufe haben sich entwickelt und damit verändert. Ansprüche und Anforderungen an das Berufsbild sind gewachsen. Dem wird das geltende Gesetz nicht mehr gerecht. Die Einbringung des Änderungsgesetzes ist aus mehreren Gründen unumgänglich. Dies gilt vor allem hinsichtlich einer angemessenen Rechtsanwendung. Mit dem vorliegenden Änderungsgesetz wird die Rechtssystematik wiederhergestellt, werden die berufsfachlichen Aspekte eindeutiger zugeordnet und neue erforderliche Rechtsgrundlagen geschaffen. Das Änderungsgesetz wird die Anwendbarkeit und die Verständlichkeit des Gesetzes deutlich verbessern. Ich möchte die wichtigsten Punkte, bei denen Änderungsbedarf besteht, kurz erläutern.

Zum Ersten geht es insbesondere um die Anpassung an die fachliche Entwicklung in den sozialen Berufen auf Fach- und Hochschulebene in den letzten zehn Jahren, zum Zweiten um die Wiederherstellung der Rechtssystematik und zum Dritten um die Umsetzung der EU-Berufsqualifikationsrichtlinie in Landesrecht.

Zunächst zu den Fach- und Hochschulen. Die mit dem Bologna-Prozess eingeleitete Umstellung der bisherigen Studiengänge auf Bachelor-Studiengänge schlägt sich im geltenden Gesetz nicht nieder. Damit jedoch auch die Absolventen von Bachelor-Studiengängen staatliche Anerkennung und damit ihre Berufszulassung erhalten können, wird für sie im Gesetz eine Regelung zur Erteilung der Berufsankennung aufgenommen. Ich meine, nur so können Nachteile für sie auf dem Arbeitsmarkt vermieden werden. In diesem Zusammenhang wird eine Regelung für die rückwirkende Anerkennung des Bachelors für Abschlüsse vor Inkrafttreten des Gesetzes aufgenommen. Ich halte es für unabdingbar, gerade auch in diesem Bereich die staatliche Anerkennung gesetzlich zu verankern. Den Absolventen wird damit die besondere persönliche Eignung, die Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit für eine sehr verantwortungsvolle, schwierige berufliche Tätigkeit bescheinigt. Das ist wichtig; schließlich geht es hier um Tätigkeiten, die besonders schutzbedürftige Menschen betreffen. Somit hat die staatliche Anerkennung auch den Charakter eines Gütesiegels.

Gestatten Sie mir jetzt einige Bemerkungen zur Rechtssystematik. Aus der fachlichen Entwicklung der letzten Jahre ergibt sich auch im Regelwerk Änderungsbedarf. Mit der Gesetzesnovellierung von 1996 wurde die Ausbildung in den sozialen Berufen an den Fach- und Hochschulen des Landes auf eine einphasige, integrierte Ausbildung umgestellt. Damit sind die Regelungen zum Berufspraktikum obsolet, und die Regelungen zu den Voraussetzungen für die Erteilung der staatlichen Anerkennung müssen angepasst werden. Außerdem entfällt für bestimmte Berufe, nämlich für Altenpflegerinnen und Familienpflegerinnen, ein Regelungserfordernis. Familienpflegerinnen werden in Brandenburg nicht mehr ausgebildet. Damit entfällt das Erfordernis der staatlichen Anerkennung. Im Übrigen wer-

den die Sachverhalte zum Altenpflegerinnenberuf seit 1. August 2003 durch das Bundesaltenpflegegesetz geregelt, sodass unsere bisherige Landesregelung überflüssig wurde.

Gestatten Sie mir jetzt noch einige Ausführungen zu der EU-Richtlinie. Die im September 2005 in Kraft getretene Richtlinie regelt die EU-weite Anerkennung von Berufsqualifikationen, die in den Mitgliedsstaaten erworben wurden. Dies ermöglicht Unionsbürgern den Zugang zu dem Beruf, für den sie qualifiziert sind, und seine Ausübung unter den gleichen Voraussetzungen, sofern es für den Beruf Reglementierungen gibt. Darüber hinaus ermöglicht es jedem rechtmäßig zugelassenen und erwerbstätigen EU-Bürger bzw. jeder entsprechenden EU-Bürgerin, unter der Berufsbezeichnung seines bzw. ihres Herkunftslandes vorübergehend und gelegentlich in Deutschland zu arbeiten. Die Richtlinie ermöglicht somit den freien Personen- und Dienstleistungsverkehr. Unser Änderungsgesetz legt nunmehr die Anwendung der Richtlinie durch die zuständige Landesbehörde, das Landesamt für Soziales und Versorgung, fest.

Einige Tausend Absolventinnen und Absolventen haben seit Inkrafttreten des Sozialberufsgesetzes in Brandenburg eine Ausbildung bzw. ein Studium in einem sozialen Beruf erfolgreich abgeschlossen und die staatliche Anerkennung erhalten. Sie sind mittlerweile zu unverzichtbaren Fachkräften in vielen Bereichen der sozialen Arbeit geworden. Die Anforderungen, die Herausforderungen wachsen auch auf diesem Gebiet mehr und mehr. Mehr denn je brauchen wir deshalb fähige Fachleute, die gut ausgebildet und hoch qualifiziert sind. Das modernisierte Gesetz trägt dem Rechnung. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Die Debatte wird mit dem Beitrag der Fraktion DIE LINKE fortgesetzt. Es spricht die Abgeordnete Bednarsky.

Frau Bednarsky (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem uns heute vorliegenden Gesetzentwurf will die Landesregierung die Ausbildung in den sozialen Berufen an Fach- und Fachhochschulen dem Recht der EU anpassen. Hauptziel ist die Umstellung der bisherigen Diplom-Studiengänge auf Bachelor-Studiengänge infolge des Bologna-Prozesses. Außerdem soll die Anwendbarkeit und Verständlichkeit des Gesetzes, insbesondere dessen Lesbarkeit deutlich verbessert werden. Ich möchte auf drei Punkte näher eingehen.

Erstens: staatliche Anerkennung. Neben der staatlichen Anerkennung und den strukturellen Mindestanforderungen ist eine Akkreditierung der jeweiligen Studiengänge vorgesehen. Sie soll der Sicherung der inhaltlichen Qualität dienen. Diese Aufgabe soll von zwei Ministerien wahrgenommen werden, nämlich zum einen vom Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie und zum anderen vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport. Die Sinnhaftigkeit einer solchen Zuständigkeitsregelung erschließt sich mir nicht. Dazu verweise ich auf die Sitzung der Konferenz der Jugend- und Familienminister im Mai 2008, die einen Beschluss herbeigeführt hat, der auf einem Bericht einer Arbeitsgruppe der Konferenz basiert. Darin heißt es:

„Im Sinne von Entbürokratisierung soll ... das Verfahren für die Erteilung der staatlichen Anerkennung, das derzeit länderspezifisch in Procedere und Zuständigkeit unterschiedlich geregelt ist, vereinheitlicht und vereinfacht werden ... In einem - eng mit der von der Akkreditierungsagentur organisierten Begutachtung verbundenen - Zusatzverfahren wird geprüft, ob der Studiengang hinsichtlich seiner Qualität die Voraussetzungen dafür bietet, dass die Studierenden die fachlichen Anforderungen für die Praxis der sozialen Arbeit erfüllen.“

Erstens halte ich den bürokratischen Aufwand für viel zu hoch. Im Übrigen bin ich skeptisch, ob mit der Akkreditierung tatsächlich gesichert wird, dass das gegenwärtige qualitative Niveau erhalten bzw. verbessert wird. Mit der Umstellung von Diplom- auf Bachelor-Studiengänge ist eine Verkürzung der Studienzeit um immerhin zwei Semester, also von acht Semester auf sechs Semester, verbunden. Vergleichbarkeit darf nicht auf Kosten der Qualität gehen.

Zweitens ergibt sich aus meiner Sicht ein Zuständigkeitsproblem für die Berufe mit Fachschulabschluss. So sollen die Zuständigkeiten den unterschiedlichen Landesbehörden zugeordnet werden. Warum soll dies notwendig sein? All diese Berufe sind eng mit einem hohen pädagogischen Ausbildungsanteil verbunden. Wie soll man jeweils treffend vermuten können, dass es sich entweder um reine soziale Berufe - also Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie - oder um reine Ausbildungsberufe handelt, die dem Bereich der Bildung, also dem Ministerium für Bildung, Jugend und Sport, zuzuordnen sind?

Beratungs- und Klärungsbedarf sehe ich auch in der Frage der staatlichen Anerkennung der in anderen Ländern erworbenen Abschlüsse, die denen im Lande Brandenburg gleichgestellt sind. Hier ist auch die Frage aufzuwerfen, wie es sich umgekehrt mit unserer staatlichen Anerkennungen in anderen Bundesländern verhält. Es ist schon sehr bemerkenswert, wenn eine staatlich anerkannte Heilerziehungspflegerin aus Brandenburg in einer Berliner Integrations-Kita nicht als Heilerziehungspflegerin arbeiten darf, also dort als ungelernt gilt, weil sie eben keinen Abschluss als Erzieherin hat. Was nutzt Vergleichbarkeit im EU-Rahmen, wenn sie zwischen den einzelnen Bundesländern nicht gegeben ist?

Drittens: Als positiv bewerte ich die angedachten Regelungen zur praktischen Ausbildung. Die praktische Ausbildung in integrierten Ausbildungsabschnitten absolvieren zu können ist ein großer Vorteil. Aus eigener Erfahrung während meiner Studienzeit als Heilerziehungspflegerin kann ich berichten, dass ein viel engerer Bezug zur praktischen Anwendung besteht, wenn kurz vorher die theoretische Basis dafür geschaffen wurde.

Einen Schritt in die richtige Richtung sehe ich auch darin, dass zum Beispiel Heilerziehungspfleger nach der praktischen Ausbildung und der Anerkennung auch als Erzieher anerkannt werden können, wobei ich hinzufügen möchte, dass das wirklich nur ein Instrument sein kann, um den kurzfristigen Bedarf an Fachkräften in den Kitas zu decken.

Begrüßenswert ist auch die Aufnahme des Bachelor-Studiengangs „Bildung und Erziehung in der Kindheit“. Darin sehen wir einen ersten Schritt zur Verbesserung der Ausbildung der

Kita-Erzieherinnen. Doch geht uns dieser Schritt nicht weit genug. Wir fordern nicht nur eine Fachschulausbildung für künftige Kita-Leiterinnen, sondern für alle Kita-Erzieherinnen langfristig auch eine Hochschulausbildung.

Ich gehe davon aus, dass es in den Ausschüssen sehr interessante Diskussionen geben wird. Konsequenter wäre es schon, wenn über den vorliegenden Gesetzentwurf auch im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport diskutiert würde. In diesem Sinne beantragt meine Fraktion die entsprechende Überweisung des Gesetzentwurfs. - Danke.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete Lehmann spricht für die SPD-Fraktion.

Frau Lehmann (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich gebe zu: Die Koalition hätte sich damit anfreunden können, auch diesen Gesetzentwurf ohne Debatte an den Fachausschuss zu überweisen. Die Ministerin hat in ihrem Statement alles fachlich-inhaltlich Wichtige gesagt und das Grundanliegen des Gesetzes verdeutlicht. Damit ist klar, warum das Sozialberufsgesetz heute erforderlich ist.

Auch wir möchten sehr gern zunächst einmal die inhaltliche Diskussion im Fachausschuss führen, um dort die Argumente, die Sie, Frau Bednarsky, hier vorgetragen haben, eingehend zu erörtern und um zu klären, ob und, wenn ja, welche Punkte im weiteren Gesetzgebungsverfahren noch berücksichtigt werden sollten.

Ich will deutlich sagen, dass wir kein Problem haben, Ihren Antrag insofern zu unterstützen, als dieser Gesetzentwurf auch an den Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport überwiesen und dort noch einmal beleuchtet wird.

(Vereinzelt Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Wir freuen uns dann gemeinsam auf eine Diskussion, wenn der Gesetzentwurf wieder hier auf dem Tisch liegt, denn wir treffen uns zu diesem Anliegen noch einmal. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank für diesen konsensualen Beitrag. - Wir setzen mit dem Beitrag der DVU-Fraktion fort. Die Abgeordnete Fechner spricht.

Frau Fechner (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich könnte es eigentlich noch kürzer machen als Frau Lehmann.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD und bei der Fraktion DIE LINKE)

Ich könnte sagen: Wir schließen uns den Ausführungen von Frau Lehmann an. - Das machen wir auch.

(Dr. Klocksin [SPD]: Lieber nicht!)

Nur noch eine kleine Ergänzung, denn einen Punkt hat keiner erwähnt: Das Landesrecht muss nun aufgrund der EU-Richtlinie geändert werden. Die EU hatte ja den Termin Oktober 2007 vorgegeben. Bis dahin sollte normalerweise schon gesetzlich darauf reagiert werden. Diesen Termin hat aber die Landesregierung verschlafen.

Nichtsdestotrotz wird die DVU-Fraktion einer Ausschussüberweisung zustimmen.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete Schier spricht für die CDU-Fraktion. - Sie verzichtet darauf.

Ich lasse also über die vorliegenden Anträge abstimmen. Das Präsidium empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs in der Drucksache 4/6676 an den Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie.

(Frau Lehmann [SPD]: Plus!)

- Um keine Irritationen aufkommen zu lassen, lasse ich über beide Überweisungsanträge einzeln abstimmen.

Wer dem ersten Überweisungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Beides ist nicht der Fall.

Die Linksfraktion beantragt die Überweisung zur Mitberatung an den Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport. Wer dem Folge leisten möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Einige Gegenstimmen. Gibt es Stimmenthaltungen? - Bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen sowie einigen Nichtteilnahmen ist dem Überweisungsantrag Folge geleistet worden, und der Gesetzentwurf wird in beiden Ausschüssen beraten.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Ich schließe Tagesordnungspunkt 11 und rufe **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Sechstes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Polizeigesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 4/6677

1. Lesung

Minister Schönbohm eröffnet die Debatte für die Landesregierung. Bitte, Herr Minister.

Minister des Innern Schönbohm:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor zwei Jahren waren Sie mit der vierten Novelle des Brandenburgischen Polizeigesetzes befasst. Die damit verbundene Einführung neuer polizeilicher Befugnisse und die Modifizierung schon bestehender Vorschriften haben zu lebhaften Diskussionen so-

wohl in den Ausschüssen als auch in der Öffentlichkeit geführt. Dabei ging es um die Frage, wie die Ausstattung der Polizei mit modernen Instrumenten und eingriffsintensiven Befugnissen in ein ausgewogenes Verhältnis zu dem Freiheitsanspruch und den Grundrechten der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes zu bringen ist. Ich halte solche Auseinandersetzungen für wichtig, weil sie zeigen, dass es genau um diesen Ausgleich geht: wie viel Freiheit und wie viel Sicherheit?

Die dafür gefundene Lösung sah unter anderem eine im Vergleich zu anderen Polizeigesetzen strenge parlamentarische Kontrolle der praktischen Anwendung dieser neuen Vorschriften vor. So habe ich, diesem gesetzlichen Auftrag entsprechend, erstmals am 21. Dezember 2007 dem Ausschuss für Inneres über bestimmte Maßnahmen der Datenerhebung aufgrund des Brandenburgischen Polizeigesetzes berichtet. Daneben sind die Befugnisse für die Datenerhebung durch Eingriffe in die Telekommunikation und zur Verhinderung und Unterbrechung von Telekommunikationsverbindungen nach § 33 b Abs. 3 Brandenburgisches Polizeigesetz sowie die anlassbezogene automatische Kennzeichenfahndung nach § 36 a Brandenburgisches Polizeigesetz auf zwei Jahre befristet worden. Der Zeitraum der Befristung endet am 20. Dezember dieses Jahres.

Daher liegt Ihnen der von der Landesregierung verabschiedete Gesetzentwurf für ein Sechstes Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Polizeigesetzes vor. Zweck dieses Gesetzes ist es, die mit der vierten Polizeigesetznovelle neu eingeführten und befristeten polizeilichen Befugnisse für einen Zeitraum von weiteren drei Jahren bestehen zu lassen. Das ist notwendig, damit der Polizei wichtige Ermittlungsinstrumente zur Gefahrenabwehr nicht aus der Hand genommen werden, die sie für den Schutz überragend wichtiger Rechtsgüter wie Leben und Freiheit der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes benötigt.

Gleichzeitig werden daneben notwendige redaktionelle Folgeänderungen umgesetzt, die aufgrund einer Neufassung des § 100 a der Strafprozessordnung sowie aufgrund einer zwischenzeitlichen Änderung des Brandenburgischen Datenschutzgesetzes erforderlich geworden sind.

In meinem Bericht vom 27. Dezember 2007 an den Innenausschuss habe ich unter anderem festgestellt, dass die neuen Befugnisse in der Praxis gut aufgenommen worden sind und überwiegend positiv bewertet werden. Die Polizeibehörden haben bei der Inanspruchnahme dieser Befugnisse ein hohes Maß an Verantwortungsbewusstsein gezeigt. Zudem ist ein effektiver Grundrechtsschutz gewährleistet. Dies belegen vor allen Dingen die Erfahrungen mit den richterlichen Anordnungen für Eingriffe in die Telekommunikation. Nicht einer der entsprechenden Anträge ist von den Gerichten abgelehnt worden.

Darüber hinaus hat das Bundesverfassungsgericht zwischenzeitlich in mehreren Entscheidungen, etwa zum repressiven Einsatz des IMSI-Catchers oder zur automatischen Kennzeichenfahndung, klargestellt, dass diese Befugnisse unter den Voraussetzungen, wie sie auch in unserem Polizeigesetz normiert sind, verfassungsgemäß sind. In seiner Entscheidung zur automatischen Kennzeichenfahndung in den Ländern Hessen und Schleswig Holstein hat das Gericht die brandenburgische Regelung sogar ausdrücklich als eine die Verhältnismäßigkeit wahrende Vorschrift hervorgehoben. Sie sehen also: Unsere Diskussionen haben sich gelohnt.

Schließlich haben sich die Kennzeichenfahndung, die Telekommunikationsüberwachung und andere Eingriffe in die Telekommunikation mittlerweile zu polizeilichen Standardmaßnahmen entwickelt, die ihren Niederschlag auch in vielen Polizeigesetzen anderer Bundesländer sowie im Entwurf der Bundesregierung für ein neues BKA-Gesetz gefunden haben.

Die Regelungen in unserem Gesetz waren dabei oft beispielgebend. Erst vor kurzem ist das Ministerium des Innern vom Hessischen Landtag gebeten worden, sachverständig zur dort geplanten Regelung, insbesondere zur automatischen Kennzeichenfahndung, Stellung zu nehmen.

Ein weiteres, zumindest befristetes Bestehen der genannten Regelung ist erforderlich. Ihr Außerkrafttreten wäre weder aus rechtlichen noch aus tatsächlichen Gründen zu rechtfertigen.

Die entsprechende Entwicklung der Polizeigesetze anderer Bundesländer sowie die Rechtsprechung, die abzuwarten Anlass für die anfängliche Befristung waren, lassen den weiteren Verbleib dieser Befugnisse nunmehr zu.

Die Landesregierung hat wegen der im Zusammenhang mit diesen Eingriffsbefugnissen gegenwärtig noch geführten rechtspolitischen Diskussionen auf Bundes- und EU-Ebene mit dem vorliegenden Gesetzentwurf eine nochmalige Befristung der Regelung auf weitere drei Jahre beschlossen.

Offen gesagt: Ich hätte auch gut mit einer unbefristeten Regelung leben können, denn ich bin der Auffassung, dass sie sich bewährt hat. Ich bin nicht nur der Meinung, dass die Instrumente, die der Polizei in die Hand gegeben werden, notwendig sind; ich bin vor allen Dingen davon überzeugt, dass der Überprüfungszeitraum von zwei Jahren ausreichend für die Feststellung war, dass diese Instrumente sich in rechtlicher sowie in tatsächlicher Hinsicht bewährt haben. Dies wurde, wenn auch in einem anderen Verfahren, vom Bundesverfassungsgericht bestätigt. Eine weitere Befristung sichert den Fortbestand dieser Befugnisse, wird nach meiner Auffassung jedoch keine neuen Erkenntnisse liefern.

Wie Sie sehen, geht das sechste Änderungsgesetz nicht mit neuen Eingriffsbefugnissen für die Polizei einher. Es soll lediglich die mit der vierten Novellierung geschaffenen Befugnisse, die sich bewährt haben, weiterhin sichern. Mit diesem Gesetzentwurf wird die begonnene Überführung der Polizei des Landes Brandenburg in eine den zukünftigen Anforderungen einer zunehmend globalisierten Welt gewachsenen und modernen Organisation fortgesetzt. Ich bitte Sie daher, diesen Gesetzentwurf bei Ihren Beratungen sachgerecht zu behandeln und ihn im Interesse der allgemeinen Rechtssicherheit und des Vertrauens auf Beständigkeit und Kontinuität des brandenburgischen Polizeirechts alsbald zu beschließen. Ich gehe davon aus, dass wir in drei Jahren die Diskussion an diesem Ort fortführen werden. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Wir setzen die Debatte mit dem Beitrag der Linksfraktion fort, für die der Abgeordnete Dr. Scharfenberg spricht.

Dr. Scharfenberg (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat sich entschlossen, die vor zwei Jahren eingeführten umstrittenen Mittel der automatischen Kennzeichenfahndung und des Einsatzes technischer Mittel zur Telefonüberwachung um weitere drei Jahre zu verlängern.

Datenschützer, Juristen, Anwaltsverein hatten vor etwa zwei Jahren hier in diesem Haus die Einführung insbesondere dieser beiden polizeilichen Mittel deutlich kritisiert. Innenminister Schönbohm hatte ausgeführt, dass mit dem Gesetz eine Anpassung der polizeilichen Möglichkeiten an die technische Entwicklung erfolge und dass die erweiterten Befugnisse nicht die Freiheitsrechte der Menschen einschränken, sondern für mehr Sicherheit sorgen würden.

Das brandenburgische Polizeirecht wird seit Jahren immer restriktiver und eingreifender. Die polizeilichen Befugnisse werden mit jedem Änderungsgesetz durch die Koalition von CDU und SPD immer weiter ausgedehnt. Eine umgekehrte Entwicklung ist zu keinem Zeitpunkt sichtbar gewesen.

Der wichtigste Innenpolitiker der SPD scheint mittlerweile der Finanzminister zu sein, der, wenn man den Medienberichten glauben darf, sich zum wiederholten Mal beim Polizeigesetz in die Bresche geworfen hat. Fragt sich nur, wofür das gut ist. Herr Speer muss sich irgendwann entscheiden. Mann kann nicht einerseits mit brachialem Druck und einem technokratischen Personalschlüssel Stellen kürzen - mit der absehbaren Folge, dass Wachen geschlossen werden müssen und die Präsenz der Polizei immer weiter eingeschränkt wird. Denn der Ausgleich für den Personalabbau soll ja - so wird immer wieder dargestellt - andererseits auch durch die Ausweitung technischer Einsatzmöglichkeiten erfolgen, wobei - wie selbstverständlich - Grundrechte immer weiter eingeschränkt werden.

In den letzten Jahren sind in Brandenburg 725 Stellen bei der Polizei abgebaut worden. Weitere 1 042 Stellen sollen bis 2012 wegfallen. Demzufolge sind Polizeiwachen in Potsdam, Cottbus, Jüterbog und Beeskow geschlossen worden, und die Folgen dieser Schließungen, meine Damen und Herren, können Sie vor Ort zur Kenntnis nehmen.

(Zuruf des Abgeordneten Schippel [SPD])

Die Schließung weiterer Polizeiwachen soll folgen. Damit ist sicherlich keine Stärkung der öffentlichen Sicherheit erreicht worden.

Zudem steht Brandenburg nach dem Wegfall der Grenzkontrollen nach Polen, die wir LINKEN grundsätzlich begrüßen, vor neuen Herausforderungen bei der Sicherheitspolitik, wobei der Personalabbau der Landesregierung nach Auffassung der LINKEN nicht die zeitgemäße Antwort sein kann.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Dazu kommt dann noch der als Umstrukturierung beschönigte Abbau von 471 Stellen bei der Kriminalpolizei.

Meine Damen und Herren von der Koalition, Sie haben in den letzten Jahren mit Ihrer Finanzpolitik in der Polizei und

in der Bevölkerung Verunsicherung und Unzufriedenheit ausgelöst.

(Minister Speer: Na, na!)

- Ja, Sie hätten es gern, Herr Speer, dass das nicht so wäre. - Wir betrachten die geplante Novellierung des Polizeigesetzes auch vor diesem Hintergrund. Die Ortung von Mobilfunktelefonen zur „Gefahrenabwehr“ und die automatische Kennzeichenerfassung sind weit in die Persönlichkeitsrechte eingreifende Mittel. Die Befristung dieser Mittel ist nach unserem Verständnis festgelegt worden, um die Geeignetheit und die Angemessenheit zu prüfen. Das sollte dann aber auch keine formale Übung sein, die nur dazu dient, das Gewissen zu entlasten, sondern eine wirkliche inhaltliche Prüfung.

Nach dem Bericht des Innenministers wurde die Kennzeichenfahndung im Jahr 2007 genau dreimal eingesetzt. Der damit verbundene Erfolg ist sehr überschaubar. Brauchen Sie eigentlich einen deutlicheren Beweis, dass dieses Mittel nicht benötigt wird? Es gibt in Brandenburg keine polizeiliche Lage, die es erfordert, dieses Mittel zur Gefahrenabwehr einzusetzen. Bezüglich der Handyortung möchte ich erneut darauf hinweisen, dass aufgrund der enormen Eingriffsmöglichkeiten höchste Sensibilität gefragt ist, und die vermissen wir, meine Damen und Herren. Wie Sie sicher wissen, ist dieser Eingriff in Berlin auf die Suche nach hilflosen bzw. gefährdeten Personen begrenzt. Das wäre auch allenfalls das Maximum, das wir uns vorstellen könnten.

Absurd wird die Diskussion allerdings dann, wenn die Weiterführung des Einsatzes der Handyortung mit der Notwendigkeit der Auslastung bereits angeschaffter Technik begründet wird.

Dass die SPD hier deutlichen Fragebedarf sieht, zeigt die Häufung von Kleinen Anfragen zu diesem Thema. Ich bin gespannt, zu welchem Ergebnis diese offensichtlichen Bedenken innerhalb der Koalition am Ende führen werden oder ob es so sein wird wie immer: Bedenken beiseite schieben und die Hände hoch bei der SPD.

Die Linke wird dem Gesetzentwurf in der vorliegenden Form und einer Verlängerung von Handyortung und automatischer Kennzeichenerfassung nicht zustimmen. - Danke.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete Stark setzt die Debatte für die SPD-Fraktion fort.

Frau Stark (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Stets findet Überraschung da statt, wo man es nicht erwartet hat. Das dachte ich mir auch während der Sommerpause, als die ersten Überlegungen zum Entwurf des Sechsten Gesetzes zur Änderung des Brandenburgischen Polizeigesetzes die Runde machten. Wir, die Parlamentarier, waren nicht wirklich erstaunt darüber, dass Überlegungen angestellt werden müssen; denn es ist auch uns gegenwärtig, dass zum 21. Dezember die befristeten Regelungen zur Kennzeichenfahndung und zum IMSI-Catcher auslaufen.

Überrascht waren über die ersten Schlussfolgerungen seitens des Innenministeriums. Von der Notwendigkeit, dass diese beiden entsprechenden polizeilichen Befugnisse dauerhaft im Brandenburgischen Polizeigesetz zu verankern sind, und auch von der Entbehrlichkeit der Berichtspflicht gegenüber dem Parlament war dort zu hören und zu lesen.

Da wir in der Sommerpause nicht nur Ferien gemacht, sondern auch Sachverhalte bearbeitet haben, haben wir postwendend Einspruch eingelegt - mit Erfolg. Dieser Gesetzentwurf, der uns heute auf dem Tisch liegt, zeigt, dass diese beiden Instrumente erst einmal eine weitere Verlängerung um drei Jahre erfahren haben und auch die für uns sehr wichtige Berichtserstattungspflicht gegenüber dem Parlament weiterhin verankert ist.

Wir müssen natürlich die Frage der Verhältnismäßigkeit beantworten. § 33 unseres Polizeigesetzes ermöglicht es, die Unterbrechung oder Verhinderung von Telekommunikationsverbindungen vorzunehmen, um dringende Gefahren oder auch bestimmte Straftaten, und zwar schwere Straftaten, abzuwehren.

Von dieser Regelung hat die brandenburgische Polizei, wie hier auch schon gesagt worden ist, im Zeitraum 2006 bis 2007 keinen Gebrauch gemacht. Im gleichen Zeitraum wurde nur dreimal aktenkundig, dass die sogenannte anlassbezogene Kennzeichenfahndung zur Anwendung gekommen ist.

Das ist sehr erfreulich und zeigt einerseits, dass die brandenburgische Polizei mit diesen Befugnissen sehr sorgsam umgeht. Andererseits stellt sich natürlich die Frage, ob es angemessen ist, diese doch sehr großen Freiheitsbeeinträchtigungen von einem hohen Gewicht dauerhaft im Gesetz zu verankern. Denn der Polizei stecht insgesamt ein Instrumentenkoffer mit zahlreichen weiteren Möglichkeiten zur Verfügung.

Nun hat die Behörde selbst evaluiert, und das hinterfragen wir. Wir sind der Meinung, dass man bei solch starken Grundrechtseingriffen unabhängig evaluieren sollte. Die nächsten drei Jahre sind ein ordentlicher Zeitraum, um diese beiden Rechtsnormen wissenschaftlich und unabhängig noch einmal zu evaluieren.

Zur Frage Berichtspflicht kontra Bürokratieabbau: Vor diesem Hintergrund ist auch zu begrüßen, dass der jetzige Gesetzentwurf von der Idee der Abschaffung der Berichtspflicht gegenüber dem Parlament abgerückt ist. Es schafft Transparenz über das Ausmaß der durchgeführten Maßnahmen und damit letztendlich Vertrauen in die Arbeit der Polizei. Wenn die Regierung dem Parlament gegenüber Bericht erstatten muss, werden nur elementare Rechte des Parlaments mit Leben erfüllt.

Wir sehen die Notwendigkeit der wissenschaftlichen Evaluation und begrüßen aus diesem Grunde, dass a) die Berichtspflicht erhalten geblieben ist und b) diese beiden Normen um drei Jahre verlängert werden. Damit können wir mit dem vorliegenden Gesetzentwurf leben. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Für die DVU-Fraktion setzt der Abgeordnete Claus fort.

Claus (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Polizeiliche Eingriffsverwaltung unterliegt verfassungsrechtlich dem strengen Normsetzungsbedürfnis. Mit dem Vierten Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Polizeigesetzes am 20. Dezember 2006 wurden für die Geltungsdauer von zwei Jahren polizeiliche Eingriffe in die Telekommunikation und die anlassbezogene automatische Kennzeichenerfassung als polizeiliche Befugnisnorm eingeführt. Diese Maßnahmen stellen aufgrund der Intensität ihres Eingriffscharakters in das informationelle Selbstbestimmungsrecht erhebliche Überwachungsmöglichkeiten dar. Der Evaluationszeitraum läuft nun im Dezember ab und soll mit dem vorliegenden sechsten Änderungsgesetz bis zum 31. Dezember 2011 verlängert werden.

Hinsichtlich des Normsetzungs- bzw. Verlängerungsbedürfnisses macht es sich das Innenministerium sehr einfach. So steht unter der Rechtsfolgenabschätzung zur Erforderlichkeit lediglich, dass die Gesetzesänderung unter tatsächlichen Gesichtspunkten erforderlich sei. In der Begründung steht, dass der bisherige Zeitraum von zwei Jahren noch keine abschließende Bewertung über die Auswirkung der einschlägigen Vorschriften zulasse und für die einschlägigen Befugnisse ein polizeifachliches Bedürfnis bestehe. Dabei müsste gerade dieses polizeifachliche Bedürfnis mit Fakten aus der tatsächlichen Kriminalitätsentwicklung belegt werden. Dem widersprechen jedoch vom Ministerium selbst genannte Fakten; denn Maßnahmen zur Ermittlung spezifischer Kennung von Mobilfunkgeräten waren im Zeitraum vom 21. Dezember 2006 bis zum 30. November 2007 nicht erforderlich. Aus diesem Grund ist die gezogene Schlussfolgerung, dass die Befugnis zur Ermittlung spezifischer Geräteerkennung auch für die präventive Telekommunikationsüberwachung eine unverzichtbare Vorbereitungsmaßnahme sei, falsch.

Dies kann auch nicht auf den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 22. Dezember 2006 gestützt werden, weil dieser erstens einen Eingriff in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung anerkennt und sich dies zweitens auch nicht auf die präventiven Befugnisse des § 33 b Abs. 3 übertragen lässt; denn das Bundesverfassungsgericht hat sich hier ausschließlich mit der Telekommunikationsüberwachung im Rahmen eines laufenden Strafverfahrens befasst.

Der entscheidende Unterschied liegt darin, dass im Rahmen repressiver polizeilicher Tätigkeit bereits eine Straftat verübt und ein fremdes Rechtsgut durch eine Straftat verletzt wurde, während dies im Rahmen der Gefahrenabwehr nicht der Fall ist. Ein weiterer entscheidender Unterschied ist, dass Gegenstand des Nichtannahmebeschlusses gerade keine Abwägung zwischen dem Grundrecht und einem öffentlichen Gefahrenabwehrbedürfnis war. Insgesamt ist die auf Seite 7 gezogene Schlussfolgerung der verfassungsrechtlichen Rechtfertigung von juristischer Unkenntnis getragen und kann daher nicht ohne Weiteres vom Landtag akzeptiert werden.

Bereits in der 2. Lesung zum vierten Änderungsgesetz habe ich die erheblichen verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die Telekommunikationsüberwachung und die Kfz-Kennzeichen-Erfassung dargelegt. Im Wesentlichen betrafen unsere Bedenken die Verhältnismäßigkeit des Eingriffs bei rein präventiven Tätigkeiten. Diese möchte ich hier jedoch nicht noch einmal wiederholen. Sie können dies im Plenarprotokoll der 41. Sit-

zung des Landtages nachlesen. Dazu hatten wir mehrere Änderungsanträge - diese haben Sie, meine Damen und Herren von der Koalition, ignoriert - eingebracht. Dies werden wir wieder tun. Kurz und gut: Einer Ausschussüberweisung werden wir zustimmen, um unsere Änderungsanträge noch einmal einzubringen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Petke setzt für die CDU-Fraktion fort.

Petke (CDU): *

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die anstehende Änderung des Polizeigesetzes des Landes ist notwendig, weil die Polizei für ihre wichtige Arbeit der Kriminalitätsbekämpfung und Kriminalitätsvermeidung natürlich eine starke gesetzliche Grundlage braucht und sich die gesetzliche Grundlage auf entsprechende Maßnahmen beziehen muss.

Ich kann die Kritik, die hier und da an den in Rede stehenden Maßnahmen aufgeflackert ist, nicht nachvollziehen. Natürlich ist es nachvollziehbar, wenn gesagt wird, dass eine polizeiliche Eingriffsmaßnahme vor dem Hintergrund des Verfassungsrechts überprüft wird. Vor allem an diesem Punkt hat Brandenburg aber bewiesen - anders als bei anderen gesetzlichen Grundlagen -, dass das Polizeigesetz unter anderem einer Überprüfung durch das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe standgehalten hat, obwohl die Mehrzahl der anderen Länder die entsprechende Regelung korrigiert hat bzw. die Landtage Korrekturen vornehmen mussten.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE)

Insofern weise ich den Vorwurf seitens der Fraktionen DIE LINKE und der DVU, dass es hier darum geht, Verfassungsrecht zu verletzen, klar zurück. Nein, das ist nicht der Fall!

(Zuruf des Abgeordneten Claus [DVU])

Sicherheit und Freiheit kann man nicht getrennt betrachten. Sicherheit und Freiheit gehören zusammen. Das eine ist ohne das andere nichts wert. Die Menschen in unserem Land - ich glaube, das wissen auch die Kollegen der Fraktion DIE LINKE - haben nicht nur ein Bedürfnis nach sozialer Sicherheit, sondern auch nach innerer Sicherheit. Sie wollen, dass ihr Leben und ihre Gesundheit sowie das Leben und die Gesundheit ihrer Angehörigen geschützt ist. Sie wollen auch, dass ihr Eigentum geschützt ist. Dafür haben wir die Verantwortung zu tragen.

Hinsichtlich der angesprochenen Beschränkung verrate ich sicher kein Geheimnis, Frau Kollegin Stark, wenn ich sage, dass wir das nicht für notwendig erachten. Innenminister Jörg Schönbohm kann sicherlich noch darauf eingehen, inwieweit das Innenministerium unabhängig oder nicht unabhängig ist. Ich glaube, dies ist eine etwas vorgeschobene Diskussion. Hier hat man aus anderen Gründen Argumente eingeführt, die in der Sache nicht stechen.

Wir brauchen diese in Rede stehenden polizeilichen Maßnahmen. Die Polizei in Brandenburg braucht diese Maßnahmen. Wer für Sicherheit sorgen möchte, der muss der Polizei die entsprechenden Möglichkeiten - personell, materiell und gesetzgeberisch - geben. Aus diesem Grund ist es notwendig, dass die Mehrheit des Hauses heute dem vorliegenden Gesetzentwurf zustimmt. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren! Zunächst stimmen wir möglicherweise einer Überweisung zu; denn das Präsidium empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs der Landesregierung, der Ihnen in der Drucksache 4/6677 vorliegt, an den Ausschuss für Inneres. Wer dem Folge leisten möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Beides ist nicht der Fall. Damit ist der Gesetzentwurf überwiesen.¹

Ich schließe Tagesordnungspunkt 12 und rufe **Tagesordnungspunkt 13** auf:

Drittes Gesetz zur Änderung des Landesaufnahmegesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung

Drucksache 4/6678

1. Lesung

Es wurde beschlossen, darüber keine Debatte zu führen. Das Präsidium empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs der Landesregierung, der Ihnen in der Drucksache 4/6678 vorliegt, an den Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie. Wer dem Folge leisten möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Beides ist nicht der Fall. Damit ist dieses Gesetz überwiesen.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 13 und rufe **Tagesordnungspunkt 14** auf:

Kommunale Selbstverwaltung im Land Brandenburg

Große Anfrage 39
der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 4/6218

Antwort
der Landesregierung

Drucksache 4/6596

Die Debatte wird mit dem Beitrag der Fraktion DIE LINKE eröffnet. Der Abgeordnete Dr. Scharfenberg erhält das Wort.

¹ Gemäß § 49 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Landtages gilt damit der zuvor gestellte Änderungsantrag - Drucksache 4/6734 - der DVU-Fraktion als mitüberwiesen.

Dr. Scharfenberg (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Jörg Schönbohm sagte am 24. April 1999 auf der Bürgermeisterkonferenz der CDU in Diedersdorf Folgendes:

(Schulze [SPD]: Eine ältere Kamelle haben Sie nicht gefunden?)

- manches kann man nicht oft genug wiederholen -:

„Man glaubt immer, dem der Herr gibt ein Amt, dem gibt er Verstand. Das gilt meistens, aber es gilt nicht in der Verwaltung, dass man sagen kann: Die höherwertige Verwaltung ist intelligenter als die, die weiter unten ist.“

Herr Schönbohm, ich denke, Sie wussten damals als Oppositionspolitiker gar nicht, wie richtig Sie mit dieser Aussage gelegen haben.

(Zuruf von Minister Schönbohm)

Leider handeln Sie als verantwortlicher Minister nicht danach. In der täglichen Praxis wird eher nach dem Grundsatz gehandelt: Wir hier oben wissen besser, was für euch da unten gut ist.

Wir wollen mit unserer Großen Anfrage eine grundsätzliche Diskussion zum Stand der kommunalen Selbstverwaltung im Land Brandenburg befördern, wobei die heutige Debatte nur ein Auftakt sein kann. Dafür ist aber die Antwort der Landesregierung, für die ich mich trotzdem bedanken möchte, nur zum Teil geeignet. Nicht zuletzt haben die Statements der Koalitionsfraktionen und der Landesregierung in der Aktuellen Stunde gezeigt, dass man der Selbstgefälligkeit von SPD und CDU dringend ein klares Problembewusstsein zur kommunalen Realität entgegensetzen muss.

Wir müssen leider immer wieder feststellen, dass die Kommunen nur das fünfte Rad am Wagen der Landespolitik sind. Die kommunale Selbstverwaltung ist für die Landesregierung das nach Artikel 97 Abs. 1 Satz 1 Landesverfassung eingeräumte Recht, sich selbst zu verwalten. Damit hebt die Landesregierung positiv hervor, dass sie selbst das Ziel verfolgt und den Anspruch hat, jederzeit sicherzustellen, dass die Gemeinden und Gemeindeverbände im Land nach ihrer Verwaltungskraft und Leistungsfähigkeit in der Lage sind, kraftvoll kommunale Selbstverwaltung auszuüben.

Die Kommunen haben das Aufgabenfindungsrecht, also das Recht, sich neuen Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft zuzuwenden. Die Landesregierung will dabei angemessene Handlungs- und Gestaltungsspielräume für die Gemeinden und Gemeindeverbände sichern, sodass nur maßvoll von der Möglichkeit Gebrauch gemacht wird, ihnen Landesaufgaben zu übertragen. Das klingt gut und vernünftig. Schaut man aber genauer hin, heißt das nichts weiter, als dass die Funktionalreform nicht weitergeführt werden soll - und das vor allem vor dem Hintergrund, dass die Gemeinden und Gemeindeverbände Handlungs- und Gestaltungsspielräume bräuchten. Das widerspricht den von der Landesregierung in der Vergangenheit formulierten Zielstellungen, nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Gemeindegebietsreform.

Auffällig ist, dass die Landesregierung kommunale Selbstver-

waltung und kommunale Selbstbestimmung gleichsetzen will. Nach Auffassung der Landesregierung würde kommunale Selbstbestimmung suggerieren, dass es in der föderal aufgebauten Bundesrepublik neben dem Bund und den Ländern eine dritte eigenständige Staatsebene geben würde. Beide Begrifflichkeiten in einen Topf zu werfen zeigt ein Verständnis der Landesregierung, das wir nicht teilen.

Wie das praktisch aussieht, können wir seit fünf Jahren zum Beispiel im Zusammenhang mit den Streitigkeiten über die Festlegung des Verwaltungssitzes für die Gemeinde Groß Kreutz verfolgen, die übrigens auch ein Ergebnis eines zwangsweisen Zusammenschlusses im Rahmen der Gemeindegebietsreform ist.

Seit 2003 werden die Beschlüsse der Gemeindevertretung für den Verwaltungssitz im Ortsteil Groß Kreutz ignoriert. Entscheidende Rollen spielt dabei die Intervention der Landesregierung, die den goldenen Zügel von Zuwendungen aus dem Ausgleichsfonds als Druckmittel nutzt. Ich fordere die Landesregierung auf, endlich den Weg für die Umsetzung der selbstbestimmten Entscheidung der Gemeindevertretung über den Verwaltungssitz freizumachen - eigentlich eine selbstverständliche Angelegenheit der kommunalen Selbstverwaltung -, um diese eulenspiegelreife Posse möglichst noch vor der Kommunalwahl zu beenden.

Die Darstellung der derzeit wahrgenommenen Aufgaben auf kommunaler Ebene ist nicht brauchbar. Seit 1997 bis 2008 - also innerhalb von elf Jahren - sind 33 Aufgaben vom Land auf die Landkreise übertragen worden, vom Land auf die Ämter und amtsfreien Gemeinden waren es im gleichen Zeitraum ebenfalls 33 Aufgaben, von den Landkreisen auf die Ämter und amtsfreien Gemeinden waren es nur neun Aufgaben.

Sehr auffällig ist, dass lediglich sehr kleinteilige Aufgaben zur Kommunalisierung anstehen. Es wird immer wieder deutlich, dass die gegenwärtige Konzeption zur Weiterführung der Funktionalreform, die insbesondere mit der interministeriellen Arbeitsgruppe verfolgt wird, nicht trägt. Das wissen Sie auch. Das liegt vor allem daran - hier kann ich nur die bekannte Kritik der Fraktion DIE LINKE bestärkend wiederholen -, dass die Landesregierung keine Bereitschaft zu einer systematischen Betrachtung und Bewertung des Aufgabenbestandes zeigt. Dazu kommt, dass die Landesregierung die kommunalen Spitzenverbände gegeneinander ausspielt, statt die Kompetenzen zu bündeln und zu nutzen.

Ziel müsste es sein, sämtliche Verwaltungsaufgaben im Zuge der Funktionalreform zu kommunalisieren, sodass sich die Landesregierung auf die Wahrnehmung ihrer Regierungsfunktionen konzentrieren kann. Dass das funktioniert, zeigt das Beispiel Baden-Württemberg.

Die Landesregierung suggeriert, dass die letzte Novellierung des Gemeindefunktionsrechts für eine Stärkung der Wettbewerbsstellung der kommunalen Unternehmen gesorgt habe. Weit gefehlt. Das geht weit an den kommunalen Realitäten vorbei. Die massive Kritik des Städte- und Gemeindebundes und des Landkreistages an der neuen Kommunalverfassung und die klaren Forderungen nach einer verbesserten rechtlichen Regelung sind bekannt, und sie werden sogar noch bekräftigt.

Eine Kommunalverfassung muss die kommunalwirtschaftlichen

Handlungsoptionen stärken und darf sie gerade nicht beschneiden. Dazu gehört für die Linke nicht nur die Öffnung des Örtlichkeitsprinzips und die Streichung des Subsidiaritätsprinzips. Es ist bezeichnend und spricht für die Qualität des Gesetzes, dass Kommunen wie die Landeshauptstadt mit Verweis auf die ab 28.09. geltenden neuen Regelungen sozusagen in Torschlusspanik versuchen, jetzt noch Entscheidungen zu kommunalen Unternehmen zu treffen, um die sich verschlechternden Bedingungen zu umgehen. Was ist das für eine Regelung, die noch gar nicht in Kraft ist?

Interessant und wichtig sind uns die Aussagen der Landesregierung zu Bürgerhaushalten und Bürgerkommunen. Hier wird deutlich, dass es bisher relativ wenige Beispiele dafür gibt, dass sich Kommunen dieser Herausforderung stellen. Wir betrachten das als eine große Herausforderung.

Wir unterstützen die Entwicklung von Bürgerhaushalten und Bürgerkommunen, weisen aber darauf hin, dass es hierbei kein formales Herangehen geben darf. Ich möchte das mit der Aufforderung an die Landesregierung verbinden, hier eine koordinierende Funktion wahrzunehmen, denn dieser Prozess ist fördernd. Das sollte mit allen Kräften getan werden. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Herr Abgeordneter Gujjula spricht für die SPD-Fraktion.

Gujjula (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Verehrte Abgeordnete! Ich möchte mich bei der Fraktion DIE LINKE recht herzlich bedanken, dass sie das Thema aufgegriffen und die Landesregierung mit 136 Fragen bombardiert hat. Daraus ist ein großes Werk entstanden. Ich bedanke mich dafür, dass wir heute, wenn auch mit Problemen behaftet, durchaus über eine Erfolgsgeschichte sprechen können.

Kommunale Selbstverwaltung: Die Landesregierung verbindet mit dem Begriff der kommunalen Selbstverwaltung das Gemeinden und Gemeindeverbänden nach Art. 97 Abs. 1 Landesverfassung eingeräumte Recht, sich selbst zu verwalten.

Allzuständigkeit und Subsidiaritätsprinzip: Wenn man zurückblickt und sich fragt, ob diese Dinge inzwischen realisiert worden sind oder nicht, müsste man sich selbst ein Urteil darüber bilden. Die Landesregierung verfolgt das Ziel und hat den Anspruch, jederzeit sicherzustellen, dass die Gemeinden und Gemeindeverbände im Land nach ihrer Verwaltungskraft und Leistungsfähigkeit in der Lage sind, kraftvolle kommunale Selbstverwaltung auszuüben.

Ich möchte auf einen Punkt zu sprechen kommen, der in der Funktionalreform eine große Rolle gespielt hat, nämlich auf die Gemeindegebietsreform. Ganz am Anfang war ich dagegen. Ich selbst war 15 Jahre lang ehrenamtlicher Bürgermeister und Fraktionsvorsitzender in einer Gemeinde. Ich kann von meinem Standpunkt aus sagen: Am Anfang hatte ich sehr viele Ängste. Heute, nach 15 Jahren, kann ich kurz vor der Kommunalwahl einen Schlussstrich ziehen und sagen: Gott sei Dank, dass es so passiert ist, dass Altlandsberg zusammen mit fünf

kleineren Gemeinden eine größere Einheit gebildet hat. Wir alle sechs haben davon profitieren können.

In Bezug auf die Gemeindegebietsreform muss man wissen: Die kommunalen Spitzenverbände sind zu allen wichtigen Punkten immer gefragt und zur aktiven Beteiligung aufgefordert worden. Selbst wenn man nicht einer Meinung war, sind auch diese Punkte mit erwähnt worden. Es ist für mich ganz wichtig, dass hier eine praxisnahe Arbeit geleistet worden ist.

Wenn man fragt, was zum Schluss dabei herausgekommen ist und ob man etwas sparen konnte, so sind die Zahlen ganz eindeutig. Betrachtet man die Anzahl der Beschäftigten in den kreisfreien Städten, so ergibt sich folgendes Bild: 1993 gab es 14 429 Beschäftigte, im Jahre 2007 5 610 - eine Reduktion um fast 50 %. In den Landkreisen gab es 1993 17 974 Beschäftigte, heute sind es 11 666, und in den Gemeinden und Ämtern waren 47 727 Menschen beschäftigt. Heute sind es 22 391. Das zeigt schon, wofür diese Gemeindegebietsreform gut war. Man konnte hier etliche Reserven mobilisieren bzw. die Kräfte bündeln.

Es geht auch um die Weiterführung der Funktionalreform. Die Opposition hat den Fortschritt zunächst bekämpft, später stillschweigend nachvollzogen. Beispiel: Umstellung der Wirtschaftsförderung. Sie waren am Anfang dagegen und wollten später plötzlich noch weiter gehen.

Beispiel Kommunalreform: Sie haben uns anfangs Stöcker in die Speichen gesteckt und beschwerten sich nun, dass das Rad nicht schneller läuft. Ich finde es gut, dass die Kommunalreform, wie heute in der Zeitung zu lesen ist, erst einmal um ein Jahr verschoben worden ist und wir in der nächsten Legislaturperiode weiter darüber diskutieren werden. Ich sage es einmal so: It's never too late. Wenn man es schon macht, muss man es auch richtig machen. Man sollte die schlechten Erfahrungen aus Mecklenburg-Vorpommern nicht im Land Brandenburg wiederholen.

Es gibt noch ein paar Punkte, die ich erwähnen möchte. Es gibt reiche und arme Gemeinden; das wird sicher immer so sein. Das hat vielfältige Gründe und Ursachen; sie stehen im Bericht, ich brauche sie nicht zu wiederholen. Dennoch: Es gibt einiges, was man hätte vermeiden können. Es gab vor 10 oder 15 Jahren großzügige Planungen, größere Gewerbegebiete und Ähnliches. Man hat noch heute darunter zu leiden. Es sind jedoch keine ewig begleitenden Symptome, sondern die Fehler lassen sich heilen.

Kollege Schippel hat heute die 11 000 ehrenamtlich tätigen Kommunalpolitiker erwähnt. Die Zahl der Kandidaten zur Kommunalwahl hat sich um 16,5 % erhöht. Das sind gute Werte. Herr Domres, vertrauen Sie den Bürgerinnen und Bürgern, den mündigen Menschen in unserem freien Land, dass sie selbst wissen, was gut für sie ist. Insofern war Ihre Erläuterung der Wahlplakate heute Morgen, wie manches andere auch, überflüssig.

Letzten Endes haben wir - im Innenausschuss wurde Anfang des Jahres darüber diskutiert - insgesamt 60 Millionen Euro verteilt. An meinen Wahlkreis Märkisch-Oderland gingen 2,8 Millionen Euro. Wir konnten mithilfe dieser Mittel manches sanieren; das war gar nicht so schlecht. Gleichzeitig sollte

die Kritik des Landkreistages berücksichtigt werden, ob es nicht besser wäre, ab 2010 die Summe von Anfang an an die Kreise zu verteilen. Das wird vom Landkreistag empfohlen. Darüber müsste man nochmals reden.

Es gibt viel zu tun, aber man kann nicht alles mit Geld messen. Wir haben heute viel über Geld gesprochen. Ich möchte den Blick lieber auf etwas anderes richten, und zwar auf die Bürger und ihr Engagement. Wenn ich betrachte, was sie in meinem Wahlkreis Märkisch-Oderland bzw. Altlandsberg in den letzten 15 Jahren getan und erreicht haben, dann muss ich sagen, wir können uns sehen lassen und mit Stolz sagen: Das war eine gute Sache. Die Kommunalpolitik ist gut. Das wurde von den Bürgern und von den Abgeordneten sehr gut genutzt. - In unserem Landkreis gibt es heute so viele Vereine wie nie zuvor. Früher gab es keinen Heimatverein, keinen Vereinsklub usw. All diese Dinge spielen heute eine größere Rolle. Altlandsberg bzw. der Kreis Märkisch-Oderland stehen bezüglich der Jugendkriminalität in der Statistik des gesamten Landes ganz weit unten. All diese Erfolge sind darauf zurückzuführen, dass wir gute Kommunalpolitik machen. Die Grundlage dessen ist, dass die 1990 eingeführte kommunale Selbstverwaltung von den Menschen und den Kommunalpolitikern angenommen und umgesetzt worden ist.

Die wesentlichen Kritikpunkte, die die Linkspartei heute erwähnt hat, kann man mit Fakten und Zahlen widerlegen. Das hat mein Vorredner bereits getan, und ich möchte sie nicht wiederholen. Allein die Zuweisungen sind trotz der angespannten Situation, wie der Finanzminister heute gesagt hat, von 1,25 Milliarden Euro auf 1,6 Milliarden Euro erhöht worden. Das zeigt doch, dass die Zuweisungen an die Gemeinden trotz der schwierigen Bedingungen nicht gesunken sind und sich deren Lage verbessert hat.

Ich denke, man muss Realität Realität und Fakten Fakten sein lassen, und man kann sagen: Trotz der Schwierigkeiten, die wir in den letzten 15 Jahren hatten, schreiben wir eine Erfolgsstory. Nichtsdestotrotz gibt es noch sehr viel zu tun. Wenn Kollege Domres sagt, das klappe nur mit den Linken ...

(Domres [DIE LINKE]: Das habe ich in Bezug auf den Mindestlohn gesagt!)

... dann entgegne ich: Sie müssen erst einmal auf dem Boden der Tatsachen stehen, anstatt bestimmte Dinge opportunistisch zu verdrehen, nur die schlechten Dinge zu sehen und alles madig zu machen, was nicht madig ist.

(Beifall bei der Fraktion der SPD)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Claus setzt für die DVU-Fraktion fort.

Claus (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der sogenannte Brandenburger Weg zeigt sich bei der vorliegenden Großen Anfrage der Linken nicht nur beim Fragesteller, sondern auch bei der Landesregierung. Gerade was die sozialistische Ausrichtung der kommunalwirtschaftlichen Betätigung betrifft, spielen sich das Innenministerium und die Linke die Bälle zu. So wird zum Beispiel in der Antwort auf die Frage 119 ganz

pauschal behauptet, dass kommunale Haushalte durch kommunale Unternehmen entlastet würden. Das Ganze stützt sich jedoch nicht auf eine repräsentative landesweite Erhebung, sondern auf die bloße Einschätzung einzelner Städte und Gemeinden, dass die von den kommunalen Unternehmen wahrgenommenen Aufgaben effizienter erledigt und somit mittelbare Haushaltsentlastungen erreicht werden könnten.

Insbesondere die in der Begründung zum Kommunalverfassungsreformgesetz letzten Jahres noch großspurig geäußerte Erwartung an die Kommunalisierung der Wirtschaft reduziert sich hier in der Antwort auf Frage 18 und 19 nun auf den Bereich des ÖPNV und die Inanspruchnahme des steuerlichen Querverbundes. Dass gerade die Re-Kommunalisierung zulasten der vor Ort ansässigen Gewerbetreibenden und Dienstleister geht, hat die Anhörung zur Kommunalrechtsreform im Innenausschuss gezeigt. Danach sollen die Kommunen zukünftig alle möglichen Dienstleistungen - und das auch noch überörtlich - an sich ziehen können, und zwar ohne ein dringendes öffentliches Erfordernis und ohne den Ausschluss wirtschaftlicher Schädigung von Unternehmen. Wie groß die Gefahr ab dem 28. September sein wird, zeigte die Antwort der Landesregierung auf die Frage 124, wonach die Kommunen bei der Auslegung des Begriffs „öffentliches Interesse für die kommunalwirtschaftliche Betätigung“ einen großen Beurteilungsspielraum haben werden.

Dass die Landesregierung mit direkter Demokratie auf kommunaler Ebene ein Problem hat, zeigt sich auch in den Antworten zu den Fragen 48 und 50. So ist es schon ziemlich widersprüchlich, dass sie einerseits zur Frage 48 behauptet, dass die Einwohnerbeteiligung zukünftig nicht mehr der Ausgestaltung der Hauptsatzung überlassen sein solle, sie sich andererseits aber zur Frage der Weiterentwicklung der Einwohnerbeteiligung - Frage 50 - darauf beruft, dass eine sinnvolle Einwohnerbeteiligung letztlich den Kommunen in der Hauptsatzung überlassen bleibe. Das ist ein Widerspruch in sich. Den zusätzlichen Hinweis, eine Änderung der Kommunalverfassung im Hinblick auf die Einwohnerbeteiligung sei denkbar und bedürfe einer entsprechenden Evaluierung, halte ich für einen rechtspolitischen Offenbarungseid der Landesregierung. Schließlich hätte die umfangreiche und lang vorbereitete Reformgesetzgebung zur Kommunalverfassung hier die Chance eröffnet, mehr Demokratie auf der unteren Verwaltungsebene einzuführen. Aber dies war offensichtlich von der Koalition so nicht gewollt.

Ihre strukturpolitische Ratlosigkeit zeigt die Landesregierung indes in ihrer Antwort auf die Frage 29, zum Wegfall des Status von Kommunen als „Grundzentrum“, der potenziell immerhin rund 1 500 Gemeinden in Brandenburg betraf. Der Hinweis auf die Kompetenzzuweisung der Gemeindeordnung bei der kommunalen Selbstverwaltungsaufgabe hilft hier niemandem, meine Damen und Herren. Ich frage mich überhaupt, was die Landesregierung unter Strukturpolitik versteht. Im Landesplanungsrecht gilt auch in Brandenburg nach wie vor das Gegenstromprinzip, das heißt, dass sich Art und Umfang der örtlichen Versorgung aus den übergeordneten Zielen der Raumordnung und der Landesplanung ableiten lassen. Offensichtlich war die Landesregierung bei der Beantwortung der Frage 29 zu bequem, weil sie natürlich auch zu den eigentlichen Zielen, nämlich der Konzentration strukturpolitischer Maßnahmen auf wenige sogenannte Wachstumskerne, Stellung hätte nehmen müssen.

Insgesamt ergeben sich aus den Antworten keine neuen Er-

kenntnisse, meine Damen und Herren, und damit will ich es bewenden lassen. - Danke schön.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Petke spricht für die CDU-Fraktion.

Petke (CDU): *

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es fehlen noch einige, zum Beispiel Frau Kaiser - Große Anfrage, große Kritik -: Wo ist sie denn?

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE)

- Sehr gut, dann bin ich beruhigt und kann beginnen.

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe es zu Beginn der Aktuellen Stunde schon einmal gesagt: Die Brandenburger leben gern in Brandenburg. Sie sind mit dem Leben in Brandenburg und in den Kommunen zufrieden. Sie sind zufrieden mit dem sozialen Angebot, das sie sozial in Anspruch nehmen können, ob es die Kitas sind, die Schulen oder andere soziale und kulturelle Einrichtungen. Sie sind in den letzten Jahren auch zufriedener geworden, weil es gelungen ist, mehr Arbeitsplätze in Brandenburg zu schaffen.

Ich habe vorhin gehört: Schauen Sie sich die Löhne an, prekäre Beschäftigungsverhältnisse. - Natürlich müssen wir darüber reden. Aber wir müssen vor allen Dingen darüber reden, dass es hier in diesem Landtag eine von der Größe her bedeutende Fraktion gibt, die alles, was positiv passiert, selbst wenn sie es vor zwei oder drei Jahren eingefordert hat, in Abrede stellt. Sie stellen in Abrede, dass es mehr Beschäftigung gibt, dass es uns gelungen ist, einen besseren Ausgleich zwischen den Wohlhabenden der Gesellschaft und denen, die auf dem Aufstieg sind, zu organisieren.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Unsere Zwischenrufe haben mehr Gehalt als Ihre Rede!)

- Da hilft es auch nicht, wenn man einen unqualifizierten Zwischenruf macht. Sie stellen dies in Abrede. Sie stellen es in Abrede, weil Sie natürlich ein Problem haben. Sie haben auf der Bundesebene 150 Punkte. Sie sind die einzige Partei, die im Bundestag sitzt, die noch nicht einmal ein Programm hat. In diesen 150 Punkten versprechen Sie allen alles. Da gibt es sogar Dinge, die mir persönlich gefallen könnten. Sie haben seit der Vereinigung von PDS und WASG und der Umbenennung zur LINKEN noch nicht einmal die Verantwortung wahrgenommen, sich auf ein programmatisches Fundament Ihrer eigenen Partei zu einigen.

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Das spürt man hier natürlich. Ja, das spürt man im Landtag.

Es gibt eine Antwort der Landesregierung, für die ich mich bei der Landesregierung ausdrücklich bedanken möchte; denn da haben sich viele Frauen und Männer in der Landesregierung die Mühe gemacht, das alles aufzuschreiben, was Sie nachgefragt haben. Da wird deutlich: Es ist nun einmal eine Erfolgsbilanz,

was in den letzten 20 Jahren auf der kommunalen Ebene passiert ist. Sie tun sich doch keinen Gefallen, indem Sie das abstreiten. Es sind doch auch Ihre Frauen und Männer in den Kreistagen, Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen. Vereinzelt stellen Sie sogar die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Es sind ja nicht viele, aber einige sind es eben doch, die daran mitgewirkt haben. Wer das abstreitet, schießt sich doch politisch ins Knie.

Wachen Sie endlich auf! Wenn Sie noch nicht einmal im Jahr 2008 in der Lage sind, zu erkennen, dass es in Brandenburg vorangegangen ist, dann werden Sie sich politisch weiter ins Abseits stellen. Das ist einfach die Situation. Wer noch nicht einmal in der Lage ist anzuerkennen, dass das Land finanziell, rechtlich und in vielen anderen politischen Dingen die Verantwortung für die kommunale Ebene wahrnimmt, der ist einfach noch nicht im Jahre 2008 und in dem, was es in den letzten Jahren an Entwicklungen gegeben hat, angekommen.

Viele Kollegen sind darauf eingegangen, der Kollege der SPD gerade eben sehr authentisch, was die eigene Position zur Gemeindegebietsreform betrifft. Ich würde mir das auch von einem Abgeordneten oder einer Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE wünschen. Wir haben damals im Innenausschuss über 100 Stunden zusammengesessen.

(Schulze [SPD]: 144!)

- Oder 144. Das sind über 100 Stunden! - Und in 144 Stunden gab es immer nur ein Njet der Fraktion DIE LINKE.

(Schulze [SPD]: Njet haben sie nicht gesagt!)

- Sie haben es auf Deutsch gesagt. Aber es gab zu keiner Zeit irgendwo ein politisches Mitwirken.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Scharfenberg [DIE LINKE])

- Das ist nicht alles falsch, Herr Kollege Scharfenberg. Sie haben damals ja noch nicht am Tisch sitzen dürfen. Sie saßen in der zweiten Reihe.

(Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Wenn Sie die Protokolle lesen, werden Sie feststellen, dass es so war.

Zur Erfolgsgeschichte gehört eben, dass die Menschen in Brandenburg zufrieden sind. Zur Erfolgsgeschichte gehört auch, dass wir im Landtag sicherlich nicht die Hauptakte daran haben. Wir haben Rahmenbedingungen setzen können, auch für die Kommunen. Eine Rahmenbedingung ist eine vernünftige finanzielle Ausstattung. Eine zweite Rahmenbedingung ist, dass man vor Ort die Dinge entscheiden kann, die man entscheiden will. Es gibt durchaus unterschiedliche Positionen, was die Koalitionsfraktionen betrifft. Die CDU würde gern weitergehen, was die Subsidiarität und Entscheidungsmöglichkeiten vor Ort betrifft. Aber wenn sich der innenpolitische Sprecher hierhin stellt und der Landesregierung bei der Funktionalreform und anderen Dingen Versagen unterstellt ...

Herr Kollege Scharfenberg, ich verstehe es bis heute nicht: Ihre Fraktion möchte nicht, dass hauptamtliche Bürgermeister in

den Kreistag gewählt werden können. Sie üben Kritik daran, dass wir abschaffen, dass es geheime Abstimmungen in der kommunalen Vertretung gibt, und dass die Praxis des Landtages, dass nur noch dann geheim abgestimmt wird, wenn es um personelle Dinge geht, auf die Stadtverordnetenversammlung übertragen wird. Ich verstehe nicht, warum es da schon für die Fraktion DIE LINKE aufhört. Da ist ganz schnell Schluss. Wenn es um das Ende von Kungelei auf kommunaler Ebene geht, dann sagt die Linke: Das wollen wir dann lieber doch nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Vietze [DIE LINKE])

- Herr Kollege Vietze, ich wundere mich nur. Da wird Transparenz eingefordert, und wenn es um ganz konkrete Dinge in der Kommunalverfassung geht, dann heißt es sofort: Stopp! - Es ist bis heute nicht erklärt worden. Aber ich habe noch Zeit. Ich bin noch jung und kann auf die Antwort warten.

Meine Damen und Herren, auf der kommunalen Ebene ist es vorangegangen. Die Menschen sind zufrieden. Die Herausforderungen habe ich beschrieben, sie kommen insbesondere in der nächsten Legislaturperiode auf uns zu. Die CDU-Fraktion ist bereit, diese Herausforderungen anzunehmen, weil wir in den Mittelpunkt unserer Politik die Menschen stellen.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der Fraktion DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Für die Landesregierung spricht der Innenminister. Herr Schönbohm, bitte.

Minister des Innern Schönbohm:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich könnte ja sagen: Es ist fast alles gesagt, nur nicht von jedem. - Aber da meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an der Beantwortung dieser Anfrage intensiv gearbeitet haben, sehe ich mich gezwungen, dazu einige Bemerkungen zu machen.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE)

- Nein, nein, ich muss Ihnen nur etwas auf den Weg mitgeben. Sie brauchen keine Bange zu haben, Herr Vietze. Gehen wir gleich in medias res! In dem ersten Satz Ihrer Anfrage beschreiben Sie einen Zustand, der hervorragend ist. Sie sagen: Seit 1990 ist im Land Brandenburg die kommunale Selbstverwaltung aufgebaut und praktiziert worden. - Dann wäre es doch an der Zeit, allen zu sagen: Herzlichen Dank für das, was Sie erreicht haben.

(Beifall bei CDU und SPD)

Und da Sie damals schon Reisefreiheit in allen Bezirken hatten, Herr Scharfenberg: Fahren Sie doch einmal nach Luckau! Dort gibt es einen parteilosen Bürgermeister. Darum ist er unverdächtig. Unterhalten Sie sich mit Harry Müller über Luckau. Wie sah Luckau 1990 aus, und wie sieht es heute aus? Und dann fragen Sie einmal Harry Luckau, wie es nach seiner Auffassung weitergegangen wäre ...

(Lachen und Beifall bei der CDU)

- Ja, Harry Luckau. Der ist so lange Bürgermeister, das ist sein Ehrenname. Also fragen Sie Harry „Müller-Luckau“ danach, wie es in seiner Stadt weitergegangen wäre, wenn die Bedingungen von 1989 fortgeschrieben worden wären. Seine Antwort wäre ganz einfach: Die Innenstadt wäre zusammengebrochen. - Sie sind doch Potsdamer. Wie wäre es denn hier mit den barocken Vierteln gewesen? Was sollte da alles abgerissen werden! Also denken Sie von daher gesehen daran, was wir alles erreicht haben, was wir bewahrt haben, was wir Ihren Zugriffen entzogen haben.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Fritsch:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Vietze?

Minister Schönbohm:

Zur Reisefreiheit?

(Heiterkeit bei der CDU)

Vietze (DIE LINKE):

Herr Schönbohm, können Sie sich vorstellen, dass ich, der Abgeordnete Heinz Vietze, am Freitag der vergangenen Woche im Haushalts- und Finanzausschuss im Zusammenhang mit der Wohnungsbauförderung und der Stadtentwicklung darüber gesprochen habe, dass es, bei aller kritischen Betrachtung, etwas hervorzuheben gilt, wenn man die Ausgangsbedingungen von 1990 nimmt ...

Minister Schönbohm:

Das geht von meiner Zeit ab!

Vietze (DIE LINKE):

Ich will nur fragen, ob Sie sich vorstellen können, dass ich in dem Zusammenhang als einer, der damals in Potsdam für den Bezirk Verantwortung getragen hat, gesagt habe, dass es gesellschaftliche Entwicklungen gibt, zum Beispiel beim Städtebau, bei der Stadtgestaltung, der Stadtbildgestaltung, der Infrastruktur, die wir unter den Bedingungen, unter denen ich Verantwortung getragen habe, nie hätten realisieren können, und dass ich demzufolge auch eine Würdigung des Beitrages derer vorgenommen habe, die diese Arbeit in 17 Jahren geleistet haben.

Minister Schönbohm:

Die Frage war sehr lang, aber ich kann mir vorstellen, dass ich die lange Frage kurz beantworten kann: Ja, es war schlecht, und es ist viel besser geworden. Das war das, was ich sagen wollte. Aber das habe ich von Ihren Kollegen aus Potsdam in der Antwort nicht gehört. Sie haben in der Antwort, die im Mai erarbeitet worden ist, die Zahlen über die Verschuldung der Kommunen genannt. Die Zahlen stammen vom Mai 2008. Jetzt hat der Herr Finanzminister die Zahlen vom 04.09. dieses Jahres genannt. Sie haben sich positiv verändert. Ich habe bis heute, bis eben nicht festgestellt, dass Sie gesagt haben: Gott sei Dank, es ist besser geworden. - Nein, es kann doch gar nicht wahr sein, dass es besser geworden ist. - Das ist Ihre Betrachtungsweise. Bei Ihnen ist das Glas immer halbleer, und bei uns

ist es dreiviertelvoll. Das ist der Unterschied. Wir sehen, was sich entwickelt hat.

(Beifall bei CDU und SPD)

Nun möchte ich Ihnen ein anderes Beispiel nennen. Sie sagen auf der einen Seite: Wir wollen selbst Verantwortung vor Ort tragen, aber Groß Kreutz muss die Regierung machen. - Wieso muss sich die Regierung um die Gemeinde Groß Kreutz kümmern?

(Dr. Scharfenberg [DIE LINKE]: Das muss man dort selber entscheiden!)

Wir haben einen Landkreis. Wenn Sie die kommunale Selbstverwaltung wollen, dann können Sie diese nicht außer Kraft setzen, wenn es unbequem wird. Oderberg hat große Schwierigkeiten, sich finanziell zusammenzufinden. Wenn man nicht in einer bestimmten Zeit zu einem Ergebnis kommt, sind wir gezwungen, vom Land aus einzugreifen und die Dinge vorzutragen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Scharfenberg [DIE LINKE])

Die Gemeinde Groß Kreutz, finde ich, ist kein gutes Beispiel, weil es zeigt, dass die kommunale Selbstverwaltung bisweilen nicht zurechtkommt. Dort muss geholfen werden, und das ist Zuständigkeit der Kreisverwaltung, die in diesem Bereich auch tätig wird.

Wir haben die Gesetze entschlackt und präzisiert, und wir haben durch Entlastungsgesetze den Kommunen die Möglichkeit gegeben, sich selbst Handlungsbereiche zu eröffnen. Auch in der finanziellen Ausstattung ist der kommunale Spielraum erweitert worden. Dies wird auch erläutert. Außerdem haben wir im Finanzausgleichsgesetz eine angemessene Verteilung des Finanzaufkommens im kommunalen Bereich erreicht. Wie Kollege Speer gesagt hat, stellt sich in der nächsten Legislaturperiode die Frage, ob dort aufgrund der vorliegenden Erkenntnisse nachgesteuert und justiert wird.

Auf der Grundlage der Kommunalisierung weiterer Aufgaben können auch die Kommunen zusätzliche Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort in Anspruch nehmen. Dazu haben wir mit dem Standarderprobungsgesetz Möglichkeiten eingeräumt. Mit der Erweiterung des Standarderprobungsgesetzes um zusätzliche Aufgabenbereiche können die Gemeinden auf ihren Antrag hin nunmehr auch andere Aufgaben übernehmen, die ich jetzt nicht im Einzelnen aufzählen werde. Diese Aufgabenübertragung an die Gemeinden wird zur Verbesserung einer orts- und bürgernahen Aufgabenerfüllung führen. Eines ist auch klar: Unser Konnexitätsprinzip macht es nicht immer einfach, Aufgaben qua Amt zu übertragen, zum Teil ist es auf Anforderung leichter. Wenn wir sie übertragen, haben wir immer Diskussionen über Konnexität. Das, glaube ich, ist Ihnen bekannt.

Dass die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung verstärkt werden, können Sie daran erkennen, dass die Zahl der Bürgerbegehren und Bürgerentscheide zugenommen hat. Vielfältige Regelungen vor Ort gehen darauf auch ein.

Vor der Gebietsreform wurde von vielen ein Rückgang des ehrenamtlichen Engagements und ein Identitätsverlust befürchtet. Wir haben bereits heute Morgen darüber gesprochen. Beides

ist nicht eingetreten. Die Kirche und die Feuerwehr sind im Dorf geblieben. Die Feuerwehr bleibt auch so lange im Ort, wie es genügend Männer und Frauen gibt, die sich dort ehrenamtlich engagieren. Das sind Entscheidungen, die vor Ort getroffen werden. Unsere Aufgabe ist es, diese Bereiche zu unterstützen. Das tun wir, indem wir auch viel unterwegs sind und Hinweise und Anregungen geben, wie man in diesem Bereich besser tätig werden kann.

Wir wollen auch erreichen, dass ehrenamtliche Tätigkeit nicht nur Verwalten heißt, sondern dass man auch durch Finanzmittel, die vor Ort verfügbar sind, mit Maßnahmen eingreifen kann, die sich auf die Lebensqualität unmittelbar auswirken. Dazu sind die finanziellen Ressourcen unabdingbar, die vor Ort zur Durchsetzung der Maßnahmen eingesetzt werden. Dazu gehören zum Beispiel auch Fragen wie Sanierung und Neugestaltung von Dorfplätzen, Gemeindehäusern oder gemeindlichen Straßen.

Heute Morgen habe ich zusammen mit Kollegen Dr. Woidke eine Vereinbarung mit dem Landesfeuerwehrverband geschlossen, dass unter Nutzung von EU-Mitteln in Höhe von 2 Millionen Euro ein Programm bis zum Jahr 2013 aufgelegt wird, um in den ländlichen Regionen für die Feuerwehr und für die Jugend gemeinsame Stätten zu schaffen, damit sich die dortige soziokulturelle Struktur weiterentwickelt. Dies ist ein Angebot der Landesregierung an die Kommunen, die dies auch in Anspruch nehmen sollten. Sie müssen es zu etwa 25 % gegenfinanzieren. All dies soll zu einer Stärkung des ehrenamtlichen Engagements vor Ort führen. Hierzu können, meine ich, die Mitglieder der Gemeindevertretungen einen wichtigen Beitrag leisten. Häufig sind es aber auch die Vertreter der Feuerwehr, die das tun.

Ich meine, dass wir auf dem Weg, den ich heute Morgen kurz skizziert habe, schon ein gutes Stück zurückgelegt haben. Ich komme auf Ihre Ausgangsbemerkung zurück. Seit 1990 machen wir dies und haben seitdem eine große Strecke in all den Bereichen, für die die Kommunen Verantwortung tragen, zurückgelegt. Dass wir nicht alles erreicht haben, ist doch vollkommen klar. Aber ich finde es prima, dass wir uns jetzt schon mit Baden-Württemberg vergleichen. Baden-Württemberg macht das schon sehr viel länger und gehört zu den erfolgreichsten Bundesländern. Darum nehmen wir doch einmal die Messlatte Baden-Württemberg; ich habe gar nichts dagegen. Aber daran müssen wir weiter arbeiten. Dazu müssen wir Menschen überzeugen und Arbeit vor Ort behalten. Dazu gehört auch die Betätigung von Kommunen im wirtschaftlichen Bereich. Darüber, wie viel die Kommunen machen und wie viel vergeben werden soll, gibt es zum Teil unterschiedliche Auffassungen, über die wir gesprochen haben.

Meine Bitte an die Linkspartei: Nachdem Sie die Anfrage gestellt und die Antwort bekommen haben, denken Sie daran, dass die Wirklichkeit weiter ist, als Sie, Herr Dr. Scharfenberg, es dargestellt haben. Wenn Sie im Lande von der Prignitz bis Elbe-Elster oder von der Uckermark bis OSL unterwegs sind, können Sie feststellen, dass Sie für jede Aussage eine Bestätigung finden; das ist richtig. Aber die Mehrzahl der Aussagen bestätigt, dass der Weg, den wir gegangen sind, richtig ist. Daher werden wir diesen Weg weiter gehen. Das verspreche ich Ihnen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Fritsch:

Das Wort erhält noch einmal die Linksfraktion. Es spricht der Abgeordnete Domres.

Domres (DIE LINKE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit der Antwort auf die Große Anfrage meiner Fraktion zur kommunalen Selbstverwaltung in Brandenburg haben wir, meine ich, eine gute Grundlage, die kommenden kommunalpolitischen Diskussionen zu führen und entsprechende Initiativen einzubringen.

Lassen Sie mich bitte zu einigen ausgewählten Aspekten der Antwort kommen.

Erstens, die zentralörtliche Gliederung: Die Antworten zur zentralörtlichen Gliederung sind nicht befriedigend und werfen weitere Fragen auf. Die Antworten machen aber auch deutlich, dass die Diskussionen der vergangenen Monate im Land von Ihnen zum großen Teil ungehört blieben und dass die Landesregierung und die sie tragende Koalition nicht gewillt sind, den eingeschlagenen Weg zu überdenken. Da hilft es auch nicht, wenn die CDU in ihren kommunalpolitischen Leitlinien nun auch von der Metropolenfixierung des Leitbildes der Landesregierung abbrückt und sich auf die Kritikpunkte und Politikansätze der Linken zubewegt. Es klingt wie Hohn, wenn man in diesen Leitlinien Sätze liest wie: „Keine Region darf in ihrer Entwicklung zurückgelassen werden.“ Oder: „Es kommt darauf an, dass auch im ländlichen Bereich ein bedarfsgerechtes Angebot an Infrastruktur, Kinderbetreuung, Schulen, Einkaufsmöglichkeiten, Arztpraxen, Feuerwehren, Kirchen und Vereinen erhalten bleibt und die Entwicklungspotenziale genutzt werden.“ Richtig, meine Damen und Herren, darauf kommt es an, und genau dies wird durch Ihre gegenwärtige Politik akut bedroht.

Den Wegfall der Nahbereichsstufe bewertet die Landesregierung dahin gehend - ich zitiere -, dass diese Orte „keiner raumordnerischen Steuerung bedürfen“. Wie die künftige Entwicklung praktisch aussehen soll, welche Planungs- und Steuerungsansätze genutzt werden und wie die künftige Finanzausstattung der dann ehemaligen Grundzentren aussehen soll, lässt sie offen. Einen Änderungsbedarf beim kommunalen Finanzausgleich sieht sie im Moment eh nicht. Es ist schon bemerkenswert, wie von Ihnen alle Hinweise, Anregungen und Vorschläge ignoriert werden. Ich erinnere hier nur an den offenen Brief vieler Landräte, Bürgermeister und Kommunalabgeordneter gerade aus Märkisch-Oderland, die auch Ihren Parteien angehören.

Besonders beeindruckend ist die Antwort auf die Frage nach der Beurteilung der Tatsache, dass in allen anderen Bundesländern die dreistufige zentralörtliche Struktur mit einer Nahbereichsstufe aufrechterhalten wird. Die Landesregierung antwortete unter anderem:

„Die Landesplanungen reagieren auf die gegebenen Bedingungen mit einem jeweils darauf zugeschnittenen optimierten Modell der räumlichen Organisation der Daseinsvorsorge (Zentrale-Orte-System). Eine pauschalierende Bewertung der verwendeten Systeme ohne Betrachtung der im Einzelfall vorliegenden Bedingungen

und planerischen Gestaltungsabsichten ermöglicht keinen Erkenntnisgewinn.“

Soweit die Landesregierung. Festzuhalten bleibt also, dass das Flächenland Brandenburg einen Sonderweg geht, eigene Erfahrungen nicht berücksichtigt bzw. Erfahrungen anderer Länder ignoriert und den eingeschlagenen Weg für optimal hält.

Zweitens, zur interkommunalen Zusammenarbeit: Auch hier sind die Antworten zum Teil sehr unkonkret, und man kann aufgrund der pauschalen Antworten den Eindruck gewinnen, dass die Landesregierung dieses Thema nicht sehr ernst nimmt und keinen vollständigen Überblick hat. Konkrete Beispiele fehlen. Ebenso wird nur sehr oberflächlich die Förderung bzw. die Unterstützung interkommunaler Zusammenarbeit beschrieben. Das kann daran liegen, dass die Landesregierung auf diesem Gebiet einen gewissen Nachholbedarf hat. Hierzu rege ich an, ebenfalls einmal zu schauen, was andere Länder machen, und die Förderung bzw. Unterstützung der interkommunalen Zusammenarbeit zu überdenken.

Drittens, die regionalen Planungsgemeinschaften: Diese werden derzeit von der Landesregierung nicht infrage gestellt, und das will schon was heißen. Die Landesregierung teilt mit, dass sie aufgrund gesetzlicher Grundlagen arbeiten, dass die Entwicklung kommunaler Strukturen nicht zum Kompetenzbereich der Planungsgemeinschaften gehört und dass sie zukünftig in den Bereichen weiterarbeiten sollen wie bisher. Das Highlight dieser Antwort ist aber, dass es gegenwärtig keine Überlegung gibt, die unteren staatlichen Verwaltungsebenen zu bündeln und mit der Struktur der Planungsgemeinschaften zu verbinden.

Man spürte beim Lesen dieser Antwort förmlich die Lust der Landesregierung, die Fragen gründlich und umfänglich zu beantworten. Ansonsten sind die Antworten eher ein halbherziges Bekenntnis zu den Planungsgemeinschaften.

Viertens, zu den Kommunalfinzen im Finanzausgleichsgesetz: Spannend zu lesen sind die Antworten zum Bereich Kommunalfinzen. Auf die Frage, worin die Landesregierung die Ursachen für die sehr unterschiedliche finanzielle Situation der Kommunen im Land sieht und wie sie dieser entgegenwirkt, vermisste ich jeden selbstkritischen Ansatz. Hier nenne ich nur den ständigen Streit mit den Kommunen um die Frage der Kostenerstattung. Aktuelles Beispiel ist die Entscheidung des Verfassungsgerichts zum AG des SGB XII. Hier geht es um 32 Millionen Euro allein für die Jahre 2005/2006.

Dass die Landesregierung derzeit kein Erfordernis für eine Novellierung des FAG sieht, ist sehr bedauerlich. Diese Sichtweise wird von der Linken ausdrücklich nicht geteilt. Darüber haben wir in der Aktuellen Stunde bereits diskutiert. Nüchtern fällt die Bilanz der kommunalen Entlastungsgesetze aus. Nun haben wir es schwarz auf weiß, Herr Innenminister. Ich erinnere daran: Ziel dieses Gesetzes sollte es sein, die Kürzungen in Höhe von 140 Millionen Euro aus dem GFG 2003 zu kompensieren und den Kommunen Entlastungsmöglichkeiten zu bieten. Dieses Ziel ist deutlich verfehlt worden.

Sehr geehrte Damen und Herren, zum Schluss noch einige Worte zur Konnexität. Auf die Frage, inwiefern das Konnexitätsprinzip einer umfangreichen Funktionalreform entgegensteht, antwortete die Landesregierung, dass das strikte Konne-

xitätsprinzip einer positiven Empfehlung für Aufgabenübertragungen entgegensteht. Dies ist also auch ein Argument von Ihnen, warum es keine Fortführung der Funktionalreform gibt. Hier kann ich nur die Forderung der Linken wiederholen, sich mit den kommunalen Spitzenverbänden an einen Tisch zu setzen und endlich eine Vereinbarung zur Anwendung der Konnektivität zu erarbeiten. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren, nach dieser engagierten und zutiefst kommunal verwurzelten Debatte haben Sie die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage 39 zur Kenntnis genommen.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 14 und rufe **Tagesordnungspunkt 15** auf:

Konzept zur Verbesserung des Breitbandinternetzugangs für die ländlichen Regionen Brandenburgs
(gemäß Beschluss des Landtages vom 04.07.2007 - Drucksache 4/4775-B)

Konzept
der Landesregierung

Drucksache 4/6501

Dazu liegt ein Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE in Drucksache 4/6732 vor.

Die Debatte wird mit dem Beitrag der Landesregierung eröffnet. Es spricht Minister Junghanns. Bitte sehr!

Minister für Wirtschaft Junghanns:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Das Konzept zur Verbesserung des Breitbandinternetzugangs für die ländlichen Regionen Brandenburgs, verabschiedet vom Kabinett, liegt Ihnen vor. Ich freue mich, dass wir Gelegenheit haben, uns heute darüber auszutauschen.

Warum dieses Konzept? Ganz einfach, weil der Fortschritt der Netzstruktur in unserem Land zur Nutzung des Internets hinter den wirtschaftlichen Notwendigkeiten herhinkt, und das - sprich: Standortfaktor Kommunikationsfähigkeit der Wirtschaft - insbesondere auf dem flachen Land. Zweitens aber auch deshalb, weil das, was gegenwärtig verfügbar ist, gemessen an den privaten Erwartungen von Menschen im Land, landauf, landab, insbesondere der jungen Generation, nicht genügt und damit direkt oder indirekt demografische Prozesse befördert und unterstützt werden oder das gehemmt wird, was wir gemeinsam wollen: Bodenständigkeit, Verbundenheit mit den Menschen an allen Orten unseres Landes.

Der Hintergrund ist ein einfacher. Wir haben zwar, gemessen am Breitbandanteil der Bundesregierung, einen Versorgungsgrad von über 90 %, aber nur 384 Kilobit. Bei einer Mindestausstattung von 1 bis 2 MB haben wir real einen Versorgungsgrad von rund 80 %. Ich lasse einmal die Satellitenversorgung per Astra etwas an der Seite stehen, die heute schon verfügbar

ist und letztlich mit 2 MB zur Verfügung steht, aber nicht ausbaubar ist.

Die wirtschaftlichen Hintergründe, dass dieser Ausbau nicht weiter vorangeht, sind insbesondere darin zu suchen, dass wir nach wie vor in unseren Landstrichen einen Nutzungsgrad des Internets von 30 % haben. Also 30 % von den Möglichkeiten, die der Anschlussgrad bietet, werden nur genutzt. In diesem Spannungsfeld zwischen Anschlussgrad und Nutzung liegt letztlich auch die wirtschaftliche Betrachtung für weitere Schritte zum Ausbau des Internetzugangs.

Damit liegen wir mit 5 bis 6 % unter dem Bundesdurchschnitt. Das sagt aber auch, dass es nicht nur ein Thema der Schaffung der technischen Infrastruktur ist, sondern dass wir auch auf allen Gebieten die Notwendigkeit sehen und letztlich auch etwas tun müssen, um die Chancen und die Möglichkeiten, die sich mit dem Internetzugang, also mit der Kommunikation über alle technischen Mittel, bieten, zu verbessern. Wir müssen nach wie vor lernen und ausbilden, aber auch das, was zum Beispiel Verwaltung bietet oder medizinische Dienstleistungen zukünftig notwendig machen, für diese Gebiete erschließen.

Mit diesem Ausgangspunkt ist es zum Breitbanddialog gekommen, den ich mit meinem Haus angestoßen habe. Er mündet in ein Memorandum von jetzt insgesamt 31 Netzbetreibern in unserem Land. Darüber hinaus sind die Kammern und die kommunale Familie, die Spitzenverbände, beteiligt. Wir tun damit eigentlich das, was auch die europäische Konferenz zu Breitbandkonzepten auf europäischer Ebene am 14. und 15. Mai 2007 angeschoben hat. Wir wollen dort, wo es nach wie vor zu Unterversorgungen kommt, eine Breitbandversorgung durch eine Breitbandstrategie entwickeln, die das Miteinander aller am Markt Beteiligten intensiviert. Nichts anderes ist diese Breitbandinitiative, und zwar gemeinsam mit 31 Breitbandanbietern, den Kammern bzw. Spitzenverbänden, dem Wirtschaftsministerium und insbesondere dem Ministerium für Ländliche Entwicklung in unserem Land.

Dabei steht im Vordergrund, das ist heute so und das soll auch weiterhin so bleiben: Der Internetmarkt ist ein privatwirtschaftlicher Markt. Die Netzbetreiber sind gefordert, den Ausbau insbesondere ihrer technologischen Fähigkeiten in eigener Verantwortung weiter voranzutreiben. Das tun sie auch.

Ich möchte es nicht versäumen, an dieser Stelle, an der wir einen Mangel beschreiben, trotzdem zu würdigen, dass es private Anbieter in Westbrandenburg gibt, die über zwei Jahre hinweg 10 Millionen Euro zum Ausbau der Netzstruktur erbringen. Ich möchte auch hervorheben, dass die Telekom Aktiengesellschaft Schritt um Schritt weiter ausbaut und uns erklärt hat, dass es im Jahr 2009 nur noch 22 Versorgungsbereiche geben soll - das ist nicht identisch mit einer Kommune, sondern ist eine technische Größe -, die dann noch nicht vorgerüstet sind. Der Dank an die Netzbetreiber, die sich dieser Entwicklung stellen, muss hier auch zum Ausdruck gebracht werden, auch die Bereitschaft, in einer gemeinsamen Initiative voranzukommen.

Wir haben wirklich Grund, gemeinsam diese Arbeit zu intensivieren, und zwar technikneutral. Ich möchte in diesem Saal ausdrücklich sagen, dass es nicht unser Anliegen als Politiker ist bzw. sein kann, bei der Entwicklung der Breitbandversorgung technische Prämissen oder Vorzüge zu setzen, sondern es uns darauf ankommen muss, bezogen auf die Örtlichkeit, auf

die konkreten technischen Bedingungen, die Auswahl der Technik und die Auswahl der Partner wettbewerblich zu sehen. Das tun wir auch. Deshalb haben wir als ganz praktische Anleitung zum Handeln in dieser Situation einen Leitfaden für die Bürgermeister entwickelt, der es, bezogen auf den eigenen Entwicklungsstand in der Kommune, möglich macht, sich als Marktteilnehmer zu bewegen und als Marktteilnehmer die Technologien bzw. die Anbieter für sich sprechen zu lassen. Denn wir müssen am Ende des Weges immer daran denken, dass der Bürger, der das Breitbandangebot nutzen will, auch als Marktteilnehmer die Auswahl behalten muss und soll.

Darüber hinaus entwickeln wir deshalb, und zwar im Dialog mit der Privatwirtschaft, auch Geschäftsmodelle. Das ist der eigentliche Kern dieser gemeinsamen Initiative aller Netzbetreiber, nicht am Rand einer Firmenkalkulation für einen Ort stehen zu bleiben, sondern in einem Ort, wo vielleicht ein Logistikzentrum ist, das mit DSL versorgt ist, und an einem anderen Ort in der gleichen Kommune, in dem eine andere Technologie ansteht, die Möglichkeiten zu nutzen, diese vor Ort zu verknüpfen, um sie dann auch für die Wirtschaft bzw. für die privaten Haushalte nutzbar zu machen.

Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist, dass man die Nachfrage qualifiziert und quantifiziert. Deshalb ist unser Breitbandbedarfsatlas - ich empfehle, das im Internet einmal nachvollziehen - ein geeignetes Mittel dafür, diesen Bedarf auch gegenüber den Anbietern zu qualifizieren, zu quantifizieren, um damit auch technologische bzw. finanzielle Konzepte möglich zu machen.

Das Anliegen ist es also, entlang des Marktes sehr konsequent unter Nutzung aller technischen Voraussetzungen, die im Land gegeben sind - dazu gehört beispielsweise auch die Mitnutzung der sogenannten Mastenstruktur im Land zur Sicherung des BOS-Funks; dafür bin ich dem Innenminister sehr dankbar -, sicherzustellen, dass alle auch im wirtschaftlichen Sinne zur Verfügung stehenden technischen Mittel für den Netzausbau sowohl beim Kabel als auch funktechnisch mit genutzt werden können.

Dann wird es noch eine Situation geben - das ist auch der dritte Auftrag und die dritte Erwartung, die europaweit mit unserer Tätigkeit verbunden wird -, in der es notwendig und geboten ist, auch wirtschaftliche Förderung zur Verfügung zu stellen, und zwar - ich sage das ausdrücklich - am Ende des Weges, am Ende der Prüfung der privatwirtschaftlichen, der privatwirtschaftlich-kooperativen Schritte bis hin zum kooperativen Miteinander unter Einsatz von öffentlichen Mitteln, mit denen wir, was das Gewerbliche angeht, die Infrastruktur weiter befördern und den ländlichen Raum bei dieser Entwicklung mit ELER-Mitteln unterstützen wollen.

In diesem Sinne werde ich in diesem Saal auch dafür, insbesondere jetzt, wenn in 14 Tagen die Kommunalwahlen ihre Ergebnisse gezeitigt haben werden, die Arbeitsprogramme für die nächste Wahlperiode gemacht werden, entlang dieser sachlichen und sachkundigen Vorgehensweise mit sicherzustellen, dass die Netzstruktur schneller ausgebaut wird, als dies bis dato greifbar ist, aber gleichzeitig sicherzustellen, dass wir nicht Risiken, die die Wirtschaft nicht zu übernehmen bereit ist, per se auf die kommunalen Haushalte übertragen. Das darf nicht geschehen. Denn die Erfahrungen, die wir

in den letzten Jahren gemacht haben, sollten uns da Vorsicht walten lassen.

(Beifall der Abgeordneten Hartfelder [CDU])

Die Chancen sind gut, die technischen Entwicklungen sind gedeihlich. Damit ist auch sichergestellt, dass wir das, was Wirtschaft und Bürger in unserem Land erwarten, zukünftig schneller als bisher leisten können, eine Breitbandversorgung, die vor allen Dingen in Hinsicht der Qualität das sichert, was man vom Internetzugang erwartet. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Fritsch:

Die Abgeordnete Meier setzt die Debatte für die Fraktion DIE LINKE fort.

Frau Meier (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Juli 2007 forderte der Landtag per Beschluss die Landesregierung auf, bis zum damaligen IV. Quartal ein Konzept zur Verbesserung des Breitbandinternetzugangs für die ländlichen Regionen Brandenburgs vorzulegen. Anfang des III. Quartals 2008 konnten wir das Konzept nun endlich zur Kenntnis nehmen. Mit diesem Konzept haben wir eine gute Grundlage, die es nun umzusetzen gilt. Deshalb sehen Sie es mir nach, dass ich meiner Fraktion zu einem Entschließungsantrag geraten habe. Das Entscheidende sind nämlich die nächsten Schritte, und die müssen schnell gegangen werden.

Im Dezember 2007 wurde im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ ein Breitbandförderprogramm durch den Bund und die 16 Länder beschlossen.

Damit stehen von Bundeseite ab 2008 für drei Jahre 30 Millionen Euro zur Verfügung. Dieser Betrag wird von Länderseite kofinanziert, sodass es auf 50 Millionen Euro hinausläuft. Einige Bundesländer wie Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein haben bereits darüber hinausgehende Maßnahmen und Fördergelder angekündigt und in entsprechenden Förderrichtlinien umgesetzt, wodurch am Ende mehr als 55 Millionen Euro zur Unterstützung des Breitbandausbaus im ländlichen Raum bereitstehen könnten.

Wie ist der Stand in Brandenburg? - Während vor allem westdeutsche Flächenländer bereits entsprechende Fördermöglichkeiten umgesetzt haben, besteht in Brandenburg die Gefahr, dass die bereitstehenden Bundesmittel für 2008 nicht mehr in Anspruch genommen werden können. Sie drohen verloren zu gehen.

Meine Fraktion hat schon frühzeitig die flächendeckende Versorgung mit Breitbandanschlüssen nicht nur als einen entscheidenden Wirtschaftsfaktor, sondern vor allem als einen für die Bürgerinnen und Bürger elementaren Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge definiert. Wie wichtig es ist, Zugang zu Nachrichten und Informationen zu haben, hat vorhin der Kollege Petke gezeigt. Ein Mausklick auf die Internet-Seite

listen.de reicht, und man kann sich die programmatischen Eckpunkte der Linken herunterladen.

Wir haben in der letzten Haushaltsdebatte mit diversen Änderungsanträgen versucht, die Kofinanzierung der Bundesmittel für die Jahre 2008 und 2009 sicherzustellen. Ich frage mich erneut, wieso wir ohne Gehör blieben.

Die Brandenburger Kofinanzierung beläuft sich laut Aussage der Bundesregierung für die uns zustehenden 846 000 Euro Bundesmittel auf immerhin 564 000 Euro.

In den Haushaltsdebatten wurde fraktionsübergreifend zwar die Rolle des Internets für alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in Brandenburg betont, aber konkret wurde es an dieser Stelle leider nicht. Es ist dringend geboten, die haushalterischen Voraussetzungen zu schaffen, damit die Fördermittel des Bundes nicht verloren gehen.

Nun liegt das Konzept vor, und wir begrüßen ausdrücklich, dass sich die Landesregierung zu einem zügigen Auf- und Ausbau von weitestgehend flächendeckenden breitbandigen Infrastrukturen und Diensten im gesamten Land bekennt.

Nur eine gegenteilige Auffassung haben wir diesbezüglich; diese ist jedoch grundsätzlicher Natur. Die Landesregierung will zuerst die regionalen Wachstumskerne fördern. Wir sagen: Dorthin, wo der Markt versagt - in diesem Fall bei den 22 Anschlussbereichen, die sich nach Aussage der Deutschen Telekom AG für sie nicht rechnen -, gehört die Förderung.

Um es gleich vorwegzunehmen: Es geht uns nicht um eine zusätzliche Subventionierung der Deutschen Telekom AG. Es ist eine Schließung der Wirtschaftlichkeitslücke, und die sieht die Förderung des Bundes auch ausdrücklich vor.

Deshalb fordern wir die Erstellung einer Prioritätenliste unter Berücksichtigung eben dieser 22 Anschlussbereiche.

Weiter heißt es im Konzept, eine Richtlinie zur Förderung der breitbandigen Erschließung von Gemeinden und Gemeindeverbänden im ländlichen Raum werde erarbeitet. Nach unseren Erkenntnissen ist eine Förderrichtlinie zur Breitbandförderung bis heute nicht in Kraft gesetzt.

Erfahrungen aus anderen Bundesländern zeigen, dass man hinsichtlich der konkreten Fördermöglichkeiten schon viel weiter sein kann. Deshalb gilt es, umgehend eine entsprechende Förderrichtlinie zu verabschieden, um neben den haushalterischen auch die rechtlichen Voraussetzungen für die Kofinanzierung der Bundesmittel zu schaffen.

Des Weiteren sehen auch wir es als wesentlich an, dass der Aufbau von sogenannten Leerrohrsystemen eine wichtige Grundlage für den Ausbau eines Breitbandangebots ist. Aber anders, als es Ihr Konzept vorsieht, wollen wir es nicht bei einer Empfehlung an die Landkreise bzw. Kommunen belassen. Wir wollen eine Prüfung dahin gehend, inwieweit den Kommunen bei diesem Aufbau von Leerrohrsystemen bzw. Leerrohrkatastern landesseitig Unterstützung gewährt werden kann.

Auch diesbezüglich kann auf Erfahrungen aus anderen Bundesländern zurückgegriffen werden. So fördert Baden-Württemberg den Aus- bzw. Aufbau von Leerrohrsystemen.

Also, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, legen wir los! Es verlangt niemand von Ihnen, das Rad neu zu erfinden - ein, zwei Blicke über den Tellerrand genügen da völlig. - Danke schön.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. - Das Wort erhält Frau Abgeordnete Hackenschmidt.

Frau Hackenschmidt (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Meier, ja, wir legen los. Wir sind vielleicht schon weiter, als Sie denken. Der Minister hat gesagt, wir sind dabei, die Förderrichtlinie auf den Weg zu bringen. Die Landesregierung nimmt diese Herausforderung an und hält nicht bei dem Konzept an.

Es war einmal - so könnte man beginnen - die Idee, allen Räumen in Brandenburg die gleichen Möglichkeiten der Vernetzung und Kommunikation zu geben. Aber vorher sollten wir klären: Was ist Breitband, was verstehen wir darunter? - Breitband sind DSL-Funktechnologie, interaktive Fernseekabelnetze, Glasfaser und UMTS. Damit will ich auch deutlich machen: Nur Leerrohre sind auch nicht die Lösung. Wir wissen ja nicht, was uns die Zeit an technologischen Entwicklungen bringen wird. Deswegen wird hier beim Breitband - anders als beim Breitbandatlas des BMWi; Herr Minister Junghanns hat es schon gesagt - der Mindestbedarf auf 1,2 Megabite pro Sekunde ausgerichtet. Das begrüßen wir sehr. Das bedeutet schon, dass wir den Anforderungen voraus sind.

Es ist nun soweit: Vor uns liegt das Konzept zur Verbesserung des Breitbandinternetzugangs für die ländlichen Regionen Brandenburgs. Man könnte sagen: Besser spät als nie. Das Konzept ist gut und für unser Land sehr wichtig.

Seitdem die Idee für das Konzept in Brandenburg entstanden ist, sind bereits 26 Gemeinden im Land angeschlossen. Von einem Zugang für alle Regionen sind wir aber noch sehr weit entfernt.

Was hat sich in einem Jahr bereits getan? Es wurde der Breitbandatlas ins Netz gestellt als Plattform für den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern und mit dem Ziel, Bedarfe in Brandenburg zu ermitteln. Leider werden auf diesem Wege keine eindeutigen, belastbaren statistischen Zahlen geliefert. Das ist unser Problem. Anderenfalls könnten wir hier ganz anders argumentieren. Jedenfalls wurde die genannte Möglichkeit in allen Teilen des Landes genutzt, wenn auch in unterschiedlicher Intensität. Ich glaube nicht, dass es im Havelland wegen der Wohnsituation so viel mehr Bedarfe gibt. Man kann nicht nachvollziehen, warum dort so viel mehr Bedarf angemeldet worden ist, als dies in anderen Regionen der Fall ist. Jedenfalls zeigt dies deutlich, dass der Wunsch nach einem Anschluss vorhanden ist. Durch das mit dem im Atlas gegebenen Angebot wurden aufseiten der Bürgerinnen und Bürger, aber auch bei Unternehmen im Lande Begehrlichkeiten geweckt. Sie warten jetzt auf die Umsetzung, die es anzugehen gilt.

Nach dem auch von Ihnen angesprochenen Memorandum zwi-

schen Netzbetreibern, Wirtschaftskammern und kommunalen Spitzenverbänden, nach ihren Möglichkeiten zum flächendeckenden Ausbau beizutragen, gilt es jetzt, den zweiten Schritt zu gehen. Landräte, Bürgermeister, Unternehmer und die kommunalen Vertreter müssen sich vor Ort zusammensetzen und tatsächlich eine Möglichkeit der Erschließung ihrer Gebiete finden und dies umsetzen. Die Netzbetreiber - Sie haben bereits deutlich gemacht, dass es hier um wirtschaftliche Betätigung von Unternehmen geht, dass wir also hier nicht per Dekret etwas festlegen können - haben dabei Vorrang, wobei die Akteure aufpassen müssen, dass die Strukturen nicht zu kleinteilig werden. Ich meine, die Landkreisebene sollte die unterste Stufe bilden, weil sich die Technologie in einem rasanten Tempo weiterentwickelt und bestehende Internetangebote auch künftig dem jeweiligen technologischen Entwicklungsstand angepasst werden müssen, damit die Netze nicht in einigen Jahren veraltet sind.

Gerade vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung bietet diese Technologie auch Chancen dafür, die weitläufigen ländlichen Räume als lebenswerte Regionen zu erhalten. Das wird durch Projekte in Schweden sehr deutlich, wo es ja noch dünner besiedelte Gebiete gibt. Man denke etwa an medizinische Überwachung eines Bürgers vor Ort durch Telemedien, die notwendig ist, weil der Bürger in seinem häuslichen Umfeld bleiben möchte. Hier kommt die kommunale Selbstverwaltung, welche ja auch immer gefordert wird und über die wir auch heute wieder lange debattiert haben, zum Tragen.

Vom Ideenreichtum und den Möglichkeiten, Kooperationen mit Anbietern einzugehen, wird es abhängen, in welchem Zeitraum man breit ans Netz gehen kann. Das Land wird die G Mittel zur Verfügung stellen. Die Richtlinie aus dem Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz wird hoffentlich in Kürze zur Verfügung stehen und veröffentlicht werden. Das Land Brandenburg wird dann die Umsetzung genau für solche Regionen fördern - das ist auch richtig so -, in denen das vonseiten der Anbieter wirtschaftlich nicht tragbar ist. Die Landräte und Bürgermeister in den Gemeinden und Landkreisen, in denen sich der Aufbau von Breitbandinfrastruktur wirtschaftlich nicht rechnet, sind jetzt in der Pflicht, sich mit den Konzepten und Anbietern auseinanderzusetzen. Da gibt es viele Möglichkeiten: DSL, TV-Kabel, UMTS. Auch Energieunternehmen wie EWE haben sich diesen Anforderungen schon gestellt und bieten Möglichkeiten der Versorgung, und zwar mit einer Tochtergesellschaft für IT- und Kommunikation über Satellit, Glasfaser etc. pp.

Natürlich ist es problematisch, dass die Internetnutzung nur von 30 % nachgefragt wird, obwohl die entsprechenden Möglichkeiten vorhanden sind. Es wäre in diesem Zusammenhang gut zu wissen, warum die Chance, in den entsprechenden Gebieten ein attraktives Lebensumfeld zu schaffen, weil ja wegen der geringeren Lebenshaltungskosten für Familien dann ganz andere Möglichkeiten gegeben wären, nicht genutzt wird, ob es in den entsprechenden Gebieten Menschen gibt, die die technischen Möglichkeiten vielleicht gar nicht vermissen, die sie aber nutzen würden, wenn sie sich im Rahmen der genannten Möglichkeit der Kommunikation organisierten.

Ich finde schon, dass wir hier noch einige Aufgaben haben. Ein gutes Beispiel ist Wittstock/Dosse. Dort wird bei freiwerdenden Rundfunkfrequenzen der Zugang über Funkmasten ermöglicht. In diesem Zusammenhang nenne ich auch die Firma CNS

in Cottbus, die sich der Aufgabe der Lückenschließung in Elbe-Elster, Spree-Neiße und Oder-Spree gestellt hat.

Jetzt sind bei diesem Thema konkrete kommunale Gespräche und ideenreiche Lösungen gefragt. Dazu kann ich nur sagen: Glück auf!

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank, Frau Hackenschmidt. - Bevor ich die nächste Rednerin aufrufe, begrüße ich die Frauen aus dem Frauenkreis Doberlug. Herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Das Wort erhält jetzt die Abgeordnete Hesselbarth.

Frau Hesselbarth (DVU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Was haben die ländlichen Regionen Brandenburgs mit dem australischen Outback gemeinsam?

(Zuruf von der CDU: Bitte was?)

Ich werde es Ihnen sagen: Es sind beides Notstandsgebiete, geprägt von chronischer Unterbevölkerung hier in Brandenburg, durch Abwanderung junger Menschen wegen fehlender Ausbildungs- und Arbeitsplätze, wegen kaum vorhandener Infrastruktur, schlechter Straßen, Schulsterben, miserabler Einkaufsmöglichkeiten, medizinischer Unterversorgung und, und, und. Beim australischen Outback resultiert diese Situation natürlich aus der Weite und Unwirtlichkeit des Landes. Sie ist nicht der dortigen Regierung zuzurechnen. Hier in Brandenburg sind die Regierungen seit 1990 höchstpersönlich für die katastrophale Entwicklung in den berlinferneren Regionen Brandenburgs verantwortlich, und zwar durch ihre haarsträubende Politik auf allen politischen Gebieten.

(Beifall bei der DVU)

Nun soll, Herr Minister Junghanns, wenn man dem vorliegenden Konzept glauben darf, den verbliebenen Brandenburgerinnen und Brandenburgerinnen sowie den wenigen Gewerbetreibenden in unseren ländlichen Regionen wenigstens durch Breitbandtechnologie geholfen werden. Das ist, denke ich, sinnvoll; denn wenn man sich die Karte von Deutschland vorstellt, die die Versorgung mit schneller Internettechnologie zeigt, dann kann man im Westen zumindest ein Spinnennetz erkennen, während es hier in Brandenburg, einmal abgesehen von den großen Städten, noch ganz viele weißen Flächen gibt. Wer in diesen weißen Flächen wohnt, kann beispielsweise seine Steuererklärung nicht über ELSTER abgeben, sich die Tagesschau nicht online ansehen und auch nicht bei Online-Auktionen mitbieten.

Die mittelständischen Firmen haben noch viel größere Probleme und machen daher lieber einen großen Bogen um die digitale Provinz; denn sie brauchen schnelles Internet, um mit den Kunden und Händlern in Kontakt zu treten. Auch der Tourismus ist davon sehr stark betroffen. Daher wandern selbst die wenigen verbliebenen Unternehmen häufig aus diesem Grunde ab, was zu weiterer Massenarbeitslosigkeit führt.

Ihre Breitbandinitiative, Herr Minister, kommt viel zu spät. Sehen wir uns im Vergleich andere Länder an:

Zum Beispiel in Südkorea haben von 15,9 Millionen Einwohnern 14,3 Millionen Breitbandzugang. Das sind 90 %. Fast ähnlich hoch ist die Breitbandversorgung in unserem Nachbarland Dänemark, in Finnland oder in Japan, während wir in Brandenburg im bundesdeutschen Vergleich an vorletzter Stelle liegen.

Liest man ihr vorliegendes Konzept einmal genau und völlig unvoreingenommen, so stellt man fest, dass die Landesregierung außer der Unterzeichnung eines Memorandums mit den vorhandenen Netzbetreibern und der Herausgabe eines Leitfadens für Kommunen in diesem Bereich nur durch Informationskampagnen tätig werden will. Alles andere wird, wie so oft, wieder einmal auf die Kommunen abgeschoben.

Zu schlechter Letzt - die Summe wurde hier schon erwähnt -: Die ca. 900 000 Euro GA-Mittel, die die Bundesregierung den ländlichen Regionen Brandenburgs für die Einführung von Breitbandtechnologien zur Verfügung stellt, sind - mit Verlaub - nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein. Zumindest hätte man von Ihnen, Herr Minister Junghanns, und von der Landesregierung hier zusätzlich ein eigenes Landesprogramm erwarten können. Doch auch hier: Fehlanzeige. Das vorliegende Konzept ist jedenfalls nicht das Papier wert, auf das es geschrieben wurde. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Das Wort erhält nun der Abgeordnete Karney.

Karney (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Den demografischen Wandel und den damit verbundenen Bevölkerungsrückgang spüren viele Regionen in Europa. Dazu gehört natürlich auch unser Land Brandenburg. Das hat zur Folge, dass auch bei uns für viele Menschen die Wege zum Händler oder zu Behörden länger werden. Auf der anderen Seite sind viele Unternehmen auf einen schnellen Internetzugang angewiesen. Die kleinen innovativen Firmen in Brandenburg müssen in der Lage sein, mit der ganzen Welt zu kommunizieren, damit sie am Markt bestehen können. Deshalb hält es die CDU-Fraktion für absolut notwendig, dass alle Möglichkeiten seitens des Landes ausgeschöpft werden, damit in Brandenburg eine Breitbandversorgung gewährleistet werden kann.

Aus diesem Grund hatten wir einen Antrag in das Parlament eingebracht, mit dem die Landesregierung aufgefordert wurde, ein Konzept zur Verbesserung des Breitbandinternetzugangs in den ländlichen Regionen unseres Landes zu entwerfen. Das Wirtschaftsministerium hatte gemeinsam mit den Wirtschaftskammern und den kommunalen Spitzenverbänden einen Breitbanddialog vorbereitet und letztes Jahr durchgeführt. Das Ergebnis der Tagung, auf der auch 26 in Brandenburg tätige Netzbetreiber anwesend waren, war ein von allen Teilnehmern unterzeichnetes Memorandum. In diesem verpflichten sie sich, zu einem weitestgehend flächendeckenden Ausbau der Breitbandversorgung im ländlichen Raum beizutragen.

Darüber hinaus starteten die Handwerkskammern sowie die Industrie- und Handelskammern des Landes gemeinsam den Breitbandatlas Brandenburg. Dies ist die erste wirkliche Internetplattform, auf der jeder Unternehmer und jeder Einwohner den jeweiligen Bedarf eintragen kann. Somit wird zunächst einmal sichergestellt, dass der tatsächliche Bedarf analysiert wird.

In dem vorliegenden Konzept sind, nach Auswertung einer Fachkonferenz, die strategischen Handlungsfelder der Landesregierung aufgezeigt, Frau Hesselbarth. Für viele Kommunen und Unternehmen können dabei besonders die Möglichkeiten der Förderung interessant sein bzw. werden. Mit Mitteln des ESF können zum Beispiel Unternehmen gefördert werden, die Mitarbeiter für die Einführung von neuen Breitbandkommunikationssystemen qualifizieren wollen. Des Weiteren gibt es unter anderem die Chance, dass Gemeinden eine Förderung für den Aufbau eines Breitbandangebots für ihre Region im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ erhalten.

Lassen Sie mich noch kurz auf den Entschließungsantrag der Linken eingehen. Eine Landesförderrichtlinie zur Breitbandförderung ist in Arbeit. Sie befindet sich derzeit in der Abstimmung zwischen dem Finanzministerium und dem Bund. Die Kofinanzierung aus dem Haushalt ist vom zuständigen Ministerium - in diesem Fall dem MLUV - sichergestellt. Eine Prioritätenliste kann nicht erstellt werden, da die Deutsche Telekom AG die notwendigen Daten mit Sicherheit nicht zur Verfügung stellen wird, denn hier geht es um Betriebsgeheimnisse.

Zum Thema „Leerrohrkataster“ nur so viel: Auch hierzu gibt es Gespräche zwischen den Landkreisen und dem Wirtschaftsministerium. Aber auch auf Bundesebene laufen Diskussionen. Allerdings geht dabei ebenso kaum etwas, ohne dass die Telekommunikationsunternehmen einem Kataster zustimmen. Ich hoffe, dass auf dem nächsten IT-Gipfel im November eine Lösung gefunden wird.

Aus den genannten Gründen lehnen wir den Antrag der Linksfraktion grundlegend ab.

Alles in allem wird uns die ausreichende Breitbandinternetversorgung in den ländlichen Räumen weiter beschäftigen, denn davon hängen Arbeitsplätze und wirtschaftliche Existenzen ab. Außerdem trägt eine vernünftige Versorgung in diesem Bereich wesentlich zu einer komfortablen Kommunikation mit Behörden und Institutionen bei. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. - Ich beende damit die Aussprache. Das Konzept der Landesregierung ist zur Kenntnis genommen worden.

Wir kommen zur Abstimmung. Ihnen liegt der Entschließungsantrag, eingebracht von der Fraktion DIE LINKE, in der Drucksache 4/6732 vor. Wer diesem Entschließungsantrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt gegen diesen Entschließungsantrag? - Wer enthält sich der Stimme? - Mehrheitlich ist gegen diesen Entschließungsantrag gestimmt worden. Er ist somit abgelehnt.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 15 und rufe **Tagesordnungspunkt 16** auf:

Beschlüsse zu Petitionen

Übersicht 11
des Petitionsausschusses gemäß § 12 Abs. 2 des Petitions-
gesetzes

Drucksache 4/6641

Es wurde vereinbart, keine Debatte zu führen. Damit ist die Übersicht 11 des Petitionsausschusses zur Kenntnis genommen. Wir können Tagesordnungspunkt 16 schließen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 17** auf:

Gewährleistung der Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen

Antrag
der Fraktion der DVU

Drucksache 4/6638

Ich eröffne die Aussprache. Herr Abgeordneter Schuldt, Sie erhalten das Wort.

Schuldt (DVU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer fleißig arbeitet, braucht sich dafür nicht zu schämen. Bekanntlich sind in allen Parlamenten die Orte, in denen angeblich wirklich gearbeitet wird, die Ausschüsse der Landtage. Jeder von uns Abgeordneten ist mindestens in einem Ausschuss vertreten. Bei kleinen Fraktionen, wie wir es sind, hat ein Abgeordneter mehrere Ausschüsse besetzt.

Es gibt hier im Landtag 13 Ausschüsse, deren Aufgabe vor allem darin besteht, die Entscheidungen des Landtages sauber vorzubereiten, vorausgesetzt, dass die Ausschussmitglieder fleißig und aktiv sind.

Nun leben wir heute in einer Zeit allgemeiner Politikverdrossenheit in der Bevölkerung, und das gerade in Bezug auf parlamentarische Aktivitäten und Strukturen. Das geht vom reinen politischen Desinteresse bis hin zur Ablehnung von Politik und politischem Handeln schlechthin. Gerade in der repräsentativen Demokratie fühlen sich die Bürger zunehmend nicht mehr als Souverän, sondern nur noch als steuerzahlendes Stimmvieh, da sie ja nicht wirklich am politischen Prozess partizipieren können.

Diese gesellschaftlichen Tendenzen sehen wir als Abgeordnete der DVU-Fraktion mit großer Besorgnis, weil sich die Menschen immer mehr zurückziehen, was sich nicht zuletzt in einer sinkenden Wahlbeteiligung auf allen Ebenen widerspiegelt. Aber wie sollen da die Bürgerinnen und Bürger Verständnis für eine parlamentarische Demokratie entwickeln, gerade in den neuen Bundesländern, wo viele noch von 40 Jahren SED-Diktatur traumatisiert sind?

Wenn sich ein noch so junger Landtag wie der von Brandenburg gerade dort hinter verschlossene Türen zurückzieht, wo

die parlamentarische Arbeit am klarsten sichtbar wird, dann ist das ein schlechtes Signal. Von wenigen öffentlichen Anhörungen einmal abgesehen haben unsere Bürgerinnen und Bürger bislang nicht die Chance, die Sitzungen mit den zum Teil recht umfangreichen Tagesordnungen mitzuverfolgen. Da fragt sich mancher Mensch da draußen, außerhalb der Landtagsmauern, durchaus mit Recht: Was machen die eigentlich da drin die ganze Zeit? - Die Außenwirklichkeit der Parlamente wird angesichts einer „Politik der verschlossenen Türen“ damit weitestgehend der öffentlichen Presse überlassen. Diese wiederum berichtet aber lieber über das Thema Lobbyismus oder über Skandale, zum Beispiel Spendenaffären, oder über illegale Machenschaften von Parlamentariern, aber über Sacharbeit in den Ausschüssen sehr wenig. Hinzu kommt, dass im Gegensatz zur vergangenen Legislaturperiode nicht einmal mehr die Plenarsitzungen vom RBB im vollen Umfang ausgestrahlt werden. Angesichts dieser Informationspolitik des Landtags braucht man sich nicht zu wundern, wenn unser Parlament vielen Menschen im Land eher suspekt als vertrauensvoll erscheint. Dabei ist es gerade die Landesgesetzgebung, welche die Menschen am meisten interessiert und die sie sich - als Betroffene von Verwaltungsakten - nicht erst von einem Anwalt erklären lassen wollen.

Meine Damen und Herren! Die Menschen wollen den Entscheidungsprozess der Gesetzgebung und das harte Ringen um interessengerechte Ausgleichs zumindest so weit als möglich mitverfolgen. Das von uns geforderte Minimum an Transparenz ist daher die minimale Voraussetzung, den Bürgerinnen und Bürgern wieder ein Stück Vertrauen abzugewinnen. Wir als DVU-Fraktion haben jedenfalls nichts zu verbergen - ich hoffe, Sie von den Koalitionsfraktionen auch nicht. - Ich bedanke mich zunächst einmal.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Das Wort erhält Frau Abgeordnete Richstein. Sie spricht für die SPD- und die CDU-Fraktion.

Frau Richstein (CDU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ein schlechter Antrag wird nicht dadurch besser, dass man ihn einfach wiederholt. Wir erleben heute im Grunde nur die Neuaufgabe eines Antrags der DVU aus dem Jahre 2004, in dessen Begründung damals stand: Um dies zu erreichen, wurde der hier vorliegende Antrag konzipiert. - Man ist noch nicht einmal so einfallsreich und vor allem so ehrlich gewesen, in die Begründung des heutigen Antrags zu schreiben: Um dies zu erreichen, wurde unser hier vorliegender Antrag einfach abgeschrieben.

Wenn Sie, Herr Schuldt, sagen: „Wer fleißig arbeitet, braucht sich nicht zu schämen“, dann muss ich Ihnen entgegnen: Sie haben nicht fleißig gearbeitet, also schämen Sie sich mal!

(Beifall bei CDU, SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Aus Ihrem Antrag spricht nur Fantasielosigkeit, Innovationslosigkeit, und das ist es, was Politikverdrossenheit letztendlich auch befördert.

Da die Koalition für ihre sachliche und vor allen Dingen berechenbare Arbeit bekannt ist, wird es Sie nicht verwundern, dass

wir auch diesen Antrag - wie bereits den im Jahre 2004 - ablehnen werden. Wir sind aber nicht einfach so plump und sagen wie der Antragsteller: „So war es damals, so ist es heute!“, sondern ich möchte Ihnen dafür eine Begründung geben. Es sprechen nämlich mindestens drei Gründe gegen Ihren Antrag: Er ist unnötig, er geht an der Sache vorbei, und er ist vor allen Dingen kontraproduktiv.

Erstens: Er ist unnötig deswegen, weil die Ausschüsse heute schon öffentlich tagen können. Der Ausschuss für Europaangelegenheiten und Entwicklungspolitik tut dies. Es bedarf der einfachen Mehrheit der Mitglieder des Ausschusses, um dies festzulegen.

Was wir in unserer politischen Arbeit wollen, ist eben gerade keine Gängelung - weder der Abgeordneten noch der Menschen draußen im Land - durch starre Regelungen, sondern wir möchten ihnen die Entscheidungsfreiheit geben, ihre Arbeit und ihr Leben so zu gestalten, wie es ihnen möglich und für sie auch am besten ist. Deswegen wollen wir diese generelle Öffentlichkeitsfestschreibung gar nicht haben. Wenn ich mir die Arbeit einiger Ausschüsse - beispielsweise die des Petitionsausschusses - anschau, in dem private Dinge der Bürger bis in die Einzelheiten besprochen werden, dann kann ich es mir gar nicht vorstellen, dies auch noch in aller Öffentlichkeit zu tun.

Zweitens: Der Antrag geht an der Sache vorbei. Damit möchte ich nicht die Politikverdrossenheit kleinreden. Im Gegenteil. Aber Politikverdrossenheit wird nicht dadurch behoben, dass wir Ausschussarbeit öffentlich machen. Politikverdrossenheit wird vielmehr auch durch platte Parolen geschürt, wie wir sie gerade von extremistischen Parteien jetzt wieder im Wahlkampf sehen und lesen müssen.

Politikverdrossenheit kann man eher dadurch entgegenwirken, dass wir mit den Bürgern ins Gespräch kommen, dass wir die Bürger aber dort abholen, wo sie stehen, und nicht, dass wir eine plumpe Einladung aussprechen: Kommt mal in den Landtag, wir sitzen hier und warten auf euch, und ihr müsst zu uns kommen. - Nein. Unser Weg ist ein anderer. Wir müssen die Bürger dort abholen, wo sie stehen.

Drittens ist Ihr Antrag auch kontraproduktiv. Sie schreiben es selbst in Ihrer Begründung und verweisen auf die Ausschussarbeit in Berlin. Wer schon einmal im Berliner Abgeordnetenhaus war, weiß, dass nicht immer - denn ich schätze meine Kollegen in Berlin sehr -, aber oftmals die Sachlichkeit Populismus und Medienwirksamkeit weichen muss,

(Beifall des Abgeordneten Karney [CDU])

dass es manchmal mehr Scheindebatten als wirklich inhaltlich konstruktive Arbeit gibt. Das wollen wir nicht in Brandenburg.

Zusammenfassend - ich habe schon gesagt, dass wir den Antrag ablehnen werden - frage ich mich, ob Sie sich mit diesem Antrag einen Gefallen getan haben; denn ich weiß nicht, ob Ihnen die Öffentlichkeit in der Ausschussarbeit zugute käme. Dann könnten die Bürger nämlich beurteilen, wie fleißig oder aktiv Ihre Fraktion in Wirklichkeit ist - nämlich gar nicht. - Vielen Dank.

(Beifall - Schuldt [DVU]: Das ist eine Unterstellung! - Bischoff [SPD]: Wie gehaltlos! - Schulze [SPD]: Geistige Magerkost!)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Das Wort erhält der Abgeordnete Görke von der Fraktion DIE LINKE.

Görke (DIE LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt aus Sicht der Linksfraktion gute Gründe, aus denen Ausschusssitzungen grundsätzlich öffentlich stattfinden sollen. Wir werden diese Gespräche und unsere Auffassung mit den demokratischen Fraktionen hier vortragen, und ich bin optimistisch, dass wir eine demokratische Mehrheit zum Meinungsbildungsprozess hinbekommen. Deshalb brauchen wir den Antrag der rechtsextremen DVU nicht.

Es erstaunt uns schon, dass ausgerechnet Sie, Herr Schuldt, den Antrag stellen; denn Ihre eigenen Parteiveranstaltungen sind davon gekennzeichnet, dass Sie genauso wie Ihre rechts-extremen Verbündeten von der NPD die Öffentlichkeit scheuen. Parteiveranstaltungen, wie gesagt, finden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt, Kontaktadressen zu Kreis- oder Stadtverbänden werden unter anonymen Handynummern gehandelt, Sie agieren in Ihren eigenen Parteistrukturen konspirativ und fordern hier Transparenz ein. Das ist Verlogenheit pur. Deshalb ist dieser Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE sowie bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. - Die Landesregierung verzichtet auf ihr Rederecht. Herr Abgeordneter Schuldt, demzufolge erhalten Sie jetzt noch einmal das Wort.

(Schippel [SPD]: Haben Sie noch Text?)

Schuldt (DVU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe noch Text. Es ist anders als bei Ihnen.

(Lachen)

Sie können im Grunde genommen nur dazwischenquatschen, aber etwas Richtiges ist aus Ihrem Kopf noch nie gekommen.

(Unruhe und Zurufe)

Übrigens, ich kann Ihnen, Herr Görke, sagen: Am 20. können Sie eine öffentliche Veranstaltung bei uns miterleben. Sie sind herzlich eingeladen. Sie kommen doch sowieso, um Rabatz zu machen.

(Erneut Unruhe und Zurufe)

Aber, meine Damen und Herren, Ihre Reaktion auf den heutigen Antrag wundert mich, gelinde gesagt, überhaupt nicht. Herr Görke, Sie lehnen sich weit aus dem Fenster - wie bei Ihnen ja üblich -, aber wenn es um Entscheidungen geht, kneifen Sie.

Die Vehemenz, mit der sich gerade die Koalition gegen die Herstellung der Öffentlichkeit in den Ausschüssen wehrt, ist klar. Ich selbst habe seit 1999 das zweifelhafte Vergnügen, in

mehreren Fachausschüssen die Arbeit von SPD und CDU verfolgen zu können.

(Schulze [SPD]: Wir haben das „Vergnügen“, Sie ertragen zu müssen! - Zuruf des Abgeordneten Jürgens [DIE LINKE])

Es ist beispielsweise kein Vergnügen, dort ansehen zu müssen, wie einzelne Abgeordnete der SPD um die Linken buhlen, um von den dunkelroten Gesinnungsgenossen nicht ideologisch auch noch überholt zu werden. Aber es ist auch keine besondere Genugtuung, mit anzusehen, wie viele Abgeordnete der CDU-Fraktion dort zumindest in Passivität verharren oder gar in Absenz glänzen.

Unserer DVU-Fraktion hingegen geht es um nichts anderes als um konkrete Sacharbeit.

(Bischoff [SPD]: Es tut so weh!)

Da die Mehrheit unserer Bürger von einem Parlament ein Höchstmaß an Durchsichtigkeit im Prozess der Entscheidungsfindung verlangt, sehen wir es als unsere demokratische Pflicht an, diese Transparenz auch herzustellen.

Es mag sein, dass gerade in schwierigen Politikfeldern sich gerade die regierungstragenden Fraktionen hinter fadenscheinigen Handlungszwängen verstecken möchten. Für uns DVU-Abgeordnete gilt das nicht.

(Lachen)

Faktisch gibt es überhaupt kein sachliches Argument, die Öffentlichkeit bei Ausschusssitzungen zu scheuen und unsere Bürgerinnen und Bürger auszusperrten. Die wenigen triftigen Gründe für den Öffentlichkeitsausschluss beschränken sich beispielsweise auf den Fall, dass im Einzelnen die Würde eines Bürgers im Sinne von Artikel 1 des Grundgesetzes betroffen ist.

(Dr. Klocksinn [SPD]: Den kennen Sie doch nicht!)

Ein anderer Grund betrifft den Ausnahmefall, dass personen- und unternehmensbezogene Sachverhalte zum Gegenstand der Sitzung gemacht wurden. Der dritte und letzte Fall wäre der, dass geheim zu haltende Tatsachen oder Personendaten zur Sprache kommen. Diese drei Ausnahmefälle sind aber nicht die Regel, sondern auf wenige, seltene Fälle beschränkt.

Gerade in diesem Landtag zeigt sich zudem in der Parlamentspraxis, dass in den Ausschüssen regelmäßig keine gravierenden Änderungen an den Regierungsvorlagen vorgenommen werden. Konstruktive Vorschläge, ob nun von der Opposition oder gar von hochrangigen Sachverständigen nach Anhörungen, meine Damen und Herren, werden ohnehin zumeist von den Koalitionsmehrheiten ignoriert und abgebugelt.

(Dr. Klocksinn [SPD]: Entsetzlich!)

Wenn man nun die Qualität der Ausschussarbeit von SPD und CDU betrachtet, liegt auch der Gedanke fern, dass diese gegenüber den an den Sitzungen teilnehmenden Ministerialbeamten einen erheblichen Informationsvorsprung hätten, sodass es zu überraschenden Ergebnissen kommen könnte.

(Dr. Klocksinn [SPD]: Wer hat Ihnen denn diesen Unfug aufgeschrieben?)

Wir als DVU-Fraktion wollen von diesem Parlament nichts anderes als Ehrlichkeit und Offenheit gegenüber den Bürgern.

(Zurufe)

Deshalb bitten wir noch einmal um Zustimmung zu diesem Antrag. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Wir sind am Ende der Rednerliste. Die Fraktion der DVU-Fraktion hat zu diesem Tagesordnungspunkt namentliche Abstimmung beantragt. Wir kommen damit zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der DVU in Drucksache 4/6638. Ich bitte Sie, Ihr Votum laut und deutlich abzugeben, damit die Schriftführer es ordnungsgemäß registrieren können.

Ich eröffne die Abstimmung und bitte um das Verlesen der Namen.

(Namentliche Abstimmung)

Gibt es Abgeordnete im Plenarsaal, die keine Gelegenheit hatten, ihr Votum abzugeben? - Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Abstimmung und bitte um Auszählung.

Meine Damen und Herren, ich teile Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Antrag der Fraktion der DVU, der Ihnen in der Drucksache 4/6638 vorliegt, mit:

Für den Antrag stimmten 6 Abgeordnete, gegen ihn stimmten 60 Abgeordnete. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungslisten siehe Anlage S. 5347)

Ich schließe Tagesordnungspunkt 17 und rufe **Tagesordnungspunkt 18** auf:

Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung

Antrag
der Fraktion der DVU

Drucksache 4/6663

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der Fraktion der DVU. Herr Abgeordneter Nonninger, Sie erhalten das Wort.

Nonninger (DVU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Alle Macht geht vom Volke aus. Aber wo geht sie hin?“ - Dieser bekannte Ausspruch von Kurt Tucholsky ist zu den Überlegungen der Väter unseres Grundgesetzes spiegelbildlich. Im Jahr 1948 wurde auf Herrenchiemsee das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland konzipiert. Dieses Grundgesetz ist von der Einsicht getragen, dass die Freiheitsrechte der Menschen sowie das Rechtsstaatsprinzip in einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung höchsten Wert haben. Aus diesem Grund wurde auch die Ewigkeitsklausel des Artikels 79 Abs. 3 in das Grundgesetz eingefügt, womit das Rechtsstaatsprinzip sowie der Kernbereich der Grundrechte unabänderlich sind.

(Sarrach [DIE LINKE]: Für Menschen, wie Sie es sind, wurde das getan!)

Unser Grundgesetz legt zudem in Artikel 19 Abs. 2 fest, dass kein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden kann.

Seit dem schrecklichen Terroranschlag in New York am 11. September 2001 hat sich nicht nur in den USA, sondern auch in Deutschland das politische Klima klar verändert. Nirgendwo hat sich das Verhältnis der Bürger zum Staat in den letzten Jahren so verändert wie im Bereich der Sicherheit. Dort, wo früher ein vermeintlich allmächtiger Staat übereinstimmende Abwehrreflexe freigesetzt hätte, tritt seit Jahren - aufgrund eines schier unstillbaren Bedürfnisses nach Sicherheit - eine gesetzliche Maßnahme nach der anderen zutage. Die einschlägigen Änderungen in unserem Polizeigesetz - insbesondere zur Videoüberwachung, Kennzeichen-Fahndung und Mobilfunküberwachung - sind dafür nur beispielhaft.

(Abgeordneter Schulze [SPD] lacht.)

Dabei ist es nicht allein die allgegenwärtige, für den Normalbürger jedoch kaum fassbare terroristische Bedrohung, die den Trend zum Überwachen und Strafen fördert. Kontrolle und Zwang sind mittlerweile wieder akzeptierte Formen gesellschaftlicher Selbstregulation geworden.

(Frau Kaiser [DIE LINKE]: Sie müssen es ja wissen!)

Das im vorliegenden Antrag meiner Fraktion genannte, auf Bundesebene geplante Gesetzgebungsprojekt hat indes eine völlig andere Qualität. Das im Bundesministerium der Justiz vorbereitete Gesetzesvorhaben würde einen gravierenden Bruch in der Strafrechtsdogmatik bedeuten. Bislang ist für die Strafbarkeit und damit für den Unrechtsgehalt einer Tat immer noch entscheidend, dass jemand anders unmittelbar oder zumindest mittelbar gefährdet wird.

Mit den vom Bund intendierten Änderungen soll jedoch bereits der Erwerb von Kenntnissen unter bestimmten Voraussetzungen und Motiven schwer bestraft werden. So verwerflich irgendwelche Motive auch sein mögen, die Strafbarkeit des bloßen Erwerbs von Fähigkeiten oder Kenntnissen hat mit einem Rechtsstaat nicht mehr das Geringste zu tun, sondern erinnert an unselige, dunkle Zeiten in der Geschichte.

Wir als Abgeordnete haben jedoch gegenüber den Menschen in unserem Land eine große Verantwortung übernommen. Jeder von uns sollte sich dem Grundgesetz und der Verfassung des Landes Brandenburg so weit verpflichtet fühlen, dass er das zum Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung Erforderliche tut. Ich meine damit nicht nur die Mitglieder meiner Fraktion, sondern auch die wenigen anderen demokratischen Abgeordneten in diesem Haus, für die Verfassungstreue nicht nur ein Lippenbekenntnis, sondern echte Überzeugung ist.

(Beifall bei der DVU)

Auf Landesebene respektieren wir als Abgeordnete den Souverän. Da können wir selbst die Verfassungskonformität unseres Landesgesetzes im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens diskutieren und abwägen. Auf Bundesebene können wir dies nicht. Hier kann nur die Landesregierung im Bundesrat dafür sorgen, und um nichts anderes geht es in unserem Antrag. Daher bitten wir jeden verfassungstreuen Abgeordneten dieses Hauses um Zustimmung.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Das Wort erhält der Abgeordnete Christoph Schulze. Er spricht für die SPD-Fraktion und die CDU-Fraktion.

Schulze (SPD):

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn es nicht so traurig wäre, könnte man wirklich lachen.

(Zuruf von der DVU: Sie haben doch gelacht!)

Die DVU geriert sich hier als liberale Freiheitspartei. Das ist der Treppenwitz des Jahres. Ich glaube, den sollte man unbedingt aufschreiben. Die DVU ist keine normale Partei. Die DVU ist keine demokratische Partei. Die DVU ist eine Partei, die offen, mal verdeckt, das Gedankengut aus der NS-Zeit weiterhin vertritt.

(Zurufe von der DVU)

Wir konnten hier im Landtag häufig sehen, wie sie die Grundwerte des Grundgesetzes ständig infrage stellt. Der Antrag ist an Verlogenheit nicht mehr zu übertreffen. Die Brandstifter belehren die Feuerwehr! Die Verfassungsfeinde bringen einen Antrag ein, um die Demokraten aufzufordern, sich zum Grundgesetz und zur freiheitlichen Grundordnung zu bekennen. Das ist eine Bodenlosigkeit, die einen sprachlos macht, die aber auf der anderen Seite auch entlarvend ist.

Kurt Tucholsky zitieren! Er würde sich im Grabe umdrehen, wenn er wüsste, dass die DVU seinen Namen in den Mund genommen hat. Er ist genau das Gegenteil von Ihnen.

(Beifall bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, ich fordere an dieser Stelle die DVU-Fraktion auf, sich selbst zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu bekennen. Ich fordere sie auf, hier im Landtag einen Antrag einzubringen, in dem steht: Die DVU bekennt sich zur Freizügigkeit aller Menschen. - Ich verlange von Ihnen, dass Sie sich hier zum Gleichheitsgrundsatz bekennen, wonach alle Menschen gleich sind, unabhängig von Rasse, Religion oder Herkunft.

(Beifall bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Ich verlange von Ihnen, dass Sie sich hier zur Glaubens- und Religionsfreiheit bekennen, dass Sie sich zur Meinungsfreiheit bekennen. Ich verlange von Ihnen, dass Sie die Gewaltenteilung anerkennen, die Sie hier regelmäßig auch in Abrede stellen. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie die Geschichte anerkennen und keinen Geschichtsrevisionismus betreiben und Ihre ständige Geschichtsklitterung im Landtag bleiben lassen, die Sie schon vielfach vorgeführt haben. Ich verlange, dass Sie sich gegen Fremdenfeindlichkeit, gegen Rassismus und gegen Antisemitismus aussprechen und ganz klar dazu bekennen, dass das Gedankengut ist, das man nicht vertreten kann.

(Beifall bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herr Schulze, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Schulze (SPD):

Nein, ich lasse mich von diesen Damen und Herren nicht unterbrechen. - Alles dies haben Sie fortwährend stets und ständig hier im Landtag in Abrede gestellt. Wir kennen das. Wir haben die Protokolle. Wir haben Ihre Worte. Das können Sie nicht leugnen.

Die DVU, Bündnispartner der neofaschistischen NPD, hat ein Problem mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Sie lehnen sie nämlich in Wirklichkeit ab. Der Antrag ist eine Farce. Er ist eine Provokation und letztlich auch ein Offenbarungseid. Die DVU ist der Wolf im Schafspelz.

Meine Damen und Herren, ich sage: Hören Sie auf, sich zu verstellen! Seien Sie so, wie Sie wirklich sind - in Ihren nicht öffentlichen Sitzungen und in Ihren Hinterkammergesprächen und in dem, was man in Ihren Druckwerken lesen kann. Nehmen Sie die Maske ab und zeigen Sie das, was Sie wirklich sind. Sie sind nämlich keine demokratische Partei. Sie sind auch keine Demokraten. Sie wollen letztlich einen anderen Staat. Sie vertreten ein Gedankengut, das mit dem Grundgesetz nicht zu vereinbaren ist. Wir werden uns von Ihnen nicht an einem Ring durch die Arena zerren lassen, um uns zu dem zu bekennen, was Sie in Wirklichkeit ablehnen und zerstören wollen. Deswegen werden wir Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei SPD und CDU und bei der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. - Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Bernig.

Dr. Bernig (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der DVU-Fraktion ist ein Schaufensterantrag, der an Heuchelei kaum zu überbieten ist. Genauso ist es mit Ihrem Bekenntnis zur Verfassungstreue, Herr Nonninger.

Die DVU-Fraktion spielt sich in ihrem Antrag als Gralshüter der freiheitlich-demokratischen Grundordnung auf. Dabei weiß man doch, dass ihr Vorsitzender und Parlamentarischer Geschäftsführer der Brandenburger Spitzenkandidat der NPD für die Bundestagswahl 2005 war. Die Kooperation der DVU mit der NPD - Kollege Schulze hat darauf hingewiesen - ist hinreichend bekannt.

Dass die NPD verfassungsfeindlich ist und die freiheitlich-demokratische Grundordnung durch eine Diktatur ersetzen will, die eine demokratische Rechtsordnung gar nicht kennt, weiß man. Der Vorsitzende der DVU selbst hat auf dem Parteitag am 25.02.2007 das bestehende Politik- und Wirtschaftssystem als Verirrung des menschlichen Geistes bezeichnet, das auf Dauer nicht lebensfähig sei. Der NPD-Vorsitzende Voigt hat erklärt, dass er die Bundesrepublik abwickeln will. Wie das passieren soll, dokumentiert die NPD auch damit, dass sie verurteilte Gewalttäter für Kommunalparlamente kandidieren lässt, wie das in Guben der Fall ist.

Das alles ist bezeichnend genug für die tatsächlichen Ziele rechtsextremer Parteien. Das sollte und muss man den Bürge-

rinnen und Bürgern vor den Kommunalwahlen noch einmal ganz deutlich sagen.

(Görke [DIE LINKE]: Genau! - Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Es ist keine Frage der inhaltlichen Auseinandersetzung, sondern eine Frage der politischen Hygiene und des Schutzes der Demokratie, diesen Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herzlichen Dank. - Die Landesregierung verzichtet. Somit erhält Herr Abgeordneter Nonninger noch einmal das Wort.

(Frau Mächtig [DIE LINKE]: Das reicht!)

Nonninger (DVU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin über die Reaktion meiner Vorredner auf meinen Antrag schon einigermaßen erstaunt.

(Zuruf des Abgeordneten Schulze [SPD])

- Herr Schulze, Sie haben in der Vergangenheit unter Beifall Ihrer SPD-Fraktion und Ihres Koalitionspartners schon häufiger Dr. Goebbels zitiert - eines Ihrer rhetorischen Vorbilder - und wollen mir hier die Demokratie erklären!

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, sich zu mäßigen und solche Vergleiche zu unterlassen.

Nonninger (DVU):

Das kann man im Protokoll nachlesen, dass Herr Schulze das schon häufiger getan hat, eines seiner großen rhetorischen Vorbilder zu zitieren.

(Zuruf des Abgeordneten Schulze [SPD])

Bislang bin ich davon ausgegangen, dass zumindest ein Redner der Koalitionsfraktionen bereit ist, sich für den Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in unserem Land auszusprechen. Das hat durchaus Brandenburgbezug, denn Strafrecht ist zwar Bundesrecht, geht aber uns alle an.

Wie Sie wissen, hat meine Fraktion 2006 auch den Gesetzesänderungen zum Brandenburgischen Polizeigesetz nicht zugestimmt, nachdem die Mehrheit dieses Hauses unseren Änderungsanträgen nicht folgen wollte, mit denen wir den Grundrechtseingriffen in das Fernmeldegeheimnis sowie in die informationelle Selbstbestimmung rechtserhaltende Schranken setzen wollten.

(Unruhe im Saal)

Wie Sie sehen, meine Damen und Herren, haben wir uns be-

reits im Jahr 2006 ausdrücklich für den Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung eingesetzt. Wir geben Ihnen nur die Gelegenheit, das heute auch zu tun.

Vizepräsidentin Stobrawa:

Lassen Sie eine Zwischenfrage zu, Herr Abgeordneter?

Nonninger (DVU):

Nein.

(Zurufe: Oh, oh!)

Wir als DVU-Fraktion sind der Ansicht, dass man es als Parlamentarier - weder als Mitglied des Bundestages noch als Mitglied eines Landtages - den Verfassungsgerichten überlassen sollte, darüber zu entscheiden, ob das, was man an Gesetzen produziert, grundgesetzkonform ist oder nicht.

Jeder demokratische Abgeordnete trägt die Verantwortung dafür, dass nur an den Grundrechten und dem Rechtsstaatsprinzip orientierte Gesetze das Parlament verlassen.

Unser heutiger Antrag soll Ihnen endlich einmal Gelegenheit geben, meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, nicht immer nur davon zu reden, wie demokratisch Sie angeblich seien, sondern Sie sollen Ihre Verankerung in der Verfassung auch durch Ihr Abstimmungsverhalten unter Beweis stellen.

(Lachen bei der Fraktion DIE LINKE)

Die Abgeordneten in der Fraktion DIE LINKE klammere ich hier einmal aus, denn deren parteipolitische Kontinuität geht zurück auf die DDR-Diktatur. Dieses grausame Kapitel der deutschen Geschichte ist uns ja wohlbekannt. Nein, dieser Antrag ist nur etwas für die Abgeordneten, die auf dem Boden des Grundgesetzes und der brandenburgischen Landesverfassung stehen.

(Frau Mächtig [DIE LINKE]: Für solche Demagogen wie Sie!)

Wer dort steht, hat auch kein Problem, sich zum Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu bekennen und diesem Antrag seine Zustimmung zu geben.

(Beifall bei der DVU)

Wer dagegen stimmt, stellt sich gegen die Grundprinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und sollte es in Zukunft unterlassen, sich Demokrat zu nennen und andere demokratische Parteien - oder: die einzige demokratische Partei, die DVU - zu diffamieren.

(Beifall bei der DVU - Lachen bei der SPD)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herr Abgeordneter, sind Sie bereit, sich für den Vergleich, den Sie hier gezogen haben, zu entschuldigen? Anderenfalls müsste ich Sie mit einem Ordnungsruf belegen.

Nonninger (DVU):

Frau Präsidentin! Es ist alles in den Plenarprotokollen nachlesbar. Ich habe mich nicht zu entschuldigen für die Wahrheit.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Ich werde Sie demzufolge jetzt mit einem Ordnungsruf belegen.

(Beifall bei SPD, CDU und der Fraktion DIE LINKE)

Schulze (SPD):

Nein, Frau Präsidentin, das reicht mir nicht. Ich beantrage, dass Sie den Abgeordneten Nonninger gemäß § 35 der Geschäftsordnung des Landtages von der Sitzung ausschließen. Herr Nonninger hat mich mit einem der größten Kriegsverbrecher, Hetzer und Verbrecher gegen den Frieden der Völker verglichen - mit Goebbels, dem Abschaum der Weltgeschichte.

(Nonninger [DVU]: Warum zitieren Sie ihn immer wieder?)

- Wissen Sie, ich habe Herrn Goebbels als Abschaum der Weltgeschichte zitiert. Das kann man zitieren, um kenntlich zu machen, wofür man auf keinen Fall eintreten darf, sondern wogegen man sein muss. Sie haben mich mit Goebbels verglichen und gesagt, ich würde in seinen Fußstapfen wandeln. Das weise ich in aller Schärfe zurück. Das zeigt auch in aller Deutlichkeit Ihre ahistorische, revisionistische und gleichmacherische Herangehensweise.

(Beifall bei SPD, CDU und bei der Fraktion DIE LINKE)

Sie haben keine Ahnung von der Art und Weise des Wirkens von Goebbels, diesem üblen Menschenverächter, sonst würden Sie solche Worte hier nicht in den Mund nehmen. Ich erwarte und verlange, Frau Präsidentin, dass dieser Abgeordnete deswegen ausgeschlossen wird; denn das ist der Anfang eines ganz schlimmen Weges.

(Starker Beifall bei der SPD und der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Herr Abgeordneter, ich übernehme Ihre Bitte und bitte den Abgeordneten, den Saal zu verlassen.

(Zuruf: Ohne Ordnungsruf? - Schulze [SPD]: Es steht in der Geschäftsordnung, dass das ohne Ordnungsruf möglich ist!)

- Ich habe bereits einen Ordnungsruf ausgesprochen, und es ginge laut § 34 der Geschäftsordnung auch ohne Ordnungsruf.

Herr Nonninger, dieser Aufforderung ist mit sofortiger Wirkung Folge zu leisten.

(Nonninger [DVU]: Ich räume nur meine Sachen zusammen! - Der Abgeordnete Nonninger verlässt den Saal.)

Die Aussprache zu dieser Thematik ist damit beendet, und wir kommen zur Abstimmung. Die DVU hat namentliche Abstimmung beantragt. Ich bitte die Schriftführer, laut und vernehmlich die Namen aufzurufen.

(Namentliche Abstimmung)

Gibt es Abgeordnete im Raum, die keine Gelegenheit hatten, ihre Stimme abzugeben? - Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Abstimmung und bitte um Auszählung der Stimmen.

Meine Damen und Herren, ich teile Ihnen das Abstimmungsergebnis mit: 56 Abgeordnete votierten mit Nein, fünf Abgeordnete votierten mit Ja. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungslisten siehe Anlage S. 5347)

Ich schließe Tagesordnungspunkt 18 und rufe **Tagesordnungspunkt 19** auf:

Fortsetzung und Erweiterung des Ganztagsschulprogramms

Antrag
der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 4/6682
(Neudruck)

Des Weiteren liegt ein Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und der CDU in der Drucksache 4/6728 vor.

Ich eröffne die Aussprache. Frau Abgeordnete Große, Sie erhalten das Wort für die Fraktion DIE LINKE.

Frau Große (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist zugegebenermaßen nicht gerade leicht, nach einem so unwürdigen Augenblick in diesem Parlament zu diesem wichtigen Tagesordnungspunkt überzugehen.

Es gibt im Leben eines Bildungsministers ja nicht sehr viele glückliche Momente. Einen solchen glücklichen Moment erlebt er gerade, er darf die Olympiasportler empfangen. Dann zählen noch jene Augenblicke zu den Glücksmomenten im Berufsleben des Ministers, in denen er die Schecks zur Umsetzung des Ganztagsprogramms verteilen kann. Das macht sich immer gut, gerade in Wahlkampfzeiten. Das macht sich auch deshalb gut, weil man nicht einmal eigenes Geld, also Landesmittel verteilen muss, sondern Bundesmittel weiterreichen darf. Das freut in jedem Falle die Empfänger: die Kommunen, die Lehrkräfte, die Schülerinnen und Schüler, die Eltern, und das freut auch DIE LINKE.

Zu den wenigen nützlichen Aktivitäten des Bundes in den letzten Jahren im Bereich Bildung gehört zweifellos das Investitionsprogramm „Zukunft, Bildung und Betreuung“. Mit dem IZBB soll die Schaffung einer modernen Infrastruktur im Ganztagsschulbereich unterstützt und der Anstoß für ein bedarfsorientiertes Angebot in allen Regionen gegeben werden. Dazu stellt der Bund ein Finanzvolumen von insgesamt 4 Milliarden Euro zur Verfügung. Die Laufzeit war von 2003 bis 2007. Obwohl eine Evaluation noch aussteht, lässt sich bereits

jetzt konstatieren, dass das Programm - bei aller Kritik im Detail - auch in unserem Land zum Aufbau neuer Ganztagschulen und zur Weiterentwicklung bestehender Schulen zu Ganztagschulen beigetragen hat.

Nachdem das Programm in Brandenburg ein paar Anlaufschwierigkeiten hatte und die Schulen in der Anfangsphase die Mittel nur sehr zögerlich abgerufen haben, konnten letztlich die dem Land insgesamt zur Verfügung stehenden 130 Millionen Euro doch noch investiert werden.

Als problematisch erwiesen sich teilweise die von den Schulträgern geforderte Kofinanzierung, die Ausstattung insbesondere mit zusätzlichen Lehrerstellen sowie die finanzielle und personelle Absicherung insbesondere der Nachmittagsangebote. Im Ergebnis des Programms hat sich aber der Anteil der Ganztagsplätze in Brandenburg landesweit in der Primarstufe auf ca. 21 % und in der Sekundarstufe I auf etwa 32 % erhöht.

Abgesehen davon, dass wir unter diesen Schulen nicht immer genau die haben, die wir uns vorstellen, die einen Ganztagsbetrieb so fahren, wie es eigentlich auch gedacht ist - nicht überall, wo Ganztagschule draufsteht, ist auch Ganztagschule drin -, also abgesehen davon, dass nicht alle eine Entrhythmisierung des Unterrichtstages vornehmen und wirklich stärkere individuelle Förderung anbieten, tragen die derzeit im Netz befindlichen Ganztagschulen dennoch dazu bei, dass die Rahmenbedingungen für den Unterricht bessere sind. Die Kooperation Schule - Jugendhilfe beginnt, sich in diesem Land gut zu entwickeln. Es tut Schule gut, wenn in ihr multiprofessionelle Angebote stattfinden.

Nun hat die Bundeskanzlerin Bildung zur Chefsache gemacht. Sie hat zahlreiche Bildungseinrichtungen besucht, was bisher eher einem Schaulaufen als einem ernst zu nehmenden Versuch gleich, sich mit den Defiziten vertraut zu machen. Die Notwendigkeit, das Bildungssystem in Deutschland - besser gesagt: die Bildungssysteme der einzelnen Länder - grundsätzlich zu verändern, ist zwingend. Dem entsprechend sind die Erwartungen an den Bildungsgipfel der Bundeskanzlerin am 22. Oktober groß. Sie werden allerdings schon dadurch gedämpft, dass der Bund die bildungspolitischen Kompetenzen im Zuge der Föderalismusreform I völlig aus der Hand gegeben hat. So bleibt zu befürchten, dass dieser Gipfel weder den Notwendigkeiten noch den Erwartungen entsprechen wird. Scheinlösungen werden uns aber nicht weiterbringen.

Minister Rupprecht gestand in der letzten Beratung des Bildungsausschusses, dass er über eine Verlängerung des Ganztagsprogramms froh wäre. Das wären wir auch. Aber uns reicht es nicht, froh zu sein. Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie sich auf diesem Gipfel stark macht für substanzielle Maßnahmen des Bundes für eine bessere Bildung. Unsere Minimalforderung ist ein aktives Engagement der Landesregierung für eine Ausweitung des Ganztagsschulprogramms in der Weise, dass der Bund in den nächsten Jahren nicht nur weitere Investitionsmittel zur Schaffung neuer Ganztagschulen bereitstellt, sondern sich auch an den zusätzlichen Personalkosten beteiligt. Konkret könnte das die Finanzierung von Sozialarbeitsstellen an Ganztagschulen bedeuten. Über das KJHG wäre das finanziell auch möglich. Ein solches Programm könnte die Grundlage sein, um die Chancengleichheit zu vergrößern und die Voraussetzungen für gute Schulbildung zu verbessern.

Den Ministerpräsidenten hätte ich, wenn er dagewesen wäre,

daran erinnert, dass er es damals in seinem Beitrag zur Debatte zur Föderalismusreform I sehr bedauert hat, dass das Kooperationsverbot nach Artikel 104 b Grundgesetz nicht gekippt wurde. Der Herr Ministerpräsident hätte vor diesem Bildungsgipfel in diesem Landtag sicher eine Mehrheit für die Aufhebung dieses Kooperationsverbotes gewinnen können. Selbst die CDU hätte sich dem wahrscheinlich nicht verweigert. Der Ministerpräsident hätte den Rückenwind aus diesem Parlament nutzen können, aber den hat er sich für den Bildungsgipfel am 22. Oktober leider nicht geholt, was nicht gerade ein demokratisches Verfahren ist. Mit welchen Positionen der Ministerpräsident uns nämlich dort als Brandenburger vertreten wird, blieb bislang sein Geheimnis. Das finden wir sehr bedauerlich. Aber vielleicht erfahren wir es ja nachher.

Wir sind uns natürlich darüber im Klaren, dass die Realisierung unserer Forderungen nur ein Tropfen auf den berühmten heißen Stein wäre und dass darüber hinaus vieles andere notwendig wäre. Vor allem - und das hat die letzte OECD-Studie „Bildung auf einen Blick“ erneut bestätigt - braucht Deutschland mehr hoch qualifizierte junge Menschen. Dazu bedarf es dringend des Ausbaus des Studienplatzangebots, einer Abschaffung aller Studien- und Bildungsgebühren und bundeseinheitlicher gesetzlicher Regelungen für den Übergang von der beruflichen Bildung an die Hochschulen. Vor allem wird eine verlässliche ausreichende Finanzausstattung benötigt. Ein nationaler Bildungspakt, der eine schrittweise und dauerhafte Steigerung des Anteils der öffentlichen Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt auf mindestens sieben Prozent festlegt, ist unsere Forderung. Das ist aus unserer Sicht aus Solidarpaktmitteln nicht nachhaltig zu leisten. Das ist die Messlatte, die wir an den Bildungsgipfel anlegen werden.

Sie, meine Damen und Herren Abgeordnete, könnten jetzt einer Forderung zustimmen, die, wie wir wissen, auch von Ihnen geteilt wird. Uns ist nämlich gestern der Arbeitsplan der SPD-Bundestagsfraktion zugegangen. Darin steht zufällig - zu dem Zeitpunkt war unser Antrag schon lange fertig -, dass Ihre Fraktion im Bundestag beim Bildungsgipfel genau das einfordern wird, nämlich, das Ganztagsschulprogramm weiterzuführen. Von Frau Schawan hört man Ähnliches. Ich verstehe Ihre Not, die Sie mit unserem Antrag hatten, weswegen Sie sich dieses Mal dazu durchgerungen haben, einen Entschließungsantrag zu stellen, von dem ich ehrlich gesagt überhaupt nicht weiß, inwiefern er sich von unserem Antrag unterscheidet. Das ist dieses Mal schon problematisch. Aber, bitte schön, wenn wir uns so stark in der Sache einig sind, dann lassen Sie doch bitte, wenn Sie diesem Antrag schon nicht zustimmen können, zumindest den Ministerpräsidenten beauftragen, im Interesse der Sache, des Ausbaus, der Erweiterung und der Entwicklung von Ganztagschulen in diesem Land zu agieren. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Vizepräsidentin Stobrawa:

Das Wort erhält die Abgeordnete Siebke.

Frau Siebke (SPD): *

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Ganztagsschulprogramm der rot-grünen Bundesregierung von 2003 und das entsprechende Investitionsprogramm

- durchgesetzt zuerst auch gegen die Länder der CDU - sind ein voller Erfolg. Das möchte ich hier noch einmal grundsätzlich sagen. Da gibt es auch keine Einschränkungen, besonders im Land Brandenburg.

(Beifall des Abgeordneten Schulze [SPD] und der Abgeordneten Große [DIE LINKE])

Die 130 Millionen Euro, die das Land Brandenburg zu diesem Zweck vom Bund bekommen hat, wurden sinnvoll eingesetzt. Sie sind durch kommunale Mittel ergänzt worden. In zunehmendem Maße haben die Kommunen die Chance für ihre Schulen gesehen und sind voll eingestiegen. Die Mittel wurden voll ausgeschöpft. Auch Landesmittel sind in dieses Programm geflossen, Frau Große; denn ohne zusätzliche Lehrstellen wäre dieses Ganztagsprogramm nicht zu bewältigen gewesen. Und die hat das Land Brandenburg zur Verfügung gestellt.

Wenn man jetzt ein Fazit zieht, muss man sagen, dass die Ziele, die wir uns 2003 gesetzt haben, mit diesem Programm weit übertroffen worden sind. 25 % aller Grundschulen sollten zu Ganztagschulen sowie die Hälfte aller weiterführenden zu allgemeinbildenden Schulen werden. Das Ergebnis ist, dass knapp 40 % aller Grundschulen und 55 % aller weiterführenden Schulen am Ganztagsbetrieb teilnehmen. Ganz besonders erfreut es mich, dass auch 19 Förderschulen an diesem Programm teilnehmen und jetzt Ganztagschulen sind.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

2009 und 2010 wird das Land für 20 weitere Grundschulen und für zehn Schulen der Sekundarstufe I Stellen zur Verfügung stellen, um das Ganztagsschulangebot im Land noch auszuweiten, auch ohne dass das Investitionsprogramm weiterläuft. Das kann sich sehen lassen, und es ist ein Qualitätssprung, auch für brandenburgische Schülerinnen und Schüler.

Nun zu dem Antrag der PDS-Fraktion.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: DIE LINKE!)

- DIE LINKE, gut. Also zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. Sie fordert die Landesregierung auf, sich beim Bildungsgipfel dafür einzusetzen, dass dieses Ganztagsschulprogramm so, wie es bisher war, weitergeführt wird und zusätzlich Personalstellen gefördert werden. Wenn Sie es auch nicht wahrhaben wollen: So ganz glücklich bin ich persönlich mit der Föderalismusreform auch nicht, aber man muss die Ergebnisse ganz einfach zur Kenntnis nehmen und kann sie nicht einfach ignorieren und sagen: Wir stellen einen neuen Forderungskatalog auf, als wenn das alles nicht gewesen wäre.

Wir werden unserem Ministerpräsidenten bestimmt nicht verbieten, sich bei dieser Konferenz für die Fortsetzung des Ganztagsschulprogramms einzusetzen, und wir wissen auch, dass unser Bildungsminister - Sie haben es selber gesagt - dahintersteht. Wir könnten uns zum Beispiel vorstellen - Sie sprachen von einer Evaluation, die noch nicht stattgefunden hat -, dass der Bund zum Beispiel hierfür die Kosten übernimmt.

Wir könnten uns auch vorstellen, dass er Unterstützungssysteme oder aber auch die Qualifizierung von Personal und die Bereitstellung zusätzlichen Personals mitfinanziert. Wir werden dazu nicht nein sagen, aber wir sehen auch nicht ein, warum

wir unsere Landesregierung so festlegen sollten, zu sagen: Das müsst ihr tun und nichts anderes.

Außerdem ist uns daran gelegen, die Qualität der jetzt bestehenden Ganztagsangebote zu stabilisieren und weiterzuentwickeln. Hier sehen wir natürlich auch unsere eigene Landesregierung in der Pflicht. Deshalb meinen wir, dass wir es nicht dabei belassen können, auf den Bund zu schauen, sondern dass wir auch selbst hier im Lande etwas dazu tun und insbesondere die Ganztagschule nutzen müssen, um besonders schwächeren Schülern mehr Chancen zu geben und die Zahl der Schulabbrecher zu minimieren. Hier, so meine ich, soll die Landesregierung prüfen, welche Programme auch landesseitig zum Einsatz kommen, um das, was wir haben, noch besser zu machen.

In diesem Sinne haben wir unseren Entschließungsantrag formuliert, und ich bitte Sie, ihm zuzustimmen. - Danke.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Fritsch:

Es spricht die Abgeordnete Fechner für die DVU-Fraktion.

Frau Fechner (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Siebke hat bereits gesagt, dass der Antrag der Linken rechtlich keinen Bestand hätte; denn es gibt ja die Föderalismusreform. Ich kann mich auch daran erinnern, dass der Minister während der Bildungsausschusssitzung darauf hingewiesen hat, dass die Fortführung dieses Bundesprogramms rechtlich gar nicht möglich ist. Deshalb wundert es mich, dass die Fraktion DIE LINKE diesen rechtswidrigen Antrag heute hier so eingebracht hat. Aber es zeigt, welches Verhältnis Sie zu diesem Rechtsstaat BRD haben.

Damit komme ich zum Antrag der Koalitionsfraktionen. Frau Siebke hat bereits erwähnt, dass sich der Bildungsminister bereits dafür ausgesprochen hat, das Ganztagsangebot hier im Land zu erweitern. Deshalb frage ich mich, warum die Koalitionsfraktionen diesen Schaufensterantrag hier vorlegen. Hinzu kommt, dass die Bundesbildungsministerin Schavan sich ebenfalls dafür ausgesprochen hat, dieses Bundesprogramm in einigen Teilen weiterzuführen.

Also, meine Damen und Herren von den Koalitionsfraktionen, Ihrem Schaufensterantrag werden wir nicht zustimmen, ebenso wenig dem rechtswidrigen Antrag der Linken.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Senftleben spricht für die CDU-Fraktion.

Senftleben (CDU):*

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im „Handelsblatt“ war gestern zu lesen: Die Ganztagschule soll im Laufe der kommenden zwölf Jahre, also bis zum Jahr 2020, in Deutschland zum Normalfall an Schulen werden. - Das sagte die aktuelle KMK-Vorsitzende, die CDU-Bildungsministerin

aus dem Saarland. Sie beschreibt damit ein wichtiges gemeinsames Ziel, das sich die Länder auf die Fahne geschrieben haben. Wer sich dieses Zitat aus dem „Handelsblatt“ vor Augen hält, wird mit Sicherheit feststellen können: Wenn dies am Montag gesagt worden und am Dienstag zu lesen ist, wird es auch im Oktober beim Bildungsgipfel in Dresden eine Rolle spielen.

Unabhängig davon, wer welche Worte gewählt hat, ist aus meiner Sicht entscheidend, dass, Frau Große, nicht nur dieser Wunsch existiert, sondern dass wir nach allem, was dazu gesagt wurde, gemeinsam den Oktober abwarten können und dann feststellen werden, dass sich Bund und Länder mit Sicherheit auf eine Fortführung dessen, was jetzt ausgelaufen ist, verständigen werden. Ich bin da ganz optimistisch.

Für uns als CDU ist ganz klar, dass beim Ausbau der Ganztagschulen die Schulen vor Ort mehr Lernmöglichkeiten angeboten haben, dass bessere Lernergebnisse erzielt und auch Investitionen in die Schulen getätigt wurden. Ich sage aber auch, dass dahinter immer die Freiwilligkeit stand. Niemand ist gezwungen worden, an diesem Programm teilzunehmen. Niemand wurde gezwungen, über die Köpfe der Eltern, der Kinder und der Lehrer hinweg zu entscheiden. Wenn bundesweit knapp 7 000 neue Ganztagschulen - davon 70 % in offenen, also freiwilligen Angeboten - existieren, dann zeigt das doch, dass die Menschen dies in dieser Form annehmen wollen und dass diejenigen, die es nicht wollen, weil sie eine andere Beschäftigung für ihre Kinder in der Freizeit wünschen, das auch machen können. Das ist das, was wir an Bildungsvielfalt, an Schulvielfalt auch weiterhin brauchen.

Deswegen möchte ich allen, die mehr Ganztagsbetreuung, mehr Vielfalt fordern, aber auf der anderen Seite eine Einheitlichkeit der Schulen wollen, deutlich machen, dass darin ein Widerspruch enthalten ist. Das müssen wir auch bei den Bildungsprogrammen, die Sie von der Linken aufstellen, berücksichtigen.

Wir haben eine Bundesministerin für Bildung, die aufgrund der Föderalismusreform mit Kompetenzen nicht ganz so ausgestattet ist wie vielleicht ein Landesminister im Bereich der Schule. Selbst sie hat vor wenigen Tagen gesagt, dass es wichtig sei, das erfolgreiche Programm fortzusetzen und auch mehr neue Inhalte zu finden. Die Priorität muss also nicht mehr auf Investitionen liegen, sondern die Frage ist, wie man Lernprogramme weiterentwickeln kann, wie man pädagogische Konzepte, die sich an Erfahrungen orientieren, weiterentwickeln kann. Ich glaube, dass eine Prioritätenverschiebung, wie wir sie in dem Antrag beschrieben haben, mit Sicherheit hilfreich ist, wenn es in den nächsten Jahren um den Ausbau der Ganztagschulen geht.

Für uns als Union ist klar, dass wir, wie bereits gesagt, auf Freiwilligkeit setzen. Es gab auch in Schulen Abstimmungen darüber, die anders ausgefallen sind, als mancher vorher gedacht hatte.

Zusammenfassend meine ich, dass wir mit einem guten Blick in Richtung Oktober schauen können, aber unabhängig davon wissen, dass es im Land Brandenburg auch mit eigener Landeskraft weitergeht. Der Minister hat im Bildungsausschuss angekündigt, den Prüfauftrag ernst zu nehmen, ein Landesprogramm zum Ausbau der Ganztagschulen zu entwickeln, so dass auch Schulen weiterhin Anträge stellen können. Ich glau-

be, es ist eine gute Koppelung, dass wir den Bund bitten, seine Verantwortung wahrzunehmen, dass wir aber auch als Land unsere Verantwortung wahrnehmen müssen. Ich glaube, das ergibt einen guten Mix, der den Schülerinnen und Schülern in Brandenburg zugutekommen kann. - In diesem Sinne herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

Ich bitte um Zustimmung zum Antrag der Koalition. - Danke sehr.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Fritsch:

Es spricht Staatssekretär Jungkamp für die Landesregierung.

Staatssekretär im Ministerium für Bildung, Jugend und Sport Jungkamp:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Am 22. Oktober werden sich in Dresden die Bundeskanzlerin, einige Mitglieder des Bundeskabinetts und die Ministerpräsidenten der Länder zum sogenannten Bildungsgipfel treffen. Hintergrund dieses Treffens ist eine gemeinsame Qualifizierungsinitiative, eine konzertierte Aktion von Bund und Ländern mit dem Ziel, mit einem gemeinsamen Maßnahmenpaket den Bildungssektor in seiner Gesamtheit zu stärken.

Die bisherigen Verhandlungen zwischen Bund und Ländern sind von einem Lenkungsausschuss auf Staatssekretärebene geführt worden. Sie sind im Wesentlichen abgeschlossen. Mein Eindruck nach den nicht wenigen Sitzungen: Die Verhandlungen waren von dem Willen beider Seiten getragen, die jeweiligen Zuständigkeiten von Bund und Ländern zu beachten. Sie können sich vorstellen, dass das in Föderalismuszeiten eine ganz besonders wichtige Rolle gespielt hat. Mein Eindruck ist aber auch, dass diese Verhandlungen von der Einsicht getragen wurden, dass es auch in Zeiten des Föderalismus eine ländergemeinsame Verantwortung gibt, auch eine gemeinsame Verantwortung von Bund und Ländern. Das ist deutlich geworden.

Der bisherige Stand der Verhandlungen sieht so aus, dass der Bund Vorhaben in den Bereichen berufliche Bildung, Weiterbildung und Bildungsforschung in Aussicht gestellt hat, dass sich die Länder auf Vorhaben in den Bereichen frühe Bildung, Schule und Hochschule konzentrieren und es darüber hinaus in diesen Bereichen auch gemeinsame Maßnahmen geben soll.

Lassen Sie mich nun zum Anliegen der beiden Anträge kommen. Die Landesregierung hat immer deutlich gemacht, dass der Bund mit dem Ganztagsinvestitionsprogramm, dem IZBB-Programm, einen wichtigen Beitrag zur Qualitätsverbesserung im Bildungswesen leistet. Die Vorrednerinnen und Vorredner haben ganz klar gesagt, dass das IZBB-Programm bei uns im Land ein Riesenerfolg geworden ist.

Ich darf vorweg, Frau Abgeordnete Große, Ihre Zahlen ein ganz klein bisschen nach oben korrigieren. Präzise müsste ich sagen: Mehr als 26 % der Grundschüler erhalten Ganztagsangebote, mehr als 40 % der Schülerinnen und Schüler in der Sekundarstufe I. Sie haben es gerade von Frau Siebke gehört: Fast 40 % der Grundschulen und 55 % der Schulen der Sekundarstufe I sind Ganztagschulen geworden.

Das ist, wie gesagt, ein hervorragender Erfolg. Nichtsdestotrotz - das hat Holger Rupprecht immer wieder deutlich gemacht - wünschen und fordern wir eine Fortsetzung des IZBB-Programms. Ich selbst habe im Lenkungsausschuss jede Gelegenheit ergriffen, das deutlich zu machen, und ich weiß die Mehrheit der Bundesländer hinter mir. Ich bin auch sicher, dass dieses Thema, diese Forderung bei den weiteren Vorbereitungen des Bildungsgipfels auf CdS-Ebene wie auch am 22. Oktober in Dresden selbst angesprochen werden wird.

Nun wissen wir auch: Die Umsetzung dieser Forderung ist nicht ganz leicht zu erreichen; denn die Weiterführung des IZBB-Programms wie auch die Ausweitung auf die Finanzierung von Personalkosten, etwa auf die Finanzierung schulbegleitender Sozialarbeit, gehören genau genommen nicht mehr zu den unmittelbaren Aufgaben des Bundes. Da muss man schon genau prüfen, wie das angesichts der Föderalismusgesetzgebung verfassungsrechtlich möglich ist. Deswegen kann es sein, dass der Antrag der Fraktion DIE LINKE eine Einbahnstraße beschreitet, während der Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und CDU einen etwas realistischeren Ansatz verfolgt und letztlich auch weiter geht.

Unabhängig von dem bestimmt nicht sicheren Erfolg beim Thema Ganztag auf dem Gipfel, müssen wir hier im Land unsere Anstrengungen verstärken und sowohl im Hinblick auf die Ausstattung mit Lehrkräften - die übrigens, Frau Große, jederzeit gesichert war - als auch im Hinblick auf die Kooperation mit außerschulischen Partnern sowie mit Blick auf die qualitative Weiterentwicklung des vorhandenen Ganztagsnetzes eigene Vorstellungen, eigene Ansätze entwickeln und aus eigener Kraft Möglichkeiten zum Ausbau der Ganztagsbetreuung finden. Dieser Aufgabe, das darf ich hier zuversichtlich sagen, werden wir uns gern und erfolgreich stellen. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Fritsch:

Die antragstellende Fraktion hat noch zweieinviertel Minuten Redezeit. Möchten Sie noch einmal reden? - Nein. Es wurde alles gesagt.

Wir kommen zu den Abstimmungen. Als Erstes stelle ich den Antrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 4/6682, zur Abstimmung. Wer ihm Folge leisten möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist ohne Enthaltungen mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.

Ich komme zum Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen in Drucksache 4/6728. Wer diesem Folge leisten möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist ohne Enthaltungen mit wenigen Gegenstimmen angenommen.

Wir verlassen Tagesordnungspunkt 19, und ich rufe **Tagesordnungspunkt 20** auf:

Sicherung der Brandenburger Interessen und der Stabilität der landwirtschaftlichen Betriebe mit BVVG-Pachtflächen

Antrag
der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 4/6680

Wir beginnen die Debatte mit dem Beitrag der Fraktion DIE LINKE. Es spricht die Abgeordnete Adolph.

Frau Adolph (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich verlese den Redebeitrag meiner Kollegin Kornelia Wehlan, die zum jetzigen Zeitpunkt ihre parlamentarischen Pflichten vor der Kamera wahrnimmt.

(Birthler [SPD]: Das sind doch keine parlamentarischen Pflichten! - Weitere Zurufe)

- Die Öffentlichkeitsarbeit gehört dazu.

Der vorliegende Antrag behandelt ein Thema, das seit Wochen durch die Betroffenen in der öffentlichen Kritik steht und uns bereits in mehreren Debatten des Landtages bewegte. Ich möchte Sie an unsere mündlichen Anfragen dazu und unseren Antrag im Januar dieses Jahres erinnern. Es geht um die Sicherung der Brandenburger Interessen und der Stabilität der landwirtschaftlichen Betriebe mit BVVG-Pachtflächen, leider bislang ohne Erfolg.

Angesichts der aktuellen BVVG-Wirtschaftsprognose, noch für 2008, ist der Zug fast abgefahren, wenn das Land nicht umgehend eine gesetzgeberische Initiative ergreift, um das Grundstücksverkehrsgesetz an die spezifischen Bedingungen und Gegebenheiten Brandenburgs anzupassen. So soll der Überschuss der BVVG auf bis zu 370 Millionen Euro im Jahr 2008 steigen, und es sollen durchschnittliche Hektarerlöse bei Verkäufen an der 6 000-Euro-Marke erreicht werden. Das sind 560 Euro mehr als im Mittel des Kalenderjahres 2007.

Wir erinnern uns: Schon 2007 sind die Verkäufe im Vergleich zu 2006 um rund 22 % gestiegen und haben zu einem Einnahmehüberschuss in Höhe von 291 Millionen Euro bei der BVVG geführt.

Das alles vollzieht sich auf der Grundlage eines Privatisierungskonzeptes der BVVG, das der Bundesfinanzminister mit den ostdeutschen Ministerpräsidenten einvernehmlich ausgehandelt hat. Es ist ein Jammer, dass damals dafür die erste Lex Ost, nämlich die Agrardieselbesteuerung, für große Agrarbetriebe erhalten musste. Die betroffenen Agrarbetriebe sind heute doppelt in den Hintern gekniffen - entschuldigen Sie bitte den Ausdruck -, eigentlich dreifach, wenn man die Kostenexplosion bei der Energie in Rechnung stellt.

Nach den zwischen Bund und Ländern abgestimmten Privatisierungsgrundsätzen, die seit Anfang 2007 gelten, werden landwirtschaftliche Flächen, die zum Verkehrswert veräußert werden sollen, grundsätzlich öffentlich ausgeschrieben. Das höchste Gebot erhält den Zuschlag. Das ist eine Privatisierungsstrategie, die den Brandenburger Landnutzer außen vor lässt und Steigerungen von Pacht- und Bodenpreisen von bis zu 50 % verursacht.

Vor der Sommerpause war zu lesen, die ostdeutschen Ministerpräsidenten hätten nun gefordert, dass die Ermittlung eines Grundstücksverkehrswertes auf der Grundlage regionaler Wertansätze erfolgt bzw. Verkehrswertgutachten herangezogen werden sollen. Das ist eine Forderung, die wir bereits im Januar erhoben hatten. Bis heute ist davon bei der Bundesregierung -

spricht: BVVG - nichts angekommen, wie das aktuelle Wirtschaftsziel der BVVG für 2008 deutlich macht. Fakt ist, dass die BVVG-Pachtflächen in Brandenburg gegenwärtig 190 000 Hektar umfassen und bis 2009 bereits 20 % der langjährigen Pachtverträge auslaufen. Der überwiegende Teil folgt dann bis 2010 und weitere 20 % bis 2011. Wer in dieser Situation die auf einem hohen Anteil an Pachtflächen wirtschaftenden Unternehmen dem globalen Markt aussetzt und nicht landesgesetzliche Möglichkeiten für den Zugang unserer Agrarbetriebe zu ihren Flächen nutzt, gefährdet Strukturen im ländlichen Raum und sorgt für den Verlust an Arbeit und Einkommen.

Mit Spannung haben wir deshalb den von Agrarminister Dietmar Woidke in der „Bauernzeitung“ angekündigten Änderungen des Brandenburger Grundstücksverkehrsrechts entgegen gesehen. Doch auch nach der Sommerpause ruht still der See. Dabei haben wir bereits im Januar darauf hingewiesen, dass sich mit der Föderalismusreform das Grundstücksverkehrs- und Landpachtgesetz jetzt in Zuständigkeit der Länder befindet und das Land selbst mehr tun muss und auch kann. Was soll da nun schon seit einem Vierteljahr der Hinweis auf die Prüfung der EU-Vorschriften? Es ist richtig, dass EU-weit alle Bieter zum Verfahren zugelassen werden müssen. Das bricht aber nicht Regelungen des Grundstücksverkehrsgesetzes hinsichtlich der Angebote konkurrierender Haupterwerbsbetriebe und legt eben nicht die Reihenfolge eines Zuschlags fest. Vielmehr ist entscheidend, ob durch die Entfernung zur Hofstelle überhaupt eine ordnungsgemäße Bewirtschaftung gesichert ist und wie sich das Wegbrechen der Flächen auf die Agrarstruktur im Land und die zukünftige Wirtschaftlichkeit der Betriebe auswirkt.

Die Möglichkeit, Betriebe aus anderen Gründen bei der Vergabe zu privilegieren, besteht ja bereits, wenn es um Flächenarrondierung geht, Ergebnisse einer Flurneuordnung nicht konkurrenziert werden sollen oder der Betrieb in der Vergangenheit andere Flächen aus Gründen einer veränderten Nutzungsart aufgeben musste. Nach bisherigem Recht kann die Genehmigung eines Grundstückskaufvertrages versagt werden, wenn ein grobes Missverhältnis zwischen dem Kaufpreis und dem landwirtschaftlichen Wert des Grundstückes, also dem ortsüblichen Verkehrswert, besteht. Seit nun schon acht Monaten drängen wir darauf, diese Möglichkeit aufzugreifen und vor allen Dingen landesgesetzgeberisch auszugestalten.

Wir brauchen die Privilegierung ortsansässiger Landwirte, und das sofort.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Im Zusammenhang mit der Veräußerung von BVVG-Flächen soll und kann mit der Regelung in § 9 Abs. 1 Nr. 3 Grundstücksverkehrsgesetz verhindert werden, dass kapitalkräftige Interessenten, die außerhalb der Landwirtschaft stehen und ein Grundstück nach anderen Gesichtspunkten als nach dem landwirtschaftlichen Ertrag bewerten, die Bodenpreise so stark in die Höhe treiben, dass ein seinen Betriebsertrag im Auge behaltender hauptberuflicher Landwirt bei verständiger Kalkulation nicht mehr als Käuferwerber Konkurrent sein kann.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Das ist das Problem!)

Es wird auch in Zukunft notwendig sein, landwirtschaftliche

Unternehmen vor den negativen Konsequenzen von Bodenwertspekulationen vor allem im Umfeld der Siedlungsbereiche von Städten und Gemeinden zu bewahren und dem Landwirt auch weiterhin die Möglichkeit einzuräumen, Boden als Produktionsfaktor zu vertretbaren Preisen zu erwerben, um die betriebswirtschaftliche Basis der Unternehmen weiter zu stabilisieren, zu verbessern.

(Zuruf des Abgeordneten Klein [SPD])

- Es stört!

(Klein [SPD]: Ja, sicher!)

Ich verweise insbesondere auf das Erfordernis und die im Gutachten zur Umsetzung des Grundstücksverkehrsgesetzes in der Landwirtschaft von Lothar Schramm aufgezeigten rechtlichen Möglichkeiten zur aktiven Unterstützung der Flächenaufstockung bei Eigentumsland auch der großen Betriebe.

Tatsächlich haben die agrarpolitischen und rechtlichen Rahmenbedingungen die Bedeutung der Flächenaufstockung für die Landwirte verschärft, weil die Beihilfen die Beibehaltung des Flächenumfangs voraussetzen. Da die Zahlungsansprüche in Abhängigkeit vom Umfang der Flächenbewirtschaftung im Jahr 2005 ausgereicht wurden, droht der Verlust von Flächen, auch eine Reduzierung der aktivierbaren Betriebsprämie bzw. der Verlust der Zahlungsansprüche durch Rückfall in die nationale Reserve, wenn das Unternehmen nicht innerhalb von drei Jahren auf Ersatzflächen verweisen kann.

Mit unserem Antrag unterstützen wir zugleich die Forderung des Bauernverbandes, die gesetzlich mögliche Kombination aus Genehmigungsverfahren und Vorkaufsrecht so zu handhaben, dass aktive Landwirte bei Bodenverkäufen zum Zuge kommen und agrarstrukturelle Belange berücksichtigt werden.

Das Ziel muss sein, die Agrarstruktur zu fördern, Gefahren hierfür abzuwehren und damit Sorge dafür zu tragen, dass lebensfähige landwirtschaftliche Betriebe erhalten bleiben. Sie müssen vor unzulässigen Flächenverlusten geschützt werden und dürfen nicht durch überhöhte Preise von der dringenden Aufstockung ihres Betriebes abgehalten werden.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Die Zeit reicht nicht, umfassend auf die Einzelheiten einzugehen. Wir erwarten jedoch, dass die Landesregierung schnellstmöglich im Interesse der Sicherung der Stabilität, der Wahrung brandenburger Interessen und der Stabilität der landwirtschaftlichen Betriebe mit BVVG-Pachtflächen handelt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Präsident Fritsch:

Frau Abgeordnete, ich darf darauf hinweisen, dass die parlamentarischen Pflichten eines Abgeordneten im Abgeordnetengesetz und in der Geschäftsordnung hinreichend geregelt sind. Trotzdem wollen wir Ihre Einlassung zu Beginn unter „parlamentarische Meinungsfreiheit“ durchgehen lassen.

(Heiterkeit)

Wir setzen die Debatte mit dem Beitrag der SPD-Fraktion fort. Der Abgeordnete Folgart spricht.

Folgart (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Stabilität der landwirtschaftlichen Strukturen ist mir und, wie ich glaube, auch meiner Fraktion ganz wichtig. Dazu gehören natürlich verlässliche politische Rahmenbedingungen, stabile wirtschaftliche Rahmenbedingungen und eine ausreichende und natürlich sichere Ausstattung mit den Produktionsfaktoren. Da ist die Bodenfrage eine besondere, sie ist zum Teil eine entscheidende.

Im vergangenen Jahr ist die Privatisierung der BVVG-Flächen mit riesigen Schritten vorangekommen. Darauf hat Frau Adolph schon hingewiesen. Es wurden 2007 17 200 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche in Brandenburg durch die BVVG verkauft. Der Verpachtungsstand lag meines Wissens bei 161 400 ha. Dies ist nicht wenig, meine Damen und Herren, aber es haut uns relativ gesehen auch nicht um. Es sind 12 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Brandenburg. Diese werden von der BVVG auf den Pachtmarkt gelegt.

Als ausgesprochen hilfreich für unsere ortsansässigen Unternehmen erwiesen sich tatsächlich die Verkäufe nach dem Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz, kurz EALG. - Herr Abgeordneter Klein, Sie haben das letzte Mal noch einmal danach gefragt. Wir haben uns ja im Januar schon einmal mit diesem Thema auseinandergesetzt.

(Unruhe im Saal)

Diese Verkäufe waren und sind eine deutliche Hilfe zum Erhalt der Strukturen, meine ich. Sie standen aber auch erheblich in der Kritik und unter Beobachtung der Europäischen Union, die die bisherige Regelung noch bis zum Ende des Jahres 2009 akzeptiert. Bis dahin, meine Damen und Herren, müssen die EALG-Verkäufe abgeschlossen sein.

Kommen wir nun zu einer aus Sicht der Brandenburger Betriebe wenig erfreulichen Entwicklung. Dies betrifft tatsächlich die Kauf- und Pachtpreisentwicklung insgesamt. Hier verletzt die Praxis teilweise das, was noch mit Anstand und Würde zu vertreten ist. Da bin ich bei Frau Adolph und auch bei ihren Ausführungen. Leider spielt auch die BVVG mit der Verpachtungs- und Verkaufspraxis maßgeblich eine unrühmliche Rolle. Exorbitant hohe Forderungen werden erhoben, und viele Betriebe sind aufgrund der horrenden Forderungen in den Bieterverfahren von vornherein aus dem Rennen geworfen. Hier gebe ich den Antragstellern recht, wenn sie dies gemeint haben, und sage, Mäßigung und Augenmaß sind notwendig.

Ein erster, allerdings nur kleiner Schritt zur Bekämpfung dieser Auswüchse ist mit dem neuen Privatisierungskonzept, das Ende 2006 erstellt wurde, gemacht worden. Dieses neue Privatisierungskonzept wurde zwar gegen erhebliche Widerstände durchgesetzt; es wurde aber erreicht, dass bei der Kaufpreisermittlung nach der Wertermittlungsverordnung vorgegangen werden muss.

Dies heißt, die BVVG muss die Ergebnisse der Gutachterausschüsse in die Wertermittlung einbeziehen. Dazu gehört

selbstverständlich auch, dass Spitzen bei den Kaufpreisen nicht als Maßstab genommen werden, sondern als das bewertet werden, was sie sind, nämlich Sonderfälle. Das ist ein erster Ansatz.

An der Stelle, meine Kollegen Abgeordnete, möchte ich mich ausdrücklich bei unserem Ministerpräsidenten Matthias Platzeck bedanken. Denn dank seines Vorstoßes, den er gemeinsam mit den Agrarministern der neuen Bundesländer unternommen hat, werden jetzt die zuständigen Landesbehörden tatsächlich beteiligt, und zwar bevor das Ausschreibungsverfahren durch die BVVG in Gang gesetzt ist.

Ein zweiter Ansatz - aus meiner Sicht nicht ganz so zufriedenstellend - ist die Möglichkeit, gegen sittenwidrige Preise vorzugehen. Sittenwidrig ist hier nach der Definition ein Geschäft, wenn der Preis 50 % über dem Verkehrswert liegt, der vorher ermittelt wurde. Die Spanne ist zwar sehr hoch, und wir hätten hier auch gern einen Riegel eingebaut, der aber erst spät, oft zu spät greift. Da verschließt sich oft schon die Tür.

Ich möchte den Antrag nicht in Bausch und Bogen ablehnen; denn das Ansinnen ist aus meiner Sicht berechtigt. Ich gebe jedoch zu bedenken, dass es bei der Frage, was der Verkehrswert ist, leider immer noch Unklarheiten gibt. Wir haben es an dieser Stelle tatsächlich mit einer Überschneidung von EU-Recht und deutschem Recht zu tun. Bisher kann die deutsche Regelung zur Anwendung kommen. Sollte es jedoch auf deutscher Seite zu Gesetzesänderungen zugunsten der ortsansässigen Betriebe kommen - so sehr ich das an dieser Stelle auch begrüßen würde -, könnten wir Gefahr laufen, das gesamte System buchstäblich über den Haufen zu werfen. Das könnte noch negativere Folgen für die Betriebe haben.

Ich bin gleich am Schluss meiner Rede. - Meine Damen und Herren, es muss geklärt werden, dass EU-Wettbewerbsrecht durchsetzbar und unanfechtbar ist. Das muss durchgesetzt werden. Denn wir wissen: Die EU setzt auf einen freien Waren-, einen freien Dienstleistungs- und einen freien Geldverkehr, beargwöhnt mit Argusaugen jede vermeintliche Benachteiligung von Betrieben aus anderen Ländern. Ich bedauere dies in diesem speziellen Fall sehr. Aber wir müssen auch an die Folgen denken, bevor wir Gesetzesinitiativen starten.

Ich bin ohne Wenn und Aber dafür, dass wir den Betrieben den Produktionsfaktor Boden sichern und so die Agrarstruktur, die sich als erfolgreich erwiesen hat, erhalten. Ich bin aber auch dafür, dass wir die Konsequenzen im Vorfeld beleuchten, damit wir nicht das Kind mit dem Bade ausschütten.

Das Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz - der Minister wird gleich noch sprechen - wird ein Gutachten in Auftrag geben, in dem genau die Frage, ob und, wenn ja, wie in die Preisfindung regulierend eingegriffen werden kann, untersucht wird. Leider liegen die Ergebnisse heute noch nicht vor. Deshalb halte ich den Antrag der Fraktion DIE LINKE für verfrüht. Frau Adolph, Frau Wehlan, ich sage Ihnen zu, dass wir das bei der Vorlage der gutachterlichen Ergebnisse ohne Frage auf die Fachausschussebene herunterbrechen können. Da ist es meiner Meinung nach im Vorfeld auch ganz gut aufgehoben. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Norbert Schulze spricht für die DVU-Fraktion.

Schulze (DVU):*

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bereits im Januar dieses Jahres hatten wir uns hier in diesem Hause mit der Problematik der Privatisierung landwirtschaftlicher BVVG-Flächen beschäftigt. Wenn in dem jetzigen Antrag die Landesregierung in Bezug auf die BVVG-Flächen aufgefordert wird, noch im Oktober 2008 eine landesgesetzgeberische Initiative vorzulegen, so ist dem sachlich nichts hinzuzufügen. Das Ziel nämlich, die Agrarstruktur in Brandenburg und die Interessen ortsansässiger landwirtschaftlicher Betriebe mit BVVG-Pachtflächen auch zukünftig zu sichern, liegt durchaus im Interesse unserer agrarwirtschaftlich geprägten ländlichen Regionen.

In meiner Januar-Rede zu diesem Thema hatte ich ausführlich die Auffassung unserer DVU-Fraktion dargelegt und gleichzeitig zum Ausdruck gebracht, dass die brandenburgischen Landwirtschaftsbetriebe eine umfassende Unterstützung der Regierung nötig und auch verdient hätten.

Im Januar-Plenum hatten wir bekanntlich auch auf das Konzept für die weitere Privatisierung der landwirtschaftlichen Flächen der BVVG, eine Einigung zwischen Bund und neuen Ländern hingewiesen. Es heißt dort unter anderem, dass den ökonomischen, ökologischen, strukturellen und eigentumsrechtlichen Besonderheiten Rechnung getragen werden soll. Weiter wird in diesen konzeptionellen Grundsätzen festgestellt, dass sich die Bundesregierung der ökonomischen und sozialen Bedeutung der Landwirtschaft in den neuen Bundesländern voll und ganz bewusst sei. Ob sich die Bundesregierung dieser Bedeutung nun wirklich bewusst ist oder ob die Landesregierung dieses Problem nur halbherzig betrachtet, sei dahingestellt. Wir von der DVU-Fraktion sind der Auffassung, dass sowohl der Bund als auch das Land ausschließlich an einem finanziellen Maximalgewinn interessiert sind und unsere Landwirtschaftsbetriebe dabei regelrecht auf der Strecke bleiben.

Ansonsten möchte ich die Ausführungen von Herrn Folgart nicht wiederholen. Ich würde mich dem anschließen.

Den Antrag der PDS-Fraktion lehnen wir ab.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Fritsch:

Der Abgeordnete Helm spricht für die CDU-Fraktion.

Helm (CDU):*

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir hatten am 24. Januar 2008 eine sehr ausgiebige Diskussion zu dem Thema, sodass wir uns den Antrag und die Diskussion darüber heute eigentlich ersparen könnten. Deshalb werte ich diesen Antrag eher als Bestandteil des bevorstehenden bzw. laufenden Wahlkampfes als der Sache dienend.

(Zuruf von der Fraktion DIE LINKE: Dann haben Sie den Antrag nicht verstanden!)

- Das können Sie mir gern unterstellen. Aber wer hier in der Sache mehr Kenntnis hat, sei dahingestellt.

(Beifall bei der CDU)

Zu dem Problem möchte ich in Erinnerung rufen, dass vor dem Hintergrund der globalen Entwicklungen auf dem Nahrungsmittelsektor und dem Energiesektor die Werthaltigkeit landwirtschaftlicher Flächen und Böden in den letzten Jahren enorm gewachsen ist und damit natürlich auch das Interesse finanzkräftiger Betriebe und Personen am Erwerb landwirtschaftlicher Flächen. Die Mechanismen des Marktes wirken auch hier. Frau Adolph, diese Mechanismen sind nicht per Gesetz außer Kraft zu setzen. Andererseits sind die Regelungen des Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetzes von 1993 sehr gut bekannt. Während der Zeit der Langfristverpachtung, die in der Regel über 18 Jahre läuft, ist der bevorrechtigte Erwerb nach EALG möglich. Hier ist natürlich auch zu fragen, warum denn viele Betriebe die betreffenden Möglichkeiten in der Vergangenheit nicht genutzt haben. Die Möglichkeit zum bevorrechtigten Erwerb läuft zum Ende des nächsten Jahres aus. Danach werden die Flächen nach dem Höchstgebot veräußert.

Auf Initiative insbesondere von Brandenburg hin ist die BVVG in Sachen Pacht und Verkauf zurzeit auf neuen Wegen. Sonderfallregelungen sind angedacht bis hin zum Ausschreibungsverzicht bei besonderer Betroffenheit der Betriebe. Der Anteil der Flächen, die sich noch im Eigentum der BVVG befinden, wurde hier schon genannt. Es handelt sich um 11 bis 12 % der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche. Inwieweit man angesichts eines Anteils von unter 12 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche von Verwerfungen und Gefahren für die Agrarstruktur sprechen kann und dies auch noch rechtlich feststellen will, ist wirklich mit einem riesengroßen Fragezeichen zu versehen. Ich muss in diesem Zusammenhang auch darauf hinweisen, dass die Höchstgebote zum Pachten und zum Kauf zum Großteil von landwirtschaftlichen Betrieben des Landes stammen. Es sind also nicht nur irgendwelche fremden Geldgeber, die sich hier bewerben, sondern es sind zum Großteil unsere Betriebe.

Es ist richtig, dass das Land aufgrund der Föderalismusreform im Zugzwang ist, zu handeln, die entsprechende Gesetzlichkeit auch insoweit anzupassen - ein Sachverhalt, der von dem Gutachter Dr. Schramm, den ich persönlich kenne und auch sehr schätze, in diesem Zusammenhang noch nicht beachtet wurde. Ich muss aber hinzufügen, dass die Länder damit noch nicht in einem rechtsfreien Raum schweben. Vielmehr ist die Landesregierung genauso in der Pflicht, Europarecht und Verfassungsrecht nicht nur zu beachten, sondern auch strikt einzuhalten. Eigentumsschutz laut Grundgesetz und Niederlassungsfreiheit nach EU-Recht sind zu beachten. Durch das Grundstücksverkehrsgesetz und das Landpachtgesetz darf der Wettbewerb nicht außer Kraft gesetzt werden. Genauso kann der Bund als Eigentümer nicht einseitig bevormundet werden.

Vor diesem Hintergrund ist der Prüfauftrag des Ministeriums abzuarbeiten. Daraus sind konkrete Schritte abzuleiten, die dann natürlich wieder im Agrarausschuss dieses Hauses zu besprechen sind. Die verfassungsmäßige Prüfung ist nicht unkompliziert; denn eine einseitige Eingriffsregelung in das Eigentum ist streitbefangen.

Frau Wehlan, für meinen Betrieb habe ich nicht die Ängste, die

Sie hier darstellen. Das gilt genauso für viele Familien und andere Einzelbetriebe. Die meisten haben die Möglichkeiten des begünstigten Flächenerwerbs nämlich genutzt.

Was aber ist mit unseren Gemeinschaftsunternehmen, wo heutzutage kapitalkräftige private Anleger Flächen erwerben und damit Gesellschafter dieser Betriebe werden? Der Weg ist hier ja anders. Die betreffenden Anleger kaufen sich mit ihrem Geld in die Betriebe ein, werden neue Gesellschafter bzw. Eigentümer und gelten als ortsansässige Landwirte. Wie sollen diese benachteiligt werden? Das geht per Gesetz nicht. Das Unternehmen ist und bleibt ortsansässig, produziert an diesem Ort und ist dort auch Arbeitgeber. Der Betrieb hat seinen Sitz nach wie vor in dem betreffenden Ort. Glauben Sie, dass die BVVG diese veränderten inneren Strukturen erfasst? Wie soll die Landesregierung an dieser Stelle eingreifen und Gefahren, welche auch immer, abwenden?

Ich denke, wir sind gut beraten, die ganze Bandbreite der rechtlichen Fragen, der Handlungsmöglichkeiten und natürlich auch das Interesse der Betriebe gründlich abzuwägen. Wir dürfen hier keine juristischen Fehler machen. Hierbei geht es um grundgesetzlich gesicherte Eigentumsrechte. Ich bin gespannt, zu welchem Ergebnis die Landesregierung kommt, welches Konzept sie uns vorlegt. Anschließend haben wir genügend Zeit, uns damit zu befassen. Das ist der richtige Weg. Schnellschüsse sind vor diesem Hintergrund nicht angebracht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Fritsch:

Minister Woidke spricht für die Landesregierung.

Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz Dr. Woidke:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist bereits fast alles gesagt, nur noch nicht von jedem. Ich möchte mich deshalb möglichst kurz fassen. Allerdings würde ich gern noch einige Punkte ergänzen.

Seit Januar, als wir das letzte Mal in diesem Hohen Hause über das Thema sprachen, ist doch einiges passiert. Die Welt hat sich weitergedreht. Es sind Entwicklungen eingetreten, mit denen ich, obwohl ich von Hause aus Optimist bin, nicht gerechnet habe.

Ich verweise auf ein Schreiben der Ostministerpräsidenten vom Mai dieses Jahres. Diese haben auf ihrer Konferenz die Forderung des Bundesrates bekräftigt, die Ermittlung des Verkehrswertes auf der Grundlage regionaler Wertansätze oder, wenn diese ungeeignet sind, auf der Grundlage von Verkehrswertgutachten vorzunehmen. Das entsprechende Gesetzgebungsverfahren ist von den Ostministerpräsidenten mittlerweile über den Bundesrat initiiert worden; es läuft. Eine der grundlegenden Forderungen, die wir immer gestellt haben - regionale Preise müssen die Basis der Wertermittlung sein -, wird erfüllt sein, wenn das Gesetzgebungsverfahren abgeschlossen ist.

Weiterhin haben die Ministerpräsidenten gefordert - auch das war einer der Punkte, über die wir hier im Januar debattiert haben -, dass die betroffenen Länder bei erfolgten Ausschreibun-

gen vor Zuschlagserteilung die Möglichkeit erhalten, die Einhaltung agrarstruktureller Belange im konkreten Einzelfall zu überprüfen. Hier gibt es ebenfalls einen Erfolg. Ich verweise auf ein Schreiben des Bundesfinanzministers vom 28. August 2008, in dem es heißt:

„Entsprechend dem Privatisierungskonzept beteiligt die BVVG vor Ausschreibung“

- also nicht nach erfolgter Ausschreibung, sondern davor -

„die zuständigen Landesbehörden und stellt ihnen Unterlagen zur Verfügung, damit diese gegebenenfalls auch in Einzelfällen auf die besondere Sensibilität des Ausschreibungsverfahrens für den derzeit auf den Flächen wirtschaftenden Betrieb hinweisen können. Ist dies nachweislich und objektivierbar der Fall, kann die BVVG von einer Ausschreibung der Flächen absehen.“

Damit hat das Bundesfinanzministerium Forderungen aufgegriffen, über die hier im Januar noch beraten wurde. Wir werden sehen - das Schreiben ist von Ende August und damit noch relativ neu -, wie es in die Tat umgesetzt wird.

Wir als Land haben mit der Änderung des Grundstücksverkehrsrechts die Möglichkeit, hier ebenfalls Regelungen zu treffen. Allerdings bin ich jemand, der Regelungen nur dann treffen will, wenn das wirklich notwendig ist und wenn mit ihnen das Ziel auch erreicht werden kann.

Momentan gibt es im Grundstücksverkehrsrecht die Möglichkeit, Fehlentwicklungen auf der Kaufpreisebene zu begegnen. Das wurde hier nicht erwähnt. Es wurde so getan, als ob man heute in diesem Bereich tun und lassen könne, was man wolle. Nach bisherigem Recht kann die Genehmigung eines Grundstückskaufvertrages versagt werden, wenn - gemessen am ortsüblichen Verkehrswert - ein grobes Missverhältnis zwischen dem Kaufpreis und dem Wert des landwirtschaftlichen Grundstücks besteht. Das ist heute schon in § 9 Abs. 1 Nr. 3 des Grundstücksverkehrsgesetzes geregelt.

Wir prüfen, ob durch Landesrecht ein anderer Schwellenwert für das Vorliegen eines groben Missverhältnisses zwischen Kaufpreis und Wert des Grundstücks festgelegt werden kann. Es versteht sich, dass der Schwellenwert ein niedrigerer sein soll. Eine entsprechende Regelung muss allerdings verfassungsrechtlich geprüft werden, weil sie einen Eingriff in die Eigentumsfreiheit gemäß Artikel 14 des Grundgesetzes darstellt. Ein

Rechtsgutachten zur Frage der Verfassungsmäßigkeit muss meiner Ansicht nach vorher angefertigt werden, um auf der sicheren Seite zu sein. Mit diesen rechtlichen Fragen hat sich das von Ihnen zitierte Gutachten von Dr. Schramm nicht beschäftigt. Auch deswegen sollten wir das Rechtsgutachten abwarten und uns dann im Fachausschuss darüber unterhalten. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren! Wir sind am Ende der Rednerliste zu diesem Tagesordnungspunkt angelangt. Ich stelle den Antrag der Fraktion DIE LINKE in der Drucksache 4/6680 zur Abstimmung. Wer ihm Folge leisten möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag ohne Stimmenthaltung mit Mehrheit abgelehnt worden.

Wir verlassen Tagesordnungspunkt 20, und ich rufe **Tagesordnungspunkt 21** auf:

Zustimmung zur Mitgliedschaft im Aufsichtsrat der Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH

Antrag
der Landesregierung

Drucksache 4/6705

Es wird begehrt, dass Minister Speer weiterhin Mitglied des Aufsichtsrates sein soll. Wer diesem Antrag folgen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Bei einer Reihe von Stimmenthaltungen und Gegenstimmen ist diesem Antrag Folge geleistet worden.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 21 und erinnere Sie daran, dass um 18 Uhr ein Parlamentarischer Abend zum BBI stattfindet. Vielleicht sind auch ein paar Vertreter der IG BAU anwesend.

Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Abend und schließe die heutige Sitzung.

Ende der Sitzung: 17.11 Uhr

Anlagen**Gefasste Beschlüsse****Zum TOP 19:****Fortsetzung und Erweiterung des Ganztagschulprogramms**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 71. Sitzung am 17. September 2008 folgende EntschlieÙung angenommen:

„Weiterer Ausbau und Sicherung der Qualität und Nachhaltigkeit der Ganztagschulangebote an Schulen im Land Brandenburg

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. weiterhin alle Möglichkeiten zu prüfen und zu nutzen, um im Rahmen des Bildungsgipfels der Bundeskanzlerin und der Ministerpräsidenten am 22. Oktober 2008 die Fortsetzung des Investitionsprogramms 'Zukunft Bildung und Betreuung' in modifizierter Form und mit neuer Schwerpunktsetzung zu erreichen;
2. darüber hinaus zu prüfen, wie im Land Brandenburg das bestehende Netz der Ganztagschulen aus eigener Kraft weiter ausgebaut und entwickelt werden kann.“

Zum TOP 21:**Zustimmung zur Mitgliedschaft im Aufsichtsrat der Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 71. Sitzung am 17. September 2008 folgenden Beschluss gefasst:

„Gemäß Artikel 95 der Verfassung des Landes Brandenburg stimmt der Landtag Brandenburg der weiteren Mitgliedschaft des Ministers der Finanzen, Herrn Rainer Speer, im Aufsichtsrat der Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH (FBS) zu.“

Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 17 - Gewährleistung der Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen - Antrag der Fraktion der DVU - Drucksache 4/6638

Folgende Abgeordnete stimmten mit Ja:

Claus (DVU)
Frau Fechner (DVU)
Frau Hesselbarth (DVU)
Nonninger (DVU)
Schuldt (DVU)
Schulze (DVU)

Folgende Abgeordnete stimmten mit Nein:

Frau Adolph (DIE LINKE)
von Arnim (CDU)
Dr. Bernig (DIE LINKE)
Birthler (SPD)
Bischoff (SPD)

Frau Blechinger (CDU)
Frau Böhnisch (DIE LINKE)
Folgart (SPD)
Görke (DIE LINKE)
Frau Gregor-Ness (SPD)
Frau Große (DIE LINKE)
Gujjula (SPD)
Günther (SPD)
Frau Hackenschmidt (SPD)
Hammer (DIE LINKE)
Frau Hartfelder (CDU)
Heinze (DIE LINKE)
Helm (CDU)
Frau Prof. Dr. Heppener (SPD)
Dr. Hoffmann (DIE LINKE)
Junghanns (CDU)
Frau Kaiser (DIE LINKE)
Karney (CDU)
Frau Kircheis (SPD)
Klein (SPD)
Dr. Klocksinn (SPD)
Frau Kolodzeike (DIE LINKE)
Krause (DIE LINKE)
Kuhnert (SPD)
Frau Lehmann (SPD)
Frau Lieske (SPD)
Lunacek (CDU)
Frau Mächtigt (DIE LINKE)
Frau Meier (DIE LINKE)
Frau Melior (SPD)
Frau Dr. Münch (SPD)
Dr. Niekisch (CDU)
Pohl (SPD)
Frau Richstein (CDU)
Sarrach (DIE LINKE)
Frau Schier (CDU)
Schippel (SPD)
Schönbohm (CDU)
Schrey (CDU)
Frau Schulz (CDU)
Schulze (SPD)
Frau Siebke (SPD)
Frau Stark (SPD)
Frau Steinmetzer-Mann (DIE LINKE)
Frau Stobrawa (DIE LINKE)
Vietze (DIE LINKE)
Frau Prof. Dr. Wanka (CDU)
Frau Weber (DIE LINKE)
Frau Wehlan (DIE LINKE)
Werner (CDU)
Dr. Woidke (SPD)
Frau Wolff-Molorciuc (DIE LINKE)
Frau Wöllert (DIE LINKE)
Frau Ziegler (SPD)
Ziel (SPD)

Ergebnis der namentlichen Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 18 - Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung - Antrag der Fraktion der DVU - Drucksache 4/6663

Folgende Abgeordnete stimmten mit Ja:

Claus (DVU)
Frau Fechner (DVU)

Frau Hesselbarth (DVU)
Schuldt (DVU)
Schulze (DVU)

Folgende Abgeordnete stimmten mit Nein:

Frau Adolph (DIE LINKE)
von Arnim (CDU)
Baaske (SPD)
Frau Bednarsky (DIE LINKE)
Dr. Bernig (DIE LINKE)
Birthler (SPD)
Bischoff (SPD)
Frau Blechinger (CDU)
Frau Böhnisch (DIE LINKE)
Folgart (SPD)
Görke (DIE LINKE)
Frau Gregor-Ness (SPD)
Frau Große (DIE LINKE)
Günther (SPD)
Hammer (DIE LINKE)
Heinze (DIE LINKE)
Helm (CDU)
Dr. Hoffmann (DIE LINKE)
Holzschuher (SPD)
Junghanns (CDU)
Frau Kaiser (DIE LINKE)
Karney (CDU)
Frau Kircheis (SPD)
Krause (DIE LINKE)
Kuhnert (SPD)
Frau Lehmann (SPD)
Frau Lieske (SPD)
Lunacek (CDU)
Frau Mächtig (DIE LINKE)
Frau Meier (DIE LINKE)
Frau Melior (SPD)
Dr. Niekisch (CDU)
Platzeck (SPD)
Pohl (SPD)
Frau Richstein (CDU)
Dr. Scharfenberg (DIE LINKE)
Frau Schier (CDU)
Schippel (SPD)
Schönbohm (CDU)
Schrey (CDU)
Frau Schulz (CDU)
Schulze (SPD)
Senftleben (CDU)
Frau Siebke (SPD)
Frau Stark (SPD)
Frau Steinmetzer-Mann (DIE LINKE)
Frau Stobrawa (DIE LINKE)
Frau Tack (DIE LINKE)
Thiel (DIE LINKE)
Frau Prof. Dr. Wanka (CDU)
Frau Weber (DIE LINKE)
Frau Wehlan (DIE LINKE)
Dr. Woidke (SPD)
Frau Wolff-Molorciuc (DIE LINKE)
Frau Wöllert (DIE LINKE)
Ziel (SPD)

Schriftliche Antworten der Landesregierung auf mündliche Anfragen in der Fragestunde im Landtag am 17. September 2008

Frage 1889

Fraktion DIE LINKE

Abgeordneter Christian Görke

- Vergabeverfahren Landtagsneubau -

Nach Medienberichten hat ein an der Ausschreibung beteiligtes Bieterkonsortium gegen die Entscheidung der Vergabekammer Beschwerde beim Brandenburgischen Oberlandesgericht eingelegt.

Ich frage die Landesregierung: Welche Folgen erwartet sie daraus für das weitere Verfahren?

Antwort der Landesregierung

Minister der Finanzen Speer

Nachdem der Nachprüfungsantrag durch die Vergabekammer teilweise als unzulässig und teilweise als unbegründet zurückgewiesen worden war, hat der Antragsteller Beschwerde beim Brandenburgischen Oberlandesgericht eingelegt. Während des laufenden Verfahrens darf ein Zuschlag nicht erteilt werden. Dieser ist allerdings ohnehin erst zur Jahresmitte 2009 vorgesehen. Die Vergabestelle geht davon aus, dass an den Lösungsvorschlägen weiterhin gearbeitet wird. Gegenteilige Informationen liegen nicht vor.

Der weitere Zeitplan ist abhängig von der Entscheidung des Oberlandesgerichtes.

Frage 1898

Fraktion der SPD

Abgeordnete Dr. Martina Münch

- Aktueller Bericht der Heimaufsicht -

In der vergangenen Woche wurde der Tätigkeitsbericht der Heimaufsicht des Landes Brandenburg für den Zeitraum 2006/2007 veröffentlicht. In einer Stellungnahme vom 08.09. ließ das Sozialministerium diesbezüglich verlautbaren, dass „in Brandenburgs Pflegeheimen ganz überwiegend gute und verlässliche Arbeit geleistet wird“. Die Presseberichterstattung am folgenden Tag war hingegen geprägt von Formulierungen, wonach die Pflegeheime im Land mit großen Mängeln behaftet seien. Solche Formulierungen sorgen in der Öffentlichkeit, insbesondere bei älteren Menschen und ihren Angehörigen, für große Verunsicherung.

Ich frage die Landesregierung: Wie hat sich die Qualität der Heime in Brandenburg in den letzten Jahren entwickelt?

Antwort der Landesregierung

Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Ziegler

Die Presseerklärung des MASGF vom 08.09.2008 als auch der Bericht der Heimaufsicht verdeutlichen, dass in den Brandenburger Pflegeheimen ganz überwiegend gute und verlässliche

Arbeit geleistet wird und insgesamt eine positive Entwicklung der Wohn- und Betreuungsqualität in den Heimen konstatiert werden kann. Eklatante Mängel, die unverzügliches Eingreifen der Heimaufsicht erforderlich machten, blieben im Berichtszeitraum 2006/2007 eher die Ausnahme. In Übereinstimmung mit den Aussagen des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen weisen der Bericht wie auch die Presseerklärung auf Anhaltspunkte für Verbesserungen in der Qualität der Pflege und Betreuung in einem Teil der Pflegeheime hin. Hier sind die Prüfbereiche Pflege- und Betreuungsqualität, Personalausstattung sowie Umgang mit freiheitsentziehenden Maßnahmen genannt. Defizite in diesen Bereichen werden bereits jetzt von der Heimaufsicht stärker beachtet.

Im Berichtszeitraum 2006/2007 ist eine Verbesserung der Qualität des Wohnens und der Pflege in den Brandenburger Heimen zu verzeichnen. Beispielsweise konnte die Frage nach der Erfüllung des Heimgesetzes hinsichtlich der vorzuhaltenden Pflegequalität im Jahr 2006 zu 72,1 %; im Jahr 2007 zu 73,2 % mit Ja eingeschätzt werden. Im Jahr 2006 gab es noch bei 16,7 % der überprüften Heime ein eingeschränktes Votum zur Pflegequalität, gegenüber dann nur noch 13,4 % im Jahre 2007.

Es ist bedauerlich, wenn Formulierungen in der Presseberichterstattung zu einer Verunsicherung insbesondere älterer Menschen geführt haben. Auf die Berichterstattung der Presse hinsichtlich der angesprochenen Formulierungen hat jedoch das MASGF keinen Einfluss.

Frage 1899

Fraktion der DVU

Abgeordneter Markus Nonninger

- Senkung der Zahl der Analphabeten -

Gemäß Pressemeldungen schätzt der Bundesverband Alphabetisierung die Zahl der Analphabeten in Brandenburg auf 125 500.

Ich frage die Landesregierung: Welche Maßnahmen plant sie neben dem seit 2006 vom Bundesministerium initiierten Grundbildungsprojekt für Erwachsene konkret, um die Zahl der Analphabeten zu senken?

Antwort der Landesregierung

Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht

Analphabetismus stellt bedauerlicherweise nicht nur für unzureichend entwickelte Länder, sondern durchaus auch für westliche Industriestaaten wie Deutschland ein Problem dar.

Die UNESCO hat bereits 1965 den „Weltalphabetisierungstag“ ins Leben gerufen, der alljährlich am 8. September daran erinnern soll, diesem Problem gebührende Aufmerksamkeit zu schenken. Mit der von den Vereinten Nationen 2003 erklärten „Weltalphabetisierungsdekade“ wird ferner angestrebt, innerhalb von zehn Jahren die Zahl der Analphabeten weltweit zu halbieren.

Geschätzt wird, dass es in Deutschland etwa vier Millionen Erwachsene gibt, die als funktionale Analphabeten zu bezeichnen sind. Hierzu gehören Personen, die zwar die Schule besucht haben, deren Lese- und Schreibkenntnisse aber dennoch nicht oder nicht mehr ausreichen, um geschriebene Texte verstehen oder verständlich verfassen zu können.

Im Land Brandenburg gibt es im Bereich der Weiterbildung für Erwachsene zahlreiche konkrete Maßnahmen zur Verringerung der Zahl der Analphabeten, die über die anlässlich des aktuellen Weltalphabetisierungstages in der Presse genannten Grundbildungsangebote weit hinausgehen.

Unter Richtigstellung der Fragestellung will ich auch darauf hinweisen, dass die Initiative für das seit 2006 umgesetzte Grundbildungsprojekt nicht vom Bundesministerium ausging, sondern in meinem Hause entwickelt wurde.

Es handelt sich dabei um ein umfassendes Angebotspaket, das sich aus acht unterschiedlichen Modulen zusammensetzt, die speziell für die Klientel der bildungsbenachteiligten Erwachsenen erarbeitet wurden. Mit diesen Bildungsangeboten wird die Tür geöffnet für weitere Lern-, Berufs- und Lebenschancen.

Die Entwicklung und Durchführung dieser speziellen Grundbildungsangebote ist ein Kernstück der Maßnahmen des Landes, das künftig weitergeführt und ausgebaut werden wird. Darüber hinaus gibt es weitere Aktivitäten und Maßnahmen im Rahmen einer Gesamtstrategie, die auch bereits umgesetzt werden, auf die ich aus Zeitmangel an dieser Stelle aber nicht näher eingehen kann.

Seit dem Jahr 2006 führen Einrichtungen der Weiterbildung, bislang fast ausschließlich Volkshochschulen, Grundbildungskurse durch. Sie werden durch ESF- und Landesmittel gefördert und können dadurch für das geringe Entgelt von nur 10 Euro angeboten werden. Das dreiteilige „Modul Lesen - Schreiben - miteinander reden“ ist wegen seiner grundlegenden Bedeutung sogar kostenfrei.

Ich wünsche mir sehr, dass die einzelnen Maßnahmen auch künftig von den Betroffenen mehr und mehr in Anspruch genommen werden.

Frage 1900

Fraktion DIE LINKE

Abgeordnete Kornelia Wehlan

- Kita-Investitionsprogramm - Fördermittelausgabe an die Kommunen -

Seit mehreren Jahren bemühen sich die Gemeindevertretung Nuthe-Urstromtal und verschiedene Landespolitiker um Fördermittel für einen Kita-Neubau im Ortsteil Woltersdorf der Gemeinde Nuthe-Urstromtal. Das soll nun über das Investitionsprogramm „Kindertagesbetreuung“ des Landes geschehen. Vor der Sommerpause hat auch der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming dem Neubau zugestimmt. Unmittelbar danach sind die Planungsunterlagen dem Landkreis vorgelegt worden. Mit Bescheid vom 21.07.2008 besteht die Baugenehmigung, und auch die notwendigen Eigenmittel der Gemeinde sind gesichert. Nun wurde der Gemeinde Nuthe-Urstromtal mitgeteilt, dass der Baubeginn noch nicht stattfinden kann, weil die notwendigen Finanzierungsmittel vom Land noch nicht zur Verfügung stehen.

Ich frage die Landesregierung: Wie ist der aktuelle Stand zum Investitionsprogramm „Kindertagesbetreuung“, einschließlich der Bereitstellung der notwendigen Finanzierungsmittel?

Antwort der Landesregierung

Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht

Wie Sie wissen, ist das Investitionsprogramm „Kindertagesbetreuungsfinanzierung“ die Begleitung zu dem beim Krippengipfel beschlossenen Ausbau der Kindertagesbetreuung für Kleinkinder. Bis zum Jahr 2013 soll in allen Bundesländern ein bedarfsgerechtes Angebot für die unter Dreijährigen vorgehalten werden; in den Ländern, in denen bereits ein im Wesentlichen bedarfsgerechtes Angebot besteht, sollen Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität dieser Angebote ergriffen werden.

Dafür stellt der Bund insgesamt 4 Milliarden Euro zur Verfügung; 2,15 Milliarden Euro für Investitionen und 1,85 Milliarden Euro als Betriebskostenzuschüsse. Das Land Brandenburg erhält von 2008 bis 2013 insgesamt 57 Millionen Euro an Bundesmitteln für Investitionen in den Ausbau, die Sanierung und Verbesserungen in Kindertagesstätten und Kindertagespflege.

Die Richtlinie für die Vergabe der Investitionsmittel des Bundes habe ich am 31. März 2008 unterzeichnet. Diese Richtlinie sieht vor, dass die Kita-Träger, das heißt die kreisangehörigen Gemeinden und die freien Träger, ihre Anträge an die Landkreise oder kreisfreien Städte richten, denn den Landkreisen und kreisfreien Städten sind Mittelkontingente entsprechend der Zahl der Kinder unter drei Jahren zugewiesen worden. Im Rahmen dieser Kontingente schlagen die Landkreise und kreisfreien Städte die zu fördernden Vorhaben vor, damit bei Inkrafttreten des Rechtsanspruchs im Jahr 2013 jedem Kind, dessen Eltern es wünschen, ein Platz zur Verfügung gestellt werden kann.

Auf der Grundlage dieser Vorschläge werden die Zuwendungen von der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) abgewickelt. Derzeit liegen der ILB die Vorschläge von 12 Jugendämtern zur Förderung von 95 Vorhaben mit einem Fördervolumen von knapp 7,5 Millionen Euro vor. Die ILB schätzt ein, dass über diese Vorhaben bis Ende Oktober entschieden werden kann. 25 Anträge sind bereits vollständig bearbeitet, sodass sie voraussichtlich bis Ende September bewilligt werden können.

So weit die von Ihnen gewünschten Informationen zum Stand des Förderprogramms, anhand derer man meines Erachtens erkennen kann, dass alle Beteiligten zügig gearbeitet haben.

Ihre Frage legt aber nahe, dass dies zumindest im Fall der Gemeinde Nuthe-Urstromtal vonseiten des Landes nicht so sei. Daher will ich Ihnen noch einige konkrete Informationen zu diesem Antrag geben: Die Gemeinde hat für ihr ambitioniertes Vorhaben Gesamtkosten von mehr als 1,3 Millionen Euro veranschlagt. Für die in diesem Zuge geplanten Krippenplätze wurde ein Zuschuss von knapp 684 000 Euro beantragt. Der Landkreis hält nur einen Zuschuss von 545 000 Euro für angemessen. Mit diesem Votum ist der Antrag am 29. Juli bei der ILB eingegangen. Die zügig vorgenommene Prüfung der ILB hat Finanzierungslücken in einer Größenordnung von mehreren 100 000 Euro ergeben. Deshalb musste die Gemeinde gebeten werden, das Finanzierungskonzept zu überarbeiten. Die erforderlichen Nachweise lagen der ILB am 15. September leider noch nicht vor. Gleichzeitig wurde der Brandenburgische Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen mit der baufachlichen Prüfung beauftragt, die bei Vorhaben dieses Volumens unumgänglich ist, um den verantwortlichen Umgang mit Fördermit-

eln sicherzustellen. Wenn keine weiteren Probleme auftauchen, kann die Gemeinde Ende Oktober den Bewilligungsbescheid in Händen halten. Das entspräche dann einer Bearbeitungsdauer von 3 Monaten für einen umfangreichen Antrag mit einigem Nachbesserungsbedarf. - Ich finde, das kann sich sehen lassen.

Frage 1901

Fraktion der SPD

Abgeordneter Werner-Siegwart Schippel

- Aufbau eines Windparks bei Schadewitz -

Bei Schadewitz in der Stadt Calau soll noch in diesem Jahr ein Windpark mit vier Anlagen aufgebaut werden. Die Transporte für den Aufbau des Windparks führen über die Hauptstraße des Gemeindeteils Säritz. Dies bedeutet eine enorme Belastung für die Anwohner. Als Zufahrtsweg die Straße über Buckow-Ausbau und den alten Schadewitzer Weg zu nutzen, so wie von der Säritzer Bürgerinitiative vorgeschlagen, wurde offensichtlich nicht zur Diskussion gestellt. Dieser Weg wäre nicht nur kürzer gewesen, sondern würde vor allem auch nicht die Sicherheit der Anliegerfamilien in Säritz gefährden.

Ich frage die Landesregierung: Vor welchem Hintergrund entschied man sich bei der Genehmigung des Windparks für den Zufahrtsweg über die Säritzer Hauptstraße?

Antwort der Landesregierung

Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz Dr. Woidke

Die immissionsschutzrechtliche Genehmigung ist eine rein anlagenbezogene Zulassung. Mit ihr können Regelungen zum Verkehr auf einem Betriebsgelände verbunden werden oder auf privaten Zufahrtsstraßen, die nur dem Anlagenverkehr dienen. Regelungen, die sich auf die Nutzung der öffentlichen Straßen beziehen, können nicht Gegenstand einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung sein. In einem solchen Verfahren ist nur zu prüfen, ob es überhaupt eine Zuwegung gibt, damit die Erschließung gesichert ist.

Im Verfahren zur Genehmigung des Windparks Calau-Schadewitz wurde die Stadt Calau beteiligt, die ihr gemeindliches Einvernehmen erteilt hat. Der Landesbetrieb für Straßenwesen hat in seiner Stellungnahme zum Genehmigungsverfahren mitgeteilt, dass die Erschließung der Anlagen ausschließlich über kommunale Straßen und Wege erfolgt. Die verkehrliche Erschließung der Anlagen war damit gesichert, und der Landesbetrieb hatte keine Einwände gegen die Erteilung der Genehmigung.

Es bestand daher für die Genehmigungsbehörde keine Veranlassung, besondere Regelungen zum Verkehr zu treffen.

Frage 1902

Fraktion DIE LINKE

Abgeordneter Dr. Gerd-Rüdiger Hoffmann

- Evaluierung der Kulturentwicklungskonzeption -

Im November 2006 hatte die Landesregierung versprochen, dem Landtag eine fortgeschriebene Kulturentwicklungskonzeption bis Frühjahr 2007 vorzulegen. Im Februar 2008 wurde ein großzügiger Antrag der Fraktion DIE LINKE, die evaluierte und aktualisierte Kulturentwicklungskonzeption doch wenigstens bis Dezember 2008 vorzulegen, mit der Begründung

abgelehnt, dass dieser Antrag überflüssig sei, weil die Regierung dem Landtag „auf jeden Fall viel früher“ das Ergebnis einer Evaluierung vorlegen werde. „Nach der Sommerpause“, sagte die Ministerin. Vertreter der Koalitionsfraktionen meinten, das wäre im Sommer bzw. noch vor der Sommerpause erledigt.

Ich frage die Landesregierung: Wann ist mit der Vorlage der evaluierten und aktualisierten Kulturentwicklungskonzeption zu rechnen?

Antwort der Landesregierung

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Prof. Dr. Wanka

Die Fortschreibung des Berichts „Bestandsaufnahme Kultur im Land Brandenburg - Vorschlag für Prioritäten“ (Kulturentwicklungskonzeption 2008) befindet sich im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur in der Schlussbearbeitung. Die Einbringung in den Landtag ist für Ende 2008 beabsichtigt.

Die Fertigstellung der Kulturentwicklungskonzeption 2008 hat sich gegenüber den Erwartungen im Februar 2008 verzögert, da eine elementare statistische Vergleichsbasis - der Kulturfinanzbericht 2008 - entgegen dem vorgesehenen Zeitplan erst Anfang September 2008 vorlag.

Frage 1903

Fraktion der SPD

Abgeordnete Dr. Esther Schröder

- Zunahme atypischer Beschäftigung -

Nach jüngsten Meldungen des Statistischen Bundesamtes sank die Zahl der Erwerbstätigen mit unbefristeter Vollzeitstelle von 1997 bis 2007 um 1,5 Millionen. Die Zahl der Menschen in sogenannten atypischen Beschäftigungsformen - befristete Stellen, Mini- und Midijobs, Teilzeit- und Zeitarbeit - stieg dagegen im selben Zeitraum um 2,6 Millionen.

Ich frage daher die Landesregierung: Wie stellt sich nach Angaben des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg - LDS - diese Entwicklung für Brandenburg dar?

Antwort der Landesregierung

Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Ziegler

Nach Angaben des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg, ehemals LDS, stellt sich die Entwicklung für das Land Brandenburg folgendermaßen dar:

1997 waren 804 700 Personen und im Jahr 2007 waren 767 300 Personen im Normalarbeitsverhältnis tätig. Das entspricht einem Rückgang um 37 400 Personen.

Die atypische Beschäftigung hat sich von 1997 bis 2007 von 123 400 Personen auf 191 800 Personen erhöht. Das ist ein Anstieg um 68 400 Personen.

Die Zahlen können nicht zu den Angaben für Deutschland ins Verhältnis gesetzt werden, weil das Statistische Bundesamt bei

den atypischen Beschäftigungen für die Länder die Zeitarbeit und Arbeitnehmerüberlassungen ausgespart hat, da hier die Länderabgrenzung nicht greift. Die Angaben des Statistischen Bundesamtes beziehen sich auf das „Normalarbeitsverhältnis“, das heißt, auf eine unbefristete und sozialversicherungspflichtige Vollzeittätigkeit oder Teilzeittätigkeit mit mindestens der Hälfte der üblichen vollen Wochenarbeitszeit, bei Identität von Arbeits- und Beschäftigungsverhältnis. Das heißt, Zeitarbeit wird hier nicht erfasst.

Frage 1904

Fraktion DIE LINKE

Abgeordnete Kerstin Bednarsky

- Ausbildungsplatzsituation 2008 -

In diesem Jahr werden in der Öffentlichkeit zum einen fehlende Ausbildungsplätze, zum anderen punktuell fehlende Bewerber für Ausbildungsangebote beklagt. Vor allem Jugendliche, die bereits 2007 ohne Ausbildungsplatz waren, müssen versorgt werden.

Ich frage die Landesregierung: Wie schätzt sie die Ausbildungsplatzsituation unter Berücksichtigung der unterschiedlichen regionalen Entwicklungen im Land Brandenburg ein?

Antwort der Landesregierung

Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Ziegler

Insgesamt stellt sich die Lage auf dem Ausbildungsmarkt in Brandenburg laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit für den Monat August entspannter dar als im Vorjahr. Darüber bin ich froh.

Diese Entwicklung ist unter anderem abzulesen an der sinkenden Zahl der an die Agenturen für Arbeit gemeldeten Bewerberinnen und Bewerber, auch der Altbewerberinnen und Altbewerber, an der steigenden Zahl der gemeldeten betrieblichen Ausbildungsstellen und nicht zuletzt auch an der sinkenden Zahl der unversorgten Bewerberinnen und Bewerber im Vergleich zum Vorjahr.

Die Gesamtzahl der an die Agenturen für Arbeit gemeldeten Bewerberinnen und Bewerber ist in Brandenburg gegenüber dem Vorjahr im August um 33,4 % (10 136) gesunken und die Zahl der gemeldeten betrieblichen Ausbildungsstellen um 6,0 % (144) gestiegen. Bewegung gibt es auch bei den Altbewerbern auf dem Ausbildungsmarkt: Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Bewerberinnen und Bewerber ist ebenfalls gesunken, und zwar von 60,8 % auf 58,2 %, um also 2,6 %. Dementsprechend ist auch die Zahl der unversorgten Bewerberinnen und Bewerber im Vergleich zum Vorjahr von 8 118 auf 6 681, um 17,7 % (1 437) gesunken. Den 6 681 unversorgten Jugendlichen standen Ende August insgesamt 8 937 Ausbildungs- und Qualifizierungsangebote zur Verfügung. Jeder ausbildungswillige Jugendliche erhält also ein Angebot auf Ausbildung oder Qualifizierung.

Die regionale Entwicklung des Ausbildungsmarktes ist differenziert zu sehen.

Die Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Bewerberinnen und Bewerber ist in allen Regionen im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Frankfurt (Oder) weist den höchsten -

fast 42 % weniger Bewerberinnen und Bewerber gegenüber dem Vorjahr - und Potsdam den geringsten Rückgang mit einem Minus von 25 % auf. Die Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten betrieblichen Ausbildungsstellen ist dagegen in allen Regionen im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Hier führt Potsdam bei den Zuwachsraten mit einem Plus von 28 %, während Frankfurt (Oder) den geringsten Zuwachs an gemeldeten Ausbildungsstellen aufweist, immerhin noch ein Plus von 4 %.

Gleichzeitig melden die Kammern landesweit noch freie Ausbildungsplätze. In der sogenannten Nachvermittlungsaktion der Kammern und der Bundesagentur für Arbeit, die in den nächsten Wochen beginnt, wird allen unversorgten Bewerberinnen und Bewerbern ein Ausbildungsplatz oder eine Qualifizierungsmaßnahme angeboten.

Die regionale Verteilung des Ausbildungsplatzangebotes ist abhängig von der jeweiligen regionalen Betriebsstruktur. Dies führt in der Regel zu regional unterschiedlichen Marktsituationen. Um den Ausbildungsmarkt insgesamt und auch regional zu unterstützen, fördert Brandenburg auch in diesem Jahr im Rahmen des Ausbildungsplatzprogrammes Ost 2008 mit dem Bund zusammen 2 500 Ausbildungsstellen nach regionalem Bedarf.

Die nicht nur in Brandenburg zu konstatierende Situation auf dem Ausbildungsmarkt - freie Ausbildungsplätze bei noch unversorgten Bewerbungen - hat das Bundesinstitut für Berufsbildung in Bonn zu einer Studie veranlasst. Wir wissen aus der noch nicht abgeschlossenen Studie immerhin so viel, dass nicht nur Defizite in der Ausbildungsreife mancher Bewerber zu dieser Situation führen, sondern auch die oftmals angenommene mangelnde Attraktivität des Berufsbildes. Außerdem folgt die Berufswahl Jugendlicher vielfach anderen Kriterien als dem Kriterium des regionalen Ausbildungsplatzangebotes, das nebenbei bemerkt oftmals Jugendlichen und Eltern noch unbekannt ist. Hier wäre weitere Aufklärungsarbeit seitens der Wirtschaft und der Medien hilfreich. Die ersten Erkenntnisse aus der Studie deuten darauf hin, dass regionale Disparitäten auch eine Folge des nicht optimalen Übergangs von der Schule in den Beruf sein können. Wir werden deshalb das neue Instrument des SGB III - danach sollen Berufseinstiegsbegleiter den Übergang erleichtern - auf der Grundlage unserer positiven Erfahrungen in Brandenburg mit Ausbildungslotsen aufmerksam begleiten.

Frage 1905

Fraktion der SPD

Abgeordneter Werner-Siegwart Schippel

- Änderung der Richtlinie Stützpunktfeuerwehren -

Am 14. Mai 2008 wurde die Richtlinie Stützpunktfeuerwehren geändert. Die neue Richtlinie sieht nunmehr vor, dass für die Beschaffung bestimmter Fahrzeugtypen für die Jahre 2009 und 2010 die entsprechenden Anträge bis zum 30. Juni 2008 beim Landrat bzw. beim Ministerium des Innern vorliegen mussten. Da die Antragsfrist somit von Oktober auf Juni verkürzt wurde, mussten die Träger des Brandschutzes demnach innerhalb von ca. sechs Wochen seit Inkrafttreten der geänderten Richtlinie die Anträge für die nächsten zwei Jahre einreichen.

Ich frage die Landesregierung: Welche Gründe haben dafür gesprochen, die Antragsfrist für die Förderjahre 2009 und 2010 derart zu verkürzen?

Antwort der Landesregierung

Minister des Innern Schönbohm

Im Mittelpunkt der Änderungen der „Richtlinie zur Gewährung von Zuwendungen zur Ausstattung von Stützpunktfeuerwehren“ stand die Antragsfrist. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass eine Antragsfrist bis zum 31. Oktober vor Beginn des Jahres, in dem die Maßnahmen begonnen werden sollen, nicht ausreichend ist, um den notwendigen zeitlichen Vorlauf für eine Realisierung der Beschaffungsmaßnahme im Folgejahr zu gewährleisten.

Als Gründe hierfür sind die Produktionsabläufe der Hersteller, die sich auf eine Dauer von 12 bis 16 Monaten belaufen, und die Zeit für die Durchführung des Vergabeverfahrens durch die Projektorganisation zu benennen. Hieraus ergab sich die Notwendigkeit eines zeitlichen Vorlaufes, der eine Antragstellung bis zum 30. Juni 2008 für Beschaffungsmaßnahmen im Jahr 2009 und 2010 erforderlich macht.

Die Abstimmungen mit den Trägern des örtlichen Brandschutzes wurden durch die Landkreise durchgeführt. Die Beschaffungsmaßnahmen für das Jahr 2010, soweit sie im Jahr 2008 ausgeschrieben werden sollten, wurden auf der Grundlage der durchgeführten Gespräche geplant. Die diesbezüglichen Abstimmungen wurden bis Ende April 2008 herbeigeführt.

Aufgrund der erfolgten Abstimmungen sind für die betroffenen Aufgabenträger - Stützpunktfeuerwehren -, die beabsichtigen, einen Antrag auf Gewährung einer Zuwendung zur Ausstattung einer Stützpunktfeuerwehr für das Beschaffungsjahr 2009 bzw. 2010 zu stellen, keine Nachteile erkennbar.

Frage 1907

Fraktion DIE LINKE

Abgeordneter Dr. Gerd-Rüdiger Hoffmann

- Geigersche Alpen bei Lauchhammer -

Die „Geigerschen Alpen“ bei Lauchhammer sind als einmaliges Zeugnis der Geschichte des Braunkohlebergbaus inzwischen in die Denkmalschutzliste des Landes Brandenburg als Industriedenkmal aufgenommen. Trotzdem scheint die Zukunft dieser beeindruckenden Landschaft durch unklare Besitzverhältnisse und unterschiedliche Auffassungen über die weitere Gestaltung nicht geklärt zu sein.

Ich frage deshalb die Landesregierung: Welche Möglichkeiten sieht sie, die „Geigerschen Alpen“ als Alleinstellungsmerkmal in ein landesspezifisches Tourismuskonzept aufzunehmen und im Verbund mit den Biotürmen in Lauchhammer und der F 60 in Lichterfelde zu fördern?

Antwort der Landesregierung

Minister für Wirtschaft Junghanns

Der Industrietourismus ist eines der Themen, die die Landestourismuskonzeption in dem Handlungsfeld „Professionalisierung und Profilierung nachfragestarker Produkte“ als Maßnahme „Industrietourismus/Schwerpunkt Tagebaufolgelandschaften“ ausweist. Die Landesregierung hat damit durchaus die Potentiale dieses touristischen Segmentes erfasst.

Ich weiß auch, dass in der Region sehr intensiv und in tiefer Überzeugung an der Entwicklung des Themas gearbeitet wird. Das geht so weit, dass man sich mit dem Gedanken trägt, die Biotürme in Lauchhammer, die F 60 und die Brikettfabrik Luise in Domsdorf im Verbund zum Weltkulturerbe zu entwickeln. Das ist vielleicht ein zu gewagter Anspruch. Kräfte zu bündeln und dazu ein gemeinsames Ziel zu formulieren ist aber immer unterstützenswert.

Die Geigerschen Alpen sind in dem, was meinem Hause bisher von den touristischen Akteuren vorgestellt wurde, nicht enthalten. Auch mir erschließen sich die touristischen Potentiale dieser Landschaft, die eine Alleinstellung der Geigerschen Alpen unter den Aspekten Vermarktung und touristischer Wertschöpfung der Region rechtfertigen sollen, bisher nicht.

Wir haben bewusst in der Landestourismuskonzeption Schwerpunkte gesetzt. Wir werden uns nicht nur aus finanziellen Gründen auf die Projekte beschränken müssen, die die touristische Entwicklung des Landes insgesamt befördern. Die bisherige Entwicklung gibt uns Recht.

Frage 1908

Fraktion der DVU

Abgeordnete Birgit Fechner

- Drogenmissbrauch in Brandenburg -

Obwohl seitens des Landes relativ viel dafür getan wird, den Drogenmissbrauch zu bekämpfen, hat sich die Zahl der Drogentoten in Brandenburg im Verhältnis zum Vorjahr mehr als verdoppelt.

Ich frage die Landesregierung: Welche Gründe sieht sie für diese Tatsache?

Antwort der Landesregierung

Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Ziegler

Die Feststellung, dass sich „die Zahl der Drogentoten in Brandenburg im Verhältnis zum Vorjahr mehr als verdoppelt“ habe, ist nicht zutreffend. Für dieses Jahr sind bisher drei Todesfälle im Zusammenhang mit Drogenmissbrauch in Brandenburg nachweislich bekannt geworden. Im Vorjahr waren es zwölf Drogentote.

Gemessen an den Einwohnerzahlen weist Brandenburg bundesweit eine geringe Zahl aus. Allgemein wird immer von Schwankungen bei diesen Zahlen ausgegangen. Die Ursachen dafür sind ganz individuell auf die einzelnen Todesfälle zu beziehen. Gründe können Überdosierungen oder Todesfälle infolge von Langzeitschäden sein.

Frage 1909

Fraktion DIE LINKE

Abgeordneter Wolfgang Thiel

- Position von Vattenfall Europe Transmission GmbH zur „Uckermarkleitung“ -

In einem Schreiben an alle Abgeordneten des Landtages Brandenburg erläutern Vertreter der Vattenfall Europe Transmission GmbH ihre Position zur vielfach geforderten Erdverkabelung der 380-kV-Leitung im Biosphärenreservat Schorfheide-Chor-

rin. Dieses Projekt ist in der europäischen Gesetzgebung seit 2006 als europäisches Vorrangprojekt zur Erreichung der europäischen Klimaschutzziele, der Entwicklung der Onshore- und Offshore-Windenergieerzeugung, der Entwicklung des europäischen Elektrizitätsmarktes und der übergeordneten Belange der Versorgungssicherheit eingeordnet. Der Presse war zu entnehmen, dass die Landesregierung am 26.08.2008 beschlossen hat, im Bundesrat zu erreichen, dass die „Uckermarkleitung“ im Rahmen des Netzausbaubeschleunigungsgesetzes des Bundes als Modellprojekt zur Erdverkabelung eingeordnet wird.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie die in dem Schreiben an die Abgeordneten aufgeführten Argumente von Vattenfall, dass die „Uckermarkleitung“ nach technischer, wirtschaftlicher und ökologischer Abwägung nur als Freileitung gebaut werden kann?

Antwort der Landesregierung

Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz Dr. Woidke

Die Landesregierung und das Unternehmen Vattenfall stimmen in der Einschätzung überein, dass es dringend notwendig ist, den längst überfälligen Netzausbau voranzutreiben. Die wichtigsten Projekte im Höchstspannungsnetz innerhalb Brandenburgs sind die „Uckermarkleitung“ und in einigen Jahren auch der sogenannte „nördliche Berliner Ring“ von Wustermark nach Neuenhagen. Besonders die Uckermarkleitung von Neuenhagen nach Bertikow/Vierraden mit der Anknüpfung ans polnische Verbundnetz in Krajnik steht auch im Interesse der Europäischen Union.

Der Netzausbau dient der gewünschten Integration der erneuerbaren Energien und sichert gleichzeitig - speziell die Anknüpfung an das polnische Netz - den Absatz von Braunkohlestrom. Die zum Energietag in Cottbus am 10. September von der BTU Cottbus vorgestellte Netzstudie zeigt diese Notwendigkeiten und Zusammenhänge sehr deutlich.

Zur Gesetzesinitiative des Bundes, den Bemühungen des Landes und dem Schreiben Vattenfalls gilt es Folgendes klarzustellen:

Das „Gesetz zur Beschleunigung des Ausbaus der Höchstspannungsnetze“ hat das Ziel, den schleppenden Ausbau der Höchstspannungsnetze und die Einbindung der geplanten Offshore-Windparks zu beschleunigen. Innovative Techniken sollen beim Netzbetrieb und Netzausbau ermöglicht werden. Hervorzuheben sind die Pilotvorhaben für den Einsatz von Erdkabeln in sensiblen Teilabschnitten. Durch diese Vorhaben möchte die Bundesregierung die Akzeptanz in der Bevölkerung für den Netzausbau erhöhen und somit die Verfahren beschleunigen. Das ist im Übrigen auch im Interesse des Landes und der Energieunternehmen.

Der Antrag des Landes Brandenburg zielt darauf ab, dass analog zu den Pilotvorhaben in Niedersachsen und Thüringen auch bei dem Projekt in Brandenburg geprüft werden soll, ob und wie eine Teilverkabelung den besonderen landschaftlichen und naturräumlichen Bedingungen des Biosphärenreservates Schorfheide-Chorin gerecht werden kann. Dies gilt auch für mögliche Nutzungskonflikte und Belastungen in städtischen Siedlungsbereichen, insbesondere in der Stadt Eberswalde.

Der Gesetzesentwurf für ausgewählte Teilstrecken enthält die Option einer Erdverkabelung. Die endgültige Festlegung der Ausführung bleibt jedoch immer noch dem jeweiligen Zulassungsverfahren vorbehalten. Der Gesetzesentwurf bietet lediglich die rechtliche Grundlage, verschiedene Ausführungsformen abzuwägen und die im Zusammenhang mit der Verkabelung von Teilstücken entstehenden Mehrkosten über das Umlagesystem zu refinanzieren.

Auch wenn sich im Rahmen des Genehmigungsverfahrens unter Berücksichtigung aller Aspekte nur die Freileitung als einzig realisierbare Variante herausstellt, würde dies das Zulassungsverfahren wesentlich transparenter machen und dem Ergebnis zu einer höheren Akzeptanz verhelfen.

Zu den einzelnen Argumenten aus dem Brief des Unternehmens Vattenfall möchte ich Folgendes ausführen:

Es ist richtig, dass es in Europa bisher nur wenige 380-kV-Erdkabelstrecken gibt. Vattenfall betreibt beispielsweise ein Kabel in Berlin. Es ist eine innovative Technik. Sie dient auch als technologische Brücke auf dem Weg zu Hochspannungsgleichstromübertragungsleitungen. Dies ist auch die Intention des Bundesgesetzgebers und auch unser Interesse. Wir als Energieland - das Energielabor Brandenburg - möchten nicht nur Spitzenpositionen bei den erneuerbaren Energien, oder bei der Kohleverstromung einnehmen, sondern auch in solchen technischen Bereichen.

Zur Wirtschaftlichkeit gilt ganz klar: Die Errichtung einer Kabellösung ist teurer als die bekannten Freileitungssysteme. Das ist oft so bei neuen innovativen Techniken. Den Mehrkosten der Investition stehen Einsparungen bei den Betriebskosten gegenüber. Noch ein Punkt ist wichtig: Bei Kabelsystemen treten wesentlich weniger Verluste auf als bei Freileitungen. Diese Kostenersparnis reicht zwar noch nicht zur Amortisation der investiven Mehrkosten aus, diese Verlustsenkungen können aber einen deutlichen Beitrag zur Steigerung der Energieeffizienz im Leitungssystem leisten. Wie groß die einzelnen Kostenpositionen sind, sollen die Pilotprojekte klären. Eine Auswirkung auf die Strompreise ist nicht zu erwarten.

Eine weitere Frage, der wir uns stellen müssen, ist, wie hoch die volkswirtschaftlichen Kosten - nicht nur die betriebswirtschaftlichen Kosten - eines solchen Vorhabens sind. Wie wirkt es auf einzelne Schutzgüter, auf die Gesundheit der Bürger und ähnliches? Die Fachleute in meinem Haus kommen - kurz gefasst - zu folgender Einschätzung:

Bei der Weiterleitung von elektrischem Strom entstehen sich überlagernde elektrische und magnetische Felder, die auch Einfluss auf den Menschen haben können. Die Feldstärkewerte bei einer 380-kV-Freileitung, die auf die Bevölkerung einwirken können, liegen im Mittel höher als bei Erdkabeln. Unter Gesundheitsgesichtspunkten scheinen Erdkabel das bessere Leitungsmedium zu sein. Aus diesem Grund wurde der Antrag des Landes Brandenburg auf ein weiteres Pilotvorhaben nicht nur mit der Querung des Biosphärenreservates, sondern auch mit den Belastungen in städtischen Siedlungsbereichen - hier insbesondere in der Stadt Eberswalde - begründet.

Hinsichtlich der Auswirkung für das Biosphärenreservat steht für mich fest: Beide Systeme, Freileitung oder Erdkabel, haben schwere Eingriffe in diverse Schutzgüter zur Folge. In beiden

Varianten verbleiben im Wald deutlich erkennbare Schneisen. Durch das Kabelsystem können aber die Auswirkungen teilweise gemindert oder gar vermieden werden. Im Vordergrund steht hierbei der Erhalt der Verbindungskorridore für die Vogelwelt zwischen Vogelschutzgebieten und im Bereich von bedeutenden Rastgewässern. Der Erhalt des Landschaftsbildes ist ein ganz wichtiges Kriterium. Speziell in den Offenlandschaften besteht die Chance, das Landschaftsbild innerhalb des Biosphärenreservates zu erhalten. Es bleiben auch keine Schneisen sichtbar. Auch die Bewirtschaftung der Flächen bleibt möglich.

Bei unserem Antrag im Bundesrat geht es genau darum: Wir wollen herausfinden, wo - auf welchem Teilstück - ein Kabel sinnvoll ist. Es geht nicht darum, die gesamte Freileitungsstrecke oder die gesamte Querung der Schorfheide als Kabel auszuführen. Wir wollen ermöglichen, dass wir in einen Diskurs eintreten können, bei dem wir die Bevölkerung und Interessengruppen mitnehmen, um letztendlich die Akzeptanz für dieses Projekt und für Leitungsbauten generell herzustellen bzw. zu erhöhen.

Frage 1910

Fraktion DIE LINKE

Abgeordnete Carolin Steinmetzer-Mann

- Personalstellen für Deichsanierung -

Im Landesumweltamt bestehen für Aufgaben bei der Deichsanierung Beschäftigungsverhältnisse, die nach dem Teilzeit- und Befristungsgesetz sachgrundlos befristet sind. Die Aufgabe der Deichsanierung erfordert jedoch gegebenenfalls zwar keine dauerhafte, aber zumindest eine längere Beschäftigung zusätzlicher Arbeitskräfte.

Ich frage die Landesregierung: Warum ist es in Anbetracht der noch länger erforderlichen Aufgabenerfüllung nicht angebracht, stattdessen die Arbeitsverhältnisse mit dem entsprechenden Sachgrund und für einen längeren Zeitraum zu befristen?

Antwort der Landesregierung

Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz Dr. Woidke

Es ist zutreffend, dass die umfassende Sanierung der Deiche im Land Brandenburg allein mit dem vorhandenen Personal nicht zu bewältigen ist. Für die Sanierungsarbeiten, die noch einige Jahre andauern werden, besteht daher zusätzlicher Bedarf an Fachkräften, der auch anerkannt ist.

Wie Sie wissen, hat die Landesregierung beschlossen, in relativ kurzer Zeit den Personalbestand der Landesverwaltung deutlich zu reduzieren. Das Erreichen dieses ehrgeizigen Ziels kann erheblich erschwert und deutlich verzögert werden, wenn der Befristungsgrund vor dem Arbeitsgericht keine Anerkennung findet und dadurch ungewollte Dauerarbeitsverhältnisse begründet werden. Gerade im Zusammenhang mit Aufgaben wie der Deichsanierung, deren zeitlicher Abschluss nur ganz bedingt prognostiziert werden kann, bestünde ein erhebliches Prozessrisiko für das Land, wollte man die Arbeitsverhältnisse mit einem Sachgrund befristen.

Das MLUV und das Landesumweltamt werden die wichtige Aufgabe der Deichsanierung auch nach Auslaufen der derzeitigen

gen Beschäftigungsverhältnisse in diesem Bereich mit geeigneten Mitteln wie befristeten Neueinstellungen nach dem Teilzeit- und Befristungsgesetz konsequent fortführen. Dabei möglicherweise auftretende Reibungsverluste können schon jetzt als gering eingeschätzt werden und sind angesichts der Verfolgung des Ziels „Personalreduzierung“ zu vernachlässigen.

Frage 1911

Fraktion DIE LINKE

Abgeordneter Thomas Domres

- SGB XII - Entscheidung des Verfassungsgerichts des Landes Brandenburg (I) -

Das Verfassungsgericht des Landes Brandenburg entschied am 28. Juli 2008, dass die Landkreise und kreisfreien Städte in § 4 Abs. 2 AG-BSHG/SGB XII eine Rechtsgrundlage für die Erstattung der Kosten durch das Land haben, die ihnen in den Jahren 2005 und 2006 durch die Wahrnehmung der Aufgabe der Grundsicherung nach §§ 41 ff. SGB XII für Personen in stationärer Betreuung entstanden sind.

Ich frage die Landesregierung: Wann erhalten die Landkreise und kreisfreien Städte den Ausgleich für die entstandenen Kosten?

Antwort der Landesregierung

Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Ziegler

Die Meinungsbildung innerhalb der Landesregierung zu den rechtlichen und haushalterischen Auswirkungen des Landesverfassungsgerichtsurteils ist noch nicht abgeschlossen. Dabei ist insbesondere zu bedenken, dass das Gericht keine unmittelbare Entscheidung zur Kostenerstattung getroffen hat, sondern lediglich in den Entscheidungsgründen Rechtsausführungen zur verfassungskonformen Auslegung des § 4 Abs. 2 AG-BSHG/SGB XII gemacht hat, die noch einer vertieften rechtlichen Bewertung bedürfen. Von dieser Bewertung hängt auch das weitere Verfahren bezüglich der Kostenerstattung ab.

Ungeachtet des noch nicht abgeschlossenen Meinungsbildungsprozesses innerhalb der Landesregierung prüft derzeit das Landesamt für Soziales und Versorgung vorsorglich die bisher erlassenen Bescheide unter Zugrundelegung der Rechtsauffassung des Landesverfassungsgerichts. Dabei werden die für die Jahre 2005 und 2006 von den Landkreisen und kreisfreien Städten geltend gemachten Aufwendungen für Grundsicherung im stationären Bereich analog zu den übrigen Leistungspositionen auf Schlüssigkeit und ihre grundsätzliche Erstattungsfähigkeit geprüft. Aufgrund der umfangreichen Zahlenwerke wird diese Prüfung jedoch nicht vor Ende September 2008 abgeschlossen sein.

Frage 1912

Fraktion DIE LINKE

Abgeordneter Thomas Domres

- SGB XII - Entscheidung des Verfassungsgerichts des Landes Brandenburg (II) -

Das Verfassungsgericht des Landes Brandenburg entschied am 28. Juli 2008, dass die Landkreise und kreisfreien Städte in § 4 Abs. 2 AG-BSHG/SGB XII eine Rechtsgrundlage für die Erstattung der Kosten durch das Land haben, die ihnen in den Jahren 2005 und 2006 durch die Wahrnehmung der Aufgabe der Grundsicherung nach §§ 41 ff. SGB XII für Personen in stationärer Betreuung entstanden sind.

Ich frage die Landesregierung: Welches Verfahren wird sie zur Kostenerstattung anwenden?

Antwort der Landesregierung

Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Ziegler

Im Zusammenhang mit der Beantwortung Ihrer mündlichen Anfrage „SGB XII - Entscheidung des Verfassungsgerichts des Landes Brandenburg (I)“ habe ich bereits zur Kostenerstattung und dem Verfahren Stellung genommen. Folgende Antwort gilt daher auch für diese mündliche Anfrage:

Die Meinungsbildung innerhalb der Landesregierung zu den rechtlichen und haushalterischen Auswirkungen des Landesverfassungsgerichtsurteils ist noch nicht abgeschlossen. Dabei ist insbesondere zu bedenken, dass das Gericht keine unmittelbare Entscheidung zur Kostenerstattung getroffen hat, sondern lediglich in den Entscheidungsgründen Rechtsausführungen zur verfassungskonformen Auslegung des § 4 Abs. 2 AG-BSHG/SGB XII gemacht hat, die noch einer vertieften rechtlichen Bewertung bedürfen. Von dieser Bewertung hängt auch das weitere Verfahren bezüglich der Kostenerstattung ab.

Ungeachtet des noch nicht abgeschlossenen Meinungsbildungsprozesses innerhalb der Landesregierung prüft derzeit das Landesamt für Soziales und Versorgung vorsorglich die bisher erlassenen Bescheide unter Zugrundelegung der Rechtsauffassung des Landesverfassungsgerichts. Dabei werden die für die Jahre 2005 und 2006 von den Landkreisen und kreisfreien Städten geltend gemachten Aufwendungen für Grundsicherung im stationären Bereich analog zu den übrigen Leistungspositionen auf Schlüssigkeit und ihre grundsätzliche Erstattungsfähigkeit geprüft. Aufgrund der umfangreichen Zahlenwerke wird diese Prüfung jedoch nicht vor Ende September 2008 abgeschlossen sein.